DER SPIEGEL

Nr. 5/29.1.01 · 5,00DM

4 390700 705005 05

Das Gespenst der 70er

Die Gegenwart der Vergangenheit

Werbeseite

Werbeseite

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung

29. Januar 2001 **Betr.: Titel, „Estonia“, SPIEGELreporter**

Bis vor kurzem interessierten sich kaum mehr als ein paar Apo-Veteranen für die Studentenrevolte von 1968 und die ihr folgenden, von Demonstrationen, Terrorismus und rigider Staatsgewalt geprägten siebziger Jahre. Nun hat die linksradikale Vergangenheit ihre einstigen Apologeten eingeholt, müssen sich längst etablierte Politiker ihren damaligen Taten und Worten stellen und sich vorhalten lassen, möglicherweise vor 30 Jahren mit einem (zu jenem Zeitpunkt nicht von der Polizei gesuchten) RAF-Mitglied gefrühstückt zu haben. Titel-Autor Jochen Bölsche, 55 (damals bei den „Roten Garden“ der FDP, die dem sozialliberalen Walter Scheel zum Parteivorsitz verhalfen), schrieb

Bölsche, Scheel (1968)

AP

Schnibben (1969)

bereits 1969 eine Titelgeschichte zum Thema. „Gewalt gegen Gewalt?“ hieß das Stück (SPIEGEL 7/1969), und es warnte vor jener Entwicklung, die schließlich im Terror mündete. Mit dem hatte SPIEGEL-Reporter Cordt Schnibben, 48, nichts zu tun, aber: „Friedlich war ich auch nicht.“ Schnibben beschreibt seinen Weg durch die wilden deutschen Jahre – vom Demonstranten zum Straßenkämpfer, zur DKP und wieder heraus. „Wer heute jene Zeit beurteilt, sollte nicht denken, es habe ‚den 68er‘ gegeben“, sagt Schnibben, „die Wahrheit liegt in jeder einzelnen Biografie“ (Seiten 68, 172).

Seit dem Untergang der Ostsee-Fähre „Estonia“ im September 1994 ist der SPIEGEL jeder ernsthaften Spur nachgegangen, um die Umstände der Katastrophe zu klären: War es ein Unfall oder ein Anschlag? SPIEGEL-Redakteur Thilo Thielke war dabei, als im August 2000 eine privat finanzierte Tauchexpedition Metallproben des Wracks nach oben holte, Redakteur Andreas Ulrich folgte Hinweisen auf mögliche Attentäter. Denn zwei wissenschaftliche Institute hatten für die Expedition die Metallteile untersucht und dabei angeblich Beweise für Sprengstoff gefunden. Um vor einer Veröffentlichung sicherzugehen, gab der SPIEGEL ein eigenes Gutachten bei der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung in Auftrag, die als Obergutachter für Staatsanwaltschaften und Gerichte gilt – mit erstaunlichem Ergebnis (Seite 134).

Am vergangenen Wochenende ist die Winterpause der Fußball-Bundesliga zu Ende gegangen, und schon fragen sich Millionen von Fans, wer als 252. Trainer in der Geschichte des deutschen Profi-Fußballs entlassen wird. Die Titelgeschichte der Februar-Ausgabe von SPIEGELreporter beschreibt die Magie dieses seltsamen Berufs, dessen Protagonisten jede Woche wieder vor Millionen Zuschauern den zählbaren Beweis ihres Könnens abliefern müssen. Außerdem im Heft: Ein Gespräch mit dem Ex-Football-Star O. J. Simpson über dessen Dasein als lebenslang Verdächtiger sowie Reportagen über einen Nachfahren des Kaisers von China, der seine Erlebnisse mit Skinheads in Brandenburg beschreibt, und über den „wahren“ Big Brother, einen US-Unternehmer, der die Erde aus dem All ausspäht.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

In diesem Heft

Titel

Die siebziger Jahre: Der Weg in die Gewalt 68
Wieweit ehemals kommunistische Kader die Grünen beeinflussen 78
Die Revoluzzer-Vergangenheit von Jürgen Trittin ... 84
SPIEGEL-Gespräch mit Daniel Cohn-Bendit über Joschka Fischers Selbstbehauptung als Außenminister 86
Cordt Schnibben über seine Apo-Jahre in Bremen 172
Reinhard Mohr erinnert sich an den „Deutschen Herbst“ 1977 in Frankfurt 178

Deutschland

Panorama: Antibiotikum-Funde im Honig vertuscht / Biedenkopf riskiert Schlammschlacht ... 17
Opposition: Die Unfähigkeit der Union, die Regierungskrisen zu nutzen 22
Rente: Wie IG-Metall-Chef Klaus Zwickel heimlich mitregiert 26
Lebensmittel: Tödliche Gefahr durch Pharma-Mast 30
Bundeswehr: Scharping unter doppeltem Druck 32
Atomkraft: Castortransport wird zur Zerreißprobe für die Grünen 34
CDU: Muslimische Unternehmerin soll die Partei für Ausländer attraktiver machen 36
Geheimdienste: Der BND wurde von seinem eigenen Agenten geschröpft 40
Verkehr: Privatbahnen sind besser als das Staatsunternehmen 44
Der tägliche Wahnsinn zwischen Hamburg und Cuxhaven 48
Kriminalität: Berliner Senat ignoriert Warnungen vor Sexual-Straftätern 52

Gesellschaft

Szene: Frauen-Asyl im Bremer Beginenhof / Rollendes Tonstudio für gefährdete Jugendliche 59
Psychologie: Junge Frauen, die sich selbst verletzen 60
Adoption: Das Drama der Internet-Babys 63

Wirtschaft

Trends: Autokonzerne drängen Haffa aus dem Formel-1-Geschäft / Eichel hält Wohnungseigentum für schlechte Altersversorgung / Kampfbereite Pilotengewerkschaft 95
Geld: Attraktive Pharma-Aktien / Deutsche Börse AG zu teuer 97
Konzerne: Radikalumbau bei der Deutschen Bank 98
Manager: Wie Ex-Mannesmann-Chef Klaus Esser sein Unternehmen abzockte 100
Immobilien: Die dubiosen Wohnungsgeschäfte des Rundfunksenders MDR 104
Autoindustrie: Der geheime Chrysler-Sanierungsplan 108
Hauptstadt: Bilanz-Schmu bei der Bankgesellschaft Berlin 110
Zukunft: Exportschlager Transrapid? 112
Testfall Schanghai 113

Medien

Trends: Gottschalks Zickzackkurs / Fehlstart beim Börsenspiel „Euro am Sonntag“.... 115
Fernsehen: Schwache Quote für „ZDF.Reporter“ / Bildungsnachhilfe statt Spaß-TV 116
Vorschau 117
Presse: Bedingt gesprächsbereit – der Springer-Verlag und die 68er 118
Reality-TV: Neue Spannershow „Girlscamp“ 120
Fotografie: Die besten Hauptstadtbilder 122

M.-S. UNGER

Generalsekretär Meyer, CDU-Plakat

Peinlicher Rückzug S. 22

Minister-Rücktritte, die 68er-Debatte, Joschka Fischer angeschlagen – eigentlich müsste das die Stunde der Opposition sein. Doch mit ihrem Plakat, das Kanzler Schröder wie zur Fahndung ausgeschrieben zeigt, leisteten sich Merkel und ihr Generalsekretär Meyer eine peinliche Entgleisung. Die Kritik an der CDU-Chefin wird lauter. Schröder und Fischer haben sich indes verschworen, die 68er-Debatte durchzustehen: Auf sie komme es an, was von ihrer Generation einst in den Geschichtsbüchern stehen werde.

Linkenhatz oder nützlicher Disput? S. 68, 86, 172, 178

Zur Verwunderung der Regierenden ist jäh die linksextreme Vergangenheit der Minister Fischer und Trittin auf die Tagesordnung geraten. Steht das Land vor einer Linkenhatz nach McCarthy-Manier oder am Beginn einer Debatte über die Fehler der Apo-Generation? Daniel Cohn-Bendit gibt im SPIEGEL-Gespräch Auskunft, die SPIEGEL-Autoren Cordt Schnibben und Reinhard Mohr in autobiografischen Beiträgen.

M. VOLLMER / DER SPIEGEL / XXP

M. URBAN

Grüne Minister Fischer, Trittin, Atomgegner-Aktion in Brokdorf 1976

Schmerzhafte Schnitte bei Chrysler Seite 108

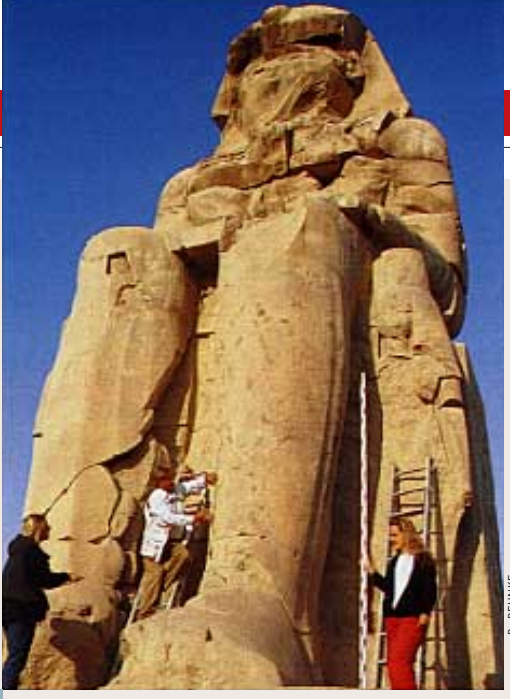
Vier Fabriken werden geschlossen, bis zu 21 000 Stellen gestrichen – mit einem harten Sanierungsprogramm will Chrysler-Chef Dieter Zetsche die angeschlagene Firma wieder fit machen. Schnelle Erfolge aber verspricht der Plan nicht: Chrysler wird 2001 noch hohe Verluste erwirtschaften.

Zetsche

AFP / DPA

Sich selbst verletzen, bis Blut fließt Seite 60

Wenn es ihr schlecht geht, nimmt Juliane, 20, ein Messer und ritzt sich die Haut auf. So lange, bis Blut fließt. So lange, bis es ihr besser geht. Immer mehr junge Frauen verletzen sich selbst. Psychologen sprechen von einer Erkrankungswelle.



B. BEHNKE

Kranke Kolosse Seite 186

Über den Bauherrn der Memnonkolosse liegen neue Details vor. Amenophis III. war der prunksüchtigste aller ägyptischen Pharaonen. Vielen Forschern gilt der Herrscher, der im Alter in Damenkleidern herumlief, mittlerweile als größenwahnsinnig. Die beiden Riesenskulpturen, einst Türfiguren des größten Totentempels in Ägypten, sind vom Einsturz bedroht. Unter der Leitung des Archäologen Rainer Stadelmann haben Ingenieure und Restauratoren einen Rettungsplan entwickelt.

Stadelmann (M.) vor Memnonkoloss

Verblüffendes Gutachten zur „Estonia“ Seite 134

852 Menschen starben, als 1994 die Fähre „Estonia“ in der Ostsee sank. Hinweise auf einen Bombenanschlag gab es viele. Jüngst sorgten Gutachten renommierter Institute für Wirbel, weil sie den Beweis für den ungeheuerlichen Verdacht zu liefern schienen. Doch eine gründlichere Untersuchung, vom SPIEGEL in Auftrag gegeben, fand erstaunliche Erklärungen für die Indizien der Gutachter.

O. LEHTIKUVA / ACTION PRESS

„Estonia“-Bugklappe

Fußball-Weltmacht im Notstand Seite 146

In Brasilien, seit einem halben Jahrhundert weltweit die führende Fußballnation, wüten Missmanagement und Korruption. Während die Stars ins Ausland flüchten, will die Politik den Lieblingssport der Südamerikaner „wieder moralisch machen“.

Sehnsucht nach Wirklichkeit Seite 158

ENDEMOL / ACTION PRESS

Die Jüngeren misstrauen fiktiven Geschichten, die ihnen das Leben erklären wollen. Wahr erscheint nur, was sich echt gibt. Popliteratur, „Big Brother“ und Streetwear-Mode bedienen die neue Sehnsucht nach unverfälschter Erfahrung. Schauspielerin Nicolette Krebitz, 29, spricht für ihre Generation. „Wir wollen herausbekommen, was Wirklichkeit ist.“

„Big Brother“-Akteurin Marina

Ausland

Panorama: Propagandaschlacht um Kosovo-Tote / Chinas Falun Gong verstärkt den Widerstand ... 125
Diplomatie: SPIEGEL-Gespräch mit Europaminister Pierre Moscovici über deutsch-französische Spannungen und die Zukunft der Union ... 128
Jugoslawien: Eklat in Belgrad ... 131
Philippinen: Estradas Beute ... 132
Russland: Blitzkarriere eines Agenten ... 133
Katastrophen: Die zweifelhaften Enthüllungen zum Untergang der „Estonia“ ... 134
Schweden: Europas forsche Chefdiplomatin ... 140
Mexiko: Interview mit Staatspräsident Vicente Fox über demokratischen Neubeginn und Wirtschaftswandel in seinem Land ... 142

Sport

Fußball: Missmanagement der Clubs treibt Brasiliens Profis aus dem Land ... 146
Formel 1: Interview mit Ferrari-Rennleiter Jean Todt über Michael Schumacher, italienische Firmenkultur und Betrugsvorwürfe ... 152

Kultur

Szene: Philosoph Norbert Hoerster zur Debatte über das Klonen / Historischer Roman im Nachlass von Gert Ledig gefunden ... 155
Zeitgeist: Neuer Faktenkult erobert die Künste ... 158
Schauspieler: Interview mit Juliette Binoche über ihren neuen Film ... 162
Film: Das Terroristendrama „Die innere Sicherheit“ von Christian Petzold ... 164
Literatur: Thomas Brussig über Frank Goosens Romandebüt „Liegen lernen“ ... 168
Bestseller ... 169

Wissenschaft · Technik

Prisma: Patienten-Gefährdung durch Schichtwechsel im Krankenhaus / Windeln aus Fischeiweiß ... 183
Archäologie: Der größte Totentempel Ägyptens wird ausgegraben ... 186
Computer: Mikrochips zum Selberdrucken ... 190
Ärzte: Prügel vom Patienten ... 192
Automobile: Der X-Type – der erste Jaguar vom Ford-Fließband ... 194

Briefe ... 8
Impressum ... 14, 196
Leserservice ... 196
Chronik ... 197
Register ... 198
Personalien ... 200
Hohlspiegel/Rückspiegel ... 202

Redfords Lebenssinn

Der amerikanische Schauspieler und Regisseur über Hochmut und Erfolg. Außerdem in kulturSPIEGEL, dem Magazin für Abonnenten: die Pianistin Hélène Grimaud und ein Nachruf auf den Flipper.

SPIEGEL-Titel 3/2001

„Jetzt haben wir aufgehört zu rauchen, wir essen keine Butter mehr wegen des Cholesterols, wir treiben Gymnastik, lassen uns massieren. Und nun wird unser Anspruch auf „Wellness“, gesundes Essen, gesundes Leben, gesundes, infarktfreies Sterben mitleidlos verletzt! Wen soll man nun auf Schadensersatz verklagen, da alles unsicher geworden ist?“

Bernhard von der Goltz aus Buenos Aires zum Titel „Zurück zur Scholle? Neue Landwirtschaft zwischen Agrarfabrik und Öko-Hof“

Hirntest für Politiker

Nr. 3/2001 Titel: Zurück zur Scholle? Neue Landwirtschaft zwischen Agrarfabrik und Öko-Hof

Das Problem ist: Ist der Verbraucher bereit, den höheren Preis für Ökoprodukte zu bezahlen? Wenn von der Schröder-Riege jetzt im bekannten Aktionismus die falschen Signale in Richtung Ökoproduktion gesetzt werden, darf sie sich nicht darüber wundern, wenn sie in einiger Zeit von frustrierten Landwirten mit Bioeiern und Ökotomaten beworfen wird, die am Markt nicht abzusetzen sind.

Oldenburg — Bernhard Rump

Eine Krise ist ein produktiver Zustand. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen (Max Frisch). Selbst dies gelingt Kanzler Schröder nicht.

Bestwig-Nuttlar (Nrdrh.-Westf.) — Christian Heinemann

Bevor Herr Schröder die Verbraucher zur Ökologie mahnt, sollte er seinen eigenen Institutionen die neue Philosophie dringend darlegen. Es wäre ein großer Schritt für Rot-Grün, wenn die Millionen von Heimbewohnern, Patienten und Soldaten Bioland-Butter zum Frühstück serviert bekämen, anstatt die Lagerware aus den EU-Butterbergen.

Reutlingen — Wolfgang Hirschburger

Habe selten so viel Unsinn über Landwirtschaft im Allgemeinen und ökologische Landwirtschaft im Besonderen gelesen und gehört wie in den letzten Wochen. Was soll zum Beispiel die Alternative: Industrielle Landwirtschaft oder kleinbäuerliche Betriebe? Ist ein ökologischer Betrieb mit 1200 Kühen im Laufstall auf Stroh eine industrielle Landwirtschaft? Mir ist so ein Betrieb jedenfalls tausendmal lieber als ein kleinbäuerlicher Betrieb mit 10 Kühen auf Spaltenboden und an der Kette. Auch wird immer wieder so getan, als ob ökologische Landwirtschaft ein Rückfall ins Mittelalter bedeutet und die Bauern wieder auf den Knien auf dem Feld Rüben verziehen. Ökologische Landwirtschaft ist wesentlich mehr als konventionelle Landwirtschaft ohne Chemie.

Sophienhof (Meckl.-Vorp.) — Rudolf van Putten

Wird die BSE-Krise auf Verbraucher nicht wirken wie eine Massenkarambolage im Nebel auf Autofahrer? Betroffenheit beim Anblick des Unglücks, Reduzieren der Geschwindigkeit, vorsichtiges und bedächtiges Weiterfahren, um dann wieder „normal“ weiter zu rasen – in die nächste Nebelwand. Das Gedächtnis der Verbraucher und Wähler ist kurz und wird immer kürzer: Aus den Medien, aus dem Sinn.

Öhringen (Bad.-Württ.) — Volker Pfau

Ein mögliches PR-Programm in Sachen Umstellung sollte von Ernährungsberatern ausgehen, damit den Verbrauchern einmal klar wird, dass schon zwei Portionen Fleisch pro Woche für eine ausgewogene, gesunde Ernährung völlig ausreichend sind. Ich bin davon überzeugt, dass sich auf diesem Wege das Problem der industriellen Massentierhaltung mit all ihren Komplikationen allmählich ganz alleine lösen würde – und der Sonntagsbraten hätte auch wieder seinen würdigen Preis.

Bad Schönborn (Bad.-Württ.) — Annette Breit

Es kann nicht darum gehen, die gesamte Landwirtschaft gegen Wille und Selbstverständnis der Bauern umzukrempeln – zumal nur eine Minderheit der Verbraucher die Mehrkosten bezahlen will. Man kann und muss aber versuchen, die allgemeine Landwirtschaft und die Nahrungsmittelindustrie so zu regeln, dass sie auch gemeinverträglich sind. Dafür ist das neu gestaltete Verbraucherschutzministerium von Frau Künast ein guter Impuls. Aber kann sie uns wirklich vor den billigpreisgierigen Verbrauchern schützen?

Aerzen (Nieders.) — Peter Weiberg

Sich jetzt nur über böse Bauern oder laxe Politiker aufzuregen ist doch Heuchelei, Freunde. Vielleicht sollte man in Fleischtheken die Porträts der Schweine und Puter kurz vor ihrer Schlachtung ausstellen, mit vom Eigengewicht zerbrochenen Knochen und vor Stress abgekauten Ohren. Ob das zu mehr „Ökolust“ verhelfen würde?

Köln — Klaus Detmer

Die Massentötung von Rindern an BSE-betroffenen Höfen ist übertrieben. Würde man die Kontrollen verschärfen, sowohl beim Fleisch in den Schlachtbetrieben als auch schon vorher beim Futter auf den Höfen, könnte man den Bauern eventuell den Ruin ersparen. Denn das Verbot von Tiermehl allein hindert viele Betriebe kaum daran, es weiterhin zu verfüttern. In diesem Punkt geht die Regierung noch lange nicht konsequent genug vor.

Nürnberg — Philipp Grunau

Die Bezeichnungen „Bio“ und „Öko“ sind seit zehn Jahren gesetzlich geschützt, die wenigen Trittbrettfahrer im Bereich der

NORDPHOTO

Protestierende Bauern: *Jeden Morgen frische Milch*

Vor 50 Jahren

DER SPIEGEL vom 31. Januar 1951

Streik um Mitbestimmung abgewendet „Fünf Minuten vor Zwölf“. **Gesetz zur Rohstoff-Planung** Zucker statt Bananen, Kupfer statt Gemüse. **Prinzessin von Isenburg kämpft für Landsberger Todeskandidaten** „Caritas ist bei uns erblich“. **Aufbesserung der Stadtfinanzen durchs Friedensgericht** Amis als willige Helfer. **Indien und Pakistan im Kaschmir-Konflikt** Schlichtungsversuch hinter verschlossenen Türen in London. **Astronom als beliebtester Rundfunksprecher der BBC** Vollkommen neue Kosmologie.

Diese Artikel sind im Internet abzurufen unter **www.spiegel.de**

Titel: Strafsoldat Friedrich Eisenacher

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Namensnutzung müssen spätestens dieses Jahr auf angestammte Namensrechte zu Gunsten der EU-Richtlinien verzichten. Was dem Biobereich fehlt, sind Mittel für Marketing. Während die Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft seit Jahren mit jährlich 200 Millionen Mark den Verbraucher zu Dumpingpreisen erzieht, haben „die Bios“ sämtliche Vermarktung aus eigener Kraft aufgebaut.

GREIFSWALD MARKUS MAASS

Kanzler Schröder hat Recht, wenn er sagt, der Einfluss der Agrarlobby muss eingeschränkt werden. Aber ist dieser große Einfluss die Schuld der Landwirte? Es sind doch die Politiker, die sich von der Agrarlobby zum eigenen Vorteil und zum Nachteil der Bürger vereinnahmen lassen. Versagt hat die Politik, die trotz hinreichender Warnungen von sachverständiger Seite keine BSE-Tests veranlasst hat. Inzwischen gibt es einen Test, mit dem sich in jedem beliebigen Würstchen Hirn nachweisen lässt. Vielleicht lässt sich der Test so weit verfeinern, dass er auch bei gewählten Politikern angewendet werden kann.

SEELZE (NIEDERS.) MICHAEL WOLTERS

Die Rinderseuche BSE wurde viel zu lange unter den Teppich gekehrt. Das muss ein Ende haben, im Interesse der Landwirte und der Verbraucher. Ich wünsche mir, dass man als Landwirt wieder angesehen ist in Deutschland und nicht nur als Tierquäler und Umweltverschmutzer gilt. Ohne uns würde nicht jeden Morgen die frische Milch auf dem Tisch stehen oder abends das Kotelett auf dem Teller liegen. Es wäre gut, wenn Exkursionen der Schulen zu Bauernhöfen stattfänden. Nur so können die Menschen wieder Bezug zur Lebensmittelproduktion gewinnen, und vielen Kindern wird dann auch klar, dass Kühe nicht lila sind.

OSNABRÜCK RENKE DÄHLMANN

Am Ufer des Spaßbades

Nr. 3/2001, Aufbau Ost: Interview mit Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Matthias Gabriel über das Ende der Ost-Förderung

Die Diskussion um den Aufbau Ost droht in eine Sackgasse zu geraten. Es ist kontraproduktiv, die Analyse ostdeutscher Verhältnisse als Munition für Fördergeldergefechte zu gebrauchen. Jenseits aller Schwarz-Weiß-Malerei steht längst die Arbeit der Differenzierung an. Die Zeiten müssen vorbei sein, in denen die regionalen und sozialen Unterschiede über einen Kamm geschoren werden. Tatsache ist, dass die Modernisierungen in Ost und West in höchst unterschiedlicher Weise Gewinner und Verlierer hervorgebracht haben. Einigen wenigen Regionen im Osten ist es gelungen, im Aufbauprozess Punkte zu machen. Sie sind *hier* die Ausnahme. Einige wenige Landstriche im Westen sind in schwerem Wasser. Sie sind *dort* die Ausnahme. Deshalb ist eine starke Ost-Förderung weiterhin vonnöten, aber dies mit einer strikten Zielgenauigkeit und unter Einbeziehung der strukturschwachen West-Regionen. Nur auf diesem Weg verschwindet die leidige Ost-West-Diskussion. Es geht um gesamtdeutsche Strukturpolitik im Konzert des globalen Wettbewerbs.

LEIPZIG WOLFGANG TIEFENSEE
OBERBÜRGERMEISTER

Herrn Thierse auf Grund seiner Lageeinschätzung zu attackieren ist nicht förderlich, da diese auf Daten beruht, die sehr wohl Besorgnis auslösen. Fakt ist, dass auf Grund fehlender Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Industriebetriebe bei Einführung der D-Mark in Verbindung mit einer zu überhasteten Privatisierung durch die Treuhand in Ostdeutschland kein angemessenes Verhältnis zwischen großen, mittleren und kleinen Unternehmen besteht, das gesamtwirtschaftlich erforderlich ist, um einen Aufschwung in den Bereich des Machbaren zu rücken.

BRANDENBURG DR. STEFAN KÖRBER

J. KOEHLER

Erlebnisbad in Stralsund
Drohende Sackgasse

Es mag ja sein, dass Herrn Gabriel die Thierse-Thesen nicht so recht gefallen wollen, jedoch erschließt sich dem geneigten Leser nicht, weshalb man sich mit den Gabrielschen Hypothesen anfreunden sollte. Darüber hinaus hat man vom Wirtschaftsminister Sachsen-Anhalts auch nichts Besseres gehört oder gelesen. Insofern bleibt nur zu überprüfen: Was hat er denn, außer übelste Polemik *gegen* die Verlierer der Gesellschaft zu verbreiten, *für* die Menschen im Lande getan? Nach eigener Ausage war der Stopp der Spaßbad-Förderung sein persönliches Verdienst. Völlig richtig – wo kämen wir denn hin, wenn

die Turnhemdenträger mit ihren Kissen die vielen Spaßbäder als Alternativen zu Tankstellen und Fensterbänken entdeckten! Doch der Blick ans Ufer des Spaßbades verrät: Mit der Effizienz des Wirtschaftsministeriums kann es so weit nicht her sein.

Magdeburg — Jochen Schuk, Ute Hermann, Andreas Wiedemann, Achim Fischer, Deutsche Postgewerkschaft Sachsen-Anhalt

Blüte, Reife, Verfall

Nr. 3/2001, Showgeschäft: „Big Brother"-Siegerin Alida Kurass im Vermarktungsstress

Was Ihr Autor über das TV-Showgeschäft im 21. Jahrhundert am Beispiel der „Big Brother"-Dame Alida diagnostiziert, erinnert an Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes". In seiner Kulturgeschichte des Menschen wird diese von Spengler als Zyklus gesetzmäßiger Zeitabschnitte gedeutet, die ohne Möglichkeit einer Weiterentwicklung die Zustände der Blüte, der Reife und des Verfalls durchlaufen. Danach sind wir dank „Big Brother" und seiner Protagonisten im aktiven und passiven Showbusiness nunmehr im Zustand des Verfalls von rund tausend Jahren Entwicklungsgeschichte angekommen.

Rodgau (Hessen) — Dr. Erhard Behrbalk

Es beschäftigt mich, dass der SPIEGEL „Big Brother" als Schwachsinn bezeichnet. Ich habe die Sendungen verfolgt und finde, dass es das Spannendste war, was in letzter Zeit im Fernsehen gesendet wurde. Wer Sex schauen wollte, kam sicher nicht auf seine Rechnung. Wer aber authentische Bilder sehen wollte, Leute anschauen und studieren, so wie sie wirklich sind, der konnte etwas erleben, etwas erfahren und lernen. Die Szene, Minuten bevor Alida das Haus als Siegerin verlassen durfte, war so herzergreifend, dass ich wohl nicht der Einzige war, der vor dem Fernseher geweint hat.

Reiden/Luzern — Othmar Rölli

„Big Brother"-Siegerin Alida
Herzergreifende Szene

F. GAMBARINI / DDP

I. GOROVENKO

Ministerpräsident Koch, Polizisten
Ehrenvolle neue Aufgabe?

Bock als Gärtner

Nr. 3/2001, Union: SPIEGEL-Gespräch mit Hessens Ministerpräsident Roland Koch über Joschka Fischers Sponti-Zeit und die Krisen von Regierung und Opposition

Etwas Dickfelligkeit gehört zu einem Politiker. Doch was sich Herr Koch herausnimmt, sprengt den Rahmen des Erträglichen. Selbst mit großem Batzen Dreck am Stecken fühlt er sich nun berufen, über andere zu richten: Fischer muss zurücktreten. Ja, warum hat er das nicht längst auch getan? Seine Vernebelungsaktion um die angeblichen „jüdischen Vermächtnisse“ sind noch nicht aus der Erinnerung der Bürger verschwunden. Wenn der selbstgerechte Christdemokrat mal in die Bibel geblickt hätte, wäre ihm vielleicht auch das Wort aufgefallen „Was siehst du den Splitter im Auge des anderen und wirst nicht des Balkens im eigenen Auge gewahr?“

BERLIN CONRAD TENNER

Jetzt hat der brutalstmögliche Aufklärer der Nation endlich eine ehrenvolle neue Aufgabe gefunden. Er lässt die angeblich verschwundenen Akten von Herrn Fischer suchen. Vielleicht sollte er stattdessen doch erst mal Klarheit in den Finanzen der korrupten Hessen-CDU schaffen.

OSNABRÜCK FRIEDHELM ZEHNE

DER SPIEGEL

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR
dieser Ausgabe für Panorama, Opposition, Bundeswehr, Verkehr, Titelgeschichte (S. 86): Dr. Gerhard Spörl; für Rente, Trends, Geld, Konzerne, Manager, Immobilien, Autoindustrie, Hauptstadt, Zukunft, Presse, Reality-TV, Fotografie: Gabor Steingart; für Lebensmittel, Atomkraft, CDU, Kriminalität, Titelgeschichte (S. 78, 84), Katastrophen: Clemens Höges; für Szene, Psychologie, Fernsehen, Zeitgeist, Schauspieler, Film, Literatur, Bestseller, Titelgeschichte (S. 178), Chronik: Dr. Mathias Schreiber; für Adoption, Panorama Ausland, Diplomatie, Jugoslawien, Philippinen, Russland, Schweden, Mexiko: Hans Hoyng; für Fußball, Formel 1: Alfred Weinzierl; für Prisma, Archäologie, Computer, Ärzte, Automobile: Johann Grolle; für die übrigen Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Register, Personalien, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dr. Manfred Weber; für Titelbild: Stefan Kiefer; für Layout: Rainer Sennewald; für Hausmitteilung: Hans-Ulrich Stoldt; Chef vom Dienst: Thomas Schäfer (sämtlich Brandstwiete 19, 20457 Hamburg)
TITELBILD: Fotos AP; D. Appenrodt; argus; J.H. Darchinger; dpa; H. Fricke
Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

Roland Koch hat durch sein Mitwirken an der Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft mehr Gewalt freigesetzt, als es Joseph Fischer je möglich gewesen wäre. Selbstverliebten, intriganten Egomanen wie Koch sollte die Verbreitung ihrer Ideologien verwehrt werden. Sowohl im Landtag von Hessen als auch in einem Nachrichtenmagazin vom Format des SPIEGEL.

KÖLN DANIEL RABE

Selbstverständlich ist der Standpunkt vertretbar, dass jemand mit Fischers Vergangenheit nicht Minister sein darf. Aber scheinheilige Patrone vom Schlage eines Herrn Koch sind es, die die Politikverdrossenheit steigern und damit auch die Grundsteine legen für jene furchtbaren Dinge, die immer öfter in Deutschland geschehen.

BREUBERG (HESSEN) WERNER ZIPP

Wenn der brutalstmögliche Aufklärer bei Fischer bezweifelt, dass dieser ein „führender politischer Repräsentant“ sein kann, so möge er den gleichen Maßstab an sich anlegen. Hier ernennt sich der Bock selbst zum Gärtner.

ROSSDORF (HESSEN) HELMUT SCHUPP

In kleinen Schritten

Nr. 2/2001, Extremisten: Wie die Stadt Zittau ihre Rechtsextremisten unterstützt

So wird’s gemacht! Nichts von den Bemühungen gegen rechtsextreme Gewalt im Dreiländereck, nichts über die Anstrengungen der Bürger um gute Nachbarschaft über Grenzen hinweg, wie zum Beispiel im Holzhof in Zittau oder in der Grenzenlosen Schule Hartau/Hrádek, wo Jugendliche und Kinder sich in Nachbarschaft und Toleranz üben. Das Problem Südstraße ist hier schon lange bekannt. Im Oktober vergangenen Jahres fand eine Forumsdiskussion im Rathaus Zittau statt. Politiker, Bürger und Medienvertreter diskutierten gemeinsam mit den Jugendlichen der Südstraße über Möglichkeiten und Lösungen. Bei einem lange vorbereiteten Gespräch in der Südstraße wurde jetzt die gemeinsame Idee der „aktiven“ Sanierung des Hauses unter Einbeziehung der betroffenen Jugendlichen beraten. Das Multikulturelle Zentrum Zittau, ein gemeinnütziger Verein, der sich seit Jahren um Integration müht, hat sich bereit erklärt, die Trägerschaft zu übernehmen und damit auch die Regeln zu bestimmen. Zusammenarbeit in kleinen Schritten statt Ausgrenzung ist und bleibt für uns der Weg für ein gemeinsames tolerantes und friedliches Miteinander an der Grenze zu unseren Nachbarn Tschechien und Polen.

ZITTAU MIKE WOHNE
VORSITZENDER MULTIKULTURELLES ZENTRUM

Wie im Fieberwahn

Nr. 3/2001, Werbung: Apples iMac beherrscht die Reklamewelt

Es hat gar keinen Zweck, dass Sie in Ihrem Beitrag versuchen, Mac-Usern ihren iMac oder Cube zu vermiesen. Denen geht es damit nämlich wie mit dem SPIEGEL: Man ärgert sich mindestens einmal pro Woche, aber man kommt einfach nicht davon los!

BORCHEN (NRDRH.-WESTF.) PROF. DR. WIDO KUMM

Nicht nur die Werbung läuft bei Apple billiger, auch das Arbeiten für jeden Anwender. Jeder Mac-User weiß, dass die größten Vorteile eines Macs die Benutzerfreundlichkeit und Stabilität sind – Masse und Klasse sind und bleiben unterschiedliche Dinge. Der wirtschaftliche Nutzen reduziert sich nun mal nicht auf einen vermeintlich günstigeren Einstandspreis.

NEUSÄSS (BAYERN) STEVE HATTON

Ihren Zahlen zufolge kommen auf 10 PC-User etwa 0,3 „Macianer“. Nach meinen

Apple-Werbung für den iMac
Man kommt nicht davon los

Erfahrungen sieht es eher so aus: Auf einen Mac-User kommen etwa 6 bis 8 jammernde Microsoft-Sklaven, die wie im Fieberwahn von „Format C“ und anderen seltsamen Dingen brabbeln. Ihre Redakteure bemühen sich jedoch bei jeder Gelegenheit, die Marke mit dem Apfel als quasi scheintot und als technisch völlig hinter dem Mond lebend zu beschreiben.

BAD SALZUFLEN (NRDRH.-WESTF.) S. HAGMEISTER

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt zu veröffentlichen. Die E-Mail-Adresse lautet: leserbriefe@spiegel.de

In einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe befindet sich ein Postkartenbeikleber des SPIEGEL-Verlags/Abo, Hamburg. Eine Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe enthält eine Beilage der Firma Intan, Osnabrück, sowie die Verlegerbeilage SPIEGEL-Verlag/kulturSPIEGEL, Hamburg.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

VERBRAUCHERSCHUTZ

Antibiotikum im Honig

Bayern und Baden-Württemberg steuern in einen neuen Lebensmittelskandal. Schon seit 1995 ist den Landesregierungen bekannt, dass vermeintlich naturreiner Honig aus einem der größten deutschen Obstanbaugebiete am Bodensee häufig mit dem Antibiotikum Streptomycin verunreinigt ist. Statt aber ein Verbot des Antibiotikums in der Landwirtschaft zu betreiben, wie es der Wissenschaftliche Lenkungsausschuss der EU-Kommission dringend empfiehlt, vertuschte man das Problem lieber: Verunreinigter Honig wurde durch staatliche Aufkäufe klammheimlich beiseite geschafft.

In den Honig gelangt das Antibiotikum über den Obstanbau. Plantagenbesitzer versprühen den Bakterienkiller im Kampf gegen den Feuerbrand, einer gefährlichen Krankheit, die häufig Apfel- und Birnbäume befällt. Bienen tragen den Stoff dann von der Blüte in ihre Waben, wo er den Honig verunreinigt. Über die eigenwillige Problemlösung durch die zuständigen Ernährungsministerien in München und Stuttgart berichtet ein betroffener Imker aus dem Bodenseeraum: „Staatliche Bienenzucht-Beratungsstellen bieten an, Streptomycin-Untersuchungen kostenlos durchzuführen.“ Enthalte der Honig mehr Streptomycin als erlaubt, dann „wird ein Kaufangebot an den Imker gerichtet“. Dabei handele es sich nicht um Einzelfälle: „So wurde es in den letzten Jahren gehandhabt, und verstärkt soll es dieses Jahr so gehandhabt werden“, sagt der Imker. Nicht auszuschließen ist allerdings, dass Honig mit Antibiotikumrückständen über dem gesetzlichen Grenzwert zumindest in den regionalen Vertrieb gelangte. Auch der Deutsche Berufs- und Erwerbsimkerbund erwähnt in einem aktuellen Mitglieder-Rundbrief „die Ankäufe von streptomycinverseuchtem Honig“. Ein Schreiben des Landesverbandes Badische Imker aus dem November 2000 bringt die dubiosen Methoden direkt mit dem baden-württembergischen Ministerium Ländlicher Raum (MLR) in Verbindung. Darin wird das MLR als Initiator der Aufkäufe genannt. Das Stuttgarter Ministerium streitet dies zwar nicht ab, betont aber, dass von der Streptomycin-Belastung „keine Gefahr für die Gesundheit der Verbraucher“ ausgehe. Bayerns Ernährungsministerium erklärt dagegen, im Freistaat sei belasteter Honig nur „einmalig im Frühjahr 1996“ aufgekauft worden, unter anderem „zur Feststellung etwaiger Abbauraten“ des Antibiotikums im Honig. Der Brief des badischen Imkerverbandes liefert auch den Grund für die jahrelange Geheimniskrämerei. Demnach „sollte alles vermieden werden, was den positiven Ruf des einheimischen Honigs im Verbraucherbewusstsein schädigt“. Das Renommee sei in Gefahr, wenn, wie es weiter heißt, öffentlich „über nicht verkehrsfähigen Honig aufgrund Streptomycin-Rückständen berichtet wird“.

DPA

Blühende Apfelbäume

U. THIEL / ACTION PRESS

Imker mit Bienenwabe

Die Antibiotikumfunde bringen jetzt auch die Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft (BBA) in Braunschweig in Erklärungsnot. Ihre Experten müssen sich fragen lassen, warum sie Streptomycin (Handelsname „Plantomycin“) als Spritzmittel gegen den Feuerbrand eine erneute, diesmal langfristige Zulassung zum 10. März 2000 erteilt haben – obwohl triftige Gründe dagegen sprachen. So wird das Antibiotikum auch in der Human- und Veterinärmedizin eingesetzt, wirkt aber gegen einige Bakterien nur noch eingeschränkt – eine Resistenzentwicklung, die durch übermäßige Streptomycin-Anwendung begünstigt wird. Der EU-Lenkungsausschuss spricht sich in einer Stellungnahme vom Mai 1999 ausdrücklich gegen den Einsatz von Antibiotika im Pflanzenschutz aus; nach Expertenansicht gibt es genügend wirkungsvolle Alternativen.

Die BBA und das Stuttgarter Ernährungsministerium versuchten offenbar, eine SPIEGEL-Veröffentlichung abzuwenden. Eilig lancierten beide am Freitag noch Pressemitteilungen. So teilte die Braunschweiger Agraranstalt mit, dass sie die Zulassung von Plantomycin vorsorglich ausgesetzt habe; das Obstbau-Präparat darf damit vorerst nicht mehr in den Verkehr gebracht werden.

SACHSEN

Biedenkopfs Risiko

Die öffentliche Demontage des eigenen Finanzministers und Parteifreundes Georg Milbradt könnte Sachsens Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf selbst in Bedrängnis bringen. Vorige Woche hatte Biedenkopf seinen über die Grenzen des Freistaats hinaus geschätzten Ressortchef als „miserablen Politiker“ abqualifiziert. Sobald der sein fachpolitisches Terrain verlasse, mache er „einen Fehler nach dem anderen“. Milbradt wollte daraufhin zurücktreten; Parteifreunde hielten ihn davon ab.

Biedenkopf, so warnt ein Landesvorstandsmitglied, könnte die öffentliche Demontage Milbradts noch erheblichen Ärger in einer anderen Angelegenheit bereiten. Ende Februar ist der Ministerpräsident vor den Untersuchungsausschuss des Dresdner Landtags geladen. Der soll klären, ob Biedenkopf ein für das Land nachteiliges Immobiliengeschäft in Leipzig befördert hat. Profiteur war Biedenkopfs Duzfreund, der Kölner Bauunternehmer Heinz Barth (SPIEGEL 47/1996). Bisher ist die „Paunsdorf-Affäre“ an „Teflon-Kurt“ (Fraktionsspott) abgeglitten – vor allem, weil Milbradt als zuständiger Minister für die Landesimmobilien schwieg. Tut der Gescholtene das nicht mehr, hat Biedenkopf ein Problem. Denn Milbradt kennt Regierungsakten, die den Verdacht nähren, dass der Ministerpräsident gleich nach seiner Wahl im Oktober 1990 in das Millionenprojekt seines Freundes Barth eingeschaltet war – lange vor Milbradts Liegenschaftsbeamten. So bedankte Barth sich am 18. Dezember 1990 „persönlich/vertraulich“ bei Biedenkopf („Lieber Kurt-Hans“) für prompte Hilfe bei der Baugenehmigung beim Leipziger Investment: „Herr Gormsen hat sich, sicher auf sanften Druck von Deiner Seite aus, sehr für uns eingesetzt.“ Einen knappen Monat zuvor hatte Barth um Hilfe beim Ankauf eines Leipziger Grundstücks in Staatsbesitz nachsuchen lassen. Biedenkopf versah das Bittschreiben mit der Bemerkung: „Hat sich erledigt.“

A. WIEGMANN / REUTERS

*Biedenkopf**

* Das Foto wurde ausgewählt für den Katalog „Rückblende“ des Wettbewerbs für das beste politische Foto des Jahres 2000.

SICHERHEIT

Auffälliges Verhalten

M. URBAN

Der baden-württembergische Justizminister Ulrich Goll (FDP), 50, über seine Pläne zum besseren Schutz vor Sexualverbrechern

SPIEGEL: Sie wollen – kurz vor der Landtagswahl – einen baden-württembergischen Alleingang beim Schutz vor rückfälligen Sexualverbrechern. Ihr niedersächsischer Amtskollege wirft Ihnen Populismus vor.

Goll: Wir versuchen jetzt etwas, auch angesichts jüngster Verbrechen, was auf Bundesebene bisher nicht funktioniert hat: die Möglichkeit zu schaffen, nachträglich Sicherungsverwahrung zu verhängen.

Dass gefährliche Sexualstraftäter nach ihrer Haftentlassung weiter solche Delikte begehen, kann nämlich nach der bisherigen Rechtslage selbst dann nicht verhindert werden, wenn sich dafür während der Haft eindeutige Hinweise ergeben …

SPIEGEL: … weil eine so genannte Sicherungsverwahrung im Anschluss an die Haftstrafe bisher nur zusammen mit der Verurteilung verhängt werden kann.

Goll: Wir wollen jetzt erreichen, dass dies auch nachträglich möglich ist. Das wird zwar bei uns in Baden-Württemberg nur etwa zwei bis vier Fälle pro Jahr betreffen – aber ich möchte nicht den Tag erleben, an dem wir jemanden entlassen müssen, obwohl wir wissen: Der tut wieder was.

SPIEGEL: Anwälte sehen darin eine „Präventivstrafe“, die gegen Verfassungs- und Völkerrecht verstößt.

Goll: Die Sicherungsverwahrung dient immer der Prävention. Wir verschieben nur den Zeitpunkt der Beurteilung, um eine Gesetzeslücke zu schließen. Und wir erreichen, dass die Straftäter eher zu einer Therapie bereit sind, um eben dieser nachträglichen Unterbringung zu entgehen.

M. BENK / DDP

Grab von Alexandra Noack

SPIEGEL: Das Verbrechen an der sechsjährigen Alexandra Noack aus Filderstadt, deren mutmaßlicher Mörder vor zwei Wochen gefasst wurde, hätten Sie so aber nicht verhindert – das war ein Ersttäter.

Goll: Aber auch dieser Mann war schon als Spanner auffällig geworden. Ein solches Verhalten ist häufig wie eine Einstiegsdroge. Auch da ließe sich also etwas tun.

SPIEGEL: Wie?

Goll: Wir prüfen derzeit, ob auch Spannertum unter Strafe gestellt werden könnte. Und wir werden noch vor der Wahl eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, dass Sexualtäter auch bei geringfügigeren Vergehen, wie etwa Exhibitionismus, künftig in die DNA-Kartei des Bundeskriminalamts kommen. Das wäre die beste Abschreckung, denn dann wäre das Entdeckungsrisiko 100 Prozent.

KONJUNKTUR

Schröder zwingt zu Optimismus

Bei den Abschlussberatungen über den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung sind Kanzler Gerhard Schröder und sein Finanzminister Hans Eichel über die Einschätzung des künftigen Konjunkturverlaufs aneinander geraten: Der Chef wollte Optimismus verbreiten, der vorsichtige Eichel bremste.

Bei der Sitzung des Wirtschaftskabinetts am vergangenen Mittwoch, an der auch Wirtschaftsminister Werner Müller und Arbeitsminister Walter Riester teilnahmen, forderte der Finanzminister: Statt 2,75 Prozent Wachstum, wie im Entwurf des Jahreswirtschaftsberichts vorgesehen, solle die Prognose für 2001 wegen des Konjunkturabschwungs in den USA auf 2,6 Prozent zurückgenommen werden. Schröder und die beiden anderen Minister sträubten sich heftig dagegen. Die Runde einigte sich auf „fast zweidreiviertel Prozent“.

GESETZE

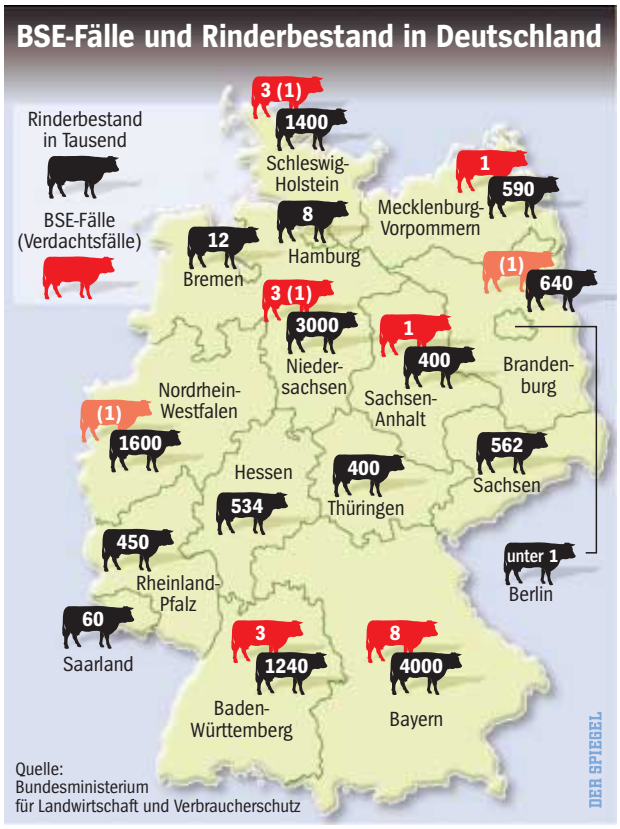
Schläger raus

Erstmals liegt in einem Bundesland ein Gesetzentwurf vor, der Frauen und Kinder besser vor gewalttätigen Ehemännern und Lebensgefährten schützen soll. Danach darf in Mecklenburg-Vorpommern künftig die Polizei prügelnde Männer bei Wiederholungsgefahr aus der Wohnung verweisen, ein Hausverbot aussprechen und den Schlüssel einziehen. Das Hausverbot soll zunächst auf sieben Tage begrenzt bleiben, in denen die Gewaltopfer ein Gericht einschalten können.

Zitat

»Wie soll man das Verhalten unserer Industrie in der Zwangsarbeiterfrage nennen: Nur schäbig oder antisemitisch?«

Wilhelm Staudacher, Generalsekretär der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung, auf einer Veranstaltung zum Holocaust-Gedenktag zur Weigerung der Unternehmen, ausreichende Mittel für den Entschädigungsfonds zur Verfügung zu stellen



BSE

1700 kranke Rinder?

Von rund 160 000 in Deutschland auf BSE getesteten Rindern waren nach Auskunft des Bundeslandwirtschaftsministeriums bisher 19 positiv. Würde man dieses Verhältnis – ein Fall auf gut 8000 Tests – auf alle 14,5 Millionen deutsche Rinder hochrechnen, wären hier zu Lande insgesamt mehr als 1700 BSE-Fälle zu erwarten. Von den 19 bestätigten BSE-Rindern stammen 8 aus Bayern; jeweils 3 sind aus Niedersachsen, aus Baden-Württemberg und aus Schleswig-Holstein; je eine BSE-Kuh melden Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt.

Am Rande

Flitzer Meyer

Wie er so dasteht und alle um zwei Köpfe überragt, könnte man ihn für eine Art menschlichen Leuchtturm halten, der jedem Sturm standhält und Suchenden Orientierungshilfe gibt. Laurenz Meyer, der Generalsekretär der CDU, scheint allein schon durch seine Größe die Idealbesetzung für den Job zu sein. Oder könnte sich jemand Norbert Blüm als „General“ an der Sturmspitze der Partei vorstellen? Doch der Schein trügt. Meyer hat das Erbe seiner Vorgänger Hintze und Polenz mit dem Vorsatz angetreten, alles anders und besser zu machen. Hintze – das war der Mann mit der Rote-Socken-Kampagne, die der PDS geholfen hat. Wer Polenz war und was er gemacht hat, daran können sich nicht einmal die Stenografen im Bundestag erinnern; das wird Meyer nicht passieren. Er wird in die Annalen seiner Partei als das beste U-Boot eingehen, das die SPD jemals vom Stapel gelassen hat. Das erklärt die gelassene Reaktion des Kanzlers auf das „Fahndungsplakat“, denn Schröder weiß, was Meyer macht: die Regierung Schröder im Formtief, da tritt Laurenz Meyer aus der Kulisse und zieht alle Aufmerksamkeit auf sich, wie ein „Flitzer“ bei einem Bundeswehrgelöbnis.

Die SPD empört sich offiziell ein wenig, empfindet aber in Wirklichkeit eine klammheimliche Freude über ihren besten Mann. Und Meyer legt nach: Jetzt führt er Albert Einstein, den Erfinder der Relativitätstheorie, vor. Das ist auch Meyers Spezialität. Alles ist relativ, das Timing, die Intelligenz, der Geschmack und – die Zugehörigkeit zu einer Partei.

ACTION PRESS

HANDYS

Sieg der Eltern

M. WITT

Jugendliche mit Handy, SMS

Anhaltende Proteste von Verbraucherschützern und Eltern haben die Mobilfunkanbieter T-Mobil (D1) und Vodafone (D2) zu einer Änderung bei der Abrechnung von Kurznachrichten (SMS) gebracht. Die gerade bei Jugendlichen beliebten SMS wurden oft erst nach Tagen abgerechnet. So kamen Schulden, in Extremfällen von einigen hundert Mark, zu Stande, die laut Werbung bei Pre-Paid-Karten eigentlich gar nicht möglich sein sollten. Eltern, die mit den Guthaben-Handys für Kostensicherheit bei ihren Kindern sorgen wollten, beschwerten sich bei den Mobilfunkanbietern. Vodafone legte daraufhin die Höchstgrenze der Schulden bei 20 Mark fest. „Im Einzelfall haben wir auf null gestellt“, erklärt Stephan Althoff von T-Mobil, ansonsten gelte auch die 20-Mark-Regelung. Ende Januar wollen beide Unternehmen ihre Abrechnung so umgestellt haben, dass SMS wie Telefonate sofort abgerechnet werden. Die kleineren Mobilfunkanbieter E-Plus und Viag Interkom haben schon immer so abgerechnet.

DEUTSCHE BANK

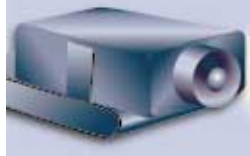
Steuerfahnder gebremst

Die Ermittlungen der Steuerfahndung gegen zahlreiche Kunden der Deutschen Bank, die Vermögen nach Luxemburg oder in die Schweiz transferiert haben sollen, um Steuern zu hinterziehen, sind erheblich ins Stocken geraten. Grund ist eine Einstweilige Anordnung des Bundesfinanzhofs. Der hatte – auf Grund einer Klage der Deutschen Bank gegen die Weitergabe von Unterlagen – der federführenden Staatsanwaltschaft Frankfurt untersagt, das so genannte Kontrollmaterial an die vor Ort zuständigen Steuerfahndungsstellen zu übergeben. Ermittler befürchten nun, dass eine Reihe von Verfahren zumindest strafrechtlich verjähren könnten.

Nachgefragt

Kameras raus

„Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Urteil das Verbot von Fernsehkameras in Gerichtssälen als grundgesetzkonform bestätigt. Was meinen Sie?“



Nein 79
Kameras haben im Gerichtssaal nichts zu suchen, weil sie das Geschehen zu sehr beeinflussen.

JA 15
Fernsehkameras sollten zugelassen werden. Dann kann sich jeder ein eigenes Urteil bilden.

Emnid-Umfrage für den SPIEGEL vom 24. und 25. Januar; rund 1000 Befragte; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „Weiß nicht/ist mir egal“

Werbeseite

Werbeseite

M.-S. UNGER

CDU-Generalsekretär Meyer, Anti-Schröder-Plakat: *Mit einem Schlag die Stimmung gedreht*

OPPOSITION

Neigung zu Eigentoren

Anstatt Kapital aus der 68er-Debatte und den Regierungskrisen zu ziehen, leistet sich die Union peinliche Pannen. Die Kritik an CDU-Chefin Angela Merkel wird lauter: keine Führungskraft, keine Strategie.

Angela Merkel verlangte eine Entschuldigung und gab den Text gleich vor. Um seine einstigen Prügeleien mit Polizisten moralisch zu bereinigen, forderte sie im Bundestag, habe Joschka Fischer dem Parlament reuig zu gestehen: „Ich habe eine falsche Sicht gehabt, und ich habe deshalb Buße zu tun."

Am vergangenen Freitag, neun Tage darauf, holte die Protestantin Merkel ihr frömmelnder Appell ein. Bei der Verabschiedung der Rentenreform stand sie im Parlament selbst im Büßergewand da. Das Wahlplakat der CDU, das Kanzler Gerhard Schröder wie einen erkennungsdienstlich behandelten Knacki zeigt, habe offenbar „die Empfindungen vieler Menschen verletzt", räumte Merkel ein: „Dass es so verstanden werden konnte, bedaure ich."

Während Ex-Fraktionschef Wolfgang Schäuble düster vor sich hin brütete, war Gerhard Schröder wieder sichtlich obenauf. Lässig fläzte der Kanzler auf der Regierungsbank und verfolgte, wie Merkel versuchte, zur Sache zu kommen, aber statt dessen gleich das nächste Eigentor schoss. Eine „hoch manipulationsfähige Formel" habe die Regierung für die Rente erfunden, kritisierte Merkel den angeblichen Betrug, „um am Schluss zum gleichen Ergebnis zu kommen wie Norbert Blüm". Der Applaus der Unionsfraktion fiel pflichtschuldig aus.

Monatelang hatten Merkel, Friedrich Merz und CSU-Chef Edmund Stoiber darauf hingearbeitet, ihre schwere Niederlage bei der Steuerreform vergessen zu machen. Aber bei der Verabschiedung des zweiten Reformwerks der Legislaturperiode legten die Unionsparteien erneut das ganze Ausmaß ihrer inneren Zerrüttung offen.

Merkel musste in Büßerpose ran, weil die anderen Parteifreunde aus Protest gegen die Plakat-Panne in Streik getreten waren. Wutentbrannt weigerte sich Horst Seehofer, seit einem Jahr Renten-Chefunterhändler der CDU/CSU, im Bundestag als Hauptredner der Opposition aufzutreten und nahm sich eine Krankheit. Da die Schwesterpartei mit ihrem Wahlplakat alles eingerissen habe, was man wochenlang vorbereitet habe, könne er keine sachliche Rede halten, meinte Seehofer. Parteifreunde pilgerten ebenso vergeblich wie die CDU-Chefin zu Seehofer, um ihn umzustimmen: „Das mach ich nicht", beharrte er. Kleinlaut gab Merkel zur Antwort: „Ich kann Sie verstehen."

Auch Fraktionschef Merz, der Parteichefin seit Monaten in herzlicher Konkurrenz verbunden, verzichtete diesmal liebend gern auf das Rederecht. Da Merkel die Sache vergeigt habe, machte er intern deutlich, solle sie auch den Kopf hinhalten.

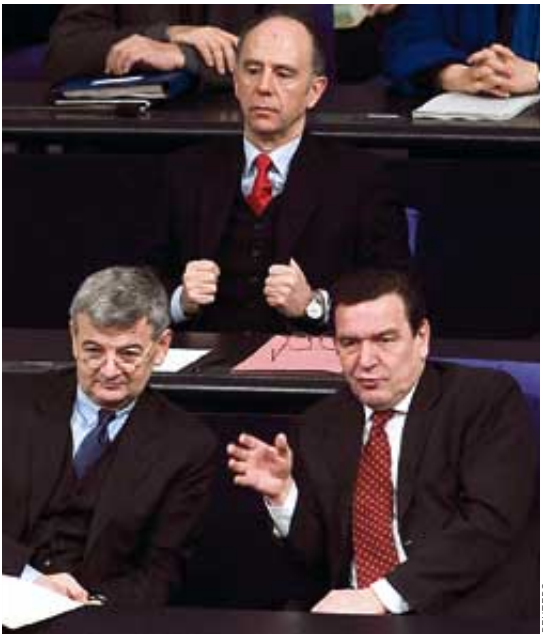
Schließlich, so die offizielle Begründung, sei Merkel doch bei allen Rentengesprächen als Verhandlungsführerin dabei gewesen.

Ein einziges verunglücktes Plakat reichte aus, um die Union in die nächste Führungs- und Sinnkrise nach dem Steuerreform-Debakel im Juli zu manövrieren. Dabei hatte alles so gut ausgesehen für die Opposition: zwei Minister zurückgetreten, Vizekanzler Joschka Fischer als Polizistenprügler am Pranger, Sparkommissar Hans Eichel unter Verschwendungsverdacht. Und dazu Umweltminister Jürgen Trittin, der den Sohn des RAF-Opfers Siegfried Buback brüskierte.

Entgegen ihren öffentlichen Reden hatten Schröder und Fischer einander eingestehen müssen, dass die Attacken von Opposition und Medien wegen der Vergangenheit des Außenministers die Koalition ins Mark treffen. Anfang Januar hatte die Regierung für einen Moment sogar am seidenen Faden gehangen. Entnervt von der Debatte um seine gewalttätige Vergangenheit, hatte Fischer am ersten Freitagabend des Jahres düster geraunt, er werde die Brocken hinwerfen – vier Tage, bevor die Minister Andrea Fischer und Karl-Heinz Funke ihre Rücktritte einreichten. Erst ein Krisengespräch mit Beratern daheim brachte den Außenminister wieder auf Kurs.

REUTERS

CDU-Chefin Merkel im Bundestag
„Wir müssen etwas tun“


REUTERS

Koalitionäre Fischer, Riester, Schröder
Hektische Krisentelefonate

In mehreren Treffen unter vier Augen redete auch Schröder dem Vizekanzler gut zu. Von ihnen beiden, analysierte das Spitzenduo der rot-grünen Koalition, hänge es ab, wie die 68er-Generation dereinst in den Geschichtsbüchern beurteilt werde. Nach dem trostlosen Abgang von Oskar Lafontaine im März 1999 müssten sie beide, Schröder und Fischer, nun Verantwortung zeigen und das rot-grüne Bündnis langfristig stabil halten. „An Schröder und Fischer hängt es, ob die 68er Verantwortung für das Land getragen haben werden oder ob sie als Hallodris enden, von denen außer der Frauenquote nicht viel geblieben ist“, meint ein Regierungs-Insider.

Die Verbundenheit zwischen dem Kanzler und seinem Vize, registrieren Vertraute, ist seither gewachsen. Fischer, obwohl dünnhäutig und sichtlich angegriffen, gibt sich kampfesmutig. Er stehe „stellvertretend dafür, ob es in diesem Land zu einer Geschichtsrevision kommt“, verkündete er in der Grünen-Bundestagsfraktion.

Auch Schröder haben die Gespräche mit Fischer enger an die Grünen rücken lassen. Der Kanzler überraschte die eigene Partei mit der Festlegung, über 2002 hinaus mit diesem Koalitionspartner regieren zu wollen. Beinahe klassenkämpferisch stellte er bei den SPD-Rechten vom „Seeheimer Kreis“ fest: „Es geht darum, eine ganze politische Generation in eine bestimmte Ecke zu stellen. Die Konservativen wollen ein Politikverständnis durchsetzen, das ausschließlich das Ihre ist.“

Selten habe sich Fischer für den Einsatz von Sozialdemokraten so herzlich bedankt wie zurzeit, registrieren Genossen, „und wohl noch nie“, sagt ein Vertrauter, „war das Verhältnis zwischen ihm und Schröder so eng“.

Das ist auch nötig. Anfang vergangener Woche, als der Druck auf Fischer beständig gewachsen war, nahm die Nervosität in der Koalition Züge von Panik an. Im Fernsehen erklärte Michael Buback, Sohn des 1977 ermordeten Generalbundesanwalts, Trittin habe ihn rüde abblitzen lassen, als er ihn im ICE nach Berlin auf das Mescalero-Pamphlet von damals angesprochen habe. Das hatte „klammheimliche Freude“ am Tod des Buback-Vaters geäußert.

Noch am selben Abend rief der Kanzler, von seiner Gattin ins Bild gesetzt, bei Rezzo Schlauch an: Die Grünen sollten das in Ordnung bringen, schließlich wolle man noch länger miteinander regieren.

Krisentelefonate zwischen allen Grünen-Spitzenpolitikern folgten. Doch kaum schien das Malheur behoben, schlug die nächste Nachricht ein: Fischer räumte ein, die spätere RAF-Terroristin Margrit Schiller habe wohl doch 1973 irgendwo in seinem Wohnhaus in Frankfurt übernachtet. Im Bundestag hatte er bestritten, „Herbergsvater für Terroristen“ gewesen zu sein. Falls Fischer im Parlament gelogen hätte, das räumen sogar Grüne ein, wäre sein Rücktritt unausweichlich gewesen.

Die Nerven in der Koalition waren zum Zerreißen gespannt, da enthüllte CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer sein Wahlplakat – und damit das ganze Elend der Opposition. Mit einem Schlag drehte sich die Stimmung. Das Dilemma der CDU rückte wieder aus dem Schatten: keine Strategie, kein Führungszentrum, keine hinreichende Abstimmung zwischen Bundesländern, Fraktion und Bundespartei. Mit dem Schröder-Fahndungsplakat sei „für

Ende einer Kampagne

„Das sind Fotos einmal von rechts, einmal von links und einmal in der Mitte, die passen zu dem Stichwort Rentenbetrug.“

Laurenz Meyer am 23. Januar

„Ja, ich habe mir dieses Plakat angeschaut. Mir geht es um die Botschaft.“

Angela Merkel am 24. Januar

„Wir haben das Plakat schneller ausgetauscht, weil zu viel über die Form und zu wenig über den Inhalt gesprochen wurde.“

Laurenz Meyer am 25. Januar

„Wir wollten den Bundeskanzler nicht kriminalisieren, aber in der Wirkung ist es so passiert. Dass es so verstanden werden konnte, bedaure ich.“

Angela Merkel am 26. Januar

die Union großer strategischer Schaden entstanden“, grollt Parteivize Volker Rühe. Tatsächlich hat die Parteiführung nicht nur wenig Format bewiesen, sondern gleich zwei zentrale Themen platt gemacht. „Damit wird die Debatte um die Rente überlagert und unsere Glaubwürdigkeit in der Auseinandersetzung mit Fischer und Trittin beschädigt“, schimpft Rühe.

Binnen Stunden nach der Vorstellung des Plakats hagelte es Proteste. CDU-Anhänger aus ganz Deutschland beschwerten sich im Berliner Konrad-Adenauer-Haus: geschmacklos – so die fast einhellige Ablehnung der bürgerlichen Klientel.

Die Spitzenfunktionäre der Partei regten sich mehr darüber auf, dass Merkel und Meyer die Aktion ohne Absprache mit Fraktion und Bundesvorstand gestartet hätten. Mit ihnen sei das Werk nicht abgestimmt, klagten auch die wahlkämpfenden Christdemokraten in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Christian Wulff, als Parteivize für die Rentenpolitik zuständig, stellte der Vorsitzenden öffentlich ein Ultimatum, das Plakat zurückzuziehen. Da hatte die ihren Fehler schon erkannt.

Am Mittwoch erschien die Parteichefin, anders als sonst, um acht Uhr früh zur Morgenlage in der Parteizentrale zum Gespräch mit General Meyer und ihrem Küchenkabinett. „Wir müssen etwas tun“, entschied Merkel. Gegen neun Uhr informierte sie Fraktionschef Merz: „Friedrich, das Plakat wird zurückgezogen.“

Schon diese Woche dürfte Merkel merken, dass sich der Frust der Partei ein Ziel sucht. Bei der Präsidiumssitzung wollen mehrere Mitglieder sie in die Verantwortung nehmen. Bevor es ein „Schrecken ohne Ende“ gebe, müsse man „die Notbremse“ ziehen, kündigt einer aus dem Kreis an. Seit längerem schon klagen Vorstandsmitglieder über schlechtes Management der Führung.

Beinahe wie einst Kohl, so der Vorwurf, kapsele sich Merkel mit ihrem Küchenkabinett aus fünf Getreuen im Adenauerhaus ab. „Nichts wird abgesprochen, keiner wird informiert“, klagen Präsiden im kleinen Kreis. Auch Hildegard Müller, Vorsitzende der Jungen Union, fordert Konsequenzen aus dem erneuten Debakel und eine kollegialere Führung. „Der Abstimmungsprozess muss verbessert werden. Der Bundesvorstand ist das einzige Gremium, in dem Vertreter von Partei, Fraktion und Ländern sitzen, dort müssen gemeinsame Entscheidungen getroffen werden.“

Niemand in der CDU kennt das Führungszentrum der Partei – in Berlin, wo Merkel und Merz ihre Rivalität pflegen, liegt es jedenfalls nicht. Ein ums andere Mal zeigen die Ministerpräsidenten der unionsgeführten Länder, dass ihnen die Parteilinie schnuppe ist, wenn Interessen ihrer jeweiligen Länder im Spiel sind. Als Lehre aus der Steuerreform versuchte Merkel darum erst gar nicht, bei der Rente ein einheitliches Abstimmungsverhalten der Union im Bundestag und Bundesrat herbeizuführen. Im Bundesrat, so ihre resignierte Erkenntnis, machten die Unionspolitiker ohnehin, was ihnen gerade nützt.

Wenn Merkel und Merz an einem Strang zögen, wäre die Macht der CDU-Bundesebene sicher größer. Aber das Verhältnis zwischen beiden ist zerrüttet. Um Merkel zuvorzukommen, beauftragte Merz vor Wochen eine Werbeagentur, das Thema Rente für die Bundestagsfraktion zu vermarkten. „Wir machen das“, sollen Meyer und Merkel aber klargestellt haben.

Auch ein Brief von Merz an die „lieben Mitbürger“, nebst Foto des Fraktionschefs als ganzseitige Anzeige in einer Sonntagszeitung abgedruckt, erregte Argwohn im Adenauerhaus. Merz wolle sich auf Kosten Merkels in Szene setzen, hieß es. Merz zog seine eigene Rentenkampagne schließlich zurück.

K. STUTTMANN
TAGESSPIEGEL

U. RADEMACHER

Christdemokraten Merkel, Merz*: *In Konkurrenz verbunden*

Spätestens seit der Klausurtagung des Bundesvorstands Mitte Januar äußern sich CDU-Führungsleute besorgt über das strategische Vakuum, das Merkel umgibt. Die Vorsitzende verteilte dort zwar Papiere und ordnete stille Lektüre an. Zu Diskussionen über die Strategie kam es jedoch kaum. Sogar Schäuble knurrte Teilnehmern zufolge: „Was mache ich eigentlich hier?“

„Ungelöste Konflikte zwischen Sozial- und Wirtschaftspolitikern“, diagnostizierte Merz vergangene Woche. Die einheitliche Betrachtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Union sei seit 1990 „völlig aus dem Ruder gelaufen“. Die CDU müsse die Frage beantworten, „wofür wir eigentlich stehen“, es fehle „eine Art Überbau“. Ein CDU-Abgeordneter: „Im Klartext heißt das, dass wir nicht regierungsfähig sind.“

Mangels Inhalten stürzt sich die Fraktion auf unliebsame Parteifreunde wie Heiner Geißler. Der hatte Außenminister Fischer im Fernsehen in Schutz genommen. Merz und Merkel mussten sich daraufhin in der Fraktion bestürmen lassen, wie der notorische Querkopf die CDU bei der ARD vertreten könne. Betretenes Schweigen erntete der Fraktionschef für seine Erklärung, er gehe grundsätzlich nicht mehr zu Veranstaltungen mit fünf oder sechs Mitrednern, schließlich bekomme der Kanzler die Sendung ganz für sich allein. Bremens CDU-Landeschef Bernd Neumann empfahl dringend, „noch mal darüber nachzudenken“.

Aber wie kann die Union die 68er-Debatte für sich nutzen? Während es große Teile der Fraktion nach einer Neuauflage des Kulturkampfs aus den sechziger und siebziger Jahren gelüstet, treten Besonnene wie Merz, CSU-Landesgruppenchef Michael Glos oder Rühe auf die Bremse. „Wir sollten uns nicht in die Tradition der sechziger Jahre begeben“, warnte auch Schäuble bereits vor zwei Wochen im Parteipräsidium: Am Ende stünde die CDU als Anwalt der Betonköpfe von gestern da.

In ihrer Not will Merkel diese Woche im Parteipräsidium auf Krisenreaktionen zurückgreifen, die sich in der Kohl-Ära bewährt haben: herunterspielen, aussitzen. Eine Partei, die die Wahl 2002 gewinnen wolle, müsse auch mal Dresche aushalten, findet die Chefin. In der internen Presseschau der CDU fehlte vergangene Woche ausgerechnet das monatliche Allensbacher Meinungsbarometer, das sonst gewöhnlich abgedruckt ist. Die konservative Demoskopin Elisabeth Noelle-Neumann hatte als Handicap der Union ermittelt, dass sich nur ein Fünftel der Deutschen Angela Merkel als Kanzlerin vorstellen kann.

ULRICH DEUPMANN, TINA HILDEBRANDT

* Nach der Wahl zur Parteivorsitzenden in Essen am 10. April 2000.

Werbeseite

Werbeseite

RENTE

Anruf genügt

Das Rentendesaster: Auf Druck der Gewerkschaften garantiert die Regierung ein Rentenniveau von 67 Prozent des Nettolohns – eine böse Überraschung für die Beitragszahler.

Keine Rolle liegt dem Kanzler so sehr wie die des unbestechlichen Anwalts einer Politik für alle. Beredt kann Gerhard Schröder über die „organisierten Interessen“ klagen, die bei jeder Reform laut aufschreien, über all die Lobbyisten und Verbandsfunktionäre, die ihre Anliegen als die der Allgemeinheit ausgeben. Zur Not, sagt der Kanzler dann kämpferisch, werde „diese Regierung das Gemeinwohl auch allein durchsetzen“.

Doch spätestens seit vergangener Woche ist nun klar, dass Schröders Standfestigkeit ihre Grenzen hat. Und es ist ausgerechnet die Rentenreform, das wichtigste Projekt der Koalition nach der erfolgreich durchgesetzten Steuersenkung, bei der die Regierung dem Druck starker Verbandsinteressen nun eilfertig nachgibt.

Manchmal reicht ein Telefongespräch.

Es war Mittwochnachmittag vergangener Woche, als Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier einen Anruf aus der IG-Metall-Zentrale in Frankfurt erhielt. Man habe gerade noch einmal die letzte Gesetzesfassung studiert und sei dabei auf einen Passus gestoßen, den man so nicht durchgehen lassen könne, ließ IG-Metall-Chef Klaus Zwickel wissen. Sollte die Passage nicht unverzüglich geändert werden, müssten die Gewerkschaften leider wieder gegen die Reform mobilmachen.

Steinmeier verstand sofort: Mit diesem Anruf, zwei Tage vor der Schlussabstimmung im Bundestag über die Rentenreform, stand das ganze Prestigeprojekt plötzlich auf der Kippe. Keine andere Lobby der Republik verfügt in der SPD-Fraktion über so viele Gefolgsleute wie die Gewerkschaften; schon einmal hatten ein paar Dutzend Genossen bei einer Probeabstimmung zu einem früheren Entwurf offen gegen die Reform votiert. Gruselig auch die Vorstellung, die Funktionäre würden, wie in Frankreich, Tausende auf die Straße schicken.

Auslöser der Intervention aus Frankfurt war eine unscheinbare Formulierung in Paragraf 154 des Gesetzes, die bislang alle Ausschüsse und Anhörungen unbeanstandet passiert hatte. Nach der so genannten Niveausicherungsklausel verpflichtete sich Arbeitsminister Walter Riester, auf jeden Fall ein Rentenniveau von 64 Prozent des Nettolohns zu garantieren. Ebendiese Zahl widerspreche aber, monierten die Gewerkschafter nun, der Abmachung mit der Regierung, ein Niveau von 67 Prozent zu halten.

AP

Gewerkschaftsprotest in Frankreich: *Tausende gegen die Reform auf der Straße*

Unverzüglich berief Steinmeier in der Regierungszentrale einen Krisenstab ein. Binnen weniger Stunden war auch der sich sträubende Riester auf Linie gebracht.

Am späten Abend konnte der Bundeskanzler, der nach einer Wahlkampftour durch Rheinland-Pfalz den Tag mit einem Abendessen unter Journalisten ausklingen ließ, Vollzug melden. Kurz nach 23 Uhr, zwischen Kürbisschaumsuppe und Kalbsrücken, griff Schröder zum Handy und teilte Zwickel in aller Freundschaft mit, dass der Arbeitsminister anderntags den Rückzug antreten werde.

Auffällig sind die Spitzen der Koalition seitdem bemüht, die Bedeutung des Noteingriffs kleinzureden. Riester selbst spricht von einem „ganz offensichtlichen Missverständnis“. Bei der strittigen Klausel handele es sich schließlich doch nur um ein Detail, das „mit der Höhe des Rentenniveaus nichts zu tun hat“.

Wenn es bloß so wäre. Tatsächlich bedeutet die Änderung in letzter Minute nichts weniger als einen Eingriff in den Kernbestand der Rentenreform. Auch wenn das Gesetz nun nach seiner Verabschiedung im Bundestag, wie von der Koalition geplant, Mitte Februar den Bundesrat durchlaufen sollte, ist schon jetzt klar, dass sich das eigentliche Ziel, nämlich das marode Rentensystem dauerhaft zu sanieren, nicht mehr erfüllen lässt.

Denn mit der nun gesetzlich verankerten Selbstverpflichtung, das Rentenniveau keinesfalls unter 67 Prozent des Nettolohns sinken zu lassen, hat sich die Regierung in direkten Widerspruch zu dem anderen, ebenfalls gesetzlich festgeschriebenen Versprechen gebracht: die Beitragssätze bei 22 Prozent zu stabilisieren. Beide Zusicherungen auf einmal werden sich nicht halten lassen, das sagen die Experten, und so geht es auch aus der jüngsten Prognose des Sachverständigenrats hervor.

Mehr noch: Mit einem Federstrich hat die rot-grüne Koalition ihr eigentliches Anliegen desavouiert, die Bürger zu mehr Privatvorsorge anzuhalten. Neben die gesetzliche Rente soll künftig eine staatlich geförderte Zusatzversicherung treten, die das sinkende Rentenniveau ausgleicht. Dies ist die entscheidende Neuerung des Reformvorhabens – und seine wichtigste Säule. Doch warum, so werden sich nun viele Arbeitnehmer fragen, sollen sie noch einen Teil ihres Lohns für eine private Vorsorge abzweigen, wenn die Rente offenbar doch sicher ist?

Die Korrektur in letzter Sekunde ist der Höhepunkt zahlloser Interventionen und Gefälligkeitslösungen. Was vor knapp zwei Jahren mit dem Versprechen begann, endlich ein System zu schaffen, das auch künftigen Generationen ein Auskommen im Alter garantiert, ist nach all den Nachbesserungen zu einem Programm geworden, das vor allem den heutigen Rentnern die Sicherung ihrer Besitzstände verheißt.

So setzten die SPD-Sozialpolitiker bereits im Sommer durch, dass die Reform nur bis zum Jahre 2030 gilt. Eine längere Laufzeit hätte offen gelegt, dass genau ab diesem Zeitpunkt die Altersgelder stark absinken werden, der schöne Plan also vor allem die heutigen Berufsanfänger trifft. Auch bei der Rentenformel erreichten die Gewerkschaften vor wenigen Wochen eine wesentliche Änderung. Von 2011 an fallen die Rentenerhöhungen nun doch stärker aus, als von Riester ursprünglich vorgesehen.

Der Rentenbeitrag lässt sich freilich nur begrenzen, wenn die andere Stellschraube, das Rentenniveau, beweglich gehalten wird. Zwar hat Arbeitsminister Riester auf Druck der SPD-Sozialpolitiker im Zahlenwerk seines Reformkonzepts ausgewiesen, dass dieser Level nicht unter 67 Prozent fallen soll. Doch das war eben stets nur eine Prognose, eine Vorausschau, die keine bindende Wirkung hatte und je nach wirtschaftlicher Entwicklung mal höher oder niedriger hätte ausfallen können.

Dass schon die 67-Prozentzahl mit Rücksicht auf die Rentner, die bald mächtigste Wählergruppe im Lande, geschönt war, darauf hat nicht nur die Opposition immer wieder hingewiesen. In Wahrheit, so zeigen Berechnungen des Verbandes der Rentenversicherungsträger, sinkt das Rentenniveau, verglichen mit heute, bis zum Jahr 2030 auf knapp 64 Prozent.

Was allerdings auch die Union, die nun die Rente zum großen Wahlkampfthema machen will, mit Bedacht verschweigt: Wer das Rentenniveau drückt, senkt damit noch lange nicht die Renten. Tatsächlich würden auch bei einem Rentenniveau von 64 Prozent die Altersbezüge jährlich steigen – ganz einfach, weil sie an die Lohnentwicklung gekoppelt sind. So gesehen geht es also bei jeder Reform lediglich darum, den Anteil für die Rentner am wirtschaftlichen Wachstum ein wenig zu begrenzen.

Wie verhängnisvoll sich nun die staatliche Niveaugarantie auswirken wird, wie wenig Spielraum der Regierung künftig bei ihrer Rentenpolitik bleibt, weiß Riester nur zu genau. Schon im Jahr 2005 könnte der Punkt erreicht sein, an dem der Arbeitsminister nach der neuen Klausel eingreifen muss, so haben es die Fachleute in seinem Ministerium vorgerechnet.

Mehrfach hat Riester deshalb letzte Woche vergebens versucht, die Gewerkschaften von ihrem überraschenden Vorstoß abzubringen. Immerhin: Die umstrittene Klausel war im Sommer erst auf ausdrücklichen Wunsch des SPD-Gewerkschaftsflügels in das Reformgesetz übernommen worden. Und noch am Dienstag vergangener Woche hatte Riester das Einverständnis der DGB-Spitze eingeholt, so berichten es jedenfalls enge Mitarbeiter.

Doch es half alles nichts: Nachdem der Kanzler einmal entschieden hatte, dass die Gewerkschaftsforderung rasch zu erfüllen sei, ging es am Mittwochabend im Kanzleramt nur noch um eine Frage: Wie können die Wünsche der Funktionäre in das laufende Gesetzgebungsverfahren übernommen werden?

Noch am selben Abend wurde SPD-Fraktionschef Peter Struck, der gerade seinen Geburtstag feierte, beauftragt, die Notoperation zu starten. Eilig ließ er seine Abgeordneten am nächsten Morgen zu einer Sondersitzung zusammenrufen, um einen so genannten Entschließungsantrag abzusegnen. Darin verpflichtet sich die Regierung nun, der Rentenreform einen Zusatz folgen zu lassen, der die Niveausicherungsklausel ganz im Sinne der Gewerkschaften bei 67 Prozent festschreibt.

„Mit dieser Klausel nimmt sich die Koalition die Luft, um auf unvorhergesehene Entwicklungen reagieren zu können“, urteilt Bert Rürup, Mitglied im Sachverständigenrat und wichtigster Rentenberater der Regierung. „Den Rentnern wird eine Versorgungssicherheit suggeriert, die es in Wirklichkeit gar nicht gibt.“

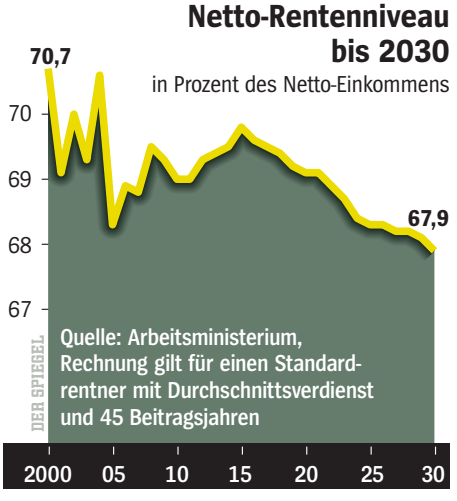
Jan Fleischhauer, Christian Reiermann, Michael Sauga

A. VOELKEL / MELDEPRESS

Rentenreformer Riester: *Binnen weniger Stunden auf Linie gebracht*

So kompliziert die Rentenreform im Einzelnen sein mag, die Mechanik ist relativ simpel. Es gibt vor allem zwei Stellschrauben, an denen die Reformer drehen können: bei den Beiträgen oder an der Höhe der Auszahlungen, also dem, was die Fachleute das Rentenniveau nennen.

Bislang war vor allem die eine Stellschraube fixiert. Bis zum Jahr 2030 darf der Anteil für die Altersvorsorge, der automatisch vom Gehalt abgezogen wird, nicht über 22 Prozent des Bruttolohns steigen – so steht es ausdrücklich im vorliegenden Gesetz. Ohne eine Reform, das ergeben Berechnungen von Experten, würde der Beitragssatz in den nächsten Jahrzehnten von derzeit 19 Prozent auf über 26 Prozent in die Höhe schnellen.



Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

T. RAUPACH / ARGUS

Schweinemast-Betrieb: *„Schon die Ferkel bekommen antibiotische Spritzen“*

LEBENSMITTEL

Gefährliche Mast

Der Schweineskandal in Bayern zieht weite Kreise. Unter dem Druck fallender Preise haben Bauern in ganz Deutschland tonnenweise Antibiotika in ihre Tiere gepumpt.

Beim Abschied füllten sich die Augen der Ministerin mit Tränen. Barbara Stamm, bis Dienstag vergangener Woche zuständig für Gesundheit und Soziales im Kabinett von Bayerns Regierungschef Edmund Stoiber, fühlte sich zu Unrecht aus dem Amt gedrängt. Sie sei schuldlos an dem neuesten Tiermastskandal in Deutschland, klagte sie, „schwarze Schafe unter den Tierärzten“ hätten das Unheil über Bayern gebracht.

Angeblich einziger Fehler ihres Ministeriums: Schon vor zwei Jahren hatte der Präsident der Landestierärztekammer konkret vor den kriminellen Machenschaften im niederbayerischen Schweinedorado gewarnt. Eine Arbeitsgruppe kümmerte sich zwar irgendwie um die Beschwerde, doch es passierte nichts.

Die Zeiten haben sich geändert. Nach dem jüngsten Schweinemast-Eklat musste Edmund Stoiber seine Lieblingsministerin ziehen lassen. Allzu sehr sind die Wähler inzwischen aufgebracht über Politiker, die jahrelang sträflich fahrlässig den Verbraucherschutz missachtet haben. Der ansonsten für seine Sturheit bekannte Ober-Bayer war machtlos.

Was in der vergangenen Woche in Bayern ans Licht kam, ist erst der Anfang neuer Enthüllungen über die chemiefreundliche Haltung großer Teile der deutschen Landwirtschaft. Überall in Deutschland stehen Bauern und Tierärzte unter Verdacht, in großem Stil Pharmazeutika an Schweine verfüttert zu haben, um sie so schneller mästen zu können. Und immer deutlicher tritt dabei das Versagen der Aufsichtsbehörden zu Tage: Dass tonnenweise illegal Arzneimittel in die Tröge wandern, ist nur möglich, weil Veterinäre und Bauern schludrig kontrolliert werden.

Auch in Berlin sind die gravierenden Folgen des Tierdopings spätestens seit Ende vorigen Jahres bestens bekannt: Eine Studie der Universität Göttingen für das Umweltbundesamt hat die Belastung von Böden durch Rückstände aus Tierarzneimitteln penibel beschrieben. Bei Untersuchungen in der Weser-Ems-Region, einem der größten deutschen Schweinemast-Gebiete, fanden Wissenschaftler „bedenklich hohe Werte“ von Tetracyclinen, hochwirksamen Bakterienkillern. Allein von diesem Stoff sollen über die Gülle bis zu mehreren Kilogramm pro Hektar auf die Wiesen gelangt sein.

Anhand der im Boden gefundenen Spuren schlossen die Forscher auf die Menge an Medikamenten, welche die Tiere verabreicht bekommen hatten. Danach wurden in der Weser-Ems-Region die Schweine pro Jahr mit 150 bis 200 Tonnen Antibiotika und 112 Tonnen antibiotisch wirkenden Zusatzstoffen im Futter hochgemästet. Bis zu 80 Prozent der Arzneimittel scheiden die Tiere über den Kot wieder aus.

Dann nahmen sich die Wissenschaftler die Bücher der Tierarztpraxen vor und kamen auf eine verschriebene Gesamtmenge von nur 70 Tonnen. „Über tierärztliche Herstellungsaufträge“, resümierten die Biochemiker, werde „weniger als die Hälfte der gesamt eingesetzten Arzneimittel verabreicht“. Die Autoren erwarten sogar, dass sich „der Trend zu mengenmäßig nicht erfassbaren Direktabgaben fortsetzen wird“ – zu Deutsch: Gigantische Mengen von Präparaten gelangen weiterhin ohne Kontrolle ins Fleisch der Schweine.

Woanders sieht es nicht besser aus. Die Staatsanwaltschaft Schwerin ermittelt seit 1999 gegen einen Tierarzt aus Herrnburg,

VIER PFOTEN

Medikamentenfund in Dietzen (Steiermark)
„Alles kommt auf den Menschen zurück“

A. VOELKEL / MELDEPRESS

Verbraucherministerin Künast (im Vogelschutzgebiet bei Neustadt-Gleve)*: *Antibiotika verbannen*

der an 50 Landwirte aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern verschreibungspflichtige Medikamente verkauft haben soll. Allein in Schwerin waren im vergangenen Jahr 22 weitere Verfahren gegen Veterinäre und Bauern anhängig.

Auch in Regensburg und Stuttgart ermitteln Staatsanwälte wegen Arzneimittelmissbrauchs in der Schweinemast. Die Tierärztekammer Nordrhein beschwert sich seit Jahren über die Untätigkeit der Behörden. Massenweise kommen dort Substanzen aus den Niederlanden ins Land.

Der in Straubing verfolgte Roland Fechter, Dienstherr über zehn Tierärzte, breitete sich zunächst nach Österreich aus und schaffte es im Sommer vergangenen Jahres, mit dem Verbund „Thüringer Qualitätsschweine“, in dem fast 40 Bauern organisiert sind, ins Geschäft zu kommen. Laut Erfurter Gesundheitsministerium verkaufte er an die Landwirte Medikamente, ohne zuvor deren Schweinebestand wie vorgeschrieben auf Krankheiten zu testen. Erst als sich auch die Landestierärztekammer bei den Behörden beschwerte, verlor Fechter seine Kunden.

Durch einen Zufall geriet der Tierarzt am Dienstag vergangener Woche auch in Sachsen in die Fahndung. Aus Waldenburg meldete sich ein Anrufer beim Landeskriminalamt in Dresden. Der Mann erklärte den Beamten, dass Fechter, den er im Fernsehen in einem Bericht über den Schweineskandal gesehen habe, kenne. Der Mann sei bei einem Ferkelaufzuchtbetrieb im Ortsteil Schwaben gewesen. Noch am Nachmittag durchsuchten zehn Beamte das Anwesen und stellten Medikamente, Lieferscheine und Rechnungen sicher.

Fechter selbst beteuerte in der vorigen Woche seine Unschuld. Doch gegen den Tierarzt haben inzwischen auch bei ihm zuvor angestellte Ärzte ausgesagt. Sie erklärten schriftlich, dass in dessen Klinik Antibiotika umetikettiert und für die Tiermast nicht erlaubte Präparate verkauft worden seien. Am vergangenen Freitag wurde Fechter festgenommen.

Humanmediziner halten den hemmungslosen Einsatz von Antibiotika in der Tierzucht vor allem deshalb für so gefährlich, weil sie die Heilungschancen von Kranken ernsthaft beeinträchtigen oder gar völlig zunichte machen können. Für diese Präparate gilt, was der griechische Philosoph Pythagoras schon vor mehr als 2500 Jahren erkannte: „Alles, was der Mensch den Tieren antut, kommt auf den Menschen zurück.“

Antibiotika werden in der Schweinemast zur Leistungsförderung eingesetzt, aber auch zur Vorbeugung und Behandlung von Krankheiten wie Lungenentzündungen, die häufig als Folge der Massentierhaltung auftreten. In den Tieren können sich dabei resistente Keime bilden, die durch rohes Fleisch oder die Bauern auf die Bevölkerung übertragen werden.

Vor allem nach schweren Operationen, wenn das Immunsystem des Patienten geschwächt ist, kann die Infektion mit resistenten Enterokokken lebensgefährlich werden; die Antibiotika schlagen nicht mehr an. Prominentester Fall war der Schauspieler Günter Strack. Er wäre nach einem Schlaganfall in einer Münchner Klinik fast den gefährlichen Keimen erlegen. Auch leukämiekranke Kinder gelten als sehr gefährdet.

Die WHO hat bereits 1997 die Empfehlung ausgesprochen, Antibiotika als leistungssteigernde Beimischung im Futter generell zu verbieten – doch die Bundesrepublik ist dem Votum bislang nicht gefolgt. Nicht einmal auf Präparate, die auch beim Menschen angewendet werden, will die Mästerlobby verzichten. Laut der Göttinger Studie sind 60 Prozent aller Arzneimittelrückstände in der Gülle Tetracycline – Antibiotika, die zur Bekämpfung von Infekten in der Humanmedizin wichtig sind.

Jetzt hat die Grüne Renate Künast, die neue Ministerin für Verbraucherschutz und Landwirtschaft, angekündigt, die Antibiotika weitgehend aus dem Stall zu verbannen. Nach Überzeugung von Wolfgang Witte, Professor am Robert-Koch-Institut in Wernigerode, wären die Mittel durchaus „verzichtbar“. Voraussetzung allerdings: Die Haltungsbedingungen für die bisher auf engstem Raum eingepferchten Masttiere müssten sich grundlegend ändern.

Doch das Dealen mit dem Stoff ist ein bombiges Geschäft. Tierärzte schließen pro forma Betreuungsverträge mit Mästern

* Mit dem Grünen-Chef Fritz Kuhn.

ab. Dann liefern die Veterinäre die Medikamente häufig en gros an den Hof, ohne die Tiere zuvor auf Krankheiten geprüft zu haben. Der Landwirt spritzt die Arznei selbst. Öfter noch werden die antibiotischen Substanzen gleich kiloweise ins Futter gestreut. „Schon die Ferkel bekommen antibiotische Spritzen“, sagt Heinz-Wilhelm Selzer, Landwirt in Arolsen bei Kassel und Präsident des Bundesverbandes Tierschutz, „es gibt kaum einen Mäster, der nicht alle möglichen Medikamente selbst hat.“ Häufig verdienen sich auch die Auslieferer von Futtermittelherstellern etwas dazu, indem sie nebenbei die Höfe illegal mit Arzneimitteln versorgen.

Als in den letzten Jahren die Schweinepreise rapide absackten, fielen offenbar bei manchem Landwirt auch die letzten Hemmungen. Das Geschäft der so genannten Autobahntierärzte boomt, aus dem Kofferraum verramschen sie ihre Arznei zum Dumpingpreis an willige Bauern, ohne lange zu fragen.

Am vergangenen Freitag trafen sich in Stuttgart Vertreter des Landesverbandes praktizierender Tierärzte, der baden-württembergischen Tierärztekammer sowie von Bauernverband und Landwirtschaftsministerium zum Schweine-Krisengipfel. Die Veterinäre verlangten von der Regierung endlich eine härtere Gangart gegen die schwarzen Schafe. Schon im Februar 1998 hatte der Tierärzteverband einen Ministerialdirektor auf die Zustände aufmerksam gemacht. Offiziell heißt es aus der Regierung, die Hinweise seien zu vage gewesen, um reagieren zu können. Inoffiziell sagen die Beamten, man wisse schon, was abgeht im Stall. Doch immer, wenn sie einem konkreten Fall nachgegangen seien, so ein Ministerialer, „greift man nur in einen Teich“.

Die meisten Veterinärämter in der Bundesrepublik sind weder personell noch fachlich in der Lage, die verbotenen Mittel aufzuspüren. Laut einem Schreiben der bayerischen Landestierärztekammer an das Gesundheitsministerium in München verfügen die Autobahntierärzte über profunde Kenntnisse des Arzneimittelrechts und frisieren die Bücher derart geschickt, dass der Kontrollbeamte „nie oder nur schwer“ die illegale Abgabe beweisen könne.

Schlimmer noch: Nicht mehr als 0,5 Prozent aller Schweine werden überhaupt getestet. Und die Fleischbeschau übernehmen nicht selten die niedergelassenen Tierärzte selbst – das ist so, als würde der wegen Dopings gesperrte Sprinter Ben Johnson zum Dopingkontrolleur ernannt.

Vor zwei Jahren stellten die EU-Veterinäre nach Prüfung der deutschen Praxis ein vernichtendes Urteil aus: Die Lebensmittelüberwachung sei „schwerfällig“, „unzulänglich“ und „mangelhaft“. Fleischproben etwa seien in den Kühlschränken der Veterinäre vergammelt.

Michael Loeckx, Udo Ludwig, Conny Neumann, Sylvia Schreiber

T. KOEHLER / IMO

Verteidigungsminister Scharping, Soldaten*: *Angriffe aus dem eigenen Lager*

BUNDESWEHR

Schuss ins Knie

Bundeswehrmediziner warnten frühzeitig vor der Uran-Munition im Kosovo. Verteidigungsminister Scharping gerät zudem durch die Schließung von Kasernen weiter unter Druck.

Es stand nicht gut um Rudolf Scharping am Anfang der vergangenen Woche. So, als wären sie noch – oder schon wieder – in der Opposition, gifteten plötzlich Politiker des kleinen Koalitionspartners gegen den angeschlagenen Wehrminister. Nach der gewohnten Kritik von Union, FDP und PDS wegen der plutoniumverseuchten Uran-Munition kamen sogar Angriffe aus dem eigenen Lager.

Vor allem die Taktik des Wehrministers, erst einmal zu beschwichtigen, Medienschelte zu betreiben und nur scheibchenweise mit Informationen herauszurücken, erregte den grünen Partner: Scharping sei „gut beraten“, wenn er bei „Verdachtsmomenten wie Uran, Krebs, Radar, Krebs, nichts ignoriert und nichts bagatellisiert“, eröffnete der Fraktionsvorsteher Rezzo Schlauch die Attacke. Wie eng es für Scharping werde, bemesse sich nach der „Halbwertzeit seiner Aussagen“, mahnte die Militärfachfrau Angelika Beer. Im Bundestags-Verteidigungsausschuss werde sich entscheiden, ob Scharping Verantwortung übernehmen müsse – also zurücktreten.

Die Grünen drohten sogar, die Krisensitzung zu boykottieren. Grund dafür war Scharpings aberwitziger Plan, Uran-Projektile mitzubringen: Wie am Wochenende zuvor bei einem Truppenbesuch auf dem Balkan wollte der Minister im Reichstagsgebäude demonstrieren, wie harmlos die radioaktive Strahlung der DU-Munition aus abgereichertem Uran sei.

Selbst SPD-Leute fingen an, wider den Minister zu stänkern. In einer Sitzung des SPD-Fraktionsvorstands nörgelten die Abgeordneten Uta Zapf und Ulla Burchardt, Scharping habe schon während des Kosovo-Kriegs 1999 nicht richtig informiert.

Alarmstimmung breitete sich aus in der Spitze der roten Fraktion – und im Kanzleramt. Von ganz oben wurde Beistand für den blessierten Wehrminister organisiert.

Fraktionschef Peter Struck nahm sich seinen grünen Kumpel Rezzo zur Brust: Es könne nicht sein, dass er selbst und Kanzler Schröder sich schützend vor die Alt-Revolutionäre Joschka Fischer und Jür-

* Im August 2000 während eines Hubschrauberflugs liest Scharping Agenturmeldungen. Das Foto wurde ausgewählt für den Katalog „Rückblende“ des Wettbewerbs für das beste politische Foto des Jahres 2000.

gen Trittin stellten, während Schlauch und Beer gleichzeitig „den Verteidigungsminister demontieren“. Schröder hatte den Grünen schon zuvor telefonisch ermahnt, die Lage lasse es nicht zu, „dass wir uns gegenseitig ins Knie schießen“.

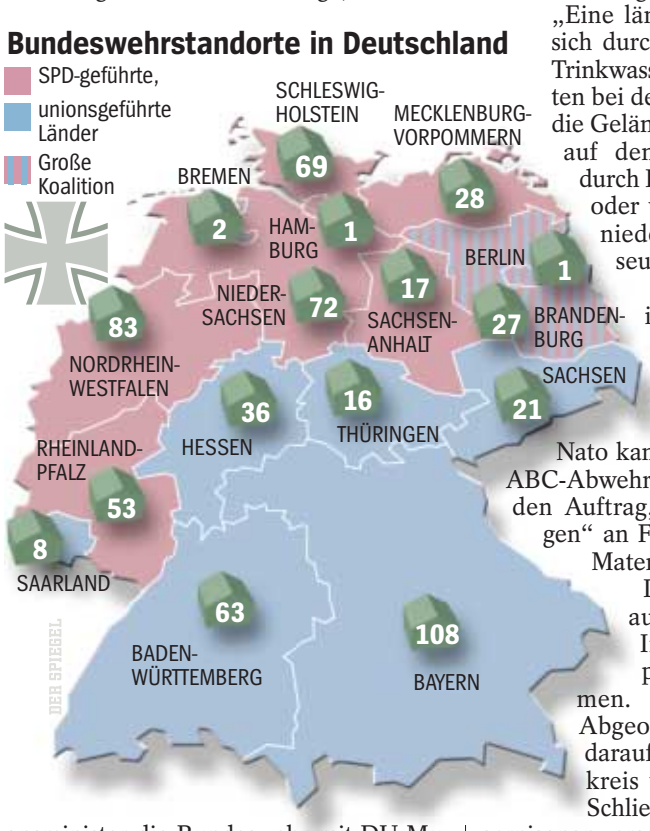
In der SPD-Fraktionssitzung am Dienstagnachmittag nahm Struck den Scharping-Kritikern gleich zu Beginn den Wind aus den Segeln: In der Öffentlichkeitsarbeit habe es ja womöglich Pannen gegeben, ansonsten aber habe Scharping keine Fehler gemacht. Die Fraktion stehe deshalb geschlossen hinter ihm.

Das war das Ende der Durchsage. Den Abgeordneten blieb nur zu applaudieren. Im Auftrag des Regierungschefs übte sich derweil dessen außenpolitischer Berater Michael Steiner als innenpolitischer Krisenmanager. In Telefonaten mit roten, grünen und sogar schwarzen Abgeordneten versuchte der Spitzenbeamte, „gemeinsame Interessen“ zu finden und Scharping aus der Schusslinie zu bugsieren. Nebenbei musste er noch die Amerikaner besänftigen, die sich über allzu schroffe Kritik Scharpings beschwerten.

Tatsächlich hatte Scharping bei seinem Balkan-Kurztrip vorvergangenes Wochenende dick aufgetragen. Den Amerikanern hielt er vor, nur unzureichende Auskünfte über Uran-Munition zu geben. Es sei aber die „verdammte Pflicht und Schuldigkeit“, Freunden mehr zu überreichen als „nur seitenweise Ausdrucke aus dem Internet“.

Steiner mühte sich um Schadensbegrenzung: Den Amerikanern richtete er aus, die Kritik Scharpings sei nicht so harsch gemeint, gemeinsam müsse man an Aufklärung interessiert sein. Die Grünen (Steiner: „Geht ihr voll auf Opposition?“) müssten wie die Sozialdemokraten Interesse daran haben, Unruhe in der Bevölkerung und in der Truppe zu dämpfen – ganz zu schweigen vom Interesse am Fortbestand der Koalition. Bei der Union wirkte die Botschaft, es könne nicht im gemeinsamen Interesse sein, einen Untersuchungsausschuss zur DU-Munition einzusetzen, weil die PDS damit doch nur den Kosovo-Einsatz diskreditieren wolle.

So blieb der erwartete Krach bei der Ausschusssitzung am Mittwoch aus. Scharping verzichtete auf die DU-Experimente; die Union hielt still – womöglich aus der Einsicht, dass Umtriebe früherer CDU-Wehrminister in Kritik geraten könnten. Denn es gab mittlerweile Belege, dass Unionsminister die Bundeswehr mit DU-Munition ausrüsten wollten, Rüstungskonzerne DU-Munition testen durften und die Firma Dynamit Nobel sogar eine Studie zum Bau einer Fabrik für das giftige Zeug in Deutschland machte.



Noch 1991, unter Gerhard Stoltenberg, gab es gemeinsame Studien des deutsch-französischen Forschungsinstituts in Saint-Louis mit Stellen der U. S. Army über das „Durchschlagverhalten“ von DU-Geschossen. 1993, damals amtierte Volker Rühe, befasste sich das Fraunhofer-Institut für Kurzzeitdynamik mit einer Technologiestudie zur „Penetrator-Optimierung“ – mit Hilfe von „Uran-Legierungen“ und anderen Werkstoffen.

Viele Fragen zur Uran-Munition sind weiter offen. Warum, zum Beispiel, bekam die Kosovo-Truppe vor dem Einmarsch am 12. Juni 1999 nicht jene Warnung, die als „Hinweis für den Einsatz eigener Kräfte“ bereits Anfang Mai in einem Papier des Führungsstabs des Sanitätsdiensts formuliert worden war?

Die Militär-Mediziner hatten vor Gefahren, die von Staub mit Resten des DU-Urans ausgehen, gewarnt. Dieses „toxikologische Risiko“ sei sogar von „größerer Bedeutung“ als das radiologische: „Eine längerfristige Gefahr ergibt sich durch die Kontamination von Trinkwasser und Boden. Daher sollten bei der Einrichtung von Biwaks die Geländeteile gemieden werden, auf denen eine Kontamination durch Beschuss stattgefunden hat oder wo kontaminierter Staubniederschlag den Boden verseucht hat.“

Ein Befehl, die Soldaten im Kosovo über die Gefahren zu „belehren“, erging erst Wochen nach dem Einmarsch – Anfang Juli, als erste Warnungen der Nato kamen. Gleichwohl erhielten ABC-Abwehrtrupps am 9. Juli lediglich den Auftrag, „mögliche Verstrahlungen“ an Fahrzeugen, Munition und Material zu überprüfen.

Doch wie es scheint, ist außer bei der PDS das Interesse an Aufklärung plötzlich abhanden gekommen. Der Blick der meisten Abgeordneten richtet sich jetzt darauf, ob ihr jeweiliger Wahlkreis von den bevorstehenden Schließungen von Bundeswehrgarnisonen verschont bleibt: Bei einer Sondersitzung in dieser Woche will Scharping dem Verteidigungsausschuss im Detail erläutern, welche der 605 Standorte wegen der geplanten Verkleinerung der Bundeswehr ganz schließen oder zumindest verkleinert werden müssen.

Am Ende der Krisenwoche, als der Verteidigungsminister noch in einer Klausur mit Spitzenmilitärs und hohen Beamten über Landkarten brütete, gab ihm die CSU schon einen kleinen Vorgeschmack auf den bevorstehenden gewaltfreien Widerstand nach bajuwarischer Art.

Erst publizierte die Bayern-Partei eine Liste mit angeblich zur Auflösung vorgesehenen Bundeswehrgarnisonen und prangerte mit viel Getöse ein „Gemetzel zu Lasten Bayerns“ an. Dann rief ein CSU-nahes Blatt zu Telefonprotesten auf – und lieferte die Berliner Durchwahlnummer Scharpings gleich dazu: Das Ministerbüro im Bendler-Block ertrank in einer Flut empörter Anrufe.

Das war wohl nur das Vorgeplänkel, anderen zur Nachahmung empfohlen. Christian Schmidt, der CSU-Wehrexperte im Bundestag, sagt unverblümt: „Jetzt gibt es Krieg.“

ALEXANDER SZANDAR

REUTERS

Soldaten im Kosovo*: *Gefährlicher Staub*

* Am 20. Januar bei Radioaktivitätsmessungen.

ATOMKRAFT

Grüner Müll

Der nächste, für März geplante Castortransport in das Atomlager Gorleben könnte zur Zerreißprobe für die Grünen werden.

Zwischen den beiden Aktivisten liegt ein gutes halbes Jahrhundert. Als Großmutter des Widerstandes hat Marianne Fritzen, 76, aus dem niedersächsischen Kreis Lüchow-Dannenberg nahezu alle Proteste gegen die im Wendland geplanten Nuklear-Anlagen mitgemacht. „Mich kann nichts mehr erschüttern“, sagt die resolute Frau, „beim nächsten Mal bin ich natürlich wieder dabei.“

Der Event-Manager Werner Graf, 20, ist Vorstandssprecher des Bundesverbands „Grüne Jugend“. In Gorleben war Graf noch nie. Seine erste „Anti-Atom-Demo“ hat er kürzlich an der bayerischen Grenze gegen den Probebetrieb des tschechischen Atomkraftwerks Temelin absolviert. Auch Graf mischt demnächst im Niedersächsischen mit. „Wir Grüne lassen uns das Demonstrieren nicht verbieten“, sagt er.

Doch genau das fordert im Kern eine in der vergangenen Woche beschlossene Resolution des Parteirats der Grünen. „Wir rufen unsere Kreis- und Ortsverbände dazu auf“, heißt es da, „nur solche Demonstrationen zu unterstützen, die sich dafür einsetzen, dass der Atomausstieg unter Einhaltung höchstmöglicher Sicherheit erfolgt.“ Im Klartext: Schluss mit Blockaden der Nukleartransporte. Was Jahrzehnte zu den Essentials der grünen Basis zählte, ist heute nur noch Müll.

Nach dem mühsam ausgehandelten Atomkonsens der Bundesregierung mit der Industrie über Restlaufzeiten für die 19 deutschen Meiler sowie einem Moratorium zur Erkundung des geplanten Atomendlagers Gorleben seien die „Voraussetzungen für den Rücktransport deutschen Atommülls“ aus den ausländischen Aufarbeitungsanlagen in Frankreich und Großbritannien gegeben, heißt es in der Parteiratsorder. Gegen solche „notwendigen Transporte“ sei Widerstand künftig obsolet. „Gewaltfreie Sitzblockaden“, so die designierte Parteichefin Claudia Roth, seien nur noch gegen „unsinnige Atomtransporte“ angebracht.

Doch so einfach läuft das bei den Grünen wohl nicht – weder bei den Antiatomkämpfern vor Ort, noch bei den Mandatsträgern. „Dem werden wir uns nicht beugen“, verkündet Rebecca Harms, Fraktionsvorsitzende der Grünen im niedersächsischen Landtag trotzig. Zusammen mit Spitzengrünen aus den Landesverbänden Berlin, Bremen, Brandenburg sowie Thüringen haben die Niedersachsen weiteren „aktiven Protest“ gegen „alle Atomtransporte“ angekündigt.

Der Bundesvorstand will in dieser Woche über das heikle Thema beraten. Doch Parteisprecher Hans Langguth ist zuversichtlich: „Der Beschluss steht und wird von einer Parteimehrheit gestützt.“

Im Wendland planen die Atomgegner bereits ohne die Grünen. Die „Regierungsgrünen verstehen sich nicht mehr als Teil der Antiatombewegung“, sagt Wolfgang Ehmke, Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, „einen Maulkorb lassen wir uns nicht verpassen“.

Die Vorbereitungen auf den „Tag X“ des nächsten Castortransports ins Zwischenlager bei Gorleben laufen bereits auf Hochtouren. Polizei und Bundesgrenzschutz haben rund 15 000 Beamte für den Großraum Lüneburg abgestellt und Urlaubssperren verhängt. Eine Arbeitsgruppe „Konfliktmanagement“ erarbeitet auch Taktiken für den Umgang mit „anreisenden Chaoten“.

Das Landesamt für Verfassungsschutz in Hannover setzte ebenfalls einen Krisenstab ein. Der hat erst einmal abgewiegelt: Bislang sei im Vorfeld des geplanten Transports „nicht die Militanz wie 1997“ beim letzten Castortransport festzustellen. Damals hatten radikale Atomgegner Oberleitungen der Bahn beschädigt. Bis jetzt blieben derartige Anschläge aus.

Der bevorstehenden Anlieferung von sechs Castoren aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague kommt besondere Bedeutung zu. Denn bei einem Spitzentreffen im vergangenen November hatte der französische Ministerpräsident Lionel Jospin gegenüber Kanzler Gerhard Schröder die Rücknahme des Strahlenabfalls aus deutschen Meilern angemahnt. Wenn die Bundesrepublik die so genannten Glaskokillen mit den darin verschlossenen radioaktiven Resten aus der Wiederaufarbeitung von deutschen Brennelementen nicht ihrerseits entsorge, drohte Jospin, werde Frankreich in La Hague keine weiteren Lieferungen vom Nachbarn akzeptieren.

Seitdem stapeln sich die kastenförmigen Transportbehälter in Biblis, Philippsburg, Neckarwestheim, Grafenrheinfeld oder Stade. Erst wenn die Nuklearfracht aus Frankreich, voraussichtlich Ende März, ins Zwischenlager Gorleben rollt, ist der Weg frei für neue Lieferungen nach La Hague.

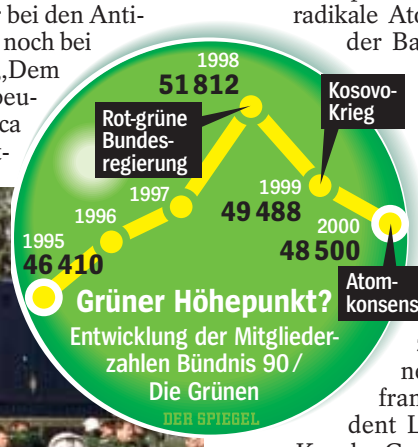
Die Atomgegner im Wendland lehnen die Unterscheidung in „gute“ Transporte, die dem Ausstieg förderlich sind, und „schlechte“ Atomfuhren kategorisch ab. Stolz verweist Jochen Stay von der Antiatomkampagne „X-tausendmal quer“ auf den „massiven Zulauf“ zu seiner Bewegung, bereits jetzt hätten sich 4000 Sympathisanten für den Tag X angemeldet, doppelt so viele wie bei der letzten Castorladung vor vier Jahren.

Für Stay und seine Gesinnungsgenossen sind die Mitstreiter von einst erledigt. „Grüne Wahlversprechen“, so der Aktivist verbittert, „haben eine kürzere Halbwertszeit als die Strahlung aus dem Castor.“

SEBASTIAN KNAUER

REUTERS

Atomtransport nach Gorleben (1997): *Schluss mit Blockaden*



Werbeseite

Werbeseite

CDU

Atatürk und Adenauer

Mit einer gebürtigen Türkin als Propagandistin wirbt die Union um Ausländer. Doch die Muslimin will Macht in der Partei – und keine Alibi-Rolle.

U. BAATZ / LAIF

Unternehmerin Keskinler*: *„Ich habe immer kämpfen müssen“*

Wenn eine Giraffe im Bürgerhaus Bergischer Löwe stünde – sie würde kaum anders angeschaut. Über Teller mit Streuselkuchen hinweg mustern 50 Augenpaare in Bergisch Gladbach eine rotblonde Frau im karierten Jackett. Am Revers trägt sie einen Anstecker mit den Nationalfarben der Türkei, direkt daneben ein CDU-Abzeichen.

Gül Keskinler, 40, ist bekennende Muslimin, Christdemokratin und seit Sommer 1999 Mitglied der CDU-Zuwanderungskommission. „Liebe Parteifreunde“, sagt die Polit-Anfängerin, die in dem 16-köpfigen Gremium des Parteipräsidiums Grundlagen einer Einwanderungspolitik der Union mitformuliert, „dass Sie mich kennen lernen wollen, zeigt, wie mutig Sie sind.“

Seit Wochen tingelt die in Istanbul geborene Tochter türkischer Einwanderer durch die Säle der Republik. Sie will Unionsmitgliedern klar machen, was Zuwanderer fühlen und fordern. Sie soll aber auch Ausländer für die CDU gewinnen – eine christdemokratische Antwort auf den grünen Bundestagsabgeordneten Cem Özdemir. Denn unter Einwanderern schneidet die Union bislang miserabel ab (siehe Grafik). Und Hunderttausende Türkischstämmige haben inzwischen den deutschen Pass, sie dürfen wählen.

Eine davon ist Keskinler. Sie lebt lange genug in Deutschland, um zu wissen, auf welch ein Abenteuer sie sich eingelassen hat. „Viele Alteingesessene in der Union haben Schwierigkeiten, mich zu akzeptieren“, sagt die Muslimin, die im Ramadan fastet und regelmäßig mit ihrer Mutter den Koran liest. Sie möchte „nur die CDU-Gedanken weitergeben, die ich vertreten kann“ – und das sind wahrlich nicht alle.

So erzählt sie im Bergischen Löwen, wie sie sich gefühlt hat, als sie in der Stadt an einem CDU-Aktionsstand gegen den Doppelpass gefragt wurde, ob sie „nicht auch gegen die Ausländer unterschreiben“ wolle: „Das war ein schmerzlicher Moment.“

Was andere abgeschreckt hätte, wurde für sie ein Grund, in die Union einzutreten: „Ich möchte in der CDU mitarbeiten, weil ich mich und meine beiden Kinder davor bewahren will, künftig auf diese Weise angesprochen zu werden.“ Grundvoraussetzung für Integration, sagt sie, sei „Gleichbehandlung der Zuwanderer in allen Bereichen – und dafür setze ich mich ein“.

Den Begriff Leitkultur hält Keskinler für „gefährlich, weil er die Einwanderungsdebatte emotionalisiert statt versachlicht“. Auch suggeriere das Wort eine „Hierarchie der Kulturen“, die sie so nicht gelten lässt: „Es geht nicht um Assimilation, sondern um Integration.“

Und gelungene Integration sei für sie „wie der Gemüseeintopf meiner Mutter: Nichts ist zerkocht, alle Zutaten sind mit ihren eigenen Farben, Formen und Gerüchen erhalten“.

Auch wenn Keskinler beteuert, dass sie „konservative Werte in der Familien-, Wirtschafts- und Bildungspolitik“ vertrete – beim Parteivolk in Bergisch Gladbach sitzt die Skepsis tief. „Muslime und Christen harmonieren nicht gut“, sagt Elisabeth Schäfers, 67, von der lokalen Seniorenunion. „Ein Moslem“, ruft ein Mann mit Kinnbart, könne nicht in einer Christenpartei sein, „das geht doch gar nicht“.

Dass etwas nicht geht, hat Keskinler in ihrem Leben oft gehört – und sich meist darüber hinweggesetzt. „Ich habe immer kämpfen müssen“, sagt sie. Als erste Ausländerin bekam sie einen Ausbildungsplatz zur Industriekauffrau bei einem Unternehmen in Bergisch Gladbach. Nebenbei half sie jahrelang in einer Beratungsstelle für ausländische Arbeitskräfte.

Nach der Geburt ihrer nun vierjährigen Tochter machte sie sich als Unternehmensberaterin selbständig. In ihrem Büro hängen die Bilder von ihren Vorbildern Konrad Adenauer und dem türkischen Reformer Kemal Atatürk nebeneinander.

Zur Politik kam sie, als sie vor anderthalb Jahren zufällig zwei CDU-Bundestagsabgeordnete mit dem Spezialgebiet Ausländerpolitik kennen lernte. Erstaunt stellte sie fest, „wie offen und modern Unionspolitiker sein können – ich hatte da immer nur den Kanther im Kopf“. Ein paar Wochen später trat sie in die CDU ein – „obwohl das C im Namen schon eine große Hemmschwelle war“.

In der Integrationskommission, in die sie auf Empfehlung des CDU-Vizefraktionschefs Wolfgang Bosbach kam, will sie darauf hinwirken, „dass das Thema Einwanderung aus dem Wahlkampf rausgehalten wird“. Die Ausländerdebatte werde ohnehin „zu hetzig und zu hitzig geführt – das schreckt Zuwanderer ab, die wir dringend brauchen“.

Ein Einwanderungsgesetz müsse her, die Asylpolitik solle klar von Einwanderungsquoten für Wirtschaftsmigranten getrennt werden: „Wir brauchen stark beschleunigte Verfahren, aber das Grundrecht auf Asyl darf nicht angetastet werden.“

Keskinler will nun testen, wie weit sie es mit ihren Ansichten in der Union bringen kann. Sie möchte „Macht in der Partei – und keine Alibi-Rolle als nette Vorzeige-Türkin“. Ihr nächstes Ziel: „ein Bundestagsmandat“.

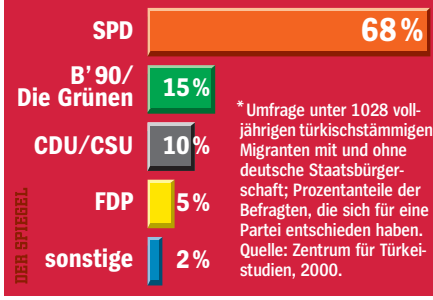
Um Kontakte zwischen Unionsleuten und Ausländern in Gang zu bringen, reist sie derzeit zu CDU-Ratsfraktionen und Studentengruppen in der ganzen Republik. Ihre ersten Polit-Auftritte haben ihr gezeigt, dass es „sehr, sehr schwer ist, Türken Unionspolitik zu verkaufen“.

Sie hat Ideen, wie sich das ändern ließe – allerdings auch solche, die altgediente Christdemokraten das Fürchten lehren könnten. Die Volkspartei CDU, sagt sie, müsse lernen, mit verschiedenen Religionen auszukommen: „Vielleicht wird das C im Namen dann irgendwann überflüssig.“

ANDREA STUPPE

Wenn Sie wählen könnten*

„Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“



* Umfrage unter 1028 volljährigen türkischstämmigen Migranten mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft; Prozentanteile der Befragten, die sich für eine Partei entschieden haben. Quelle: Zentrum für Türkeistudien, 2000.

* In ihrem Büro in Bergisch Gladbach vor Bildern von Kemal Atatürk und Konrad Adenauer.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

GEHEIMDIENSTE

Pressluft für Pullach

Der BND ließ sich jahrelang von eigenen Agenten gegen bar alte Informationen andrehen – aus dem hauseigenen Computer. Jetzt will der Dienst sein Geld zurück.

Es gibt drei Theorien, weshalb der geheime, freie Mitarbeiter eines Nachrichtendienstes „V-Mann“ heißt. Gute Menschen hoffen, das „V“ stehe für Vertrauen; Bürokraten behaupten, es sei das Kürzel für „Verbindung“.

In Pullach bei München, wo der Bundesnachrichtendienst (BND) residiert, kommt man an die Wahrheit: „V“ steht für Verrat. Verrat ist die Basis des Geschäfts. Ohne V-Männer kein Geheimnisverrat und ohne Geheimnisverrat kein Geheimdienst.

Das Leben als V-Mann kann wunderschön sein. Für Informationen aus dem Schlapphut-Milieu zahlt Vater Staat grundsätzlich in bar, und, noch besser, diese diskreten Zuwendungen sind von Amts wegen steuerfrei. Kein Wunder also, dass viele beamtete Geheimdienstler fasziniert sind vom finanziellen Gestaltungsrahmen ihrer konspirativen Mitarbeiter.

Beim Regierungsdirektor Helmuth Hans Danz, Deckname „Dedler“, in Pullach zuletzt tätig als Sachgebietsleiter 34 AB, zuständig für GUS-Staaten, führte der Neid auf seine Zuträger in den neunziger Jahren zu einer kreativen Idee: Er warb seinen alten Spezi Alfred Heszheimer, Deckname „Albert“, der früher beim BND als „Auswerter“ geschafft hatte, als Pseudo-V-Mann an und fütterte ihn sechs Jahre lang mit Nachrichten aus dem Fundus des Amtes. Treulich teilten die beiden Dunkelmänner die Honorare des produktiven Recycling: 30 Prozent für „Albert“, 70 Prozent für den Sponsor „Dedler“.

Für jede Information zahlte ein ahnungsloser dritter Mann im Bunde, der BND-„Anbahner und Verbindungsführer“ Richard Erben, dem Nachrichtenlieferanten erst 200 Mark, später 250 Mark in bar. Das addierte sich zu hübschen Sümmchen, denn Heszheimer machte seinem akademischen Grad alle Ehre. Der Bayer ist „Master of Arts“ der University of Southern California, und zwar im Fach „Internationale Beziehungen“.

So fiel die phantastische Produktivität des Informanten in Pullach zunächst nur angenehm auf: Albert berichtete aus über 70 Ländern. Wie Harry Potter mit seinem Zauberstab lüftete er die Schleier vor den Themen Geldwäsche, Rauschgift und Waffenhandel, Terrorismus und fremde Dienste. Dabei gelang es ihm auch noch, die vom Bundesnachrichtendienst gewünschten Aspekte Militär, Wirtschaft und Politik in seine Meldungen hineinzuwurschteln.

Kein Ausland war vor ihm sicher (und aus deutscher Sicht sind 99,8 Prozent der Welt Ausland). Der Master of Arts berichtete aus Mittel-und Südamerika, dem Nahen und Mittleren Osten, um nur seine „Schwerpunkte“ zu nennen. Russland war für ihn ein offenes Buch.

Alles hatte „Albert“ von München aus im Blick. Informationsreisen in die weite Welt seien gar nicht nötig, denn er – so machte der Nachrichtenhändler dem BND weis – verfüge rund um den Globus über Kontaktleute, Sub-Agenten, Zuträger und Abschöpfer, selbst in den höchsten Kreisen. In Wahrheit leitete der Kaufmann in Bayerns Hauptstadt die H&P Pressluftdienst GmbH, einen Kleinbetrieb mit Kontakten zur lokalen Bauwirtschaft.

Doch in Pullach war man jahrelang ordentlich stolz auf das imaginäre weltumspannende Netz des phantastischen V-Manns. Rund tausend geheime Informationen lieferte er in knapp fünf Jahren, die meisten wurden als wertvoll eingestuft. Die sprudelnde Quelle erhielt den Codenamen „Sir“.

„Sir Albert“ ließ sich nicht lumpen. So lieferte er beispielsweise am 1. Februar 1994 27 Geheimnisse, am 18. Februar weitere 8 und am Monatsletzten noch mal 13. Strahlend drückte ihm sein V-Mann-Führer Richard Erben später insgesamt 9200 Mark bar in die Hand.

Richard mit der dicken Brieftasche – er ist immer noch Beamter beim BND – schätzte seinen V-Mann „Sir Albert“ aus vielen Gründen. Denn der firmierte überdies als „Legendenarbeitgeber“ und stellte auch das Handy zur Verfügung (gegen bar).

Das Glück zu dritt hätte ewig währen können, wenn der Dichter

T. EINBERGER / ARGUM

BND-Zentrale in Pullach: *Ordentlich stolz auf den phantastischen V-Mann*

FOTOS: AP

BND-Interessengebiete*: *Sprudelnde Quelle mit dem Codenamen „Sir“*

* Einsatz gegen Kokainlabor in Kolumbien, Palästinenser vor Hamas-Flaggen.

Werbeseite

Werbeseite

der Nachrichten etwas weniger produktiv gewesen wäre und sich dabei gleichzeitig mehr Mühe gegeben hätte. So aber zirkulierten die Geheimnisse handschriftlich, weil „Dedler“ und „Sir Albert“ zu faul waren, sie mit einem PC zu verfremden. Auch die Fülle der enträtselten Mysterien aus aller Welt ließ beim BND vorübergehend ein „ungutes Gefühl“ entstehen. Heimlich sorgte man sich in Pullach, der Presslufthändler verkaufe dem Amt womöglich nur heiße Luft.

Andererseits wollten die leitenden Herren des BND eine sprudelnde Quelle nicht ohne Not zustopfen. Die angekauften Nachrichten passten so gut in ihr Weltbild, entsprachen auch im Stil den Anforderungen. Kein Wunder: Regierungsdirektor Danz alias „Dedler“ schöpfte sie ausnahmslos aus dem BND-eigenen Nachrichtenfundus. Als höherem Beamten standen ihm die „Meldungs-“ und die „Ereignisübersichten“ zur Verfügung, selbstverständlich auch die „Tagesunterrichtung“, denn an der schrieb er selbst mit.

Es war ungefähr die 1000. Dublette, diesmal aus Iran – da entstand erstmals massives Misstrauen gegen den V-Mann: Einem Auswerter fiel die weitgehende Textidentität mit einer hauseigenen PC-Meldung auf.

Jetzt war Pullach in Not: Die aufgeschreckten Nachrichtensammler überwachten wochenlang ihren V-Mann „Sir Albert“, doch den vermuteten Kontakt in den Apparat hinein brachte die Observation nicht ans Licht. Nur der V-Mann bemerkte die Beschattung und kündigte, um seine (fiktiven) Informanten zu schützen, dem Dienst die Freundschaft.

Das hieß aber auch: Es gab nun kein Geld mehr vom BND. Regierungsdirektor Danz „Dedler“ wusste sofort Rat. Wenn es nicht mehr möglich sei, dem eigenen Amt Geheimnisse zu verkaufen, dann vielleicht den Polen, Bulgaren oder Rumänen?

Sir Albert nahm Kontakt zum Profi-Kollegen Janosz Ignatiev auf, dem geheimen Residenten des polnischen Nachrichtendienstes in München, getarnt als Diplomat im Generalkonsulat. Der ging erst mal auf den Handel ein und ließ sich drei verfremdete BND-Erkenntnisse liefern. Auch tat der clevere Pole so, als glaube er „Sir Albert“ die Legende, hinter den Neuigkeiten verberge sich ein russischer KGB-Oberst in finanziellen Nöten, der deshalb pro Geheimnis 400 Mark berechnen müsse.

Die Lektüre lieferte dem talentierten Polen sogleich eine wichtige Erkenntnis: So beamtig, so nachrichtendienstmäßig dröge könne überhaupt nur jemand formulieren, der beim BND hauptberuflich Geheimnisse aufschreibt. Eifrig – schließlich wollte Polen in die Nato – unterrichtete Ignatiev die auf ihn angesetzten Abschöpfer des BND. Man kennt sich im Schattenreich. Nun endlich flog der Schwindel auf. „Sir Albert“ und „Dedler“ gerieten in Haft. Im Februar 1999 wurde im Namen des Volkes vom Bayerischen Obersten Landesgericht der Pressluftkaufmann zu zwei Jahren Gefängnis (mit Bewährung), sein BND-Kumpan zu viereinhalb Jahren (ohne Bewährung) verurteilt.

Und das Geld? Es ist weg. Der heute 52-jährige Sir Albert, so erkannte das Gericht, besitze überhaupt kein Vermögen und müsse drei Kinder von drei Frauen alimentieren, bei jetzt 2500 Mark Monatseinkommen. Bisher half es dem geneppten BND nicht, dass er Quittungen über insgesamt 291 823,40 Mark präsentierte. Wiederhaben will der Geheimdienst nur 234 800 Mark zuzüglich 47 619,13 Mark Zinsen, berechnet zu den gesetzlichen vier Prozent. Doch alle Mahnbescheide blieben ohne Erfolg.

MOOS / ROPI

BND-Lauschstation*: *Glück zu dritt*

Mitte Februar wird das Münchner Oberlandesgericht in einer Berufungsverhandlung darüber entscheiden, ob „Sir Albert“ zur Kasse gebeten wird. Sein Anwalt Jürgen Nath argumentiert, dass der Kaufmann den BND nicht betrogen und nicht getäuscht habe und deshalb auch nichts zurückzahlen müsse. Nur dem Nachrichtendienst selbst obliege es, „Seriosität und Glaubwürdigkeit der Informationen zu beurteilen“.

Seinen inzwischen entlassenen Regierungsdirektor Danz „Dedler“ hat der BND bisher mit finanziellen Forderungen nicht behelligt. Auch „Sir Albert“ ließ den Doubletten-Händler in Frieden, hält sich aber die Option auf Regress vor.

Dieser Ex-Beamte muss sich, wie seine Richter erkannten, nun wieder „völlig neu orientieren“. Die Chancen für den heute 51-Jährigen sind gut.

Denn bevor sich Danz auf den zweiten Bildungsweg machte, um „Dedler“ zu werden und fremde Geheimnisse zu lüften, hatte der Bayer ganz brav von seiner Hände Arbeit gelebt – nach der Volksschule acht Jahre lang als Kfz-Mechaniker, zu jedermanns Zufriedenheit. HANS HALTER

* Im baden-württembergischen Rheinhausen.

Werbeseite

Werbeseite

VERKEHR

Ein Wunder auf der Schiene

Private Firmen übernehmen mehr und mehr jene Strecken, die das Staatsunternehmen Deutsche Bahn heruntergewirtschaftet hat. Mit besserem Service und moderneren Zügen fahren sie Gewinn ein.

Die drei Herren, die Anfang Dezember im Bayerischen Verkehrsministerium vorsprachen, hatten einen erstaunlichen Wunsch. Ob es möglich sei, Interregio-Strecken zu übernehmen, welche die Deutsche Bahn aus Rentabilitätsgründen nicht mehr befahren will?

Die Frage war durchaus ernst gemeint, denn die drei Kundschafter kamen im Auftrag des Eisenbahnkonzerns National Express. Das britische Unternehmen interessiert sich vor allem für die Verbindung München–Regensburg–Hof, aus der die Deutsche Bahn AG (DB) sich Mitte kommenden Jahres zurückziehen will. Die Chancen, dass dann ein DB-Konkurrent zum Zuge kommt, stehen nicht schlecht. „Da kommt etwas in Bewegung“, beobachtete National-Express-Berater Felix Berschin.

Ein kleines Wunder geschieht auf der Schiene: Während die Deutsche Bahn hohe Defizite einfährt und immer mehr Strecken stilllegen will, interessieren sich privat organisierte Bahngesellschaften zunehmend für solche Verbindungen. Bisher sind die Privaten fast nur im Güter- und im Personennahverkehr tätig. Doch neuerdings wollen sie auch Fernstrecken befahren.

In Baden-Württemberg bewirbt sich die schweizerische Mittelthurgaubahn um die Strecken Karlsruhe–Konstanz und Friedrichshafen–Ulm. Die Schweizer Privatbahn, die im deutschen Südwesten bereits Nahverkehr betreibt, hat erst vor kurzem eine strategische Allianz mit der nationalen SBB geschmiedet.

In den Verkehrsministerien von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen antichambriert die Eurobahn. Die Tochtergesellschaft der deutschen Rhenus-Gruppe und der französischen Staatsbahn SNCF fährt bereits in drei Bundesländern im Nahverkehr sowie zweimal wöchentlich auf der Fernstrecke Köln–Bielefeld.

„Intensive Gespräche“ mit verschiedenen Bundesländern führt auch die Deutsche Eisenbahngesellschaft (DEG), das größte private Zugunternehmen in Deutschland. Im Frühjahr, hofft DEG-Chef Günther Zobel, können die Verhandlungen um die Übernahme mehrerer Fernstrecken beginnen.

Die DEG, eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der französischen Connex-Gruppe, betreibt in Deutschland schon jetzt sechs regionale Netze mit einer Gesamtlänge von 1012 Kilometern. Besonders erfolgreich ist das Unternehmen, das bis 1945 vor allem in Ostpreußen und Schlesien mehr als 100 Bahnen besaß, in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Erst im November nahm die DEG mit ihren Tochtergesellschaften NordWestBahn und Nord-Ostsee-Bahn zwei neue Netze in Niedersachsen und Schleswig-Holstein in Betrieb.

Mit gut sieben Prozent ist der Anteil der Privatbahnen am Personennahverkehrsangebot zwar immer noch gering. Aber er hat sich innerhalb der letzten fünf Jahre verdoppelt. Gut 50 Unternehmen betreiben mittlerweile „Schienenpersonennahverkehr“, wie es im Bahndeutsch heißt, 1995 waren es nicht einmal halb so viele. Insgesamt 46 Millionen Kilometer legen sie nach dem Fahrplan 2000/2001 zurück.

Der starke Zuwachs hängt vor allem mit der Bahnreform zusammen. Bis 1996 bestimmte allein die Deutsche Bahn, wo und wie oft sie ihre Züge einsetzte. Seit der Reform sind die Länder für den regionalen

J. SARBACH

NordWestBahn

J. KOEHLER

Usedomer Bäderbahn

PRIVATBAHNEN IN DEUTSCHLAND

- Seit 1996 sind die Länder für den Personennahverkehr verantwortlich. Sie kaufen die gewünschten Leistungen bei der Deutschen Bahn AG oder bei privaten Unternehmen ein.
- Etwa die Hälfte der Strecken, die seit der Bahnreform öffentlich ausgeschrieben wurden, gewannen die Privaten. Ihr Marktanteil am Regionalverkehr stieg auf über 7 Prozent, die Zahl der Gesellschaften verdoppelte sich.

A. OELLERMANN

Nord-Ostsee-Bahn

Privatbahnen: *„Wir machen, was die Kunden wollen“*

Schienenverkehr verantwortlich. Sie formulieren den Bedarf und bestellen die gewünschten Leistungen beim günstigsten Anbieter. Der Bund stellt ihnen dafür „Regionalisierungsmittel“ in Höhe von zur Zeit 12 Milliarden Mark jährlich zur Verfügung.

Seit dem Inkrafttreten der neuen Regeln ist bundesweit ein knappes Zehntel des Schienennahverkehrs öffentlich ausgeschrieben worden. Beinahe die Hälfte davon erlangten private Anbieter – und das, obwohl sie im Wettbewerb mit der Deutschen Bahn zumeist erheblich benachteiligt sind.

Die DB-Netz nämlich bittet Konkurrenten, die ihre Gleise benutzen wollen, kräftig zur Kasse. Pro Schienenkilometer müssen sie zwischen 5,45 Mark und 15,49 Mark bezahlen. Ihrem Schwesterunternehmen DB-Regio hingegen gewährt DB-Netz großzügigen Rabatt – eine Praxis, welche die Bahn auf Druck des Kartellamtes spätestens bis April ändern muss.

Zusätzlich zu den Trassenpreisen müssen die Privaten für den Halt an den Bahnhöfen zahlen: je nach Größe bis zu 65 Mark. Die Leistungen, welche die Bahn dafür erbringt, sind eher bescheiden. Viele Stationen sind verlottert, Gleise, Stellwerke und Viadukte oft marode.

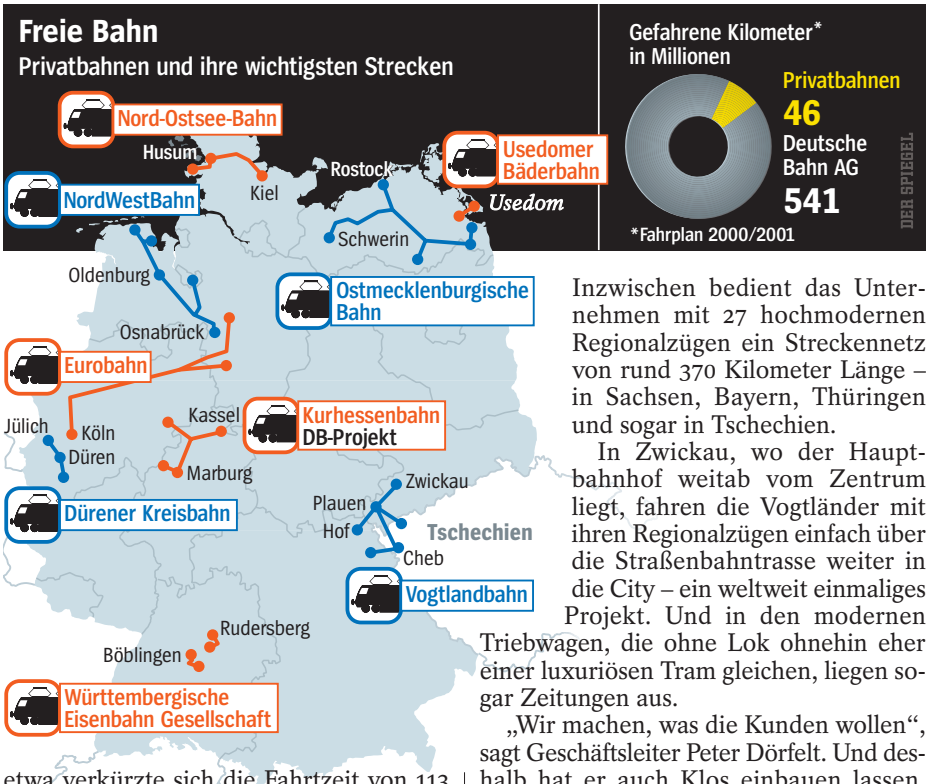
Die Nord-Ostsee-Bahn etwa, die seit dem 5. November mit nagelneuen Triebwagen im Einstundentakt zwischen Kiel und Husum hin- und herschnurrt, verliert allein sechs Minuten durch die vorgeschriebene Langsamfahrt auf der baufälligen Hochbrücke über den Nordostseekanal.

Das 301 Kilometer umfassende Netz der NordWestBahn wurde zwar vor dem Start im vergangenen November mit Hilfe von Landesmitteln für höhere Geschwindigkeiten ausgebaut. Zwischen Osnabrück und Vechta kann Tempo 80, auf der eingleisigen Strecke Oldenburg–Osnabrück Tempo 120 gefahren werden. Aber weil die DB im Bahnhof Quakenbrück eine altersschwache Weiche kappte, statt sie zu ersetzen, ist hier aus der zwei- eine eingleisige Strecke geworden – ein Sicherheitsrisiko,vor allem bei Verspätungen.

Die Erneuerung des Delmenhorster Streckenabschnitts geriet zur Zitterpartie. Am Tag der Betriebsaufnahme funktionierten einige Schranken noch immer nicht. Die Lokführer mussten aussteigen und sie per Hand schließen.

Gleichwohl sind die blaugelben Züge oft knackevoll. Manche Touren werden nun statt mit nur einem mit zwei aneinander gekoppelten Triebwagen gefahren – und sind trotzdem überfüllt.

Wie schaffen die Privaten etwas, was der Staatsbahn offenbar nicht gelingt? Die NordWestBahn beispielsweise bietet nicht nur schnellere, sondern auch häufigere Verbindungen an; sie fährt bis in die späten Abendstunden und auch an Sonntagen. Auf der Strecke Vechta–Osnabrück etwa verkürzte sich die Fahrtzeit von 113 auf 62 Minuten.



Wo früher in unregelmäßigen Abständen ein verdreckter Regionalzug zuckelte, gleiten heute futuristisch anmutende Dieseltriebwagen mit halbrunden Schnauzen, Vakuumtoiletten und bis zu 1,7 Meter hohen Panorama-Fenstern über die Schienen.

In den Wagen der Nord-Ostsee-Bahn können die Fahrgäste über Kopfhörer drei Radiosender oder verschiedene Musikprogramme empfangen. Die Ostmecklenburgische Bahn, ebenfalls eine Tochter der DEG, bietet ihren Fahrgästen sogar Service nach Airline-Art: Es gibt Zeitungen an Bord, eine Hostess reicht Snacks und Getränke.

Gleichwohl verkaufen die DEG-Bahnen den jeweiligen Bundesländern ihre Dienste billiger als die Deutsche Bahn – obwohl sie ihren Angestellten Tariflöhne zahlen. Sie können das, weil sie nicht so hohe Verwaltungskosten haben wie das staatseigene Unternehmen. Fast alle Beschäftigten arbeiten als Lokführer, Kundenbetreuer oder in der Betriebsleitzentrale. Aufgaben wie die Buchhaltung wurden ausgelagert.

Erfolgreich privatisiert wurde auch im deutschen Osten. Erst vor fünf Jahren nahm die Vogtlandbahn ihren Betrieb auf, um zunächst die Städte Zwickau und Plauen zu verbinden. Inzwischen bedient das Unternehmen mit 27 hochmodernen Regionalzügen ein Streckennetz von rund 370 Kilometer Länge – in Sachsen, Bayern, Thüringen und sogar in Tschechien.

In Zwickau, wo der Hauptbahnhof weitab vom Zentrum liegt, fahren die Vogtländer mit ihren Regionalzügen einfach über die Straßenbahntrasse weiter in die City – ein weltweit einmaliges Projekt. Und in den modernen Triebwagen, die ohne Lok ohnehin eher einer luxuriösen Tram gleichen, liegen sogar Zeitungen aus.

„Wir machen, was die Kunden wollen“, sagt Geschäftsleiter Peter Dörfelt. Und deshalb hat er auch Klos einbauen lassen, nachträglich, in allen Zügen. Denn die Deutsche Bahn hatte ihre Bahnhofstoiletten auf dem Streckennetz der Vogtlandbahn geschlossen.

Rationeller als die Staatsbahn gehen die Privatbahnen auch bei der Modernisierung des Schienennetzes vor. Die Deutsche Bahn setzte bisher überall die gleiche aufwendige Technik ein, die Kleinen bauen maßgerecht. Schienen, Schwellen, Schotterbett und Weichen werden für geringere Geschwindigkeiten ausgelegt als im Fernverkehr erforderlich. Auch die Leittechnik, die Stellwerke und die Übergänge entsprechen nicht dem hohen Standard der DB. Ein Übergang auf einer Fernstrecke der Deutschen Bahn kostet etwa 600 000 Mark; eine Blinkanlage auf einer Regionalstrecke gerade mal halb so viel.

Inzwischen haben das auch die Bahn-Oberen kapiert. „Wir können“, so der

L. CHAPERON

Deutsche-Bahn-Chef Mehdorn: *Sonderzug zum Schützenfest*

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Die Geisterbahn

Alte Waggons, marode Strecken, genervte Kunden: Regionalzüge zwischen Hamburg und Cuxhaven offenbaren den täglichen Wahnsinn im Nahverkehr der Bahn AG.

Irgendwann im Leben eines Pendlers gibt es den Moment, da ist alles egal. Man stumpft ab, man regt sich einfach nicht mehr auf. Wie etwa Timo Richters: Seit acht Jahren fährt er mit dem Zug zur Arbeit, 6.29 Uhr ab Stade, in die gut 60 Kilometer entfernte PSD-Bank nach Hamburg, Stadtteil Wandsbek.

Heute geht's ja noch, findet Richters, denn die Deutsche Bahn AG (DB) hat Wagen im Einsatz, die intern als „modernisiert" gelten: einer mit rostbraunen Sitzen, die Wände orange, ein anderer grün gestreift und türkis, der dritte blau und cremefarben. Im vierten ist das Licht kaputt. Sie alle haben eins gemeinsam: Es sind jahrzehntealte Silberlinge, so genannt, weil sie früher von außen silbergrau verkleidet waren. Inzwischen wurden sie neu lackiert, aber das sieht man kaum – alle Waggons sind mit Graffitis beschmiert. „Keiner weiß, wohin es geht", lautet einer der Sprüche.

Willkommen im Nahverkehr der Deutschen Bahn AG. Anfällige Dieselloks, zugige Waggons, abweisende Bahnhöfe. Die marode Strecke entlang der Elbe ist ein Beispiel für die alte Behördenbahn: Jahrzehntelang wurde hier kaum investiert, weder in die Züge noch in die Bahnhöfe und schon gar nicht in die Trasse, die an manchen Stellen noch wirkt wie 1881, als die ersten Loks über die Strecke dampften. Der Kunde ist ein Beförderungsfall und der Fahrplan an betrieblichen Vorgaben statt an der Nachfrage orientiert.

Der Irrsinn auf der Schiene hat hier System, Tag für Tag, beispielsweise mittwochs um 11.15 Uhr ab Hamburg-Neugraben. Nur wenige Fahrgäste sitzen im Stadtexpress 24 926 nach Stade, der dennoch an jedem Milchkrug hält. Kein Mensch steigt in Dollern aus, die Lok fährt wieder an, bremst: Agathenburg. Niemand wartet, bloß zwei Passagiere verlassen den Zug. Man muss fast sagen: Sie plumpsen hinunter, so tief liegt die matschige Wiese, die an dieser Station den befestigten Bahnsteig ersetzt.

Vollends grotesk wird es ab Stade: Hier endet die Elektrifizierung der Strecke, Signale und Schranken werden von nun an oftmals noch mechanisch über Seilzüge bedient. Spätestens ab jetzt geht es nur mit jahrzehntealten Dieselloks weiter. Und bei denen sind die Lokführer auch als Allroundmechaniker gefragt: Mal klemmt ein Relais im Maschinenraum, dann ist der Turbolader überhitzt, und nach wenigen Fahrten ist der Tank schon wieder leer – kein Wunder, bei 2500 PS. Vier Liter schluckt eine Lokomotive der Baureihe 218, pro Kilometer versteht sich.

Und das ist ökonomisch wie ökologisch verrückt: 20-mal am Tag zuckeln solche Energieschleudern zwischen Hamburg und Cuxhaven hin und her; außerhalb des Berufsverkehrs sind sie oft so leer wie mittwochs um die Mittagszeit: Genau 15 Passagiere sitzen in den sechs Waggons des Geisterzugs, und der verbraucht dabei 400 Liter Diesel auf 100 Kilometer – rund 27 Liter pro Kopf. Dagegen ist selbst Porsche-Fahren billiger, 12,9 Liter Superbenzin durchschnittlich braucht ein 911 Turbo im Vergleich.

Die Bahn kann sich den Verfall von Strecken und Zügen gegenüber rund 190 000 Einwohnern allein in und um Stade locker erlauben, denn ihr Konkurrent, die Straße, ist hier nur eine schlechte Alternative. Die B 73 ist chronisch verstopft und nach 75 Toten (seit 1995) als „Todesstrecke" („Bild") gefürchtet. Und bis die geplante A 26 zwischen Hamburg und Stade Entlastung schafft, wird es noch dauern: Über 20 Jahre schon haben Politiker und Anwohner die Autobahn entlang der Elbe zerredet, Obstbauern gegen die Beschützer des Wachtelkönigs. Jetzt erst hat ein Gericht den Bau des ersten Teilstücks erlaubt.

Viele der rund 33 0000 Autopendler pro Tag würden wohl sofort auf die Bahn umsteigen, gäbe es nur ein vernünftiges Angebot. So aber bleibt alles beim Alten, das Passagieraufkommen ist mit 7500 Pendlern pro Tag zwischen Hamburg und Stade seit Jahren unverändert.

Daran ist nicht allein die Bahn schuld, es fehlt auch, zumindest bislang, an einer ausreichenden Unterstützung durch die Politik. Schließlich entscheiden die Bundesländer als Großkunden, welche Leistungen sie bestellen, und den Ausbau der Verkehrswege sollte der Bund finanzieren. Pech für die Pendler: Seit Jahren sind die Probleme bekannt, und nichts passiert. Von 170 000 auf 190 000 ist allein im Landkreis Stade die Einwohnerzahl seit 1990 gestiegen. „Hamburg hat Angst, dass noch mehr Steuerzahler wegziehen", sagt Landrat Günter Armonat. Die Hansestadt blockiere darum eine bessere Anbindung seiner Region.

Weil der Bund und die Deutsche Bahn sich nicht kümmern, will sich nun Niedersachsens Ministerpräsident Sigmar Gabriel für die Strecke engagieren. „Wir wollen uns am Ausbau der Trasse beteiligen", sagt der Regierungschef aus Hannover: „Jetzt ist es an der Bahn, einen konkreten Zeit- und Kostenplan vorzulegen."

Und so geht es munter weiter, mal ist die Deutsche Bahn schuld, mal die Politik, und am Ende passiert nichts. Nicht einmal moderne Triebwagen sind auf

P. FRISCHMUTH / ARGUS

Regionalzug der Deutschen Bahn: *Der Fahrgast ist ein Beförderungsfall*

S. DÖRING / PLUS 49

Vogtlandbahn in Zwickau: *Mit dem Regionalzug über die Straßenbahntrasse*

mittlere Sicht geplant – dabei sind die leichter, sparsamer, komfortabler und schneller als die alten Lokomotiven mit ihren Silberlingen. Und je nach Fahrgastaufkommen können sie auch noch unkompliziert zusammengekoppelt oder getrennt werden.

Stattdessen verzetteln sich Hamburg und Niedersachen in einen Streit um die S-Bahn: Über 100 Millionen Mark würde es kosten, um die Hamburger Wechselstrom-Züge für das Gleichstromnetz der Deutschen Bahn auszurüsten. Eine gute Sache, denn dann könnten die nagelneuen, modernen S-Bahnen über die Stadtgrenze hinaus zumindest bis Buxtehude oder sogar Stade fahren. Nur: Wer zahlt den teuren Umbau?

Während in diesem Punkt wenigstens die Kosten bekannt sind, fehlen bei der Bahn für die gesamte Verbindung bis Cuxhaven selbst die einfachsten Daten: Welche Einnahmen bringt sie, was kosten Unterhalt und Betrieb, wie hoch sind die Subventionen?

Und wie viel am Ende die Totalsanierung kosten würde, weiß auch noch niemand. Richtig teuer wird es, wenn der geplante Tiefseehafen tatsächlich nach Cuxhaven kommt. Dann müsste für rund 100 Millionen Mark der komplette Gleisunterbau mehrere Meter tief durch Kies ersetzt werden, um den zu erwartenden schweren Güterverkehr zu ermöglichen – die Torfböden der Region wären zu instabil.

Entschieden ist freilich noch nichts, und so werden mindestens bis 2003 die alten Züge weiter nach Cuxhaven zuckeln, auch tagsüber, wenn kaum einer mitfährt. Alles bleibt wie früher, nur nicht die Geschwindigkeit: Eine Stunde und 48 Minuten brauchte 1939 der E 170 von Hamburg bis Cuxhaven. Heute dauert es fünf Minuten länger. FRANK HORNIG

Deutsche-Bahn-Manager Andreas Schilling, „die Kosten um ein Drittel senken."

Bahnchef Hartmut Mehdorn will nun bis zu 37 regionale Netze ausgliedern und wie Privatbahnen führen lassen. Als Pilotprojekt dient die Kurhessenbahn, ein 245 Kilometer umfassendes Streckennetz in der Gegend um Kassel. Wie in einem mittelständischen Unternehmen sollen die Eisenbahner dort zukünftig selbst entscheiden, wie sie den Fahrplan gestalten, ob sie eine Haltestelle renovieren oder zum Schützenfest im Nachbarort einen Sonderzug einsetzen.

Und: Statt nur als Lokführer oder Fahrkartenverkäufer sollen die dort Beschäftigten auch für andere Arbeiten eingesetzt werden.

Erste Erfahrungen mit der Ausgliederung kleiner Netze sammelte die DB bereits mit der Usedomer Bäderbahn, die von Züssow aus auf die Ostsee-Halbinsel fährt. Mit modernem Gerät, attraktivem Fahrplan und einfachem Tarifsystem – kassiert wird im Zug – verfünffachte die Bahn ihre Passagierzahlen.

Die Privaten, die der betulichen Staatsbahn vorgemacht haben, wie sich im Regionalverkehr hohe Fahrgastzahlen erreichen lassen, sind allerdings schon wieder einen Schritt voraus. Sie wollen zukünftig auch auf Interregio-Strecken neue Konzepte ausprobieren.

Den DB-Konkurrenten schwebt beispielsweise vor, eine Kombination aus Regional- und Fernverkehr zu entwickeln. Erst nach mehreren Halts im Einzugsgebiet der Städte sollten die Züge auf eine längere Strecke gehen. Im Zielgebiet könnten sie dann wieder öfter halten. Denkbar wäre aber auch, an die Fernzüge mehr Kurswagen mit regionalen Zielen anzukoppeln.

Realisieren lassen sich solche Angebote allerdings nur, wenn die Länder den Privaten Aufträge für den Regionalverkehr erteilen. Dann nämlich können sie mit den Einnahmen hieraus den Fernverkehr subventionieren.

Kleinere Bahnunternehmen könnten zudem daran scheitern, dass sie keine geeigneten Lokomotiven und Waggons besitzen. Das Fahrgerät kostet eine Menge Geld und lässt sich außerdem auch nicht von heute auf morgen herbeischaffen.

Bahnexperten glauben daher, dass es kapitalstarken Partnergesellschaften ausländischer Staatsbahnen wie der französischen SNCF oder großen Unternehmen wie der DEG-Muttergesellschaft Connex eher gelingen dürfte, in den deutschen Markt hineinzurollen.

Der britische Konzern National Express allerdings empfiehlt sich derzeit nicht gerade für das deutsche Netz – er hat selbst im Heimatland Probleme. Das schottische Transportministerium warnte unlängst das Unternehmen, das seit 1997 den Bahnverkehr in Schottland durchführt, es habe nur dann eine Chance in der nächsten Ausschreibung, wenn es seine Leistungen entscheidend verbessere. STEPHAN BURGDORFF

Zahlungen der Privatbahnen an die Deutsche Bahn AG

	Beispiel 1* Belastungsklasse 3; weniger als 80 km/h	**Beispiel 2*** Belastungsklasse 1; 200 bis 300 km/h
Trassenpreis für 100 genutzte Gleis-Kilometer	**545** Mark	**1549** Mark
Nutzungsgebühr für 5 angefahrene Haltestellen	untere Kategorie **10** Mark	obere Kategorie **325** Mark
Summe	**555** Mark	**1874** Mark

*einstufiger Tarif

DER SPIEGEL

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

KRIMINALITÄT

Warten bis es brennt

Weil der Berliner Senat konkrete Warnungen vor Sexualstraftätern ignoriert, können sich Verbrechen wie die Entführung der neunjährigen Sophia jederzeit wiederholen.

Berlin war erleichtert, und der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen setzte sich flugs an die Spitze der Bewegung: „Wir alle haben mitgezittert."

Vier Tage nach ihrer Entführung, am Morgen des 8. Januar, hatte sich die kleine Sophia – körperlich unversehrt – auf einer Polizeiwache im Stadtteil Marzahn gemeldet und den überraschten Beamten erklärt: „Ich werde gesucht." Noch in derselben Woche hatte die 30-köpfige Sonderkommission „Sophia" den Entführer ermittelt: einen 36-jährigen Schlosser aus Hellersdorf.

Insgesamt sechsmal, so gestand der bisher nicht einschlägig Aufgefallene den Vernehmern, habe er erfolglos versucht, Sophia in seiner Wohnung zu missbrauchen. Allerdings habe er von Anfang an vorgehabt, das Mädchen wieder freizulassen.

Zwei Tage nach der Festnahme von Sophias Kidnapper sorgte wieder ein Sexualstraftäter für Unruhe in der Hauptstadt. Am 14. Januar hebelte der Weißrusse Igor Pikous, 32, eine Panzerglasscheibe in der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik („Bonnies Ranch") aus und floh über das Dach. 1995 hatte das mutmaßliche Mitglied der russischen Automafia eine 23-jährige Frau vor den Augen ihres Kindes vergewaltigt.

Weil die zuständige Sozialsenatorin Gabriele Schöttler (SPD) die Bevölkerung erst zwei Tage nach dem Ausbruch informierte, halten Politiker von CDU und Bündnis 90/Die Grünen sie für heillos überfordert. Die Affäre ist noch nicht ausgestanden und hat ein parlamentarisches Nachspiel. Dabei dürfte der Druck auf die CDU/SPD-Regierung weiter steigen – vor allem auf Diepgen.

Denn der Regierungschef persönlich ist für den Umgang des Senats mit Sexualstraftätern verantwortlich, weil er seit Dezember 1999 in Doppelfunktion auch als Justizsenator wirkt. Doch den Job im Nebenamt hat Diepgen eher zögerlich wahrgenommen – zumindest im Hinblick auf mögliche Sexualtäter.

Nach den Verbrechen an Kindern in Belgien und den Sexualmorden an der zehnjährigen Kim Kerkow aus Niedersachsen und der siebenjährigen Natalie Astner aus Oberbayern hatte der Bundestag Ende 1997 ein „Gesetz zur Bekämpfung von Sexualdelikten und anderen gefährlichen Straftaten" beschlossen. Es setzt nicht nur darauf, Täter länger hinter Schloss und Riegel zu halten. Auch die Therapiemöglichkeiten für Vergewaltiger oder Kinderschänder sollen verbessert werden.

Doch in der Hauptstadt blieb die Gesetzesnovelle so gut wie folgenlos. Die Berliner Justizakten lesen sich wie eine Chronologie der Untätigkeit – da bekommt das Diepgen-Eingeständnis vom „Mitzittern" noch eine ganz andere Dimension.

A. VOELKEL / MELDEPRESS

Bürgermeister Diepgen, Schlagzeilen zu Sexualverbrechen: *Seit Monaten alle Warnungen ignoriert*

I. GOROVENKO

Sexualmediziner Beier
„Gefahr für die Bevölkerung"

Einer der führenden deutschen Sexualmediziner, Professor Klaus Beier, 39, Leiter des Instituts für Sexualwissenschaft und Sexualmedizin des Berliner Universitätsklinikums Charité, erhebt nun schwere Vorwürfe: „Ich habe seit Monaten auf die Bedrohung durch Sexualstraftäter in Berlin hingewiesen – sogar den Regierenden Bürgermeister persönlich –, aber geschehen ist nichts."

Beier, einst vom Senat um fachliche Beratung zum Thema Sexualtäter gebeten, hatte mit mehreren, immer dramatischeren Appellen auf die „akute Gefährdung der Berliner Bevölkerung" hingewiesen. Seine Briefe, fein säuberlich in den Aktenschränken der Berliner Verwaltung archiviert, belegen das Versagen des Senats.

In einem Schreiben vom 13. Juli vergangenen Jahres schildert Beier, der seit Jahren Sexualstraftäter begutachtet und behandelt, die „unhaltbare Situation der Diagnostik und Therapie von Sexualstraftätern" und warnt „auf Grund meiner einschlägigen klinischen Erfahrungen"

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

eindringlich davor, „dass der nächste schwer wiegende sexuelle Übergriff auf ein Kind oder eine Frau nur eine Frage der Zeit ist“.

Den in Berlin extremen Mangel an geeigneten, speziell für die Behandlung von Sexualstraftätern geschulten Therapeuten kennt Beier aus eigener Praxis. Die Klientel der Sexualmedizinischen Ambulanz der Charité unweit des Regierungsviertels reicht von Menschen, die aus eigenem Antrieb Hilfe suchen, über so genannte Dunkelfeldtäter, die bereits straffällig geworden, der Justiz aber noch nicht bekannt sind, bis hin zu verurteilten Straftätern, deren Therapie Teil der gerichtlichen Bewährungsauflage ist.

In der Ambulanz behandeln Beier und seine drei Mitarbeiter, deren Finanzierung nicht einmal langfristig gesichert ist, Patienten, die anderswo keine Hilfe finden. Das 1996 gegründete Institut muss immer wieder Männer abweisen – es fehlen Stellen, Mittel und Behandlungsplätze.

Beier berichtet von drastischen Fällen, in denen potenziellen Tätern Hilfe bisher versagt werden musste:

- Ein 24-jähriger Student mit dringendem Verdacht auf eine Perversion bat anonym um Behandlung. Noch sind ihm Polizei und Justiz nicht auf der Spur, obwohl er nach eigenen Angaben bereits zwei Frauen sexuell genötigt hat. Weil ihm kein Behandlungsplatz zugesichert werden konnte, tauchte er wieder unter;
- bei einem zu einer Bewährungsstrafe verurteilten 20-jährigen Vergewaltiger, vermutlich mit sadistischen Impulsen und hoher Rückfallwahrscheinlichkeit, konnte die vom Gericht verfügte Behandlungsauflage nicht erfüllt werden;
- ein 36-jähriger homopädophiler Lehrer mit massiven Schuldgefühlen konnte nicht an einen qualifizierten Therapeuten weitervermittelt werden;
- ein 41-jähriger Exhibitionist, der etwa „1000 Taten“ begangen haben will und bereits viermal einschlägig vorbestraft ist, wartet in Freiheit ohne Betreuung auf seinen nächsten Prozess – dabei wäre er auch zu einer medikamentösen Therapie sofort bereit.

Beier schätzt, dass es in Berlin rund 500 Täter gibt, die einer Behandlung zustimmen würden. „Doch dafür fehlt das ausgebildete Personal.“

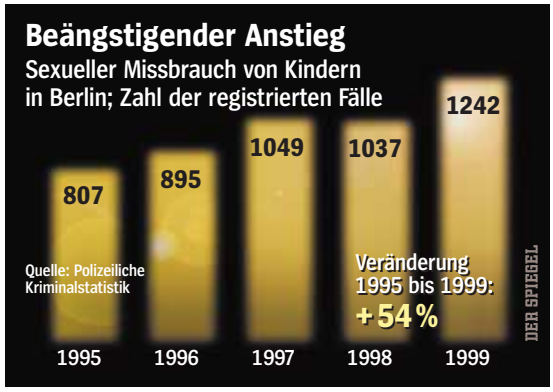
Der Senat hat diesen Mangel im April 1999 selbst eingestanden – in der Senatsvorlage 2221/99 und der dazugehörigen umfangreichen Anlage.

Vor knapp zwei Jahren schrieben die Beamten des damaligen Berliner Justizsenators Ehrhart Körting (SPD) ein erschreckendes Szenario auf: Von 280 Sexualtätern, die sich am Tag der Zählung unter Führungs- oder Bewährungsaufsicht auf freiem Fuß befanden, wurden lediglich 46 behandelt. „Über den Therapiebedarf der 234 nicht behandelten Probanden“, heißt es lapidar in der Senatsvorlage, „lassen sich derzeit keine Aussagen machen.“ Von 272 Sexualstraftätern in Haft waren 167 nicht in Behandlung.

BILD ZEITUNG

Eltern des Entführungsopfers Sophia: *Der nächste Übergriff ist nur eine Frage der Zeit*

Dennoch entschied sich der Senat, weiter zu warten – auf eine Forschungsarbeit der Kriminologischen Zentralstelle Wiesbaden über Sexualtäter. Die war bereits 1996 von den Justizministern aus Bund und Ländern beauftragt worden und hatte schon im August 1997 erste konkrete Zwischenergebnisse vorgelegt. Doch den Berlinern reichte das nicht. Man wolle, heißt es in dem Senatspapier, erst „die Endergebnisse des gesamtem Projekts“ abwarten, „da erst deren Würdigung eine abschließende Meinungsbildung“ erlaube.



So warten Diepgen und Co. noch heute. Denn der Bericht liegt immer noch nicht vor. Er soll erst Mitte dieses Jahres fertig werden.

Doch so viel Zeit wollte Experte Beier nicht verstreichen lassen. Er hat selbst die bisher umfangreichste empirische Nachuntersuchung von Sexualstraftätern durchgeführt. Und so schrieb er im Juli 2000 seinen ersten langen Mahnbrief an Diepgen.

Aus „fachlicher Sicht“ sei das weitere Warten auf noch mehr Forschungsdaten „kaum nachzuvollziehen“, empörte sich der Mediziner und verwies auf das „volle Ausmaß der eklatanten Unterversorgung in Berlin“. Von den nicht behandelten Straftätern gehe eine erhebliche „Fremdgefährdung“ aus. Jederzeit könne einer von ihnen zuschlagen.

Nicht einmal diese düstere Aussicht brachte die Senatsmaschine in Bewegung. Erst im Oktober 2000 antwortete der für die Justiz zuständige Staatssekretär Diethard Rauskolb (CDU) dem Mediziner. Im Auftrag Diepgens vertröstete er den Experten in einer knappen Antwort erneut – auf die Endfassung der vor vier Jahren in Auftrag gegebenen Wiesbadener Studie.

Ein weiteres Mal schrieb der Charité-Professor darauf dem Regierenden Bürgermeister einen bitteren Brief und erinnerte ihn an seine „Fürsorgepflicht“. Es sei nicht nachvollziehbar, warum sich der Senat seiner Verantwortung mit Floskeln entziehe und die Bevölkerung einem hohen Risiko aussetze: „Wenn ein Feuer ausbricht, muss man handeln und darf sich nicht damit begnügen, die Feuerwehr zu planen.“

Vor allem ein Satz des Staatssekretärs hatte Beier empört: Entscheidungen bedürften „zuallererst sorgfältiger Planungen und zuverlässiger Basisdaten“. Das will Diepgens Haus auch künftig so halten. Schließlich, erklärte Justizsprecher Karsten Ziegler, könne man auch „in dem sensiblen Bereich zu früh etwas falsch machen“.

Da würde ein Blick in die amtliche Statistik helfen: Seit 1995 sind die polizeilich registrierten Fälle sexuellen Kindesmissbrauchs in Berlin um 54 Prozent gestiegen.

Stefan Berg

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

MUSIK

Rollende Blockflöten

Auf der jugendlichen Coolness-Skala rangieren Staatliche Musikschulen in den Niederungen von Turnverein und Kirchentag. Dem Image von biederen Klavierlehrerinnen, gescheiterten Violinen-Strebern und fiepsenden Blockflöten stellt die Hamburger Schule neuerdings ein rollendes Tonstudio entgegen. Der mit Graffiti besprühte Bus „Jamliner“ fährt zweimal wöchentlich in die sozialen Brennpunkte der Stadt. Dort malträtieren Teenager, die, so Direktor Wolfhagen Sobirey, „wohl niemals freiwillig eine Jugendmusikschule betreten würden“, frohgemut das Schlagzeug. Die mit Synthesizer-Unterstützung aufgepeppten Ergebnisse können die eifrigen Nachwuchsrocker auf CD nach Hause tragen. Sobirey ist vom Konzept überzeugt: „Es geht uns wie der Kirche – zu erwarten, dass die Leute von selber kommen, reicht längst nicht mehr aus.“

G. SCHWARZ

Schlagzeugerin

ANGEWANDTE KUNST

Luxusartikel in Öl

Die Ehre eines gemalten Porträts widerfuhr bislang bedeutenden und geliebten Menschen oder vergötterten Haustieren. Nun können Liebhaber auch ihre Markenartikel, ob T-Shirt, Schuh oder Collier, in Öl auf Leinwand ordern. Der Londoner Künstler Brian Ayling pinselt Porträts von Luxuswaren, auf dass ihre Schönheit festgehalten werde. Die Nachfrage ist groß, zu den Kunden gehören Prominente wie der Restaurant-Designer Terence Conran, der ein Bild der Garderobe eines seiner Edellokale und der dort befindlichen Mäntel und Schals in Auftrag gab. Die Porträts, glaubt der Künstler, erfüllen neben der puren Freude am gelungenen Werk auch einen psychologischen Zweck: Wer einem erworbenen Luxusartikel durch ein Porträt huldigt, spricht sich frei vom Verdacht, aus bloßer Gier zugegriffen zu haben. So bestellte ein Ehepaar nach üppiger Einkaufstour ein Stillleben mit neu erworbenen Taschen von Prada, Gucci, Chanel und Harvey Nichols. Ein anderer Kunde schenkte seiner Frau zu Weihnachten ihre Fendi-Lieblingstasche auf Leinwand. Auf das Gemälde „Dame mit Fendi-Tasche“ wartet sie noch.

A. CROWLEY

Ayling-Gemälde, Model mit T-Shirt

WOHNEN

Unter Schwestern

Wahlverwandtschaften der besonderen Art in Bremen: Im Beginenhof, einem Wohnprojekt von Frauen für Frauen, werden Mitte des Jahres allein stehende Frauen aller Altersgruppen einziehen, um gemeinsam allein zu leben. Vorbild sind die Beginenhöfe des Mittelalters, fromme Gemeinschaften unverheirateter oder verwitweter Frauen, die berufstätig waren und nicht in ein Kloster wollten. Auch in der Neuzeit, glaubt Erika Riemer-Noltenius, 60, Gründerin des Beginenhofs, haben allein stehende Frauen Probleme, die sich am besten unter Schwestern lösen lassen: Ältere Beginen passen als „Wahl-Omis“ auf die Kinder auf, im Gegenzug schleppen die Jüngeren die Wasserkästen. Computergeführte Zeitkonten sorgen für Gerechtigkeit. Im Alter ausziehen muss keine – die Pflege übernehmen ambulante Dienste, die soziale Betreuung erledigen die Nachbarinnen. Damit der Ort dennoch keine Mischung aus Frauenhaus und Altersheim wird, gibt es Gewerberäume, Büros und sogar ein Hotel – nur für Frauen. Ein Drittel der 85 Wohnungen sind Sozialwohnungen. 20 Prozent des 30-Millionen-Etats haben die künftigen Beginen selbst aufgebracht. Den Rest strecken die Banken vor. Eine lange Warteliste rechtfertigt die Planung von zwei weiteren Beginenhöfen, bevor der erste überhaupt fertig gestellt ist. Vorerst werden 110 Frauen und Kinder in der Bremer Neustadt einziehen. Sollte eine der Beginen wünschen, dass ein Mann länger als nur zu Besuch bleibt, müsste sie das Feld räumen. Denn Männer dürfen nur mit den Beginen leben, solange sie noch kleine Jungs sind.

AKG

P. MEYER / FORUM

Historische Beginen-Darstellung (1586), Bremer Wohnprojekt

W. McBRIDE / FOCUS PLUS / XXP

Schauspielerin Schneider (1964): *Einsam und unverstanden*

PSYCHOLOGIE

Erst Musik, dann das Messer

Konkurrenz für Magersucht und Bulimie: Immer mehr junge Frauen leiden unter dem Zwang, sich selbst zu verletzen. Mit einem tiefen Schnitt ins Fleisch lindern sie ihre Seelenqualen. Doch jede Verwundung ist zugleich ein Schrei um Hilfe.

Zahlreiche Narben zeichnen ihren Unterarm. Sie gleichen dem Strichcode auf Waren im Supermarkt. Doch Juliane* findet die weißen und rötlichen Schnittnarben nicht hässlich. Mit dem Finger fährt die 20-Jährige über die drei bis sieben Zentimeter langen Gravuren. Täler sind es und kleine Hügel. „Ich bin stolz darauf, dass ich so viel Schmerz ertragen habe“, sagt sie. „Die Narben gehören zu mir. Sie sind ein Teil meiner Geschichte.“

Julianes Geschichte ist traurig, obwohl die Berlinerin mit den dunklen Locken so fröhlich wirkt. Bildhübsch ist sie und gescheit. Kann genau reflektieren, wo ihre Probleme liegen. Die Narben fügt sie sich selbst zu, mit einem scharfen Küchenmesser. Immer dann, wenn Panik, Angst, Selbsthass und Depression so groß werden, dass nur körperlicher Schmerz helfen kann, die Seelenqual zu überwinden. Dann setzt sie sich, spät nachts, in ihr Zimmer, nimmt das Messer und schneidet. Bis Haut und Fleisch auseinander klaffen. Bis Blut fließt. Bis es ihr besser geht.

Selbstverletzendes Verhalten (kurz: SVV) nennen Psychologen es, wenn Menschen sich Schmerzen zufügen, damit aber nicht bezwecken, sich umzubringen. Ein Prozent der Bevölkerung ist betroffen, schätzen Forscher, bei Frauen zwischen 20 und 30 liegt die Quote doppelt so hoch. Über die Ursachen streiten sich die Experten. Eine mögliche Erklärung: In einer Gesellschaft, die den Einzelnen kaum wertschätzt, in der Orientierungen und Werte sich auflösen, ist der Defekt des Identitätsgefühls strukturbedingt. Menschen verlieren ihre sozialen Bezüge. Nichts scheint verbindlich. Nichts steht mehr fest. Alles ist verhandelbar. Die Grenze zwischen innen und außen verschwimmt.

Fühlbar wird sie durch extreme Erfahrungen wie Triathlon, Bungee-Jumping, aggressive Sexualpraktiken oder gesell-

A. HAUSCHILD / OSTKREUZ

Patientin Juliane
Schneiden, bis Blut fließt

* Die Namen der Betroffenen wurden von der Redaktion geändert.

AP

Prinzessin Diana (1997)
Selbstverletzung mit Zitronenhobel

schaftlich sanktionierte Formen der Selbstverletzung wie Piercing oder Branding. Weil sie den Boden unter den Füßen verlieren, wollen immer mehr Menschen ihr Grenzorgan, die Haut, heftig spüren. Im Extremfall muss Blut das Selbst ins Bewusstsein zurückschwemmen.

Eine andere Erklärung ist, dass die scharfen Schnitte Hilfeschreie sind, Rufe nach Aufmerksamkeit, Liebe. So erklärte es das prominenteste Opfer der Schnibbelsucht, Diana, die verstorbene Prinzessin von Wales. Sie gestand 1996 in einem TV-Interview, sie schneide sich absichtlich in den Unterarm. Je nach Laune benutze sie Rasierklingen, Glasscherben oder einen Zitronenhobel. Romy Schneider – auch sie eine Einsame, die sich unverstanden fühlte – hat Schmerzen gesucht und gebraucht, um sich zu fühlen. Die Schauspielerin Angelina Jolie, die sich erfolgreich als Schlampe promotet, steht ebenfalls dazu, dass sie sich absichtlich mit dem Messer verletzt hat.

Bekenntnisse wie die von Diana und Jolie waren es wohl, die eine Selbstverletzungswelle auslösten, die Psychologen in Erstaunen versetzt. In jeder Kleinstadt-Psychiatrie gibt es mittlerweile SVV-Therapiegruppen, in Internet-Foren tauschen sich Betroffene aus. Mal helfen sie sich damit, mal stiften sie sich erst richtig an, die Klinge zu zücken.

Stefanie, 26, aus Köln hatte im Radio von Selbstverletzung gehört, bevor sie während einer Panikattacke zum ersten Mal zum Messer griff. Luise, eine 16-jährige Schülerin aus Paderborn, sagt: „Das SVV-Forum im Internet zieht mich runter, da lese ich meine eigene Geschichte.“ Das erhöht den Drang zu schneiden.

„Psychische Erkrankungen junger Frauen treten in Wellen auf und sagen etwas über den Stand der Gesellschaft aus“, kommentiert der Göttinger Psychoanalytiker Professor Ulrich Sachsse, 51, Spezialist für Traumatherapie und Koryphäe in der Behandlung von Selbstverletzungspatienten. „In den siebziger Jahren war Magersucht die Antwort auf die Völlerei der Nachkriegsgeneration. Danach spiegelte Bulimie den Diät- und Körperkult. Jetzt soll die Klinge mitteilen: ‚Wir behandeln unsere Körper so schlecht wie ihr eure Seelen.‘“

Eigentlich gilt Selbstverletzung nicht als eigene psychische Erkrankung, sondern als Symptom einer solchen. Meist leiden SVV-Patientinnen an einer Borderline-Persönlichkeitsstörung, einer chronischen psychischen Erkrankung, die den Betroffenen vielfältige Probleme im Umgang mit sich selbst und anderen schafft. Borderline-Patienten sind sich der Grenzen ihres Ichs unsicher, schwanken ständig zwischen Extremen und Unvereinbarem.

Bis zu fünf Prozent der Bevölkerung sind Borderline-Kranke, Tendenz steigend, schätzen Experten. Dazu zählen viele, die sich selbst an den Rand der Gesellschaft drängen – Alkoholiker, Gewalttäter, Sex- und Drogensüchtige. „Ich bin überzeugt davon, dass nicht wenige Heroin-Abhängige Borderline-Patienten sind“, sagt Michael Armbrust, 40, Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie an der Psychosomatischen Klinik Bad Bramstedt. Zwar komme fast jeder Junkie irgendwann zum Entzug in psychologische Therapie, doch nach den Ursachen der Sucht werde selten gesucht.

Während männliche Borderliner eher gewalttätig gegenüber anderen sind, neigen Frauen zur Autoaggression. Bei den Selbstverletzungspatientinnen kommt hinzu, dass mehr als 80 Prozent von ihnen in der Kindheit körperlich oder seelisch missbraucht wurden.

Auch Juliane ist ein Opfer sexueller Gewalt. Zwölf Jahre war sie alt, als ein Fremder sich im Park an ihr verging. Sprechen möchte sie darüber nicht, lange Jahre hatte sie das traumatische Ereignis verdrängt. Mit 17, als ihr erster Freund zärtlich werden wollte, war es mit dem Verdrängen vorbei. Der Freund trennte sich von ihr. „Weil es im Bett nicht geklappt hat“, sagt Juliane. Sie hasste sich dafür, der innere Druck wuchs und wuchs, wurde unerträglich, „ich hatte das Gefühl zu platzen“.

In dieser Situation schnitt sie sich in der Küche aus Versehen an einem Winkelmesser. „Zuerst bin ich total erschrocken, weil es so stark geblutet hat, aber ich habe gemerkt, dass es mir Erleichterung verschaffte, dass die Spannung nachließ. Wie in Trance habe ich dann losgelegt, immer weiter geschnitten, und dabei ist eine ganz schwere Last von mir gefallen“, erzählt sie. Wie ein Strom sei das Gefühl Schnitt für Schnitt in ihren Körper zurückgekehrt. Danach bereute sie, was sie getan hatte, hielt sich für verrückt.

Eine Woche später hat sie trotzdem wieder zum Messer gegriffen. „Da hatte ich es schon richtig geplant. Ich wusste, danach wird es mir besser gehen.“ Deshalb hat Juliane immer wieder geschnitten, das Messer auch mit zur Arbeit genommen, „für den Notfall“. Benutzt hat sie es dort nur einmal, auf der Toilette. „Das war schrecklich. So respektlos.“

Übereinstimmend berichten SVV-Patientinnen, dass sie die Selbstverletzung planen. Oft wird ein Ritual daraus gemacht, es gibt ein Lieblingsmesser, das in einer besonderen Schatulle aufbewahrt wird. Stefanie zündet sich eine Kerze an, legt Musik auf und schneidet los. Am liebsten hört sie dazu Rammstein, ein Lied mit dem Vers „rote Striemen auf weißer Haut“. Vier Jahre lang hat sie sich fast täglich selbst verletzt, manchmal absichtlich so tief in den Oberarm geschnitten, dass Sehnen frei lagen und die Wunde im Krankenhaus genäht werden musste. „Ich wollte, dass sich wenigstens zehn Minuten jemand um mich kümmert“, sagt sie.

R. BERMES / LAIF

Patientin Stefanie
„Es ist eine Sucht“

Die Ärzte, davon ist sie überzeugt, müssen gemerkt haben, was mit ihr los war. Aber nachgefragt hat niemand. Das ist symptomatisch. Obwohl die Wunden, die sich Selbstverletzer zufügen, kaum zu

übersehen sind, wissen oft nicht einmal die nächsten Angehörigen von dem Problem. So geht es auch der 17-jährigen Andrea aus Köln. Obwohl die Haut ihrer Oberarme kaum noch zu sehen ist zwischen tiefen Schnitten, schorfigen Wunden und Narben, wissen ihre Eltern angeblich nichts.

Stefanie hat ihrer Mutter die Schnitte erst gezeigt, als die sie in der Psychiatrie besuchte. Dort hat sie auch gelernt, mit dem, was sie ihre Sucht nennt, zu leben. „Für mich ist es ganz klar eine Sucht. Ich habe sonst keine Möglichkeit, die Spannung, die Todesangst, die Panikattacken, das Zittern und Herzrasen zu stoppen." Ein- oder zweimal im Monat greift sie noch zum Messer – für sie ein erträgliches Maß: „Ich trinke nicht, ich rauche und kiffe nicht und habe das Schneiden akzeptiert, solange es nicht jeden Tag vorkommt."

Tatsächlich gibt es keine Medikamente, die den Patientinnen helfen könnten, die Spannungen, die sie plagen, zu reduzieren. Manche Therapeuten probieren es mit schwach dosierten Neuroleptika, andere bieten Eiswürfel aus Lebensmittelfarbe oder ein Gummiband an, das kräftig über die Haut geschnalzt werden soll. Auch anstrengender Sport kann helfen.

Juliane hat mit Joggen und Squash gute Erfahrungen gemacht. Auch das Vertrauen ihres neuen Freundes hilft ihr. Dass er den Wunsch äußerte, dabei zu sein, wenn sie sich schneidet, findet sie allerdings skurril. „Das wäre mir zu intim, glaube ich." Trotzdem ist die stabile Beziehung neben der Therapie wohl die einzige wirksame Hilfe für sie. Denn SVV-Patientinnen über 30 sind selten, Borderline-Fälle über 40 im Prinzip nicht bekannt. „Ich vermute, dass sich ihre Lebensumstände ab einem gewissen Alter stabilisiert haben", sagt Psychotherapeut Michael Armbrust.

Mit Masochismus, darüber sind sich die Fachleute jedenfalls einig, hat SVV nichts zu tun. Das Schneiden vermittle den Frauen vielmehr eine Pseudo-Kompetenz: Sie sind zwar nicht in der Lage, ihr Leben zu meistern, haben aber das Gefühl, wenigstens ihren Körper zu beherrschen – und in der Tat ein probates Mittel, Aufmerksamkeit zu erregen.

Denn dass das mit Blut und Schnitten in einer auf Schmerzfreiheit fixierten Gesellschaft gut funktioniert, zeigten Skandalkünstler wie Rainald Goetz, der sich beim Klagenfurter Ingeborg-Bachmann-Wettbewerb vor laufender Kamera die Stirn blutig ritzte, die Performance-Künstlerin Marina Abramovic, die sich mit Rasierklingen den Sowjetstern in den Bauch schnitt, oder der Givenchy-Designer Alexander McQueen, der Models Verletzungen auf die makellosen Gesichter schminkte. „Schmerz ist eine Grunderfahrung", sagt Marina Abramovic. „Wir haben Angst vor Leid und Schmerz, aber das Leben besteht aus beiden Seiten – Schönem und Schmerzvollem." Anja Haegele

BULLS PRESS

Internet-Zwillinge Kimberley und Belinda: *„Die Geschichte wird die Welt schockieren“*

ADOPTION

Wer bietet mehr?

Mit Hilfe des Internet erwarb ein britisches Ehepaar in den USA Adoptivzwillinge. Die waren jedoch schon einmal verkauft worden. Die Briten sind schockiert über das transatlantische Babydrama.

Als Alan und Judith Kilshaw am Dienstag vergangener Woche vor dem High Court in Birmingham auftauchten, waren sie einmal mehr von einem Pulk britischer und amerikanischer Journalisten eingekreist. „Ich gebe nicht auf“, rief die Frau trotzig: „Ich werde um unsere Mädchen kämpfen.“

Doch kurz darauf musste das Ehepaar aus Wales eine Niederlage einstecken. Der Richter befand, dass der Fall der beiden über das Internet erworbenen sieben Monate alten Adoptivzwillinge „zu komplex ist, um unmittelbar gelöst zu werden“. Der High Court beließ Belinda und Kimberley bei den vom Jugendamt bestellten Pflegeeltern.

Mit dieser Entscheidung erreichte ein weltweites Gezerre um die Mädchen seinen vorläufigen Höhepunkt. Insgesamt vier Parteien reklamieren die „Internet-Babys“ für sich: Die Kilshaws werden gegen das Urteil des High Court Berufung einlegen. Ein amerikanisches Ehepaar aus Kalifornien, das die Mädchen im vorigen Jahr schon beinahe adoptiert hatte, schaltete das FBI ein und will sie ebenfalls zurückhaben.

Auch die leibliche Mutter aus St. Louis im US-Bundesstaat Missouri meldete wieder Ansprüche an. „Ich liebe meine Mädchen“, verkündete sie. „Sie müssen zu mir nach Hause kommen.“ Ein Richter in St. Louis sprach dagegen dem leiblichen Vater ein vorläufiges Sorgerecht zu und verbot der Mutter, sich den Mädchen dichter als 30 Meter zu nähern.

Seit Mitte des Monats erregt das Schicksal der US-Zwillinge die Briten. Die streitenden Eltern verkaufen ihre Geschichte an die Medien; schon hat eine Produktionsgesellschaft aus Los Angeles mit den Kilshaws Verhandlungen aufgenommen, um aus dem Kampf um die Babys eine Hollywood-Schnulze zu destillieren.

Die Hauptdarsteller sind Alan Kilshaw, 45, und Judith Kilshaw, 47, aus dem Dörfchen Buckley in Nord-Wales, die seit 1992 verheiratet sind. Judith brachte bereits zwei Töchter aus erster Ehe mit. Dann gebar sie ihrem Gatten – einem auf Mietrecht spezialisierten Anwalt – zwei Söhne, inzwischen sieben und vier Jahre alt. Doch das reichte dem Paar noch lange nicht.

Da Judith Kilshaw sich „verzweifelt eine Tochter wünschte“, versuchte sie es mit In-vitro-Behandlungen, aber die künstliche Befruchtung klappte nicht. Das vom Kinderwunsch besessene Paar sah nur noch die Möglichkeit einer Adoption, doch dafür lebten sie im falschen Land.

Da die britischen Behörden äußerst rigide Maßstäbe für eine Adoption anlegen und die Kilshaws schon auf Grund ihres Alters eine Ablehnung befürchten mussten, verfielen sie darauf, ein ausländisches Kind zu adoptieren. Dabei half das Internet.

Rund 400 000 Kinder warten in den USA auf eine Adoption. Auch die Vermittlung an ausländische Eltern ist bei den liberalen Adoptionsgesetzen der meisten amerikanischen Bundesstaaten keine Seltenheit.

Auf Adoption spezialisierte Anwälte und Agenten – wie Börsenmakler Broker genannt – kassieren bei jährlich 60 000 Vermittlungen zwischen 10 000 und manchmal sogar 100 000 Dollar Gebühren. Weil auch die leiblichen

Webseiten für Adoptionshandel: *Gebühren bis zu 100 000 Dollar*

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

FOTOS: BULLS PRESS

Adoptiveltern Kilshaw, Zwillinge: *Verzweifelt eine Tochter gewünscht*

Eltern für die Aufgabe ihrer Kinder häufig Honorare erhalten, hat sich ein grauer, nicht selten krimineller Babymarkt entwickelt, der häufig im Internet annonciert wird. Neben seriösen Vermittlern bieten Hunderte zwielichtiger Agenturen unter klangvollen Namen wie „Aurora“, „Adopt an Angel“ oder „Rainbow Kids“ ihre Dienste an. Auf ihren Webseiten preisen die Baby-Vermittler die menschliche Ware in höchsten Tönen an und stellen rührende Bilder ihrer Schützlinge ins Internet. Für behinderte Kinder gibt es – Triumph der Marktwirtschaft – Preisnachlass.

Die Kilshaws ließen sich bei mehreren Agenturen registrieren, nicht viel später rief sie die Vermittlerin Tina Johnson, 32, aus Kalifornien an. „Ich habe ein Baby für Sie gefunden“, erklärte sie den Briten, angeblich ein weißes Mädchen. Die Kilshaws überwiesen prompt 12 500 US-Dollar, um sich das Baby zu sichern. Doch zunächst passierte gar nichts.

Was die Kilshaws nicht wissen konnten: Johnson hatte mit einer Kollegin zusammengearbeitet, die mittels einer Website adoptionswillige Paare mit Müttern zusammenbrachte, die ihre Babys loswerden wollten.

Hoffnungsvolle Eltern in spe bezahlten für diese Dienstleistung zwischen 1000 und 15 000 Dollar, doch immer wieder platzte die Adoption, ohne dass Honorare zurückgezahlt wurden. Die Partnerin von Tina Johnson wurde im Juni vergangenen Jahres wegen Betrugs an 20 Paaren, denen sie insgesamt 215 000 US-Dollar abgeknöpft hatte, zu 46 Monaten Gefängnis verurteilt.

Johnson gründete eine eigene Firma, die Adoptionsagentur „Caring Heart“, und arbeitete seither allein. Ganz schlecht können ihre Geschäfte nicht gelaufen sein: Noch im selben Jahr kaufte sie sich ein stattliches Haus in San Diego.

Auch Tranda Wecker, eine schwarze Hotelangestellte aus St. Louis, hatte sich an Tina Johnson gewandt. Wecker, 28, war bereits zweimal geschieden, hatte schon drei Kinder und bekam im Juni Zwillinge. Sie beschloss, die beiden fortzugeben.

Johnson trieb schnell ein interessiertes Ehepaar im kalifornischen San Bernadino auf. Richard Allen, 49, und seine Frau Vickie, 40, hatten bereits einen adoptierten Jungen. Um die Familie zu vervollständigen, bezahlten sie 6000 Dollar an Johnson, beantragten Anfang Oktober die Adoption und nahmen die Zwillinge bei sich auf. Ende November meldete sich die Mutter mit dem Wunsch, noch ein Wochenende mit ihren Mädchen zu verbringen.

Leibliche Mutter Wecker
„Ich liebe meine Mädchen“

Statt die Kinder jedoch wieder abzuliefern, rief sie wenig später bei den Adoptiveltern an und erklärte ihnen, sie habe es sich nunmehr anders überlegt. Nach kalifornischem Recht hat die leibliche Mutter eine Bedenkzeit von drei Monaten, in der sie ihre Entscheidung widerrufen kann.

Doch in Wahrheit waren Wecker und Johnson inzwischen mit den aus England eingeflogenen Kilshaws handelseinig geworden, die mehr als doppelt so viel bezahlten wie die Allens. Gemeinsam fuhren Mutter und Adoptiveltern von San Diego 3000 Kilometer nach Little Rock in Arkansas – eine siebentägige Reise, auf der sie zeitweilig im Auto übernachteten. Agentin Johnson blieb in Kalifornien zurück und tauchte später unter.

Arkansas zeichnet sich durch besonders liberale Adoptionsgesetze aus. Dort beträgt die Bedenkzeit für die Mutter nur zehn Tage. Zwei Tage vor Weihnachten war die Adoption perfekt. Die Kilshaws erhielten die notwendigen Papiere. Zwei Tage vor Silvester landete die ganze Familie in Manchester. Doch schon nach zwei Wochen erfuhr das britische Paar, dass die getäuschten kalifornischen Adoptiveltern die Geschichte ihrer entführten Babys dem TV-Sender CBS gesteckt hatten.

Um einer Medienoffensive in den USA zuvorzukommen, nahmen die Kilshaws ihrerseits Kontakt zur größten britischen Boulevardzeitung auf. Die „Sun“ des US-Medientycoons Rupert Murdoch ließ sich das transatlantische Babydrama nicht entgehen und titelte: „Die Geschichte dieser Zwillinge wird die Welt schockieren.“ Zumindest diese Vorhersage traf zu. Als „Ekel erregend“ und „absolut beklagenswert“, geißelte der vierfache Vater und Premierminister Tony Blair, „dass Kinder auf diese Weise gehandelt werden“. Seine Regierung beschloss, eine träge in der Londoner Ministerialbürokratie zirkulierende Novelle des Adoptionsrechts zügig zu verabschieden.

Nun gerieten die Kilshaws in den Medienstrudel – und gingen unter. Nachbarn bezeichneten sie als „verrückt“ oder „bekloppt“. Täglich wurden neue skurrile Geschichten serviert. Aber auch ernsthafte Zweifel an ihrer Eignung als Adoptiveltern wurden laut. So verwandeln 6 Hunde und 18 Katzen ihr Farmhaus in eine nicht gerade babygerechte Heimstatt.

Überdies zogen die Kilshaws in ein von Journalisten bezahltes Viersternehotel um, wo sie ohne Pause Interviews gaben. Dass sie dabei die beiden Zwillinge beständig vor die Kameras zerrten, war letztlich ein entscheidendes Argument für die Jugendbehörde des Bezirks Flintshire, sie unter Polizeischutz abzuholen und Pflegeeltern zu übergeben.

Für die beiden bedauernswerten Mädchen, die von Sozialarbeitern im Blitzlichtgewitter des Fotografen-Pulks aus dem Hotel getragen wurden, sind es die vierten Eltern in sieben Monaten. Weitere Störungen soll es nun nicht mehr geben: Der Aufenthaltsort der Internet-Zwillinge in Wales bleibt streng geheim. Michael Sontheimer

Werbeseite

Werbeseite

Die verlorene Ehre der Apo

Die linksradikale Vergangenheit der grünen Minister Joschka Fischer und Jürgen Trittin hat die halb vergessenen sechziger und siebziger Jahre der Republik plötzlich zum Politikum gemacht. Doch rechte Räuberpistolen und linke Lebenslügen verstellen den Blick auf die wilde Epoche nach 1968. *Von Jochen Bölsche*

Apo-Aktivisten Schily, Dutschke am Grab von Meins (1974): *„Holger, der Kampf geht weiter!“*

Es gibt Argumente, die können verletzen wie ein Farbbeutel, dessen Aufprall einem das Trommelfell zerfetzt. Wenn jemand Joschka Fischers rabiate Straßenkampf-Aktionen in den Siebzigern „irgendwo zwischen Faschismus und Neonazis“ einordnet, kriegt der einstige Linksradikale vor Schmerz und Wut „solch einen Hals“.

Der böse Vergleich mit rechten Rabauken schallt dem zweitwichtigsten Politiker der drittmächtigsten Industrienation entgegen, seit jene Fotos aus dem Jahre 1973 aufgetaucht sind, auf denen der schwarz behelmte Streetfighter Fischer, damals knapp 25, auf einen zu Boden gerissenen Polizisten einprügelt (SPIEGEL 2/2001).

Seither wird in Parteiveranstaltungen und Parlamenten, in Talkshows und Kneipen erbittert darüber debattiert, ob ein Mann Minister bleiben darf, der in gar nicht mal allzu jungen Jahren unzweifelhaft Gewalt gepredigt und geübt hat – wenngleich er später deutlich auf Distanz zur Militanz gegangen ist.

Die politischen und moralischen Dimensionen dieser Frage wurden deutlich, als Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) den Außenminister mit dem Argument zu verteidigen versuchte, es sei schließlich ja auch „vorstellbar“, dass einer der gewalttätigen Neonazis von heute „in 20 Jahren“, nach politischer Läuterung, in Berlin als Minister vereidigt wird.

Aus Sorge, braune Ausländerfeinde könnten sich auf die Prügel-Vergangenheit des grünen Außenministers berufen, forderte als Erster der jüdische Bundeswehr-Historiker Michael Wolffsohn den Rücktritt Fischers.

Beifall wiederum zollten dem Minister falsche Freunde, die beflissen jene Straßen-

Straßenschlacht in Frankfurt (März 1973):

AP

Können sich braune Ausländerfeinde auf die Vergangenheit des grünen Stars berufen?

Militanter Fischer: *„Tendenziell sadistisch“*

militanz rechtfertigten, die Fischer selbst seit langem ablehnt. Beistand kam allerdings auch von gänzlich anderer Seite: Der einstige CDU-Scharfmacher Heiner Geißler, 70, nahm den „vom Saulus zu Paulus“ gewordenen Grünen in Schutz – womöglich weil er sich eigener Jugendsünden erinnerte: Als 22-jähriger Jesuiten-Zögling war Geißler nach eigenen Angaben „in der Logistik“ der Südtiroler Nationalisten tätig; die „Bumser“ wehrten sich mit Anschlägen gegen eine italienische Überfremdung ihrer Alpenheimat.

Während die FDP erwog, einen Untersuchungsausschuss zur Klärung von Fischers Vergangenheit zu beantragen, bescherte die Debatte dem grünen Star zunächst nur einen kleinen Knick in der Popularitätskurve – er sackte auf der Beliebtheitsskala von Platz eins (vor Schröder) auf Platz zwei (hinter Schröder). Der

Nach der Nazi- und der Stasi-Debatte geht es auf einmal um die Apo-Sünden

Kanzler zeigte sich dennoch alarmiert. Denn die Berliner Koalition, so weiß Schröder, ist kaum denkbar ohne seinen grünen Vize – der nun täglich mit neuen Enthüllungen über Brandflaschen-Einsätze oder Terroristenkontakte rechnen muss.

Schröders Sorgen wuchsen, als Anfang vergangener Woche auch noch sein grüner Umweltminister Jürgen Trittin in die Schlagzeilen kam: Vorwürfe, der einstige Maoist habe sich nicht eindeutig genug von einem Pamphlet distanziert, in dem 1977 ein Göttinger Student (Pseudonym: „Mescalero“) „klammheimliche Freude“ über den RAF-Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback gestand, machten auch die linksradikale Phase im Leben Trittins zum Tagesthema (siehe Seite 84).

Von den Schlagschatten ihrer Vergangenheit sehen sich die Grünen-Promis nun permanent verfolgt – so etwa, als Fischer im Prozess gegen einen langjährigen Kampfkumpanen, den wegen drei-

fachen Mordes angeklagten Opec-Attentäter Hans-Joachim Klein, 53, gehört wurde.

Als Fischer, beschützt von sechs Leibwächtern, das Gerichtsgebäude verließ, verteilten CDU-Junioren ein Flugblatt mit zwei ganz ähnlichen Fotos: jenem vom Sponti Fischer, der auf den Frankfurter Schupo Rainer Marx einprügelt, und einem, auf dem deutsche Hooligans während der Fußball-WM 1998 den französischen Polizisten David Nivel halb tot schlagen.

Sind solche Vergleiche nichts als Demagogie, gar Ausdruck eines „neuen McCarthyismus“, den die „Süddeutsche Zeitung“ bereits an die Wand malte – oder doch die im Meinungsstreit statthafte Überspitzung einer Frage, der sich auch ein Fischer stellen muss?

Immerhin: Der Minister selbst („Ja, ich war militant“) hat bereits 1977 über seine Sponti-Einstellung Auskunft gegeben, die sich von der stupiden Gewaltgeilheit der Glatzen von heute tatsächlich kaum abhob. Fischer damals selbstkritisch:

Ich lernte, in der Gewalt zu leben, mit ihr – erfolgreich! – umzugehen und mich psychisch total darauf auszurichten ... Daraus wurde dann leicht die Lust am Schlagen, ein tendenziell sadistisches Vergnügen.

Der mit vergilbten Zitaten geführte Streit über Staatsfeinde von einst, die sich heute als Staatsmänner präsentieren, hat den Deutschen plötzlich und unerwartet eine dritte große Debatte über die Bewältigung ihrer Vergangenheit beschert.

Diesmal geht es nicht um die Nazi- oder die Stasi-Zeit, sondern, delikaterweise, um die Vergangenheit jener, die sich vor einem Dritteljahrhundert selbst als Antifaschisten und teils als Kommunisten verstanden und die Generation ihrer Eltern pauschal mit einem „Nazi-Kontinuitätsverdacht“ (Fischer) überzogen haben.

„Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit, die wir von unseren Eltern gefordert haben, müssen wir nun selbst vollziehen“, hat die niedersächsische Grünen-Landtagsabgeordnete Silke Stokar begriffen: „Für manche mag das schmerzhaft sein.“

So stehen nun die späten sechziger und die siebziger Jahre auf der politischen Agenda – halb versunkene Zeiten, die auf viele Deutsche inzwischen „fremder wirken als selbst das Mittelalter“, wie die „FAZ“ staunte. Kein Wunder: Als der 25-jährige Joseph („Joschka“) Fischer in Frankfurt Putz machte, waren die heute 25-Jährigen noch nicht einmal gezeugt. Und die Älteren, gerade die Aktivsten von einst, leiden an Amnesie, wie der heute 52-jährige Fischer beklagte, als er im Klein-Prozess nach Brandflaschenwürfen befragt wurde: „Nach 25, 26, 27 Jahren kommen Sie an die Grenzen dessen, was Gedächtnis leisten kann.“

Weil zudem der Ausgang der neuen Geschichtsdebatte womöglich über Macht und Mehrheiten in Bund und Ländern mit entscheidet, ist die Gefahr der Geschichtsklitterung naturgemäß groß, wie schon der Auftakt der Kontroverse zeigt: Rechte Räuberpistolen und, mehr noch, linke Lebenslügen trüben manch einem den Blick auf die ohnehin seltsam nebulös wirkenden Rüpeljahre der Republik zwischen dem Anfang der Ära Kiesinger und dem Anbruch der Ära Kohl.

So zerfließt die Erinnerung an damals zu einer Collage aus disparaten Versatzstücken: softe Müsli-Typen in lila Latzhosen, aber auch Brutalos in schwarzer Ledermontur; heulende Demonstranten im Knüppelhagel und im Tränengasnebel, aber auch von Molotow-Cocktails entflammte Polizeiuniformen; pazifistische Pfarrer im Talar mit Gandhi-Bildern bei Sitzblockaden, aber auch die Nackedeis in der Jux-„Kommune 1“.

Die Unschärfe der kollektiven Erinnerung kommt den Darstellern auf der politischen Bühne zupass, die – je nach Couleur – den Außen- und den Umweltminister (und damit die rot-grüne Koalition) entlasten oder belasten, stabilisieren oder destabilisieren wollen.

Zu diesem Zweck werden in der Debatte, bisweilen nicht ohne Geschick, drei his-

W. ALBRECHT / DER SPIEGEL / XXP

„Prügelperser“-Einsatz gegen Anti-Schah-Demonstranten (1967): *Spirale der Gewalt*

AMIS RAUS AUS VIETNAM

DEUTSCHE POLIZISTEN SCHÜTZEN DIE FASCHISTEN

HAUT DEM SPRINGER AUF DIE FINGER

Rüpeljahre der Republik

1966

PROTEST Der US-Krieg in Vietnam und die Bonner Notstandsgesetzpläne treiben eine breite Front Unzufriedener, vor allem an den Hochschulen, in die Außerparlamentarische Opposition (Apo).

1967

Der Tod des Studenten Benno Ohnesorg durch Polizeischüsse am Rande von Protesten gegen den Schah-Besuch in Berlin löst eine Studentenrevolte aus, die vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) angeführt wird.

H. GEWERT

Protest mit Dutschke-Plakat

1968

Weltweit, vom kalifornischen Berkeley bis Paris, wo Daniel Cohn-Bendit zur Symbolfigur der Revolte wird, eskalieren Jugendunruhen.

Schüsse eines rechten Außenseiters auf den SDS-Sprecher Rudi Dutschke führen in den Ostertagen zum Massenprotest gegen den Springer-Konzern.

TERROR

Gudrun Ensslin und Andreas Baader zünden in Frankfurt aus Protest gegen den Vietnamkrieg zwei Kaufhäuser an.

POLITIK In Bonn endet die CDU-Dominanz in der Nachkriegspolitik: Kurt Georg Kiesinger (CDU) wird Kanzler einer Großen Koalition, Willy Brandt (SPD) Außenminister.

In Bolivien wird Fidel Castros Kampfgefährte Ché Guevara getötet.

Sowjetpanzer beenden den Prager Frühling.

In den USA werden der Senator Robert Kennedy und der Bürgerrechtler Martin Luther King erschossen.

M. RUETZ / FOCUS PLUS / XXP

SDS-Mann Dutschke (1967): *„Alle reden vom Wetter – wir nicht“*

torische Teilabschnitte der Protestbewegung vermengt, die in Wahrheit nur wenig gemeinsam haben (siehe Grafik).

Da sind, *erstens,* die späten Sechziger, in denen die Revolte die Modefarbe Rot bevorzugte – rot wie die Fahnen, die Studenten zum „Ho-Ho-Ho-Tschi-minh“-Stakkato schwenkten; rot wie der Plastikeinband der als Zeitgeist-Accessoire massenhaft verbreiteten „Mao-Bibel“; rot wie das allgegenwärtige Plakat mit Marx-Engels-Lenin und dem Bundesbahnslogan „Alle reden vom Wetter – wir nicht“.

Da sind, *zweitens,* die Siebziger, in denen, nach dem Zusammenbruch der Hochschulrevolte, der Protest zunehmend Schwarz trug – schwarz wie die Fahnen der Anarchos und die „Hasskappen“ der vermummten Stahlkugelschleuderer an den Bauzäunen von Atomprojekten; schwarz wie die legendären „Baader-Meinhof-Wagen“, jene BMW, mit denen die deutschen Todesschwadronen von Tatort zu Tatort karriolten; schwarz wie die Trauerkleidung beim Begräbnis von Toten aus der Terrorszene, an deren Gräbern die Kombattanten schworen: „Der Kampf geht weiter.“

Und da sind schließlich, *drittens,* die Achtziger, in denen Grün zur Farbe der Wahl wurde – grün wie der damals sprießende Deutschland-Ableger von Greenpeace; grün wie die aufblühende Ökobewegung, die gegen Wasserverschmutzung und Luftverpestung antrat; grün wie die 1980 auf Bundesebene gegründete, bis dahin nur regional vertretene „Anti-Parteien-Partei“ der Ex-Sozialdemokratin Petra Kelly.

Rechte Oppositionelle verfolgen nun erkennbar das Ziel, vor allem Jung-Joschkas machohafte Militanz und seine zeitweise unklare Haltung zur RAF in den *Siebzigern* als symptomatisch für die gesamte Apo hinzustellen.

Diese Argumentation soll offenbar all jene Reformbewegten diskreditieren, die in den *Sechzigern* an den Hochschulen zwar oft verbalradikal, aber zunächst durchweg gewaltfrei demonstrierten und sich dann in den Siebzigern zu Hunderttausenden in Dritte-Welt-Projekten oder in der Frauenbewegung, in Bürgerinitiativen oder in demokratischen Parteien engagierten – vorzugsweise, wie Gerhard Schröder, in der SPD.

Die attackierten Grünen parieren die Vorwürfe gegen ihren Außenminister, indem sie die Krawalljahre der Frankfurter Spontis „einbetten“ (Fischer) in den 68er Aufbruch – und damit die weithin positiv besetzten Motive der Studentenbewegung fälschlich auch für die rüden Schlägertrupps in Anspruch nehmen. Er sehe die Streetfighter-Jahre, brüstete Fischer sich im Klein-Prozess, als Teil der „Freiheitsrevolte“ von 1968, sich und seine einstigen Genossen als „Unterdrückte“.

Ganz ähnlich argumentierte Fischers langjähriger Mitstreiter und Mitbewohner, der Pariser Revolutionspraktiker Daniel Cohn-Bendit (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 88). Die Union, so der Ex-Sponti in einem Rundfunkdisput, versuche, „die deutsche Geschichte umzudrehen“, wenn sie Joschka als „Täter“ hinstelle: „Wer ist ermordet worden auf den Straßen von Berlin? Benno Ohnesorg, bevor irgendein Student überhaupt was getan hat.“

Der grüne Europaabgeordnete vernachlässigte, dass zwischen dem Tod des Studenten Ohnesorg am Rande der Berliner Anti-Schah-Demonstrationen 1967 und den Brandbombenwürfen der Frankfurter Spontis auf Polizisten im Jahre 1976 nahezu ein Jahrzehnt lag. Die Protestbewegung an den Hochschulen war zu diesem Zeitpunkt längst zusammengebrochen, Terrorgruppen, allen voran die RAF, aber

Waren die „Bullenklatscher“ von Frankfurt Politrocker oder Freiheitskämpfer?

hatten bereits serienweise Gewaltverbrechen verübt.

Eine politische Nebelkerze schleuderte auch Rezzo Schlauch, als er im Bundestag den Eindruck erweckte, Fischers Streetfighter hätten mit Mollies und Pflastersteinen gegen Restauration und Faschismus gekämpft. „Sie tun so, als ob wir schon damals ein weltoffenes Land gewesen seien“, warf der Grünen-Fraktionschef der Opposition vor: „Das war mitnichten so.“

Schlauch überging, dass Fischer mit seiner „Putzgruppe“ keineswegs in der Amtszeit des Ex-NSDAP-Parteigenossen Kurt Georg Kiesinger operierte, als in Deutsch-

WAS WIR WOLLEN: ARBEITERKONTROLLEN

1969

Nach dem Ende der Studentenbewegung bilden sich diverse kommunistische Sekten.
Die dogmatischen K-Gruppen wollen die Arbeiterschaft für die Politik Mao Tse-tungs mobilisieren.

In Bonn wird Willy Brandt Kanzler einer sozialliberalen Koalition.

J. H. DARCHINGER

Vereidigung von Brandt

FREI SEIN, HIGH SEIN, EIN BISSCHEN TERROR MUSS DABEI SEIN

1970

Zehntausende aus der Neuen Linken treten der SPD bei. Deren Jungsozialisten (Jusos) sehen sich auf dem von Dutschke angekündigten Langen Marsch durch die Institutionen.

Anarchosyndikalistische Linke vom „Revolutionären Kampf“ um Joschka Fischer und Tom Koenigs betreiben in Hessen politische Agitation („Betriebsarbeit“) in Großunternehmen wie Opel.

Brandt forciert seine Neue Ostpolitik und gedenkt mit seinem Kniefall in Warschau der Opfer von Krieg und NS-Verbrechen.

In Chile wird der Sozialist Salvador Allende Staatschef.

In polnischen Hafenstädten kommt es zu Arbeiterunruhen.

Die ehemalige „Konkret“-Autorin Ulrike Meinhof lässt den inhaftierten Kaufhaus-Brandstifter Baader gewaltsam befreien.

In einer Meinhof-Erklärung heißt es: „Natürlich kann geschossen werden.“

ANARCHIE IST NACHBAR, HERR NACHBAR

1971

In Frankfurt kommt es zu Hausbesetzungen durch die Spontis um Cohn-Bendit und Fischer.

Mit ihrem Bekenntnis „Ich habe abgetrieben“ geben Alice Schwarzer und 374 Mitstreiterinnen der westdeutschen Frauenbewegung Auftrieb.

In Ost-Berlin wird Walter Ulbricht durch Erich Honecker abgelöst, der die Politik der Anbiederung an die Sowjetunion fortsetzt.

K. MEHNER

Steinschlacht (November 1968): *Anfang vom Ende der Studentenbewegung*

land tatsächlich noch der „Muff von 1000 Jahren“ (Studentenslogan) waberte. Die Benzinbomben gegen Polizeibeamte flogen mehr als sechs Jahre nach der Regierungsübernahme durch Willy Brandt.

Der Sozialdemokrat hatte bei seinem Amtsantritt 1969 „mehr Demokratie“ versprochen und mit seiner „Politik der kleinen Schritte“ den Abbau der Ost-West-Spannungen eingeleitet. Mit seinem historischen Kniefall am Warschauer Ghetto-Denkmal wollte der einstige Emigrant der Welt überdies signalisieren, dass die Ära der Tabuisierung nationalsozialistischer Schuld in Deutschland überwunden war.

Der Frankfurter Streetfighter Fischer, urteilte vergangene Woche der aus Hessen stammende FDP-Chef Wolfgang Gerhardt, habe folglich nicht gegen die Reaktion, sondern gegen Willy Brandt (und dessen Nachfolger Helmut Schmidt) gekämpft.

Auch die rot-grüne „taz“ sieht in Fischer weder einen klassischen noch einen typischen Achtundsechziger: Er war, so das Blatt, „zur Zeit der Studentenrevolte dem Knabenalter gerade erst entwachsen“, die meisten seiner jüngeren Mitstreiter „konnten Rudi Dutschke allenfalls in der ‚Tagesschau‘ sehen, und das auch nur, wenn die Eltern sie nicht schon vorher ins Bett geschickt hatten“.

Politisch hatte der Schulabbrecher und Autodidakt Fischer nicht allzu viel gemeinsam mit der Masse der Jungakademiker, die Jahre zuvor für die Demokratisierung der Gesellschaft auf die Straße gegangen waren.

Während die Außerparlamentarische Opposition (Apo) der Sechziger gegen Notstandsgesetze und Pressemonopole demonstrierte, für Hochschulreformen stritt und die Differenz zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit beklagte, hatten die „Bullenklatscher“ um Fischer („Ich war Revolutionär und kein Demokrat“) für den bürgerlichen Rechtsstaat auch in den sozialdemokratischen Siebzigern nur Spott übrig. Typische Parole jener Jahre: „Legal, illegal, scheißegal“.

Verstimmt über die Verzerrung des Vergangenen in der aktuellen Diskussion, meldete sich ein kundiger Zeitzeuge zu Wort. Der in England lebende Soziologe Lord Ralf Dahrendorf, der am Rande des Freiburger FDP-Parteitags 1968 durch ein öffentliches Streitgespräch mit Rudi Dutschke Aufsehen erregt hatte, sah Anlass, „die 68er vor den 70ern in Schutz“ zu nehmen.

Nach der „verständlichen Revolte in einer verfahrenen Situation“, wie Dahrendorf die 68er Unruhen charakterisierte, seien Teile der Bewegung in den Siebzigern schlichtweg „der Gewalt als Gewalt verfallen“. Daher sei es unzulässig, „mit den 68er-Argumenten“ Fischers „Mitte-der-70er-Aktionen“ zu verteidigen.

Das heiße im Übrigen nicht, stellte der Liberale klar, „dass Fischer nicht Außenminister sein kann“. Allerdings: „Wenn er Justizminister wäre oder Innenminister, wäre das etwas ganz anderes.“

Die im Axel Springer Verlag erscheinende „Welt“, die das Dahrendorf-Interview veröffentlichte, präsentierte den Text als „Ehrenrettung der 68er vor den Fischers dieser Welt“ – was bei manchem Apo-Opa die Erinnerung an jene Zeit belebte, als die Blätter des Springer-Konzerns sich um die Ehre der 68er noch einen Dreck kümmerten.

Joschka Fischers jüngere Genossen kannten Dutschke nur aus der „Tagesschau“

Die hasserfüllte Berichterstattung über die Studenten (Leseprobe: „Lasst Bauarbeiter ruhig schaffen, kein Geld für langbehaarte Affen“) löste 1968 die bundes-

GLOBAL DENKEN, LOKAL HANDELN

JEDER STEIN, DER ABGERISSEN, WIRD VON UNS ZURÜCKGESCHMISSEN

FEUER UND FLAMME FÜR DIESEN STAAT

	1972	1973	1974
PROTEST	Der Club of Rome veröffentlicht sein Umwelt-Manifest „Die Grenzen des Wachstums“. Lokale Aktionsgruppen gegen Autobahnbau und Luftverschmutzung formieren sich zum Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).	Nach Protesten gegen Abrisspläne und Hausbesetzungen liefern sich Spontis um Fischer und Cohn-Bendit im Frankfurter Westend Straßenschlachten mit der Polizei. Fischer prügelt auf einen Beamten ein.	**RAF-Häftling Holger Meins stirbt nach einem Hungerstreik. Am Grab verspricht Rudi Dutschke: „Holger, der Kampf geht weiter.“** **Im SPIEGEL appelliert „Bommi“ Baumann an die RAF: „Genossen, schmeißt die Knarre weg!“**
TERROR	**Nach einer Serie von Attentaten der Roten Armee Fraktion (RAF) werden Baader, Meinhof, Ensslin und Holger Meins festgenommen.** **In München überfallen arabische Terroristen die israelische Olympia-Mannschaft.**	**RAF-Gefangene starten Hungerstreiks gegen „Isolationsfolter“ in deutschen Haftanstalten.**	
POLITIK	Mit einem Radikalenerlass, der Kommunisten aus dem Öffentlichen Dienst fern halten soll, hält sich die sozialliberale Regierung den Rücken frei für ihre neue Ostpolitik. Die USA und die Sowjetunion unterzeichnen Salt 1, ein Abkommen zur Rüstungsbegrenzung.	Rückzug der USA aus Vietnam. Militärputsch in Chile, Tod von Allende. In Deutschland führt der Lieferboykott der arabischen Förderstaaten zum Ölschock und zu sonntäglichen Fahrverboten.	Nach der Enttarnung des DDR-Kanzleramtsspions Günter Guillaume und dem Rücktritt von Brandt wird Helmut Schmidt Bundeskanzler. Der Watergate-Skandal erschüttert die USA.

weiten Osterdemonstrationen gegen den Springer-Verlag aus. Dessen Hetztiraden gegen den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) waren von vielen Studenten für die Schüsse des verwirrten Anstreichers Josef Bachmann auf den SDS-Sprecher Rudi Dutschke verantwortlich gemacht worden.

Der Mordversuch setzte lange angestaute Empörung über den erstarrten Staat jener Tage frei: Verdruss über die Hochschulen, die sich weigerten, die NS-Belastung von Professoren zu thematisieren; Zorn über die Pläne der Bonner Regierung, für den Fall des „inneren Notstands“ Bürgerrechte abzuschaffen; Wut auf den Bündnispartner USA, der daheim die Farbigen diskriminierte und draußen in Vietnam einen dreckigen Napalmkrieg führte.

Vor allem aber trug eine maßlos dreinknüppelnde Polizei zur Radikalisierung bei. „Nehmen wir die Demonstranten als Leberwurst, dann müssen wir in die Mitte hineinstechen, damit sie an den Enden auseinander platzt“ – so hatte der Berliner Polizeipräsident Erich Duensing seine Einsatztaktik für den Schah-Besuch am 2. Juni 1967 beschrieben, bei dem überdies persische Geheimpolizisten mit langen Schlagstöcken auf die Studenten einprügelten.

Nach den Osterunruhen von 1968 schilderte der Mainzer SDS-Vorsitzende Klaus Ahlheim die Wechselwirkung von Gewalt und Gegengewalt, die durch die Knüppeleinsätze ausgelöst wurde und die sich im darauf folgenden Jahrzehnt bis zum schieren Wahnwitz hochschaukeln sollte:

Keiner hatte die Absicht, Steine zu werfen. Aber als die Knüppel kamen und die Pferde, als man Leute ohnmächtig sah und Angstschreie hörte, haben junge Leute in blinder Wut Brocken aus dem Rasen gerissen und nach Steinen gesucht.

Als die ersten Apo-Splittergruppen in die Militanz abglitten und Tötungspläne ausbrüteten, trug die Springer-Presse dazu bei, dass frühe Warnungen nicht ernst genug genommen wurden. Zu oft hatten diese Blätter zuvor blinden Alarm ausgelöst – indem sie etwa einen geplanten Puddingwurf des Szene-Clowns Fritz Teufel auf den US-Vizepräsidenten Hubert Humphrey aufbauschten zum angeblich beabsichtigten „Bombenanschlag“.

AP

Besetztes Haus in Frankfurt (1974)
„Damit der Staat seine blutigen Krallen zeigt“

Als von Ende 1968 an immer wieder Bomben- und Sprengstofffunde bei linken Anarchos publik wurden, hielt ein Großteil der friedlich demonstrierenden Apo-Anhänger auch diese Darstellungen für Produkte aus den Fälscherwerkstätten von „Staatsschutzbullen“ und „Schweinejournalisten“.

Spätestens als ultralinke Splitter nicht länger nur „Gewalt gegen Sachen“ rechtfertigten (wie die Frankfurter Kaufhaus-Brandstiftung 1968 durch Andreas Baader und Gudrun Ensslin), sondern offen „Gewalt gegen Personen“ propagierten, beschleunigte sich der Differenzierungsprozess innerhalb der Neuen Linken.

Doch selbst nachdem sich die ursprünglich pazifistisch eingestellte Journalistin Ulrike Meinhof nach der blutigen Befreiung des Brandstifters Baader 1970 aus der Haft („Natürlich kann geschossen werden“) in den Untergrund abgesetzt hatte, war die Einstellung zur Gewalt bei vielen noch immer ambivalent.

„Verstecke ich Ulrike Meinhof, wenn sie an meiner Tür klingelt?“ – das war, wie sich der sozialdemokratische Ex-Staatssekretär Günter Gaus, 71, erinnert, „die wesentliche Frage, die meinesgleichen meines Alters sich damals stellte“. Später teilten viele Liberale die schrille Kritik, die „Folterkomitees“ an unmenschlichen Haftbedingungen für RAF-Täter übten.

In weiß gestrichenen Einzelzellen litten die Isolierten, wie in- und ausländische Gutachter bescheinigten, an „sensorischer Deprivation“ (Entzug von Sinneseindrücken). Ulrike Meinhof beschrieb die Tortur am 231. Tag ihrer Haft in Köln-Ossendorf:

Zerreißwolf – Raumfahrtsimuliertrommel, wo den Typen durch die Beschleunigung die Haut plattgedrückt wird – Kafkas Strafkolonie – pausenloses Achterbahnfahren.

Die Sympathien der Salonlinken im bürgerlichen Milieu, dem auch die Meinhof entstammte, schwanden allerdings (nahezu) im selben Maße, in dem sich die „antikapitalistischen“ Kapitalverbrechen häuften. Am Ende erschienen die Terrortaten der RAF auch dem um ein Höchstmaß an

1975

Proteste gegen den Bau eines Kernkraftwerks im badischen Wyhl sind Auslöser für die bundesweite Anti-Atom-Bewegung.

Linksterroristen kidnappen den Berliner CDU-Vize Peter Lorenz, um RAF-Gefangene freizupressen, und überfallen die Wiener Opec-Konferenz (3 Tote).

In Stuttgart-Stammheim beginnt unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen der RAF-Prozess gegen Baader, Meinhof, Ensslin und Jan-Carl Raspe.

1976

In Frankfurt findet ein Kongress gegen „Berufsverbote“ statt.

Die Dioxin-Katastrophe im italienischen Seveso stärkt die aufkeimende Ökologie-Bewegung.

Zehntausende protestieren gegen den Bau eines Atommeilers in Brokdorf.

Nach dem Selbstmord von Ulrike Meinhof kommt es in Frankfurt und anderswo zu Krawallen, bei denen Spontis aus dem Umfeld der „Putzgruppe“ von Joschka Fischer Brandflaschen auf Polizisten werfen.

Nach einer Flugzeugentführung selektieren deutsche und palästinensische Terroristen im ugandischen Entebbe jüdische und nichtjüdische Geiseln.

BILDERBERG

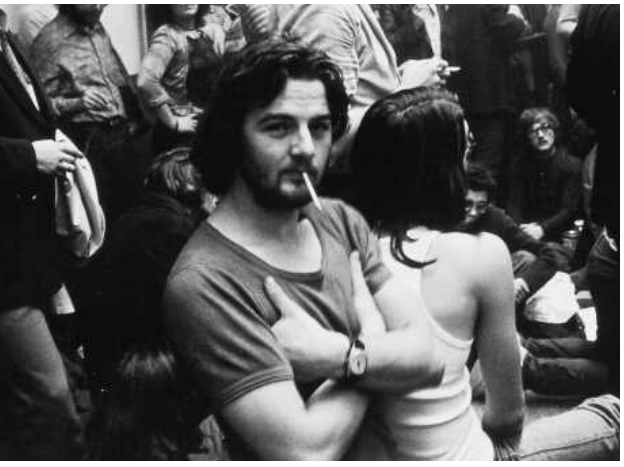
Polizeieinsatz in Brokdorf

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



Streetfighter Fischer (1973): *„Lust am Schlagen“*

A. TUELLMANN / BPK / DER SPIEGEL / XXP (li.); G. ROSSENBACH / DER SPIEGEL / XXP (re.)

Anti-USA-Demonstration in Berlin (1968): *Frieden oder „zwei, drei, viele Vietnam“?*

Verständnis bemühten Schriftsteller Heinrich Böll nur noch als aberwitziger Kampf der „6 gegen 60 Millionen“.

Besonders lange hielt die Bewunderung für die Mörder mit dem MPi-Emblem in zwei politischen Lagern an, deren heute prominenteste Exponenten dem Kabinett Schröder angehören:

- Die so genannten K-Gruppen, denen Jürgen Trittin entstammt, waren ein Konglomerat untereinander zerstrittener, latent gewaltbereiter kommunistischer Sekten, deren Binnenleben weit gehend von Dogmatismus und Psychoterror geprägt war – eine maoistische Spielart religiöser Jugendsekten.
- „Sponti“-Cliquen wie der „Revolutionäre Kampf“, Heimat von Joschka Fischer und Vorläufer der späteren „Autonomen“, trainierten in einer Art Wehrsportgruppe verkrachte Studenten und entsprungene Heimzöglinge für Straßenschlachten mit der Polizei – und dienten dem terroristischen Untergrund als Rekrutierungsfeld.

Beide Zweige, Spontis wie K-Gruppen, wurzelten in den Trümmern der alten Apo.

Die Masse der Friedfertigen skandierte „Kei-ne Stei-ne“ und „Molotow ist doof“

Der SDS war bereits Ende ’68 zerbrochen an dem „Dilemma, dass die antiautoritäre Revolte die eigene Organisation zerstört“, wie Redner Bernd Rabehl auf einer der letzten Delegiertenkonferenzen ins Mikro sprach. Durch den Saal flatterten Flugblätter mit der blassblauen Aufschrift „Ffffruustrationnnnnn ... Es ist fuern Arsch.“

An den Hochschulen fiel die Revolte in sich zusammen, nachdem im November 1968 Demonstranten bei einer Steinschlacht am Tegeler Weg in Berlin 130 Polizisten verletzt hatten; Anlass war ein Ehrengerichtsverfahren, das dem Anwalt Horst Mahler wegen seiner Demonstrations- und Prozessauftritte drohte. Die Friedfertigen skandierten fortan „Kei-ne Stei-ne!“ oder „Molotow ist doof“ und wandten sich ab.

Zurück an der Front blieben Militanzprediger wie Daniel Cohn-Bendit („Wir brauchen eine Offensive der Gewalt“) und der spätere RAF-Täter Mahler. Der Jurist hatte 1968 an die Apo appelliert, im revolutionären Kampf auch Tote einzukalkulieren, so wie jeder Autofahrer damit rechnen müsse, „dass ein Reifen platzt“. Heute – the times they are a-changin’ – ist Mahler einer der Chefideologen der NPD. Jüngst hat die Strafverteidigervereinigung ihn daher ausgeschlossen.

„Schmeißt auf Bürokraten Eierhandgranaten“, „Macht kaputt, was euch kaputt

BUBACK, PONTO, SCHLEYER, DER NÄCHSTE IST EIN BAYER

LIEBER AKTIV ALS RADIOAKTIV

SCHLUSS MIT DEM WAAHNSINN

PROTEST

TERROR

POLITIK

1977

RAF-Terroristen ermorden den Generalbundesanwalt Siegfried Buback, den Bankier Jürgen Ponto und – nach 43-tägiger Geiselhaft– den Arbeitgeberchef Hanns Martin Schleyer. Nach Befreiung der entführten Lufthansa-Maschine „Landshut“ durch die GSG 9 im somalischen Mogadischu begehen Baader, Ensslin und Raspe Selbstmord in ihren Stammheimer Zellen.

Der „Putzgruppen“-Kämpfer und Opec-Terrorist Hans-Joachim Klein schickt seine Pistole an den SPIEGEL und geht in den Untergrund, wo er von Cohn-Bendit und anderen Frankfurter Genossen jahrelang heimlich unterstützt wird.

1978

Joschka Fischer beklagt die „Perspektivlosigkeit“ und das „Nicht-wissen-was-tun“, von dem die linke Bewegung seit dem „Deutschen Herbst“ 1977 befallen ist.

In Berlin stellen Öko-Aktivisten und Maoisten aus den zerfallenden K-Gruppen erstmals eine Alternative Liste auf.

H. GEWERT

Ermordete Schleyer-Fahrer und -Begleiter

1979

Der Atomunfall im amerikanischen Harrisburg und ein Dioxin-Skandal in den Hamburger Boehringer-Werken verschaffen der deutschen Öko-Bewegung Zulauf.

Unter dem Druck zunehmender Proteste verzichtet die niedersächsische CDU-Regierung vorerst auf den Bau der atomaren WAA (Wiederaufarbeitungsanlage) Gorleben.

In Deutschland wird Auschwitz durch die amerikanische TV-Serie „Holocaust“ zum nationalen Thema.

Die Sowjetunion marschiert in Afghanistan ein.

ALTERNATIVE: DIE GRÜNEN

macht“ – in diesem Meinungsklima formierten sich in den späten Sechzigern vor allem in den Großstädten geheim („klandestin“) operierende Grüppchen, für die Gewalt gegen Menschen nicht tabu war, ganz im Gegenteil.

„USA, SA, SS“, „Schafft zwei, drei, viele Vietnam“, „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“ – nach der kruden Logik solcher Parolen war jeder Steinwurf auf einen Wachtmeister zugleich ein antifaschistischer Widerstandsakt, jeder brennende Streifenwagen zugleich ein Sieg im Volkskrieg, jeder Brandsatz in einem US-Konsulat zugleich ein Denkzettel für die bürgerlichen Täter-Väter – Venceremos!

Da half nicht mehr, dass sich geistige Väter der Revolte wie der Soziologe Jürgen Habermas vom „Linksfaschismus“ der Brandflaschenfraktion absetzten. Andere Geistesgrößen sprangen den Stadtkriegern bei – bis schließlich sogar Jean-Paul Sartre 1974 den RAF-Häftlingen in Stammheim eine Visite abstattete.

Zunächst fast unmerkbar hatte die Gewaltspirale auch in Frankfurt zu rotieren begonnen. Anfangs versuchten die dortigen Spontis vergebens, die Arbeiterschaft in Großbetrieben wie Opel zu agitieren. Dann „befreiten“ sie Jugendliche aus geschlossenen Erziehungsheimen wie im hessischen Staffelberg.

Die Schwererziehbaren ergriffen begeistert Besitz von den Stuck-Altbauten, die Linke im „Häuserkampf“ gegen die Kahlschlagpläne der rechten Frankfurter SPD besetzt hatten, erfreuten sich der Zuwendung tabuloser Jungakademikerinnen und ließen sich von den obercoolen Schlauköpfen aus dem „Häuserrat“ erklären, wie man Bambule macht, „damit der Staat endlich seine blutigen Krallen zeigt“.

Fischer selbst reimte im Kampf gegen die Bauspekulation und die Abrisspläne der Frankfurter Beton-SPD: „Jeder Stein, der abgerissen, wird von uns zurückgeschmissen.“ Wer widersprach, wurde ausgepfiffen und niedergemacht – wie der Jungsozialist Karsten Voigt (heute SPD-Außenpolitiker), der an einer der ersten Hausbesetzungen teilgenommen und polizeiliche „Überreaktionen“ kritisiert hatte, jedoch Fischers „Spielerei mit Gewaltaktionen“ strikt ablehnte. Die Militarisierung der Sanierungsgegner, warnte Voigt, „provoziert nur die Reaktion“. Fischer putzte den Juso daraufhin vor versammelter Mannschaft runter:

Ich spreche hier für die Genossen, die in den letzten Tagen gewöhnlich als Politrocker bezeichnet wurden. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder wir entscheiden uns für einen Reformismus, der letztendlich die Praxis des Kapitals darstellt, oder für das, was als Aktionen von Politrockern diffamiert wird.

Maoisten aus den eher akademisch geprägten K-Gruppen (das K stand für kommunistisch) umwarben unterdessen mit Propagandatexten für Massenmörder wie Stalin all jene, denen die von Ost-Berlin gelenkten und bezahlten poststalinistischen „DKPisser“ zu angepasst waren und die über friedliche „Latschdemos“ und linke „Liberallalas“ höhnten. Die verbiesterte Entschlossenheit, sich von niemandem irgendwo auf der Welt jemals links überholen zu lassen, führte bei den Partei-Chinesen zu immer neuen Zellteilungen und zu immer skurrileren Forderungen.

„Verlangten etwa die Gewerkschaften für eine werdende Mutter die Freistellung drei Monate vor der Niederkunft, dann forderte der KB vier Monate und der KBW sechs Monate – und die völlig lebensfremde KPD-ML neun Monate vor der Geburt“, erinnert sich der Zeitzeuge Michael Schwelien in seiner brillanten Joschka-Fischer-Biografie*.

Das absurde Ende des Marsches von Linksaußen nach Linksdraußen markierte

FOTOS: AKG

Hüttendorf (in Gorleben), Autonomer (in Brokdorf): *Hohn und Spott für „Latschdemos“ und „Liberallalas“*

* Michael Schwelien: „Joschka Fischer. Eine Karriere“. Hoffmann und Campe, Hamburg; 316 Seiten; 39,90 Mark.

ERST STIRBT DER SEEHUND, DANN DER MENSCH

1980

Die Grünen formieren sich auf Bundesebene als „Anti-Parteien-Partei“ (Petra Kelly). Greenpeace Deutschland wird gegründet.

Kelly mit blumenverziertem Stahlhelm

BILDERBERG

Ronald Reagan wird US-Präsident.

GEWALTLOS SIND WIR DEN WALD LOS

1981

Militanz beherrscht in Deutschland die Protestfront: Die Polizei rückt aus zu Großeinsätzen bei Anti-Atom-Demonstrationen in Brokdorf und bei Protesten gegen Abholzungen zu Gunsten der Frankfurter Startbahn West.

Der hessische Wirtschaftsminister Heinz-Herbert Karry wird ermordet; die Tatwaffe soll zuvor im Besitz des Opec-Täters Klein gewesen sein.

Der Sozialist François Mitterrand wird in Frankreich zum Staatspräsidenten gewählt.

FRIEDEN SCHAFFEN OHNE WAFFEN

1982

Die neue Friedensbewegung formiert sich gegen Nato-Pläne, in Europa als Antwort auf Moskaus SS-20-Raketen US-Atomwaffen zu stationieren.

Hunderttausende demonstrieren bei einer Großkundgebung in Bonn und leisten bei Menschenketten und Sitzblockaden vor US-Depots gewaltfreien Widerstand.

Wende in Bonn: Nach 13 Jahren sozial-liberaler Koalition macht die FDP Helmut Kohl zum Bundeskanzler.

Gemeinsam mit Ex-Genossen aus der Straßenkampfszene und den K-Gruppen ist Joschka Fischer Mitglied bei den Grünen geworden. Als „Realo“ bekämpft er die koalitionsunwilligen Öko-Fundamentalisten um Jutta Ditfurth und bereitet ein rot-grünes Bündnis in Hessen vor.

DER SPIEGEL

„Salz in der grünen Suppe“

Wieweit die Altkommunisten die Ökopartei infiltrierten, dominierten und finanzierten

Sie hatten gelärmt wie zu alten Kampfzeiten, hatten die grüne Fraktionsburg gegen die „Treibjagd“ fest geschlossen. Da verlangte die Staatssekretärin im Entwicklungsministerium, Uschi Eid, es müsse Schluss mit der „Geschichtsklitterung“ sein. Die „Irrtümer der damaligen Zeit“ müssten „klar benannt“ werden.

Noch sind nicht alle Grüne mit linksradikaler Vergangenheit zu einer ähnlich konsequenten Aufarbeitung bereit wie Eid, die in den siebziger Jahren in der Kommunistischen Hochschulgruppe gegen den Staat agitierte. „Zu viele, die heute hohe öffentliche Ämter bekleiden“, sagt Ralf Fücks, inzwischen Chef der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung und damals beim Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) aktiv, „verstecken sich hinter der Glorifizierung von 1968 quasi als Erweckungsbewegung“. Es sei eine Frage der Glaubwürdigkeit, „unabhängig von der aktuellen Politik die Biografien offen zu legen“ – schließlich hätten ja die Grünen „immer auf persönlicher Verantwortung insistiert und öffentliche Rechenschaft verlangt“.

Die letzte umfassende Analyse lieferte – illegal – der Verfassungsschutz schon 1985 dem CDU-Innenstaatssekretär Karl-Dieter Spranger. Aus dem extremistischen Umfeld kamen danach

- ein Zehntel der 94 Mitglieder der Landesvorstände;
- knapp ein Achtel aller 35 Landtagsabgeordneten;
- ein Drittel der 27 Bundestagsabgeordneten;
- die Hälfte der elf Bundesvorständler;
- über die Hälfte der sieben Europaparlamentarier.

Etliche der Namen haben auch heute noch politisches Gewicht: Joschka Fischer, die Ausländerbeauftragte Marieluise Beck, die Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer, der Hamburger Umweltsenator Alexander Porschke und der hessische Landesvorsitzende Hubert Kleinert.

Manche Gründungsveranstaltung der Grünen war dem heutigen Innenminister Otto Schily „wie ein DKP-Parteitag“ vorgekommen. In Frankfurt war beim Marsch durch die Partei eine ungewöhnliche Arbeitsteilung zu beobachten: Die Spontis machten als Politiker Karriere, die KBWler eher auf der Amtsleiterebene. Ein grüner Insider: „Die konnten schon immer gut organisieren, das sind die Besten hier in der Stadtverwaltung.“

Viele der damals Genannten haben ihre politischen Ämter verloren oder die Partei verlassen – wie Schily zur SPD und der heutige Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, Jürgen Reents, zur PDS. In den Zirkel mit linksradikaler Vergangenheit aufgerückt sind Jürgen Trittin oder die Hamburger Senatoren Krista Sager (Wissenschaft) und Wilfried Maier (Stadtentwicklung) oder die Berliner Landeschefin Regina Michalik. Für fast alle gilt, was Maier für seine KBW-Zeit reklamiert: „Ich war nicht auf der Straße militant, aber in der Theorie schon.“

An Maier zeigt sich auch exemplarisch, dass ehemalige Mitglieder von K-Gruppen die Grünen nicht unbedingt nach links drückten. Wer aus dem KBW gekommen sei, sagt einer der Ökoprotagonisten, der baden-württembergische Abgeordnete Winfried Kretschmann, habe bald mit seiner linksradikalen Vergangenheit gebrochen: „Die haben wirklich das Scheitern ihres Modells akzeptiert, das war das Entscheidende.“

Auch Uschi Eid hat beobachtet, dass die früheren Verbal-Radikalen von KBW und KB „fast alle sehr schnell bei den Realos gelandet sind“.

Wie Maier eben, der 1973 nach einem Tritt gegen das Schienbein eines Polizisten freigesprochen wurde, „weil der Richter den Tritt als Reflexhandlung ansah“. 1980 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Grünen, er zählte, als in der Hamburger GAL noch die Fundis den Ton angaben, zu jenen, die „die Reformen der Gesellschaft innerhalb ihres gegenwärtigen Rechts- und Institutionensystems anstrebten“.

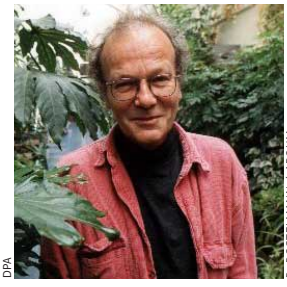
Inzwischen können die meisten grünen Politiker die Gnade der späten Geburt reklamieren. Alle aber profitieren von einer Langzeitwirkung der kurzen Kommunismus-Episode: Die früheren Klassenkämpfer erzielen immer noch eine Superrendite auf das alte Kapital.

Die Zentrale des KBW in der Mainzer Landstraße 147 in Frankfurt am Main, in den Siebzigern eine Festung mit kugelsicherem Glas und massiven Stahltüren, erwies sich als ein Filetstück der Bankenstadt. Die Commerzbank verlor als Erste die natürliche Scheu und bot rund zehn Millionen Mark für das Grundstück. Dem KBW lag aber mehr am nachhaltigen Wirtschaften als am schnellen Geld. So baute das Kreditinstitut im Tausch das so genannte Ökohaus. Geschätzter Wert: mindestens 30 Millionen Mark.

Eine zentrale Rolle bei diesem Deal spielte ein Mann, der seit 1999 eine wichtige Funktion im Planungsstab von Außenminister Joschka Fischer ausübt: der Europaexperte Joscha Schmierer, 58.

Ende der siebziger Jahre hatte Schmierer noch verkündet, dass „Lohndrückerei“ und „kapitalistische Rationalisierung“ die „Arbeiterklasse verschärft ausbeuten“. Gleichzeitig half er mit beim Auffüllen der KBW-Kriegskasse.

DPA


B. BOSTELMANN / ARGUM

A. VOELKEL / MELDEPRESS

T. KLINK / ZEITENSPIEGEL

Grüne mit linksradikaler Vergangenheit Eid, Schmierer, Fücks, Kleinert, Vollmer, Maier, Reents: *„Ich war nicht auf der Straße militant,*

Die meisten Mitglieder, darunter viele Juristen, Lehrer und Soziologen, erwiesen sich, anders als die biederen Parteigänger von SPD, CDU oder FDP, als extrem beitragsehrlich, zahlten monatlich bis zu 100 Mark. Fanatische Anhänger brachten ganze Vermögen und Erbschaften ein. Bald verfügte die Truppe über Millionen.

Bei der Auflösung des KBW 1983 gingen Immobilien und Druckereianlagen auf die Frankfurter Kühl Verwaltung GmbH & Co Verlags-Kommanditgesellschaft über, zu der außerdem die hundertprozentige Tochter Caro-Druck (Jahresumsatz: sieben Millionen Mark) gehört. Eigentümer der beiden Druckereibetriebe sind zum einen die rund 50 Mitarbeiter und der Frankfurter Verein Assoziation, dessen Hauptsatzungszweck die „Erforschung freier Lebens- und Arbeitsformen" ist. Unter den Vereinsgründern sind viele ehemalige KBWler wie Fücks.

Hauptnutznießer ist die Zeitschrift „Kommune", die jahrelang als Theorieorgan der Grünen galt. Führender Kopf bei „Kommune" war bis zu seinem Wechsel ins Fischer-Ministerium Joscha Schmierer, für den die Altkommunisten seit Urzeiten das „Salz in der grünen Suppe" sind.

R. JANKE / ARGUS (re.); ACTION PRESS (li.)

N. MICHALKE

aber in der Theorie schon"

Wie eng die Verzahnung ist, zeigt auch ein Blick ins Internet. Dort werden als „Kommune-Service" massenweise „Dokumente zur Strategiedebatte" bei den Grünen angeboten. Einer der Hauptautoren: Joscha Schmierer.

Die Erforschung neuer Lebensformen, etwa die gewinnbringende Symbiose von Kapital und Klassenkämpfer, findet dagegen eher im Kleinen statt. Der hessische Ex-Sponti Frank Schwalba-Hoth, der 1983 bei einem Empfang im Landtag noch einen US-General mit einem viertel Liter Blut bespritzte, leitet inzwischen in Brüssel das erfolgreiche Beratungs- und Lobby-Unternehmen Conseillé and Partners. Partnerin ist Silvana Koch-Mehrin, Vorstandsmitglied und mögliche neue Generalsekretärin jener FDP, die derzeit am heftigsten auf die Grünen einschlägt.

Petra Bornhöft, Norbert F. Pötzl, Gerd Rosenkranz, Wilfried Voigt

1978 eine Kambodscha-Reise, bei der Hans-Gerhart („Joscha") Schmierer, seines Zeichens Sekretär des Zentralkomitees im Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW), den blutrünstigen Steinzeitkommunisten Pol Pot besuchte und bejubelte. „Der kurze Flirt mit den Roten Khmer", erinnert sich der ehemalige Schmierer-Mitstreiter Gerd Koenen, sei für den KBW „so etwas wie der Todeskuss" gewesen, „den wir vielleicht unbewusst herbeigesehnt hatten". (Joscha Schmierer sitzt heute im Planungsstab von Joschka Fischers Auswärtigem Amt.)

Gemeinsam war Spontis und K-Grüpplern die, gelinde gesagt, zwiespältige Haltung zur Gewalt. Viele der Maoisten, die auf Bauplätzen von Atomanlagen mit Steinen und Stahlkugeln die militärische Auseinandersetzung mit Polizei und Bundesgrenzschutz suchten, hielten die Mordstrategie der RAF höchstens für „untauglich, aber eben nur für untauglich, nicht für unerlaubt", wie einer von ihnen 1977 im SPIEGEL bekannte.

Der Kommunistische Bund (KB) in Göttingen, in dem Trittin als Ideologe aktiv war, begründete in seiner „Roten Tribüne" unter Hinweis auf Marx das parteiamtliche Nein zur RAF und das grundsätzliche Ja zur Gewalt mit den Worten:

Die Marxisten betonten stets, dass sie Anhänger der Gewalt seien und in ihr einen revolutionären Faktor sähen … Die Marxisten sprachen sich für den Massenterror aus, aber sie sagten: Die Ermordung dieses oder jenes Ministers ändert an der Sache nichts.

Die Frankfurter um den „Spontifex maximus" Cohn-Bendit und dessen Bewunderer Fischer sahen in den RAF-Killern einerseits Konkurrenten, die immer mal wieder einen der Ihren abzuwerben versuchten, andererseits aber auch „Genossen", die Anspruch auf Solidarität und Unterstützung hatten.

Wer in Joschkas „Putzgruppe" war, musste abends nicht allein nach Hause gehen

Über die Haltung des Sponti-Duos Cohn-Bendit/Fischer zur Gewalt urteilt der Soziologieprofessor Oskar Negt, einst Kopf des „Sozialistischen Büros" in Offenbach, mit bitterböser Ironie: „Sie selbst haben wahrscheinlich nie erkennbar Steine geworfen, es aber doch bewundert, wenn andere den Mut aufbrachten, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen und (bedauerlicherweise, selbstverständlich) manchmal auch trafen."

Reden, die Fischer 1976 gehalten hat, erinnern an die Schwierigkeiten des kühlen K-Grüpplers Trittin, sich frühzeitig und eindeutig vom kaltschnäuzigen Ton des „Mescalero"-Artikels zum „Abschuss" von Buback zu distanzieren – einem pietätlos formulierten Text, der jedoch mit einem Aufruf zur *Abkehr* von der RAF-Gewalt endete. Fischer schwankte unterdessen lange Zeit, so Negt, zwischen „vorsichtiger Distanzierung" und „Nicht-Distanzierung" von der Militanz.

E. SULZER-KLEINEMEIER / DER SPIEGEL / XXP

Juso-Chef Schröder: *Sprungbrett zur Karriere*

Nach dem Selbstmord Ulrike Meinhofs im Mai 1976 – der die Ermittler die Mitverantwortung für 5 Morde und über 50 Mordversuche anlasteten – erklärte Fischer öffentlich, die RAF-Gründerin sei „von der Reaktion in den Tod getrieben, im wahrsten Sinne des Wortes vernichtet" worden.

Vermummte Unbekannte setzten am Tag nach dem Meinhof-Tod bei einer Demonstration Molotow-Cocktails ein. Der Polizist Jürgen Weber, 23, wurde dabei so schwer verletzt, dass er einen Kollegen anflehte, er möge ihn erschießen; Weber schwebte tagelang in Lebensgefahr. Noch heute hält der Beamte den Sponti-Ideologen Fischer, die laut Eigeneinschätzung „zentrale" Figur der gewaltlüsternen Szene, für „moralisch" verantwortlich.

Zu jener Zeit schwante dem Ober-Sponti offenbar, dass die Strategie der Stadtguerrilla letztlich zur Selbstzerstörung führen werde. Im Juni 1976 erkannte er immerhin:

Je isolierter wir politisch wurden, desto militärischer wurde unser Widerstand, desto leichter wurden wir isolierbar, desto einfacher war es für die Bullen, uns von „Politrockern" zu „Terroristen" umzustempeln.

Dennoch war Fischer auch in dieser Rede noch immer nicht bereit, einen kla-

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

K. WEINER

Kaufhausbrandstifter (vor Gericht)*: *„Gewalt gegen Sachen“*

AP

RAF-Attentat*: *„Schluss mit diesem Todestrip“*

ren Trennstrich zu ziehen – sei es aus taktischen Erwägungen, sei es aus Feigheit vor den Freunden aus dem Gewaltmilieu. Er forderte die RAF zwar auf, „Schluss zu machen mit diesem Todestrip“, fand anschließend aber Formulierungen, die nach dem Urteil des Kongressveranstalters Negt „alles in der Schwebe“ hielten:

Wir können uns aber auch nicht einfach von den Genossen der Stadtguerrilla distanzieren, weil wir uns dann von uns selbst distanzieren müssten, weil wir unter demselben Widerspruch leiden, zwischen Hoffnungslosigkeit und blindem Aktionismus hin- und herschwenken.

Warum es Fischer („Ich war nie ein Pazifist“) so schwer fiel, von der Gewalt loszukommen, hat er selbst später wiederholt zu erklären versucht – mal zerknirscht, mal kokett. „Glück“ und „Stolz (jawohl, Stolz)“ hätten ihn erfüllt, wenn er es mal wieder den „Schweinen … erfolgreich gezeigt“ hatte.

In einem „Playboy“-Interview führte er die „Faszination der Gewalt“ auf „diese Männlichkeitsrituale, Mutrituale“ zurück: „Die Atmosphäre war schon toll, wenn man wusste, dass es gleich losgeht.“

Sogar noch im finstersten „Deutschen Herbst“ 1977, nach den Serienmorden an Buback, Ponto und Schleyer, war Fischer mit sich uneins: „Bei den drei hohen Herren mag mir keine rechte Trauer aufkommen, das sage ich ganz offen für mich.“ Dennoch schwand nun allmählich seine Zuneigung zu politischer Gewalt – zumal sich die Frauen in seinem Umfeld kritischer denn je über die Militanten äußerten, denen es mittlerweile gelungen war, die gesamte deutsche Linke zu diskreditieren.

Anfang der Siebziger hatten die Genossinnen über Gewalt noch ganz anders gedacht. Wenn es damals in der Szenekneipe über jemanden hieß: „Ei, der is doch in der Putzgrupp“, dann war er, wie Fischer-Biograf Schwelien schreibt, „für den Abend der Größte und musste bestimmt nicht allein nach Hause gehen“.

Nach der Mordserie aber war der Terrorismus auch bei den Groupies der Revolution plötzlich out. „Die Frauen in der Szene“, erinnert sich der Womanizer Fischer, hätten ihm vorgehalten: „Das ist Machismus, Gewaltkult“. Das habe ihn „nachhaltig beeindruckt“.

Für Fischer persönlich begann 1978 eine bleierne Zeit – für ihn waren „die revolutionären Träume ausgeträumt“, er lebte in einer Männer-WG, chauffierte als Taxifahrer Betrunkene durch Sachsenhausen und verkaufte in einem Antiquariat namens „Karl Marx“ Bücher, die irgendwelche Jemande per „Einklauen“ (Schwelien) beschafft hatten. Ende 1978 jammerte Fischer im Alternativblatt „Pflasterstrand“: „Die Perspektivlosigkeit, das Rumhängen, das Nicht-wissen-was-Tun wird immer unerträglicher.“

Die neue Umweltbewegung ließ ihn zunächst kalt – Unken über die Straße zu tragen war weniger „sexy“ als so genannte Bullen über die Straße zu jagen. „Seien wir doch mal ehrlich“, beschrieb Fischer seine „Politik in der ersten Person“, „wer von uns interessiert sich denn für die Wassernotstände im Vogelsberg, für Stadtautobahnen in Frankfurt, für Atomkraftwerke irgendwo, weil er sich persönlich betroffen fühlt?“

Das Desinteresse der Spontis an den grünen „Ökospießern“ – die sich im Januar 1980 in Karlsruhe ohne Fischer als Bundespartei konstituierten – änderte sich schlagartig, nachdem die Frankfurter Grünen bei der Rathauswahl ein Jahr später auf Anhieb 6,4 Prozent erobert hatten: Die frustrierten Häuptlinge der bankrotten Sponti-Bewegung begriffen, dass der Weg zur Macht durchs Grüne führte; überdies winkten Diäten und Staatsknete aus der so genannten Wahlkampfkostenerstattung.

Unken über die Straße zu tragen war weniger sexy als „Bullen“ zu jagen

Erst anderthalb Jahre nach der Parteigründung trat Fischer ein – dann aber mit Karacho, mitsamt seiner „Fischer-Gang“, wie seine Sponti-Truppe bald von den Altgrünen um die Radikal-Ökologin Jutta Ditfurth genannt wurde. In ihrem jüngsten Buch beschreibt Ditfurth die „feindliche Übernahme“ der Partei durch die Neulinge**: „Eine erfahrene Schlägertruppe mit alternativem Gehabe und ohne Skrupel traf auf eine ziemlich naive, basisdemokratische Partei mit offenen Strukturen.“

Über die Vorgehensweise der Fischer-Gang urteilte die Szene-Kennerin und frühere Cohn-Bendit-Freundin Barbara Köster: „Es entsteht etwas, sie müssen den Fuß reinkriegen, und dann müssen sie’s übernehmen, und dann ist es kaputt, weil es keinen Inhalt mehr hat.“

Es kam, wie es kommen musste: Mit Masseneintritten und Geschäftsordnungstricks stellte die machtfixierte Fischer-Gang rasch die Gründungsgrünen um Ditfurth kalt, die sich als „Fundis“ abgestempelt sahen, weil sie zunächst die Rolle der parlamentarischen Opposition ansteuern wollten. Fischers „Realo-Spontis“ hingegen peilten – während Willy Brandt eine „neue Mehrheit diesseits der Union“ ansteuerte – einen möglichst raschen Eintritt in die Wiesbadener Landesregierung an.

Mit Erfolg: Am 12. Dezember 1985 wurde Fischer Umweltminister im Kabinett des Sozialdemokraten Holger Börner, dem die FDP auf Grund ihrer Bonner Rechtswendung als möglicher Koalitionspartner abhanden gekommen war. Zum Amtseid trat Fischer in weißen Turnschuhen an, die er sich tags zuvor eigens für diesen Zweck gekauft hatte (und die heute im Ledermuseum in Offenbach ausgestellt sind).

* Oben: Thorwald Proll, Horst Söhnlein, Andreas Baader, Gudrun Ensslin 1968; unten: auf das US-Hauptquartier in Heidelberg 1972.

** Jutta Ditfurth: „Das waren die Grünen.“ Econ Taschenbuch Verlag; 390 Seiten; 16,90 Mark.

Zu verdanken hatte Fischer seine Blitzkarriere – ebenso wie viele andere Erfolge auf seinem langen Weg ins Vizekanzleramt – nicht zuletzt kampferprobten Bündnispartnern: Aus ähnlichen Motiven wie die ehemaligen Hausbesetzer aus der Sponti-Szene hatten um 1980 herum die militanten Bauplatzbesetzer aus den K-Gruppen die neue grüne Partei besetzt.

Zu den K-Kadern, denen Fischer in der Umweltpartei begegnete, zählen, neben seinem Kabinettskollegen Trittin, viele andere Ex-Maoisten, die es mit Hilfe der Grünen weit gebracht haben (siehe Seite 78) – bis hinauf zur Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer, 57, die früher der KPD/AO angehörte; statt „AO“ (Aufbauorganisation) sagte die Konkurrenz penetrant „A-Null“.

Zu Dutzenden sitzen einstige K-Grüppler für die Grünen noch immer in Landtagen und Kommunalparlamenten. Dort arbeiten sie Seite an Seite mit Abertausenden einstiger Apo-Mitstreiter, die sich in den Siebzigern auf der Direttissima den demokratischen Parteien zugewandt haben – ohne zuvor eine Irrfahrt durch die extre-me Schläger- und Sektiererszene zu absolvieren.

Radikaldemokratische Jungdemokraten etwa, beflügelt vom 68er-Geist und verschrien als „Rote Garde“, enterten die damals noch nationalliberale FDP, attackierten den rechten Parteichef und Ritterkreuzträger Erich Mende und unterstützten – „Nach Mendes Ende jetzt die radikale Wende“ – die ostpolitischen Reformvorstellungen seines Nachfolgers Walter Scheel.

Die Jungdemokraten halfen so, die FDP reif zu machen für den Eintritt in die sozialliberale Koalition von 1969. Zu den prominentesten zählten Gerhart Rudolf Baum (später Innenminister) und Günter Verheugen (heute, nach seinem Wechsel in die SPD, EU-Kommissar in Brüssel).

Die SPD erlebte unterdessen einen Rekordzuwachs an Mitgliedern – rund eine Viertelmillion allein zwischen 1968 und 1973. Von der 68er-Schwemme profitierten vor allem die Jungsozialisten (Jusos), die sich weniger als Jugend- denn als linke Richtungsorganisation verstanden und siegesbewusst von sich behaupteten: „Wir sind die SPD der achtziger Jahre.“

Mit bisweilen ruppigen Methoden drängten die Jusos, darunter viele Junglehrer und Jungsemester, in den rund 9000 SPD-Ortsvereinen die müde gewordenen Veteranen der Arbeiterbewegung an den Rand. Die Reformer, allesamt Linke rechts von der Gewalt, entwarfen eine „Doppelstrategie“ zur Kooperation von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition – vor allem mit den vielen tausend neuen Bürgerinitiativen, die, auch eine Folge des Apo-Aufbruchs, überall gegen Kahlschlagsanierungen und Straßenbahn-Tariferhöhungen, für Kindergärten und selbstverwaltete Jugendzentren mobil machten. Damalige Parteijunioren wie der heutige Finanzminister Hans Eichel, 59, oder Hannovers Dauer-Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, 57, zählten zu den Autoren einer rebellischen Denkschrift („Kommunalpolitik – für wen?“). Das ziemlich konkrete Utopie-Papier verlangte den Altgenossenklüngeln in den Rathäusern eine stadtpolitische Kehrtwendung und den Neumitgliedern das Bohren harter, alter Bretter in Kreistagen und Stadträten ab.

Die meisten Jusos verstanden sich zugleich als Teil der Apo. „Ich bin unter dem Wasserwerfer aufgewachsen“, erinnert sich die Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, 58, die 1974 Juso-Bundesvorsitzende wurde und sich den Beinamen „Rote Heidi“ erwarb. Ihr heutiger Kabinettschef Gerhard Schröder, damals junger Anwalt in Hannover, eroberte 1978 den Vorsitz der Jusos – Sprungbrett für eine Karriere ohnegleichen.

Ebenso machtbewusst wie taktisch versiert, hatte sich der heutige „Genosse der Bosse“ („Weltwoche“) damals mit Revoluzzervokabular den widerstreitenden Flügeln der SED-nahen „Stamokaps“ und der gemäßigten „Reformer“ als „antirevisionistischer“ Kompromisskandidat verkauft. „Er hat erkannt“, erinnert sich ein Weggefährte, der frühere niedersächsische Kultusminister und Professor Peter von Oertzen, „dass er bei den Jusos nur mit einer linksradikalen Position Macht gewinnen kann. Macht war für ihn immer ein zentraler Wert.“

Als Anwalt vertrat der Ober-Juso Atomrebellen vor Gericht – und hielt doch immer zugleich auch ein Stück weit Distanz zu den Radikalsten unter ihnen. „Schröder war leidenschaftlich gegen die Atompolitik, aber immer schon Pragmatiker“, differenziert Oertzen: „Utopien? Nicht im Sinne eines ideellen Konzepts.“

In Schröders Kabinett sitzt heute, als Glanzlicht, ein weiterer Anwalt, der lange im Feuer zwischen den Fronten stand: Innenminister Otto Schily, 68, verstand sich einst als „liberaler Kommunist“ – mit dem vorsichtig dialektischen Hinweis, dass es so

SVEN SIMON / DER SPIEGEL / XAP

RAF-Sympathisanten (1977)*: *Terroristen bombten den Fahndungsstaat herbei*

AP

NPS

RAF-Opfer Schleyer, RAF-Täterin Meinhof*: *„Pausenlos Achterbahn“*

* Oben: in Stuttgart, nach dem Selbstmord der Stammheimer RAF-Häftlinge; unten links: 1977 als RAF-Gefangener; unten rechts: 1975 in Haft.

Ein Planer für die Revolution

Jürgen Trittins kommunistische Karriere in Göttingen

Wie schwer es ist, beim Klassenkampf stets Gewaltfreiheit beizubehalten, weiß auch Jürgen Trittin. Kaum hatten seine Kampfgenossen vom Kommunistischen Bund und den Jusos ihre Eier und Stinkbomben im Hörsaal 011 der Göttinger Universität verbraucht und wegen Munitionsmangels Waffenstillstand gelobt, da stürmte der damalige Asta-Außenreferent und Sozialwissenschaftsstudent Trittin das Podium. Er riss das Mikrofon an sich und brüllte die Veranstalter vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) nieder.

Dass Trittin im Kampf um die Vormacht im Hörsaal seinem Kommilitonen Stephan Walther vom RCDS kurzerhand das Mikrofonkabel um den Hals wickelte, ging dabei fast unter. Doch Walther, heute Referent der CDU-Landtagsfraktion in Niedersachsen, erinnert sich an die Szene aus dem Jahr 1979 genau: „Der war kurz davor, mich zu erwürgen."

In der vergangenen Woche war Trittin wegen seiner revolutionären Vergangenheit unter Druck geraten. Aber dabei war es das auch schon, nach bisherigem Stand, mit Trittins Gewalttätigkeit: Anders als Kabinettskollege Joschka Fischer war der einst bekennende Kommunist Trittin „niemals militant", so sein ehemaliger Kommilitone Reimar Paul, 45, heute Journalist in Göttingen. Trittin habe „Häuser besetzt, aber nie selbst Türen aufgebrochen. Jürgen blieb im Hintergrund, bei der Planung".

Auch mit dem so genannten Mescalero-Artikel, der Trittin in der vergangenen Woche die herbe Debatte über seine Vergangenheit einbrachte, hatte Trittin „direkt nichts zu tun", sagt der einstige Asta-Vorsitzende Jürgen Ahrens, heute Anwalt in Göttingen. In dem „Nachruf" des Asta-Blättchens „Göttinger Nachrichten" war der Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback 1977 von einem anonymen Autor mit den Worten „Ich konnte und wollte (und will) eine klammheimliche Freude nicht verhehlen" kommentiert worden.

Durch das zynische Bekenntnis spielte die eigentliche Botschaft des Texters – eine Absage an den bewaffneten Kampf – praktisch gar keine Rolle mehr. „Jürgen", so Ahrens, „sprach sich jedoch dafür aus, den Artikel zu verbreiten, gerade wegen der exzessiven Strafverfolgung gegen alle, die mit dem Beitrag zu tun hatten" – Dutzende Hochschulprofessoren hatten sich 1977 für die Verbreitung des „Nachrufs" ausgesprochen und waren daraufhin bundesweit mit Straf- und Disziplinarverfahren verfolgt worden.

„Auf eine vielleicht zu trotzköpfige Art" habe auch er damals den zynischen Nachruf verteidigt, gesteht Trittin heute, ihm sei es allein um die Meinungsfreiheit gegangen. Dies sei, so der Minister vergangene Woche, „ein schwerer Fehler" gewesen. Damit aber, glaubt der Grünen-Politiker, reicht es an Distanzierung von den Jugendsünden. Schröders Anweisung, er solle die Sache von damals „absolut abräumen", sah er in einer 14-zeiligen Erklärung und einigen leicht verstockten Antworten im Bundestag für erledigt an.

Trittins Karriere als Kurzzeit-Revolutionär der End-Siebziger erscheint aus heutiger Sicht fast klassisch: 1974 hatte er sein Studium der Sozialwissenschaften in Göttingen begonnen und trat schon bald dem Kommunistischen Bund bei. 1978 kandidierte er auf der „Liste demokratischer Kampf" erstmals für den Asta.

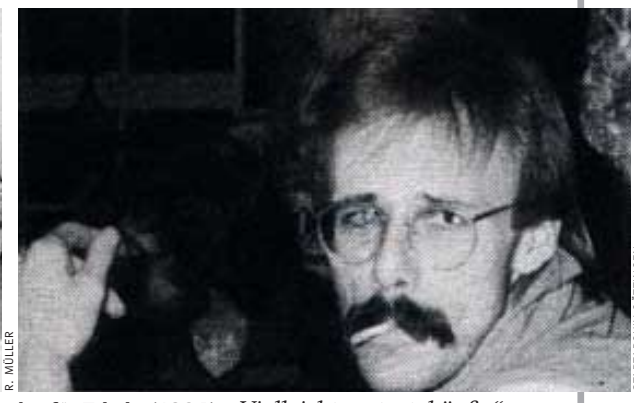
Dass es bei dieser Tätigkeit als Studentenvertreter offenbar nicht nur um die Hochschulpolitik und die Weltrevolution ging, behauptet der RCDS, der Trittin noch Anfang der neunziger Jahre „Veruntreuung" vorwarf: 1978 hatte der heutige Umweltminister bei der ihm auferlegten Verwaltung der Gebühren für die Schließfächer im Fachbereich Sozialwissenschaften (3 Mark pro Semester, 20 Mark Kaution) zweimal 2000 Mark abgezweigt und dem „Buchladen Rote Straße" als Kredit zukommen lassen. Der Buchladen, der das Geld 1993 mit Zinsen zurückzahlte, war seinerzeit offizielle Anlaufadresse des Kommunistischen Bundes in Göttingen.

1980 dann schwenkte Trittin zum demokratischen Zweig der Linken um, landete bei den – politisch aussichtsreicheren – Grünen und wurde dafür vom Kommunistischen Bund als „demokratischer Spalter" ausgeschlossen.

Seiner Sponti-Zeit blieb der Politiker aber selbst als niedersächsischer Fraktionsvorsitzender und Minister im Landeskabinett treu. Kaum eine Göttinger Antifa-Demonstration ließ Trittin sausen, wurde dabei oft beim „Schwarzen Block" der Göttinger Autonomen gesichtet. Strafermittlungen wegen Landfriedensbruchs und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz wurden jedoch 1990 eingestellt – der Politiker hatte, wie sich herausstellte, beschwichtigend auf die Chaoten eingeredet.

HANS-JÖRG VEHLEWALD

R. MÜLLER



STADTARCHIV GÖTTINGEN

Studenten-Pressekonferenz zum „Mescalero"-Nachruf*, Trittin (1984): *„Vielleicht zu trotzköpfig"*

* 1977 in Göttingen.

etwas ja eigentlich gar nicht gebe. Heute geriert sich Schily, ein unbeirrbarer Advokat des staatlichen Gewaltmonopols, der 1989 von den Grünen zur SPD wechselte, bisweilen eher als Neokonservativer. In den Siebzigern wurde der RAF-Verteidiger von der Rechtspresse als „Linksanwalt“ geschmäht. Die Terroristen lasteten ihm hingegen an, dass er sich im Gegensatz zu manch anderem Kollegen nicht als Waffen- und Kassiberschmuggler missbrauchen ließ.

Was die RAF von Schily hielt, geht aus Aussagen hervor, die der Terrorist Michael („Bommi“) Baumann 1973 Stasi-Vernehmern bei einem erzwungenen Zwischenstopp in Ost-Berlin zu Protokoll gab:

Otto Schily vertritt nur aus persönlichen Motiven RAF-Leute und ähnliche, Mahler, Ensslin und mich. Humanist, sehr vornehm, intelligent, auf Distanz bestehend.

Der Ex-Apo-Mann Schily sieht ebenso wie seine Kabinettskollegen mit K-Gruppen- oder Sponti-Vergangenheit bereits eine weitere große Debatte über die Berliner Republik hereinbrechen: den Streit darüber, ob die Jahre 1968 folgende für Deutschland eher ein Fluch oder ein Segen waren.

„Die Opposition versucht, einer ganzen politischen Generation den Prozess zu machen“, glaubt Rezzo Schlauch, 53 – Rache für all die Schmähungen und Demütigungen, die Christunionler erfuhren, als an Universitäten toleranzfreie Zonen entstanden, in denen die struppigen Pullovermänner die sauberen Schlips- und Scheitelträger vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten als Faschos hinstellten, verspotteten und mobbten.

Was hat ’68 bewirkt? Otto Schily glaubt, mit ihrem politischen Ansinnen seien die damaligen Revolutionäre „politisch total gescheitert“. Als „kulturelle Umwälzung“ dagegen hätten die Apo-Jahre „positive Folgen“ gehabt.

Weithin unumstritten ist: Die lockeren Zeiten („Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment“) haben dazu beigetragen, das ranzige Sexualstrafrecht mit seinen Kuppelei- und Homosexverboten zu liberalisieren und die Sexualmoral zu verändern. Die Institution Ehe hat dadurch kaum ernstlich Schaden genommen, im Gegenteil: Gerade die heute prominentesten Protestler von einst heiraten je öfter, je lieber – der Kanzler (vier Ehen) ebenso wie sein Vize (vier Ehen).

Billy-Regal statt Schrankwand, Jeans statt Anzug, du statt Sie – die Zahl derer, die solche 68er-Folgen für Errungenschaften halten, überwiegt. Das gilt womöglich auch für die damals eingeleitete neue Ostpolitik und viele kulturpolitische Reformen – von der Abschaffung des schulischen Frontalunterrichts bis zum Abschied von der Ordinarien-Universität.

DPA

Fischer, Trittin nach Farbbeutelwurf (1999): *Was sind die Langzeitwirkungen der Apo?*

Zwiespältig muten die Auswirkungen der schwarzen Siebziger an. Die Kriegserklärung der Roten Armee Fraktion an die Gesellschaft war zugleich die Geburtsstunde des Fahndungsstaates, der auf die paramilitärische Herausforderung durch die Ultras mit Polizeiaufrüstung und Sondergesetzen reagierte – die gerade liberalisierte Bundesrepublik war im Begriff, sich zu entliberalisieren.

Überwiegend positive Folgen hatten hingegen die Ökoproteste, die in den Siebzigern aufflammten und in den grünen Achtzigern weiter eskalierten: Wenngleich die Umweltbewegung Schaumkronen von Hysterie trug, wäre es ohne sie kaum gelungen, binnen kurzem das Waldsterben mit Abgas- und Katalysatorvorschriften zu bremsen, die Flussverschmutzung zu stoppen, das Energiesparen zu popularisieren und Deutschland zum Weltmeister in der Disziplin Umwelttechnologie zu machen.

Sind die Achtundsechziger für die Rechtschreibfehler der Schüler verantwortlich?

Dass die 68er-Generation stets „gewisse Wahrnehmungseinschränkungen“ hatte, wie Schily höflich formuliert, ist allerdings auch unverkennbar.

Manch ein Achtundsechziger war jahrzehntelang fest davon überzeugt, dass US-Raketen grundsätzlich friedensbedrohender seien als SU-Raketen, Atomkraftwerke im Westen gefährlicher als im Osten, der Krieg der Amerikaner in Vietnam empörenswerter als die Intervention der Russen in der Tschechoslowakei oder in Afghanistan. Fleiß, Pünktlichkeit, Sauberkeit galten vielen als tendenziell faschismusverdächtige „Sekundärtugenden“.

Wenngleich durch diesen Geist geprägte Lehrer und Juristen eine Zeit lang in die Schulkollegien und Gerichte geströmt sind, ist fraglich, ob für sämtliche Defizite im Erziehungssystem und im Gerichtswesen allein die 68er verantwortlich zu machen sind. Der CSU-Mann Peter Gauweiler hält sogar den Umstand, dass die Rechtschreibfähigkeit der Deutschen seit 1968 abgenommen hat („doppelt so viele Fehler“), für eine „Langzeitwirkung der Apo“.

Mittlerweile plädieren allerdings auch Linke für die Reform manch einer Reform, die sich dem Überschwang des 68er-Aufbruchs verdankt, vom Scheidungs- bis zum Jugendstrafrecht. Auf eine Justiz beispielsweise, die Straftäter nicht ungeschoren davonkommen lässt, setzt mittlerweile auch der geläuterte Steinewerfer Fischer.

Im Mai 1999, beim Kosovo-Sonderparteitag der Grünen, hatte ein Kriegsgegner aus der Autonomenszene dem Kriegsbefürworter Fischer einen blutroten Farbbeutel an den Kopf geschleudert. Der Bellizist erlitt einen Trommelfellriss.

Fischer erstattete Strafanzeige. In der Verhandlung, kurz vor Weihnachten, beantragte der Staatsanwalt sieben Monate Gefängnis auf Bewährung für den sonderbaren 37-jährigen Farbattentäter, der vor Gericht in Frauenkleidern erschien.

Der Richter zeigte sich gnädig und blieb hinter dem Strafantrag zurück: 3600 Mark Geldstrafe für den Beutelwerfer – wegen „schwerer Körperverletzung in einem minder schweren Fall“.

Minder schwer als was? ◆

M. WITT

Grünen-Politiker Cohn-Bendit: *„Ich glaube, wir sollten uns schämen für einiges, was einige getan haben“*

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Ein Segen für dieses Land“

Daniel Cohn-Bendit über die linksradikale Szene in Frankfurt, über das Verhältnis der 68er zur Gewalt und Joschka Fischers Selbstbehauptung als Außenminister

SPIEGEL: Herr Cohn-Bendit, steht Joschka Fischer wegen seiner Vergangenheit am Pranger oder sitzt eine ganze Generation auf der Anklagebank?

Cohn-Bendit: Die ganze 68er-Generation sitzt unter dem Scheinwerferlicht. Mich wundert, dass es so lange gedauert hat.

SPIEGEL: Warum ist die Debatte jetzt losgebrochen?

Cohn-Bendit: Da spielt der Zufall des Lebens eine Rolle, der zur Veröffentlichung von Fotografien führt, auf denen ein Mann mit Helm, der heute Außenminister ist, auf einen Polizisten einprügelt. Von der bewegten Vergangenheit Joschka Fischers wussten ja alle, aber durch das Foto wird die abstrakte Vergangenheit konkret, und auf diese Weise werden jede Menge Gedanken in Gang gesetzt. Und es ist ja tatsächlich so, dass Joschka Fischer die größtmögliche Entwicklung durchgemacht hat, die unsere Generation – ich würde sagen: weltweit – durchleben konnte.

SPIEGEL: Vom Straßenkämpfer zum Außenminister.

Cohn-Bendit: Das Wort „Straßenkämpfer“ ist zu niedlich.

SPIEGEL: Sagen Sie etwas Besseres.

Cohn-Bendit: Vom Staatshasser zum Staatsrepräsentanten. Das ist der Lebensbogen, der Phantasien weckt.

SPIEGEL: Ist der Bogen vor allem für Leute aus der alten Frankfurter Szene zu groß, die Fischer schon lange Verrat vorwerfen? Und gehen sie nicht eine Koalition mit den Rechtschaffenen ein, die Fischer heute vorwerfen, dass er früher links war?

Cohn-Bendit: Ich habe lange hin und her laviert in meinem Kopf, ob ich beleidigt sein soll, weil uns doch übel mitgespielt wird. Ich finde aber, ich muss mir meinen eigenen Satz vorhalten, der von Truman stammen soll: „If you can’t stand the heat, get out of the kitchen“ – wem es in der Küche zu heiß wird, soll rausgehen.

SPIEGEL: Wenden Sie doch diesen schönen Satz auf den Außenminister an.

Cohn-Bendit: Man kann nicht unsere Geschichte haben und glauben, dass es keine Auseinandersetzung darüber geben wird. Joschka ist eine Identifikationsfigur, eine Projektionsfläche, positiv wie negativ. Es gibt genug Leute, die die Brüche der Siebziger nicht überwinden konnten. Manche haben sogar Selbstmord begangen, andere leben heute am Rande des sozialen Elends oder führen ein Leben, in dem sie sich nicht wohl fühlen. Sie sehen dann Joschka Fischer, den selbstzufriedenen Außenminister – es macht ihm ja auch Spaß –, und da können sich schon Aggressionen freisetzen.

„Der selbstzufriedene Außenminister kann schon Aggressionen freisetzen“

SPIEGEL: Dass Fischer Selbstzufriedenheit, einen gewissen Hochmut und jedenfalls Eitelkeit ausstrahlt …

Cohn-Bendit: … im Reich der Eitlen sollten wir uns nicht über die Eitelkeit anderer auslassen …

SPIEGEL: … das ist auch eine Frage der Größenordnung.

Cohn-Bendit: Viele der Frankfurter Spontis aus jenen wilden Tagen sind stolz darauf, dass einer wie Joschka trotz aller Brüche und Irrungen vorführt, dass wir gestalten

können. Das ist eine positive Projektion.

SPIEGEL: Weniger freundlich ließe sich sagen: Fischer macht immer alles, was er macht, 150-prozentig – als Straßenkämpfer, als Jogger, als Außenminister. Er übertreibt immer. Aber wo ist der richtige Joschka Fischer?

Cohn-Bendit: Es wäre vermessen von mir, dem SPIEGEL den richtigen Joschka zu verkaufen. Sie dürfen nur nie seine Herkunft vergessen und auch nicht, dass er ein Autodidakt ist. Ich habe in den siebziger Jahren mit ihm zusammen in einer Wohngemeinschaft gelebt. Heute sieht es ja so aus, als hätte er sein Leben nur auf der Straße verbracht. Was mich jedoch an dem Mann fasziniert hat: Der hat stundenlang gelesen. Er hat Marx und Hegel und Lessing gelesen, er hat dick unterstrichen und riesige Zettelkästen mit Karteikarten gefüllt, auf denen Zitate standen. Fischer war für die Radikalsten schon ganz früh nicht koscher wegen seines Gehirnschmalzes.

Als wir den „Revolutionären Kampf“ gegründet haben, war der Joschka gar nicht dabei. Wir haben versucht, ihn für die Schulung zu gewinnen. Er sollte nicht den Straßenkampf übernehmen, sondern diejenigen in Marx schulen, die in die Betriebe gehen und dort Agitation betreiben sollten.

SPIEGEL: Sie messen dem Autodidaktischen Bedeutung bei – worin besteht die?

Cohn-Bendit: Der Autodidakt hat immer etwas Störendes, vor allem für Leute mit vollendeter Ausbildung an Schule und Universität, denn er verlässt sich ganz auf sich selbst und sagt immer: „Ich kriege es aus mir selber hin.“

Zugleich war der Fischer immer vorsichtig, und er ist eigentlich konfliktscheu. Er ist nicht der Typ, der nach vorne prescht und dann erst schaut, wer mitkommt. Er wartet lange ab, er war nie der Antreiber.

SPIEGEL: Diese Beschreibung deckt sich mit der Kritik von Jutta Ditfurth, die Fischer vorwirft, er habe immer gewartet, bis die Massen in Bewegung waren, um dann die Führung zu übernehmen und andere abzudrängen.

Cohn-Bendit: Ihr mit eurem Führerkult, genauso wie Jutta Ditfurth. Ihr Brass gegen Fischer ist ja altbekannt. Jeder nach seiner Fasson und seinem Pläsier. In Wirklichkeit ging es bei uns in der Auseinandersetzung mit der RAF und Stammheim letztendlich um den Staat in unseren Köpfen, um die Frage, ob unsere Aversion gegen diesen Staat Berechtigung hat. Das war ein Prozess, der zwar nicht in einer Versöhnung, aber in einem anderen Verständnis des demokratischen Staates endete.

Mai-Revolte in Paris (1968)*: *„Aversion gegen diesen Staat“*

SPIEGEL: Aber haben die Terroristen nicht konsequent umgesetzt, was andere forderten? Auf dem berühmten Vietnamkongress 1968 in Berlin hing eine Losung Ché Guevaras an der Frontseite, darauf stand: „Die Pflicht jedes Revolutionärs ist es, die Revolution zu machen.“ Damit haben sich ganz viele damals identifiziert.

Cohn-Bendit: Ich habe in zahllosen Stellungnahmen von der moralischen Verantwortung unserer Generation für den Terrorismus gesprochen, auch im SPIEGEL. Wenn man damals die Rede von Rudi Dutschke, der wirklich keiner Fliege wehtun konnte, eins zu eins übersetzt hat, dann folgte daraus, dass die Revolution hierher getragen werden muss. Rudi meinte aber Demonstrationen und Provokationen in den Metropolen.

Grüne Cohn-Bendit, Fischer (1987)
„Er war immer vorsichtig und ist konfliktscheu“

DPA

SPIEGEL: Über die Tragweite seiner Sätze hat er nicht genug nachgedacht.

Cohn-Bendit: Ja, aber bei aller Selbstkritik müssen wir auch die Erlebnisse bedenken, die diese Generation radikalisiert haben. Ich komme ja aus der französischen Revolte, und die Pariser Regierung hat 1968 erwogen, das Militär gegen uns einzusetzen. General Morillon hat mir vor einer Woche erzählt, dass er damals den Marschbefehl bekommen hat. Die Militarisierung in den Reden der Studenten muss immer mit der realen Welt in Beziehung gesetzt werden, in der auch militärisch gedacht wurde – nicht nur in Vietnam, sondern in den Auseinandersetzungen mit der Revolte. In Kent State in Ohio hat die amerikanische Nationalgarde blind in eine Studentendemonstration hineingefeuert und sechs Studenten erschossen, das war 1970. In Italien wurden, wie man heute weiß, faschistische Anschläge den Anarchisten in die Schuhe geschoben.

SPIEGEL: Sie meinen, dass die Militanz der Linken heute isoliert betrachtet wird, unter Vernachlässigung des Umfelds, in dem sich alles abgespielt hat.

Cohn-Bendit: Ja, aber mein Gedanke geht weiter. Ich frage mich seit Wochen, wie wir zugeben können, dass wir uns manchmal auch für Ereignisse und Taten schämen müssen. Ich glaube, wir sollten uns schämen für einiges, was wir geschrieben haben und was einige getan haben.

SPIEGEL: Was ist so schwer an so einem Eingeständnis?

Cohn-Bendit: Es ist so billig, es dauert nur zwei Minuten, dann sind wir alle gemeinsam in der Kirche gewesen, und Frau Merkel ist zufrieden. Wir können uns auch gemeinsam schämen, die CDU für ihr Fahndungsplakat und wir uns für die Vergangenheit. Doch das ist unergiebig.

SPIEGEL: Was wäre ergiebiger?

Cohn-Bendit: Es haben ja große Philosophen und Theoretiker damals vor allem in Frankreich permanent von der Faschisierung des Staates gesprochen. Das war der theoretische Knackpunkt und die eigentliche Fehlleistung. Nur: Das war ein kollektiver Irrweg. Für uns war Auschwitz eine Folie, die unsere Gedanken quälte. Das militante, martialische Auftreten der Polizei provozierte falsche Assoziationen. Und damit war jede Art von Widerstand per se legitimiert.

SPIEGEL: Ralf Dahrendorf wirft Fischer vor, dass Linksradikale wie er die Revolte der Studenten in die siebziger Jahre retten wollten – in eine Zeit, als Willy Brandt schon Kanzler war.

Cohn-Bendit: Brandts Kniefall in Warschau war schon bemerkenswert für uns damals, aber ansonsten war die-

* Verwüstete Straße im Quartier Latin nach einer Studentendemonstration.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

HR

Brennendes Polizeiauto in Frankfurt (1976): *„Es war ein Unfall, keine Absicht“*

ser Kanzler für uns eine Riesenenttäuschung. Mit ihm sind ja auch die Berufsverbote auf Grund des Radikalenerlasses verbunden. Heute erkläre ich mir das so, dass der Druck der Konservativen zu groß war, als dass die sozial-liberale Regierung mehr Demokratie hätte wagen können. Stattdessen kam es zur Wiederverfestigung des Freund-Feind-Schemas.

SPIEGEL: Wahrscheinlich war für die Linksradikalen wichtiger, dass der Vietnam-Krieg auf Kambodscha übergriff, dass Allende in Chile ermordet wurde. Das war die internationale Großwetterlage. Jetzt aber lassen Sie uns über das Frankfurt jener Tage reden.

Cohn-Bendit: Die Globalisierung haben wir vor der „FAZ“ entdeckt. Wir waren emotional und projektiv in die Großwetterlage eingebunden, und die hieß in der Praxis lächerlicherweise für die Kritiker von heute: Häuserkampf, Betriebskampf, Beziehungskampf und Kampf auf der Straße.

SPIEGEL: Und bei der RAF hieß die revolutionäre Aufgabe Umsturz durch Terror in den Städten und durch Mord an ausgewählten Personen.

Cohn-Bendit: Mir geht es wirklich nicht darum, dass wir durch die Großwetterlage entschuldigt oder legitimiert werden. Es kann niemand verstehen, warum so jemand wie ich noch 1974, trotz der Gegnerschaft zur RAF, sagen konnte, dass wir in einem Scheißstaat leben. Es hat lange gedauert, bis ich davon runter war. Wir hätten uns vieles ersparen können. Horst Herold, der das Bundeskriminalamt gegen die RAF aufgebaut hat, hat so ähnlich Selbstkritik geübt. Er sagt: Hätten wir anders gegen die RAF gehandelt, als Baader, Ensslin und Meinhof gefangen waren, hätten wir uns vieles ersparen können.

SPIEGEL: Es hat schreckliche Übertreibungen gegeben, aber es gab auch viele Leute, die sowohl gegen die RAF als auch gegen die Exzesse des Rechtsstaats waren, der sich als Polizeistaat aufführte.

Cohn-Bendit: Was uns angeht, so weiß ich heute, dass es keine Bewegung gibt, die clean ist. Bewegungen durchlaufen offenbar zwangsläufig einen ideologischen Dogmatisierungsprozess, weil sie auf diese Weise erst die Kraft aufbringen, gegen Widerstände anzugehen. Das lässt sich auch an der Ökobewegung oder der Frauenbewegung vorführen.

Ich habe einmal mit Jürgen Habermas über 1968 und die Folgen diskutiert. Ich habe ihm gesagt, unser größter Fehler sei der Mangel an demokratischer Sensibilität gewesen, und ich habe ihm im Nachhinein Recht gegeben für seinen Satz vom Linksfaschismus der Studenten.

SPIEGEL: War das Linksfaschismus, was sich damals abgespielt hat?

Cohn-Bendit: Es war antiautoritär, libertär, sozialromantisch, zärtlich und solidarisch, aber auch linksautoritär und linksstalinistisch. In der Erscheinungsform ähnelte es dann dem faschistoiden Gebaren.

SPIEGEL: Ist es Linksfaschismus, wenn Joschka Fischer mit vier Straßenkämpfern auf einen Polizisten einprügelt?

Cohn-Bendit: Nein, es ist Linksmachismus. Wir hatten so oft Prügel von der Polizei bezogen, dass sie beschlossen, nicht mehr wegzulaufen – sie wollten endlich einmal ihren Mann stehen. Unsere Selbstgerechtigkeit, unsere Unfähigkeit zu offenen Diskussionen, die uns Peter Boenisch zu recht vorhält, ist ein wahrer wunder Punkt.

SPIEGEL: Was werfen Sie sich am meisten vor?

Cohn-Bendit: Ich hätte schon viel früher zu dem Polizisten gehen sollen, der bei der Meinhof-Demonstration im Mai 1976 von einem Molotow-Cocktail schwer verletzt wurde.

SPIEGEL: Ein Kollege dieses Polizisten wirft Joschka Fischer vor, dass er keine Worte für den Verletzten gefunden hat.

Cohn-Bendit: Ich habe den Molotow-Cocktail nicht geworfen, und ich weiss auch nicht, wer geworfen hat. Es war ein Unfall, keine Absicht. Aber in der damaligen Atmosphäre konnte so ein Unfall passieren, und deswegen sind wir moralisch verantwortlich.

„Fischers Wichtigkeit von heute wird in der Erinnerung auf damals projiziert“

SPIEGEL: Die Gewalt gegen Sachen schlug in Gewalt gegen einen Polizisten um.

Cohn-Bendit: Ja.

SPIEGEL: Joschka Fischer hat vorletzte Woche vor Gericht ausgesagt, er erinnere sich nicht mehr, ob im Zusammenhang mit besetzten Häusern damals auch über den Einsatz von Molotow-Cocktails geredet worden sei.

Cohn-Bendit: Es gab keinen Plan, was auf der Demonstration eingesetzt werden sollte, weil es, anders als es heute in der Debatte scheint, nicht nur eine einzige große Gruppe in Frankfurt gab. Die Szene setzte sich vielmehr aus vielen Wohngemeinschaften und kleinen Zirkeln zusammen, in denen unterschiedliche Leute Unterschiedliches dachten. Es gab die K-Gruppen, es gab die „Roten Panther“, später gab es die „Revolutionären Zellen“.

SPIEGEL: So ähnlich argumentiert Joschka Fischer, und wenn man ihn heute hört, muss er damals auf geradezu bewundernswerte Art und Weise Maß gehalten haben.

Cohn-Bendit: Hat er auch. Er war nicht der Draufgänger. Wenn es eine Entscheidung zwischen Ja und Nein geben sollte, hat er lange gezögert. So ist es damals gewesen, und so ist es auch in der Bosnien-Debatte gewesen. Seine Rolle von damals war nicht so zentral, wie heute geglaubt wird. Die Wichtigkeit von heute wird in der Erinnerung vieler Leute auf damals projiziert. Dagegen kann man nichts machen.

SPIEGEL: Am Vorabend der Meinhof-Demonstration gab es angeblich eine Diskussion über den Einsatz der Molotow-Cocktails. Niemand hat Joschka Fischer vorgeworfen, dass er tags darauf Brandsätze geschleudert habe, niemand hat ihn für die schwere Verletzung des Polizisten verantwortlich gemacht. Aber es gibt verschiedene Aussagen, dass er in der Diskussion für den Einsatz von Molotow-Cocktails war.

Cohn-Bendit: Also, da muss man über die Zeugen reden, die jetzt Aussagen machen. Ich bin zwar gern Rechtsanwalt für diese geschichtliche Epoche, aber nicht der Oberüberblicker, der auf alles eine Antwort hat.

SPIEGEL: Waren Sie bei der Veranstaltung am Vorabend der Demonstration dabei?

Cohn-Bendit: Nein. Ich war bei einer Veranstaltung dabei, als der Tod von Ulrike Meinhof gerade durch die Nachrichten ging. Der Streit ging damals darum, ob sie Selbstmord begangen hatte oder ermordet worden war. Viele waren damals gespalten, auch Joschka war völlig zerrissen. Viele Leute waren

HR

Schwer verletzter Polizist Jürgen Weber (1976): *„Wir sind moralisch verantwortlich“*

damals emotional getroffen und konnten weder an Selbstmord noch an Mord glauben. Ich habe damals den Selbstmord als das Plausibelste öffentlich vertreten.

Bei der zweiten Diskussion am Abend ging es darum, ob wir das Demonstrationsrecht durchsetzen sollten oder nicht. Bei solchen Diskussionen ist nie geklärt worden, ob Mollis geworfen werden oder nicht. Das ist auch heute leicht nachzuvollziehen, denn immer dann, wenn irgendwelche Gruppen etwas Illegales planten, haben sie nicht öffentlich darüber diskutiert.

SPIEGEL: Von Ihnen stammt der Satz: Gegen den Faschismus gibt es keine Schranken der Aktion. Er ist gefallen im Herbst 1975 vor einer Demonstration vor dem spanischen Generalkonsulat, auf der dann ganze Batterien von Brandsätzen geflogen sind. Was haben Sie damals gemeint?

Cohn-Bendit: Ich war bei dieser Demonstration nicht dabei. In Spanien waren zuvor acht Linke vom Franco-Regime zum Tode verurteilt worden – mitten in Europa wurden später fünf von ihnen garottiert, unter Stillhaltung der Regierungen. In der damaligen Zeit waren Franco, Salazar in Portugal und die Obristen in Griechenland die schwache Flanke der Demokratie.

SPIEGEL: Und dagegen war jedes Mittel recht?

Cohn-Bendit: Nicht jedes. Das sollte heißen, wenn wir in die spanische Botschaft hineinkommen, dürfen wir sie verwüsten. Aber es ging nicht um Molotow-Cocktails.

SPIEGEL: Ein anderes Beispiel: Ihnen wird nachgesagt, Sie hätten damals die Meinung vertreten, bei Demonstrationen und militanten Aktionen müssten kleine Gruppen die Planung übernehmen, weil Spitzel des Verfassungsschutzes die Linksradikalen durchsetzt hätten.

Cohn-Bendit: Aber das war viel schlichter gemeint, als es sich heute für Sie anhören mag. Uns war es zweimal passiert, dass die Polizei schon da war, als wir Häuser besetzen wollten. Also haben wir beschlossen, die Organisation kleinen Gruppen zu überlassen. Mit Militanz hatte das überhaupt nichts zu tun.

SPIEGEL: Hat sich nicht auch innerhalb des „Revolutionären Kampfes“ eine klandestine Struktur herausgebildet?

Cohn-Bendit: Ja, soweit damit gemeint ist, es habe verschiedene Strömungen gegeben. Übrigens muss ich Ihnen sagen, dass ich ganz stolz war, im SPIEGEL zu lesen, wir seien 500 im „Revolutionären Kampf“ gewesen. In Wirklichkeit waren wir nie mehr als 40.

SPIEGEL: Was fällt Ihnen denn zu der Aussage von Elisabeth Heidenreich ein, die in „Panorama“ von einer Diskussion über Molotow-Cocktails bei Häuserbesetzungen erzählt hat, bei der Joschka Fischer erst von seiner Meinung abgebracht werden musste, Brandsätze seien richtig.

Cohn-Bendit: Ich habe mit Leuten von damals geredet, und sie haben andere Erinnerungen als Lisa Heidenreich. Sie hat mich nach der Sendung angerufen. Soweit ich es verstanden habe, hat sie auf ihre Weise versucht, Erinnerungen zusammenzufassen. Ich habe ihr entgegengehalten, dass wir damals so viele Diskussionen organisiert haben, und sie gefragt, ob sie da nicht etwas auf Joschka projiziere. Sie sagte, sie glaube es nicht, aber sie sei nicht hundertprozentig sicher.

DPA

Terroristin Schiller (1971)
„Sie sagte immer USA/SS“

SPIEGEL: Da es so viele Gruppen innerhalb der Szene gegeben hat, wie wir von Ihnen lernen, ist es ja gut möglich, dass die eine oder andere Gruppe den Einsatz von Brandsätzen für sich beschlossen hat.

Cohn-Bendit: Das ist zwar sehr pfiffig gefragt, aber Sie vernachlässigen dabei, dass die Stärke der Häuserbesetzer in der Bürgernähe lag. Die Bürger am Kettenhofweg waren ja sehr beeindruckt von diesen Häuserbesetzern. Doch Militanz hätte diese Bürgernähe und dieses Echo zerstört.

SPIEGEL: Sind denn bei Räumungen oder versuchten Räumungen besetzter Häuser Molotow-Cocktails geworfen worden?

Cohn-Bendit: Nein, kein Einziger im Zusammenhang mit dem Häuserkampf.

SPIEGEL: Bei der Meinhof-Demonstration sind aber Brandsätze geflogen. Daraufhin sind 14 Linksradikale verhaftet worden, und Sie haben damit gedroht, Frankfurt werde eine Demonstration erleben, wie es sie in dieser Stadt noch nicht gegeben habe.

Cohn-Bendit: Als 14 Leute wenige Tage nach der Demonstration verhaftet wurden, hieß es: Dani, du musst etwas machen, die Szene wird angegriffen. Ich habe mich mit Anwälten getroffen und dabei zum ersten Mal die Liste der Verhafteten gesehen. Einer davon war am Tag der Demonstration gar nicht in Frankfurt, sondern in Italien gewesen. Wir sind stutzig geworden und haben uns gefragt, wie diese 14 wohl zu Stande gekommen waren. Einer hat einen Namen genannt: Roger – das war einer aus der Szene, der tatsächlich der Polizei die Namen geliefert hatte.

„Unsere Unfähigkeit zu offenen Diskussionen ist ein wahrer wunder Punkt“

Weil ich Chuzpe habe, habe ich gesagt, der Polizeipräsident Knut Müller ist ein Lügner. Mein Widerspruchsgeist wurde angestachelt, als der Polizeipräsident im Hessischen Rundfunk Fahndungsfotos zeigen wollte, erst auf Ablehnung stieß, weil er keine Beweise in der Hand hielt, und dann der Sportmoderator Rauschenbach, dessen rechtsradikale Neigungen später bekannt waren, die Fotos dennoch im Fernsehen zeigte.

SPIEGEL: Wegen Ihres Vorwurfs, Müller sei ein Lügner, standen Sie vor Gericht …

Cohn-Bendit: … ich bin in dritter Instanz vom Dritten Senat in Frankfurt freigesprochen worden.

SPIEGEL: Sind Sie eigentlich auch einmal von der Polizei verprügelt worden?

Cohn-Bendit: Mehr als einmal.

SPIEGEL: Haben Sie zurückgeprügelt?

Cohn-Bendit: Nein, ich habe bestimmt abwehrende Bewegungen gemacht, aber nicht zurückgeschlagen.

SPIEGEL: Ihnen wird ja nachgesagt, dass Sie eine Fliege nicht totschlagen könnten, Sie würden Sie aber totlabern.

Cohn-Bendit: Ja, ja, freundlicherweise hat mich Joschka Fischer im SPIEGEL zum Frankfurter Friedenspapst ausgerufen.

SPIEGEL: Zu den 14 im Mai 1976 vorübergehend Festgenommenen gehörte der heutige Bundesaußenminister. Kann es sein, dass die Meinhof-Demonstration mit dem fast zu Tode gekommenen Polizisten und der Inhaftierung der 14 das Umdenken in der Szene beschleunigt hat?

Cohn-Bendit: Die Meinhof-Demonstration war ein einschneidendes Erlebnis. Man hat plötzlich gesehen, wie eine Dynamik entsteht, die zu fatalen Folgen führt. Das war der Beginn der radikalen Abgrenzung der ganzen Szene gegen die Terroristen, einer neuen Diskussion über den Staat und unsere Gegenwehr gegen ihn.

Joschka hat diese Verantwortung auch öffentlich ausgeübt. Es war damals, 1977, physisch gefährlich, bei einer Veranstaltung zu sagen, die Theorie vom Mord an Baader, Ensslin und Raspe sei ein Hirngespinst.

SPIEGEL: Wenn das alles so war, wie Sie uns erzählen, finden Sie dann, dass sich Joschka Fischer in seinen Angelegenheiten jetzt richtig verteidigt?

V. KESSLER / SIPA PRESS

Freunde Fischer, Cohn-Bendit: *„Nicht klug, aber menschlich“*

„Eine ehrliche Debatte über die 68er und ihre Verfehlungen ist nicht möglich“

Cohn-Bendit: Joschka ist heute Außenminister. Dass er in dieser Lage anders argumentieren sollte, lässt sich vom Europaabgeordneten Cohn-Bendit leicht sagen.

SPIEGEL: Also hat er sich Ihrer Meinung nach nicht angemessen verteidigt?

Cohn-Bendit: Er verteidigt sich so, wie er sich verteidigt.

SPIEGEL: Er gibt immer nur so viel zu, wie man ihm gerade nachweisen kann. Ist das klug?

Cohn-Bendit: Es ist nicht klug, aber menschlich. Der Verlauf der Diskussion zeigt doch, dass eine ehrliche Debatte über die Rolle der 68er-Generation und ihrer Verfehlungen nicht möglich ist. In dieser Situation versucht jemand, der in der Politik oben ist, ob er Koch, Kanther, Kohl oder Fischer heißt, die Debatte zu begrenzen, um sie überschauen zu können. Gerade weil die Journalisten so sind, wie sie sind, muss jeder Politiker den Rahmen abstecken, in dem er sich bewegen will.

SPIEGEL: Müssen wir daraus den Schluss ziehen, dass er sich als Außenminister nur taktisch verteidigen kann?

Cohn-Bendit: Nicht nur, aber zum Teil, weil in Deutschland die Vergangenheit nicht vergeht. Das ist zum Beispiel in Frankreich anders. Ich habe neulich im Europaparlament mit dem Abgeordneten Alain Madelin darüber geredet. Er war ein Rechtsradikaler, der mit Eisenstangen auf alles eingeschlagen hat, was links war, unter anderem auch auf mich. Er war später Industrieminister, und deshalb habe ich ihn gefragt, ob er denn mit seiner Vergangenheit nie ein Problem gehabt habe. Seine Antwort war: Irgendwann ist in Frankreich die Vergangenheit vergangen.

SPIEGEL: Zu den Fehlern, die man Fischer vorhalten kann, gehört, dass er etwa vor Gericht teils arrogant, teils gestanzt ausgesagt hat. Der Freimut und die Souveränität, die ihn früher ausgezeichnet haben, sind verflogen.

Cohn-Bendit: Ich glaube, dass niemand richtig nachvollziehen kann, was es bedeutet, mit Fischers Vita heute Außenminister zu sein. Interessant ist ja, dass er als Außenminister unter seinen Kollegen akzeptiert wird. Er ist ganz Außenminister, und das geht an ihm natürlich nicht spurlos vorbei. Er kann nicht der alte Joschka Fischer sein und gleichzeitig den Außenminister spielen. Das geht nicht. Und er hat sich für den Außenminister entschieden.

SPIEGEL: Erklärt sich so, dass er vor Gericht auf die Frage nach der ehemaligen Terroristin Margrit Schiller etwas mokant geantwortet hat und sich später erklären musste?

Cohn-Bendit: Er hätte sagen können, er erinnere sich nicht recht an die paar Tage, ob sie bei uns übernachtet hätte – übrigens in der Frauen-Wohnung, wie sich herausgestellt hat, nicht bei uns, wie sie behauptet. Ich konnte mich auch erst an Margrit Schiller erinnern, als mir jemand sagte: Das war doch die, die nie USA sagen konnte, sondern immer nur USA/SS. Da sehen Sie, dass man auch einem Außenminister die richtigen Fragen stellen muss.

Dazu kommt, dass Joschka Fischer ein absoluter Kommunikationsmuffel ist, vor allem morgens. Er hat bestimmt nicht mit jedem geredet, der damals in unseren WGs aufgetaucht ist. Wenn nun aber der Außenminister vor Gericht gesagt hätte, er erinnere sich nicht, hätten Sie ihm doch vorgehalten: Aha, er will etwas verschweigen. Fischer ist in der Zwickmühle.

SPIEGEL: Und das hindert ihn daran, sich überzeugend zur Wehr zu setzen?

Cohn-Bendit: Wenn ich mit Joschka rede, dann sagt er mir immer, er könne nicht so reden, wie ich es könne. Ich rate ihm, über seine Empfindungen zu reden …

SPIEGEL: … aber ein Außenminister darf keine Empfindungen haben.

Cohn-Bendit: Kann und darf nicht.

SPIEGEL: Vielleicht ist das ja auch der entscheidende Punkt in dieser Debatte: Dürfen Politiker mit so einer Vergangenheit wie Fischer heute Entscheidungen zum Beispiel über Krieg und Frieden fällen?

Cohn-Bendit: In der Frage ist eine falsche Unterstellung. Man muss auch sehen, wir haben eine Mauer durchbrochen – wir haben auch dazu beigetragen, eine autoritäre Gesellschaft zu zivilisieren. Welcher konservative Politiker würde es heute wagen, einen Nobelpreisträger wie Heinrich Böll als Pinscher zu bezeichnen?

SPIEGEL: Darf Fischer Außenminister sein?

Cohn-Bendit: Das ist ein Segen für dieses Land.

SPIEGEL: Weshalb?

Cohn-Bendit: Darin liegt eine historische Leistung, und die darf nicht zerstört werden in dieser Debatte. Das war eine gebrochene Gesellschaft, in der wir in den siebziger Jahren gelebt haben, ein gespaltenes Land. Die Erfolgsstory der Grünen besteht darin, den Bruch überwunden zu haben. Wer sagt, dass Fischer nicht Außenminister sein darf, will diese Gesellschaft wieder spalten.

SPIEGEL: Übersteht Fischer diese Debatte als Minister?

Cohn-Bendit: Ja.

SPIEGEL: Herr Cohn-Bendit, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

M. WITT

Cohn-Bendit (2. v. r.), SPIEGEL-Redakteure*
„Fischer ist in der Zwickmühle“

* Gerhard Spörl, Stefan Aust, Gunther Latsch, Georg Mascolo in der Hamburger SPIEGEL-Zentrale.

Lesen Sie auch:

Cordt Schnibben über seine Apo-Jahre: „Das große Sackhüpfen“ (S. 172). Reinhard Mohr über das Jahr 1977: „Hilfe, ich will leben“ (S. 178)

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

M. TINNEFELD / PEOPLE IMAGE

Ehepaar Ecclestone, Haffa

FORMEL 1

Haffa aus dem Rennen

Die Autokonzerne setzen beim Versuch, im Formel-1-Geschäft stärker Fuß zu fassen, nicht länger auf den angeschlagenen Rechtehändler EM.TV, dem seit zehn Monaten 50 Prozent der Formel-1-Holding SLEC gehören. Die Verhandlungen mit EM.TV-Großaktionär Thomas Haffa wurden wegen zu hoher Preisvorstellungen Haffas abgebrochen. „Mit dem will derzeit keiner gesehen werden, der ist klinisch tot“, sagt ein Daimler-Manager über den EM.TV-Chef, der wegen umstrittener Aktienverkäufe im Gerede ist. Die Autokonzerne reden nun mit Formel-1-Chef Bernie Ecclestone, der mit seiner Frau Slawica und Familie die andere Hälfte der Holdingfirma SLEC besitzt.

Die Neuordnung der Formel 1 wird kompliziert. EM.TV will seine 40 bis 50 Prozent SLEC-Anteile für rund 700 Millionen Dollar an die US-Firma Hellman & Friedman verkaufen. Die Amerikaner kennen Haffa, sie haben ihm erst im vergangenen März einen SLEC-Anteil von 37,5 Prozent verkauft, den sie wiederum zuvor von Ecclestone für 713 Millionen Dollar erworben hatten. Für das Paket zahlte EM.TV eine Barsumme in gleicher Höhe – sowie 700 Millionen Dollar in eigenen Aktien. 12,5 Prozent der SLEC waren im Oktober 1999 an Morgan Grenfell Private Equity gegangen, der Risikokapitalfirma der Deutschen Bank. Diesen Anteil übernahm Haffa gegen Zahlung von EM.TV-Aktien (Kurs damals: 90 Euro) im Wert von 450 Millionen Dollar. Die Papiere wanderten zu Deutsche European Partners IV LP, einem Spezialfonds der Deutschen Bank für Großinvestoren; durch den EM.TV-Absturz – derzeitiger Kurs: 7,55 Euro – entstand dem Fonds ein Gesamt-Buchverlust von über 200 Millionen Dollar. Wegen des EM.TV-Finanzgebarens drängen Fonds-Investoren nun auf juristische Schritte: Der Formel-1-Deal soll für nichtig erklärt werden.

DEMOGRAFIE

Weniger Deutsche, mehr Steuern

Wegen der schrumpfenden Bevölkerung in Deutschland wird es in den kommenden Jahren zwangsläufig zu erheblichen Steuererhöhungen kommen. Das ist das Ergebnis einer Expertise aus dem Bundesfinanzministerium. „So wirkt sich die sinkende Bevölkerungszahl unmittelbar aufkommensmindernd im Bereich der Verbrauchssteuern aus“, heißt es in dem Bericht. Der Anteil der indirekten Steuern am Bruttoinlandsprodukt (BIP), also vor allem von Mehrwert- und Mineralölsteuer, werde von derzeit 11 Prozent bis zum Jahr 2050 um 2,5 Prozentpunkte zurückgehen. „Es werden also in diesem Bereich immer wieder Steuererhöhungen notwendig werden.“ Auch bei den direkten Steuern, vor allem bei der Einkommensteuer und „im Bereich der Kapitalerträge“ müsste sich der Staat mehr Geld holen. Automatisch steigen wird hingegen das Aufkommen aus der Lohnsteuer. Ihr Anteil von derzeit etwas über sechs Prozent am BIP wird sich fast verdoppeln, denn 2050 „befindet sich der Großteil der Betroffenen im Bereich des Spitzensteuersatzes“. Die Expertise der Ministerialen basiert auf einem Gutachten des Münchner Ifo-Instituts, das die Entwicklung des Wirtschaftswachstums bei schrumpfender Bevölkerung vorausberechnet hat.

BISKUP / LAIF

Truck

KRIMINALITÄT

Begehrte Chips

In Kalifornien, dem Standort der meisten Hightech-Firmen der USA, haben Ganoven ein neues Betätigungsfeld entdeckt: Vor allem im Umkreis von Los Angeles rauben sie immer häufiger Lastwagen aus, die mit Chips, Festplatten oder anderen Computerbauteilen beladen sind. Anschließend wird die Ware über straff organisierte Hehlerbanden verteilt. Obwohl das FBI bereits seit 1997 auf den Autobahnen eine Spezialeinheit einsetzt und erwischte Hightech-Piraten zu drastischen Strafen – bis zu 35 Jahren Haft – verurteilt werden, nimmt die neue Form der Kriminalität weiter zu. Deshalb verlangen Versicherungsfirmen von Herstellern wie Intel oder Cisco inzwischen derart hohe Prämien, dass sich eine Diebstahlversicherung kaum noch lohnt. Die Polizei schätzt, dass sich der jährliche Schaden durch Hightech-Klau in Südkalifornien auf mehr als zwei Milliarden Dollar beläuft. Bankräuber dagegen erbeuten im Schnitt nur fünf Millionen Dollar im Jahr.

Maschine der Augsburg Airways

LUFTFAHRT

Piloten machen Druck

Immer mehr entwickelt sich die Vereinigung Cockpit (VC), der Berufsverband der deutschen Piloten und Flugingenieure, zu einem harten Gegner für Vorstände und Geschäftsführer einheimischer Fluggesellschaften. Seit die Organisation Mitte 1999 ihre langjährige Partnerschaft mit der Deutschen Angestellten Gewerkschaft aufkündigte und eigenständig Tarifverhandlungen führt, macht sie den Firmen mächtig Druck, um für ihre einflussreiche Klientel bessere Arbeitsbedingungen herauszuholen. Erst Anfang Januar zwangen die VC-Funktionäre die British-Airways-Tochter Deutsche BA (DBA) nach monatelangen Auseinandersetzungen, für die knapp 200 DBA-Piloten erstmals verbindliche Flugdienst- und Ruhezeiten festzulegen. Als nächstes Unternehmen hat sich die VC nun den Lufthansa-Partner Augsburg Airways vorgenommen. Die Tochter des Augsburger Papierkonzerns Haindl, die im Auftrag der Lufthansa gut zwei Dutzend Regionalstrecken wie Düsseldorf–Dresden oder Hamburg–Nürnberg bedient, weigert sich bislang, für die Piloten eine Personalvertretung einzurichten. Mit einer Urabstimmung, die noch bis Freitag dieser Woche läuft, wollen die VC-Funktionäre die Geschäftsführung nun zum Einlenken bewegen. Sollten die Augsburg-Airways-Manager weiter mauern, wollen die Piloten streiken. Ein Arbeitskampf bei ihrem Juniorpartner käme der Lufthansa denkbar ungelegen. Der neue Personalvorstand Stefan Lauer muss am 5. Februar mit der VC erstmals Gehaltsverhandlungen für die 3500 Piloten von Passagiermaschinen führen. Hat die VC bei dem kleinen Partner Erfolg, könnte sie womöglich auch bei der Lufthansa mehr herausholen.

ANS PHOTO / ACTION PRESS

Bettler in Russland

EU-HILFE

Überflüssige Aktion

Die humanitäre Aktion, bei der die EU-Kommission 1998 Rindfleisch, Schweinefleisch und Milchpulver im Wert von 378 Millionen Euro an Not leidende Russen verteilte, war nach Ansicht des Europäischen Rechnungshofes überflüssig. „Die Notwendigkeit einer derartigen Hilfe ist nicht nachgewiesen worden“, kritisieren die Prüfer. Die Hungersnot in Russland sei nicht auf einen Mangel an Nahrung zurückzuführen gewesen, sondern „auf fehlende finanzielle Mittel, um diese zu erwerben“. Die EU hatte sich 1998 zur bisher größten Hilfsaktion entschlossen, weil ein drastischer Rückgang der Getreideernte drohte und Moskau auch nicht mehr in der Lage war, ausreichend Fleisch zu importieren. Um die lokalen Märkte nicht zu stören, wurde die EU-Ware in Russland zu regulären Preisen verkauft, den Erlös verwendete Moskau zur Auszahlung rückständiger Renten und zur Verbesserung der Kaufkraft von Sozialhilfeempfängern. Auf diese Weise, behauptet die EU, seien die russischen Nahrungsmittelpreise stabilisiert und die Armen in die Lage versetzt worden, zu Marktpreisen zu kaufen. Die Rechnungsprüfer erklären dagegen, die Erzeugnisse seien monatelang in Russland gelagert worden und deshalb zur kritischen Zeit in den Not-Regionen gar nicht angekommen. Nach Ansicht der Rechnungsprüfer wäre es sinnvoller gewesen, kleinere Mengen Nahrungsmittel ohne Umweg über den Markt direkt an die Armen zu verteilen.

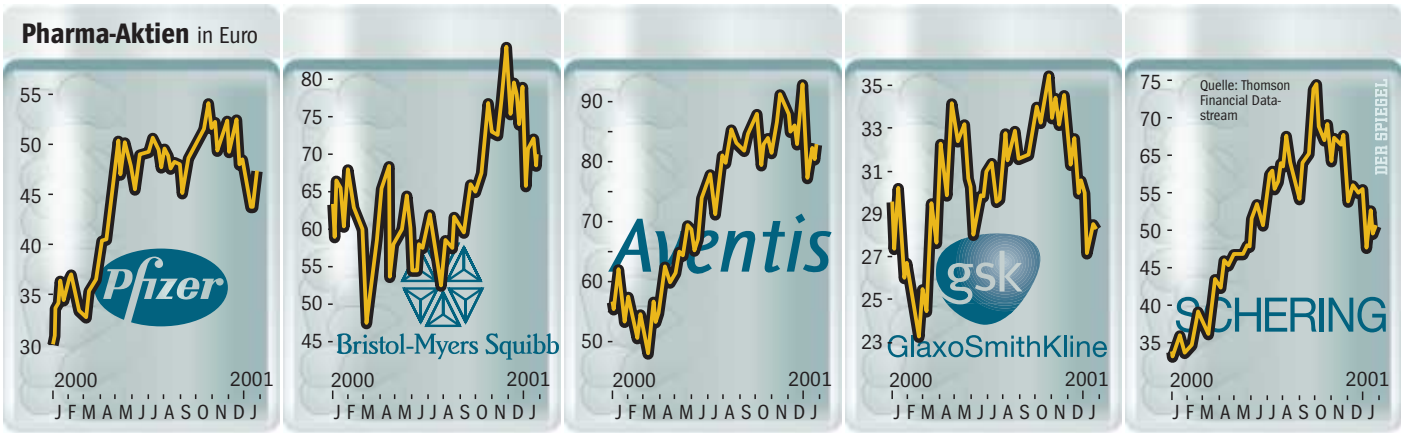
ALTERSVORSORGE

Eichel contra SPD

Finanzminister Hans Eichel sperrt sich weiterhin, Wohnungseigentum in die geplante Förderung der privaten Altersvorsorge einzubeziehen. Eine Modellrechnung seiner Beamten bestätigt die Feststellung vieler Experten, dass die eigengenutzte Immobilie eine schlechte Geldanlage ist: Kauft jemand eine 300 000 Mark teure Eigentumswohnung mit 60 000 Mark Eigenkapital, so ist – unter Berücksichtigung der eingesparten Miete – die Immobilie nach Abzug aller Kredit- und Instandhaltungskosten nach 30 Jahren knapp 470 000 Mark wert. Ein Aktien- oder Rentenfonds, der sich mit nominal sechs Prozent verzinst, hätte gut 840 000 Mark gebracht. Fazit der Beamten: Die Immobilie führt zu einem „um 44,5 Prozent geringeren Versorgungskapital“.

ZEFA-HACKENBERG

Wohnimmobilie



PHARMA-AKTIEN

Gesunde Papiere

Im vorigen Jahr schnitten die Aktien der Pharma-Konzerne überdurchschnittlich gut ab; in den USA stieg der Index der Pharma-Werte um 41 Prozent, in Deutschland war beispielsweise Schering mit einem Plus von 56 Prozent der zweitbeste Wert im Dax. Folge: Die Aktien sind auch nach den Rückschlägen zum Jahreswechsel immer noch durchweg hoch bewertet. Gleichwohl empfehlen die meisten Analysten weiterhin Pharma-Papiere. Die Branche ist weit gehend unabhängig von der Konjunktur, und zunehmende Kooperationen mit jungen Biotech-Firmen könnten dafür sorgen, dass in den nächsten Jahren ein Schub neuer Medikamente auf den Markt kommt. Als aussichtsreicher Wert gilt vor allem der US-Konzern Bristol-Myers Squibb mit einer Reihe neuer Produkte wie dem Antibiotikum Tequin; zudem will das Unternehmen eigene Aktien für zwölf Milliarden Dollar zurückkaufen. Bei der Straßburger Aventis, entstanden aus der Fusion von Hoechst und Rhône-Poulenc, erwarten Experten einen Kursauftrieb, wenn das Unternehmen wie geplant die Agrosparte abstößt und zu einem reinen Pharma-Anbieter wird.

H.-G. OED

Handelssaal der Deutschen Börse

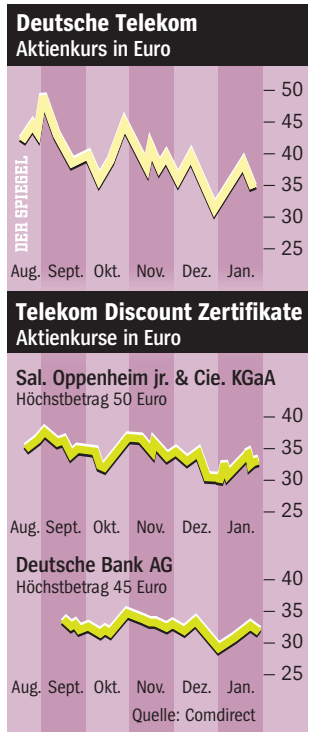
NEUEMISSIONEN

Teure Börse

Eine geradezu wundersame Wertsteigerung haben die Aktien der Deutschen Börse AG hinter sich: Die Papiere sollen am 5. Februar zu 285 Euro emittiert werden, und daraus ergibt sich ein Börsenwert von 2,8 Milliarden Euro. Die London Stock Exchange dagegen ist 1,176 Milliarden Euro wert – und hat seit dem vergangenen Juli sogar noch deutlich zugelegt. Zu dieser Zeit wollte Börsenchef Werner Seifert mit der Londoner Börse in einem „Zusammenschluss unter Gleichen“ fusionieren. Das wiederum impliziert einen in etwa gleichen Börsenwert der beiden Unternehmen. Zum Emissionskurs ist die Deutsche Börse nun aber mehr als doppelt so teuer. Selbst im Vergleich zum Allzeithoch der Londoner Börse müssen die Anleger der Deutschen Börse einen Aufschlag von rund 85 Prozent bezahlen. Die Deutsche Börse ist damit sehr hoch bewertet – vielleicht droht ihr das gleiche Schicksal wie dem traditionsreichen Londoner Bruder: Dessen Aktien stürzten nach dem Börsengang im Juli vergangenen Jahres erst einmal um 30 Prozent ab.

DISCOUNT-ZERTIFIKATE

Überflüssiger Rabatt



Das Angebot sieht verlockend aus: Viele Banken verkaufen Aktien mit einem deutlichen Rabatt, meist 10 bis 15 Prozent und zuweilen auch um mehr als 25 Prozent unter dem aktuellen Kurswert. Die Nachfrage nach diesen verbilligten Aktien, so genannten Discount-Zertifikaten, hat in den letzten Monaten stark zugenommen, weit mehr als tausend Discount-Zertifikate stehen zur Auswahl. Doch das vermeintliche Sonderangebot ist in erster Linie für die Banken lukrativ: Der Kursgewinn ist für den Käufer durch einen vorher festgelegten Höchstbetrag begrenzt. So hat die Dresdner Bank vergangene Woche unter anderem ein Discount-Zertifikat der Deutschen Telekom mit einem Abschlag von gut sechs Euro unter dem aktuellen Kurs und einer Laufzeit bis 20. Juni 2002 ausgegeben; dafür liegt bei einem Kursanstieg der Höchstbetrag bei 50 Euro. Die Gewinne sind begrenzt, die Verluste nicht: Die Kurse der an der Börse gehandelten Discount-Zertifikate bewegen sich annähernd im Gleichtakt mit der entsprechenden Aktie. Bei einer Hausse wie bei einer Baisse ist die Aktie mit Rabatt eine schlechte Investition, der Kauf ist nur dann sinnvoll, wenn der Anleger mit stagnierenden oder mäßig steigenden Kursen rechnet.

KONZERNE

Teile und herrsche

Bankchef Rolf Breuer hat sich gegen die Traditionalisten des Geldhauses durchgesetzt: Die Deutsche Bank wird zweigeteilt, viele Bereichsfürsten verlieren an Bedeutung. Breuer selbst wird im Mai 2002 an die Spitze des Aufsichtsrats rücken – dessen Noch-Chef Kopper muss weichen.

Am 1. Februar werden Tausende Investmentbanker bei der Deutschen Bank Grund zum Feiern haben. Sie erhalten dann die Nachricht über ihren Bonus für das vergangene Jahr. Da die Investmentbank Erträge von über 13 Milliarden Euro erzielte, werden Prämien in Milliardenhöhe fällig.

Letzte Zweifel über die Höhe der Prämien räumte vergangene Woche der Vorstand der Deutschen Bank auf seiner Sitzung beiseite. Die Vorschläge der Abteilungschefs seien „ohne Diskussion und ohne Rückfragen im Vorstand“ gebilligt worden, teilte die Frankfurter Zentrale besorgten Investmentbankern in einer internen E-Mail mit.

Einige Wettbewerber hatten wegen des Crashs an den Börsen über fallende Erträge im vierten Quartal geklagt. Doch die Deutsche Bank konnte im Wertpapierhandel im Dezember sogar zulegen. „Wir haben Monstermonate hinter uns“, sagt ein Londoner Investmentbanker stolz.

P. LANGROCK / ZENIT

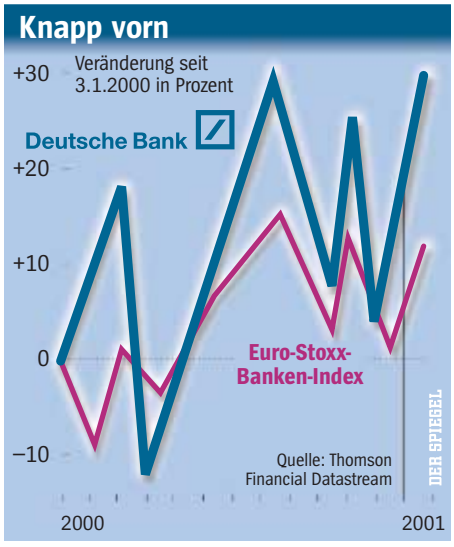
Deutsche-Bank-Zentrale: *Kräftiger Gewinnanstieg*

Aufsichtsratschef Kopper: *Freiwilliger Abschied*

Auch das neue Jahr läuft gut an. In den Bereichen Aktiengeschäft und Global Markets, die für über die Hälfte der Gewinne im Investmentbanking verantwortlich sind, wird für den Januar, so berichten Insider, mit einer Steigerung der Erträge gegenüber dem Vorjahr von mehr als 100 Prozent gerechnet.

Nicht nur die Investmentbanker, auch Deutsche-Bank-Chef Rolf Breuer wird am 1. Februar strahlen. Er kann den Finanzanalysten und der Öffentlichkeit ein Rekordergebnis präsentieren, das nach Steuern um einen hohen zweistelligen Prozentsatz über dem Vorjahr liegt.

Auch Breuers persönliche Zukunft ist nun gesichert. Er wird am Donnerstag die Zweiteilung seiner Bank verkünden und selbst die operative Verantwortung für das Privatkundengeschäft und die Vermögensverwaltung übernehmen. Josef Ackermann, der erst im Mai 2002 an die Bankspitze vorrückt, verantwortet das Investmentbanking, das um das Firmenkundengeschäft ergänzt wird und damit knapp drei Viertel der Gewinne erwirtschaftet.



Ausgerechnet der tragische Tod von Edson Mitchell, dem die Deutsche Bank den Aufstieg im Investmentbanking zu verdanken hat, festigte die Position Breuers. Der Schweizer Ackermann musste auf Wunsch des Vorstandssprechers die Verantwortung im Investmentbanking selbst übernehmen. Damit ist er, angesichts schwieriger Integrationsarbeit, gut ausgelastet. Dass er vor Mai 2002 Breuer als Vorstandssprecher beerben wird, wie intern getuschelt wurde, ist damit obsolet.

Gleichzeitig gab es für Breuer auch im manchmal schwierigen Verhältnis zu seinem Aufsichtsratsvorsitzenden und Vorgänger Hilmar Kopper einen Punktsieg. Freiwillig, so ist es zwischen beiden verabredet, wird Kopper als Aufsichtsratsvorsitzender des Geldhauses seinen Platz räumen – für Breuer, der im Frühjahr 2002 in das Kontrollgremium rückt. Hartnäckig hatte der Bankboss alle Gedankenspiele, ihn mit einem normalen Aufsichtsratssitz abzuspeisen, zurückgewiesen. Intern und

zuletzt auch öffentlich: „Ich stehe nur für den Vorsitz zur Verfügung“, so Breuer im SPIEGEL-Gespräch Anfang Januar.

Seit DaimlerChrysler in Schwierigkeiten steckt, verfügte Breuer wieder über mehr Spielraum. „Kopper sollte sich 24 Stunden am Tag um DaimlerChrysler kümmern“, fordern die Investmentbanker aus den eigenen Reihen, in der ihnen eigenen Aggressivität. Schließlich war im Vorstand der Deutschen Bank verabredet, solche Industriebeteiligungen schnell zu verkaufen. Doch nach der Talfahrt des Aktienkurses des Autobauers ist das Aktienpaket der Deutschen Bank rund vier Milliarden Mark weniger wert als vor einem Jahr.

Dem Stuttgarter Autokonzern stehen schwierige Zeiten bevor. Vor kurzem hat DaimlerChrysler-Chef Jürgen Schrempp der Deutschen Bank und der amerikanischen Investmentbank J. P. Morgan den Auftrag erteilt, den Autokonzern gegen eine feindliche Übernahme zu rüsten. Der Börsenkurs ist zurzeit so niedrig, dass Übernahmespezialisten interessierten Autokonzernen bereits Studien präsentieren, wie DaimlerChrysler zu knacken ist.

M. DANNENMANN (li.); W. v. BRAUCHITSCH (re.)

Vorstände Ackermann, Breuer: *Zweiteilung der Macht*

Um den Konzern effektiv zu verteidigen, da herrscht bei den Bankern des Verteidigungslagers kein Zweifel, muss der Börsenkurs schnell nach oben gebracht werden. „Es gibt keine Tabus“, sagt einer, der den Stand der Diskussionen kennt. Auch der Verkauf von Chrysler gehört zu den Optionen, die durchgerechnet werden, um Daimlers Unabhängigkeit zu retten. In ein paar Wochen sollen Schrempp und Kopper die Alternativen präsentiert werden.

Für Breuer wurde auch durch die Probleme bei DaimlerChrysler der Weg frei, Kopper als Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Bank zu beerben. Im Gegenzug darf Kopper weiter den Autokonzern beaufsichtigen. Machtbalance à la Deutsche Bank: Der eine kontrolliert Europas größtes Geldhaus, der andere Europas größten Autobauer.

Doch zunächst müssen Ackermann und Breuer beweisen, dass die Zweiteilung der Deutschen Bank funktioniert. Lange hatten sich die Traditionalisten im Konzern, die im Privatkunden- und Kreditgeschäft arbeiten, gegen den Vormarsch der Investmentbanker gewehrt. Nun konnten die Reformer zumindest einen Kompromiss erreichen: Die Teilung erfolgt nicht, wie bei klassischen Investmentbanken üblich, in eine so genannte Produktionsbank und eine Vertriebsbank.

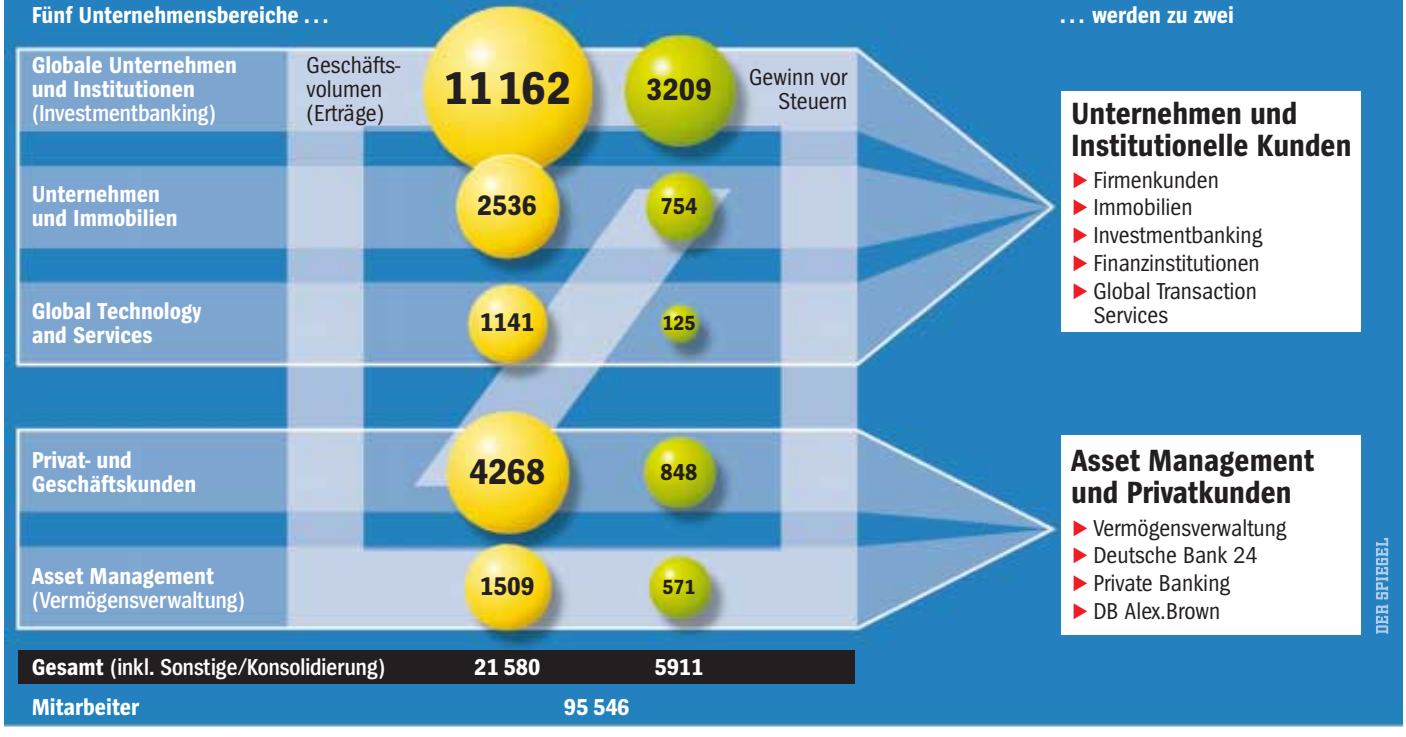
In der Produktionsbank werden normalerweise die Entwicklung aller Produkte, also beispielsweise Fonds und Kredite gebündelt. Dann aber wäre die Vermögensverwaltung samt dem lukrativen Fondsgeschäft bei der Investmentbank gelandet – und die Filialbank wäre quasi zur Ladentheke degradiert worden.

Stattdessen ist nun die Vermögensverwaltung samt der Beratung von großen institutionellen Kunden mit dem Privatkundengeschäft zusammengelegt worden. So erhielten auch die Traditionsbanker ein Stück des modernen Geldgeschäfts. Das ist gut fürs Betriebsklima – und die Gewinnsituation. Denn im normalen Geschäft am Bankschalter sind die Margen niedrig.

Viele Investmentbanker anderer Institute bezweifeln, dass diese Konstellation glücklich gewählt ist. Doch für die Deutsche Bank machte sie, aus hausinternen

Die Deutsche Bank organisiert sich neu

Ergebnisse der ersten drei Quartale 2000 in Millionen Euro und die neue Konzernstruktur



Gründen, durchaus Sinn. Denn damit ist das Gleichgewicht zwischen Investmentbankern und Traditionalisten zumindest nach außen gewahrt.

Intern wird dennoch ruppig um Posten und Prestige gerangelt. Immerhin müssen mehr als ein halbes Dutzend Bereichsvorstände ihr Arbeitsgebiet neu definieren. „Es wird eine Zwischenlösung geben“, meint ein Londoner Investmentbanker. Doch mittelfristig dürfte es deutlich weniger Kreditbanker geben. Viele Altgediente sind not amused.

Gesucht werden vor allem kluge Köpfe für das globale Investmentbanking. Ackermann muss die Lücke schließen, die durch den Tod von Mitchell entstanden ist. Die Investmentbanker forderten den Amerikaner Michael Philipp als Chef, weil der zusammen mit Mitchell das Geschäft aufgebaut hat. Doch der im Sommer ernannte Vorstand soll sich um die Expansion der Vermögensverwaltung kümmern.

Die Unruhe im Investmentbanking der Deutschen Bank ist erheblich. Eilig ernannte Ackermann im Wertpapierhandel vier Bereichsfürsten, deren Beförderung noch mit Mitchell abgesprochen war.

Mindestens zwei Berufungen sorgen bereits für Ärger. Kevin Parker, der den Aktienhandel verantwortet, und Anshu Jain, der für den Handel mit Devisen, Rohstoffen und Derivaten zuständig ist, sind clevere Produktmanager, haben aber von Menschenführung wenig Ahnung. Sobald die Boni ausgezahlt sind, werde es eine große Welle von Kündigungen geben, prognostiziert ein Banker. Parker gäbe nur ehemaligen Investmentbankern von Morgan Stanley eine Karrierechance, heißt es. Und Jain sind schon im vergangenen Jahr Dutzende von Mitarbeitern weggelaufen.

Investmentbanker sind äußerst empfindliche Primadonnen, Mitchell hatte die Gabe, sie an sich zu binden, notfalls auch mit massiven materiellen Anreizen. Ackermann versucht es ebenfalls mit Geld, viel Geld. Es werden für das Jahr 2000 Boni im Wert von nahezu vier Milliarden Euro im Investmentbanking ausgeschüttet. Nicht alles davon ist Bargeld, ein wachsender Teil wird in Deutsche-Bank-Aktien und Aktienoptionen ausgezahlt. Die erstmals bei den Mitarbeitern breit gestreuten Optionen können erst nach drei Jahren in Aktien umgewandelt werden, ihr Wert hängt von der Entwicklung der Bankaktie ab.

Die Bank hofft, so die Loyalität ihrer Mitarbeiter zu fördern. Die Optionen verfallen, wenn die Leute vorher zur Konkurrenz wechseln.

Denn Ackermann und Breuer wollen mit ihrem Institut wachsen, nicht schrumpfen. Auch der erneute Versuch, sich ein anderes Finanzhaus einzuverleiben, wird schon wieder erwogen. „Die Phase der transnationalen Fusionen“, so Breuer, „steht uns erst noch bevor.“

Christoph Pauly, Wolfgang Reuter

AFP / DPA

Konzernchefs Gent, Esser: *Goldener Handschlag*

MANAGER

„Wie auf einem Basar“

Haben Mannesmann-Chef Klaus Esser und einige Getreue die Wirren der Übernahmeschlacht genutzt, um sich aus Konzernkassen zu bedienen? Die Staatsanwaltschaft prüft.

Auf Klaus Zwickel ist Verlass, wenn es gilt, die Verfehlungen der Kapitalisten zu geißeln. Die Abfindung für Mannesmann-Chef Klaus Esser sei „unanständig hoch und für keinen Arbeitnehmer mehr nachvollziehbar“, wetterte der IG-Metall-Boss am 18. Februar vergangenen Jahres in einer öffentlichen Erklärung.

In der gerade begonnenen Tarifrunde sollten sich Arbeitnehmer mit einem Inflationsausgleich begnügen. Gleichzeitig würden einem Unternehmenschef fast 60 Millionen Mark auf einen Schlag ausbezahlt. „Solche Auswüchse des globalen Kapitalismus“, klagte Zwickel, „seien der Öffentlichkeit nicht zu vermitteln.“

Merkwürdig nur, dass derselbe Zwickel, in seinem Nebenjob als Mannesmann-Aufsichtsrat, und sein Metaller-Kollege Jürgen Ladberg im so genannten Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten nur einen Tag zuvor keinen Einspruch gegen die Esser-Millionen einlegten. Dies belegen ihre Unterschriften unter einem geheimen Protokoll des Mannesmann-Ausschusses für Vorstandsangelegenheiten vom 17. Februar vergangenen Jahres, das dem SPIEGEL vorliegt.

Einen Tag später aber behaupteten Ladberg und Zwickel, „weder der Aufsichtsrat noch der Ausschuss“ habe sich mit der üppigen Abfindung des Ex-Mannesmann-Chefs jemals beschäftigt.

Zwickel sieht darin keinen „wirklichen Widerspruch“. Die zusätzliche Abfindung von rund 32 Millionen Mark durch Mannesmann-Käufer Vodafone sei „Teil der Verhandlungen zwischen Esser und Vodafone-Chef Chris Gent“ gewesen, sagt er: „Daran hat von uns niemand mitgewirkt.“ Deshalb habe man den Deal im Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten „nur noch förmlich zur Kenntnis nehmen können“.

Wenn das stimmt, dann droht dem ehemaligen Mannesmann-Chef Esser gewaltiger Ärger, vielleicht sogar ein Verfahren. Knapp ein Jahr nach der Übernahme von Mannesmann durch Vodafone mehren sich die Zweifel, ob damals wirklich alles mit rechten Dingen zugegangen ist – oder ob Entscheidungen bewusst manipuliert, vielleicht sogar gekauft wurden.

Bislang geheime Aufsichtsratsprotokolle nähren den Verdacht, dass Esser und eine Reihe seiner Mitarbeiter die Wirren der Übernahmeschlacht zum eigenen Vorteil

zu nutzen wussten. „Es ging zu wie auf einem Basar“, sagt ein Ex-Aufsichtsrat.

Von einer „unerträglichen Selbstbedienungsmentalität“ sprechen die beiden Anwälte Mark Binz und Martin Sorg. Die Stuttgarter Juristen, selbst Aktionäre von Mannesmann und in zahlreichen Aufsichtsräten, hatten bereits im Frühjahr letzten Jahres Strafanzeige gegen Esser, mehrere Manager und Mitglieder des Aufsichtsrates erstattet – wegen „Untreue zum Nachteil der Aktionäre“.

Oberstaatsanwalt Hans-Otto Sallmann konnte „zureichende tatsächliche Anhaltspunkte“ für eine Straftat jedoch nicht erkennen, eine Untreue sei nur anzunehmen, „wenn die beanstandeten Maßnahmen nicht mit den Grundsätzen eines ordentlichen Kaufmannes zu vereinbaren wären“. Sallmann knapp: „Hierfür ist jedoch nichts ersichtlich.“

Die Aufsichtsratsprotokolle werfen freilich neue Fragen auf. Binz und Sorg legten deshalb beim Düsseldorfer Generalstaatsanwalt Beschwerde ein – und erweiterten ihre Anzeige auf Bestechlichkeit.

Es dränge sich „der Verdacht geradezu auf“, so die Anwälte, die Vodafone-Millionen seien keine „Anerkennungsprämie“ im aktienrechtlichen Sinn gewesen, sondern „nützliche Zahlungen“ mit dem Ziel, den Widerstand des Mannesmann-Vorstands bei der Übernahme zu brechen.

Generalstaatsanwalt Lothar Sent hat Essers Anwälten bis kommenden Mittwoch eine Erklärungsfrist eingeräumt. Noch im Februar will er entscheiden, ob es bei der Rückweisung der Strafanzeige bleibt oder ob die Kollegen der Staatsanwaltschaft angewiesen werden, gegen Esser und Co. ein förmliches Ermittlungsverfahren einzuleiten.

Merkwürdig ist jedenfalls, dass Esser und sein Aufsichtsrat offenbar bereits mit Versorgungsfragen beschäftigt waren, als nicht mal ein offizielles feindliches Übernahmeangebot der Briten vorlag. Am 10. Dezember 1999 legte der Aufsichtsrat fest, dass Esser nicht nur sein Grundgehalt für die „Restlaufzeit“ seines Vertrags von damals 4,5 Jahren erhält, sondern auch leistungsabhängige Boni. Und das, so heißt es in einem späteren Protokoll des Ausschusses für Vorstandsangelegenheiten, „auf der Basis von 100 % Zielerreichung“. Dabei, sagt Zwickel, habe es sich jedoch nicht um eine Abfindungsregelung gehandelt, sondern um eine „Konkretisierung des Vertrages“. Der Gewerkschafter: „Das hatte mit Vodafone nichts zu tun.“ Warum eine Konkretisierung – die Esser immerhin knapp 30 Millionen Mark sicherte – nach nur halbjähriger Amtszeit nötig war, darüber schweigen sich die Beteiligten aus.

T. BARTH / ZEITENSPIEGEL

Rechtsanwälte Sorg, Binz: *Verdacht der Untreue*

Am 23. Dezember 1999 platzierte Vodafone nach zahlreichen erfolglosen Versuchen einer friedlichen Einigung ein offizielles Tauschangebot an die Mannesmann-Aktionäre. Eindeutige Angebote von Gent, sich friedlich auf eine gleichberechtigte Partnerschaft zu einigen, schlug Esser aus.

Anfang Februar aber änderte er abrupt seine Meinung und gab sich sogar mit einer Minderheitsbeteiligung Mannesmanns an dem fusionierten Konzern zufrieden. In einem für Esser abgefassten Schreiben an die Staatsanwaltschaft vom 13. März 2000 begründeten die Mannesmann-Juristen das plötzliche Einlenken des Konzernchefs seit Anfang Februar mit völlig geänderten Rahmenbedingungen. Zahlreiche Großaktionäre, heißt es in dem Schreiben, hätten signalisiert, dass sie „nicht mehr an einen erfolgreichen Abwehrkampf glaubten“.

Schon wenige Stunden nach Abschluss der Verhandlungen entschied der Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten über ein Versorgungspaket für den Mannesmann-Chef in Höhe von weiteren 32 Millionen Mark. „Herr Esser“, heißt es im Beschlussprotokoll des Ausschusses vom 4. Februar, „soll auf Initiative des Großaktionärs Hutchison Whampoa und nach einer zwischen Hutchison und Vodafone getroffenen Abstimmung eine Anerkennungsprämie in Höhe von 10 Millionen Britischen Pfund erhalten. Der Ausschuss stimmt diesem zu. Die Prämie wird gezahlt, wenn Vodafone die Aktienmehrheit erworben hat.“

Außerdem wurden die Esser-Vertrauten Kurt Kinzius und Albert Weismüller „trotz des sehr wahrscheinlich stattfindenden Aktienerwerbs durch Vodafone“ zu Vorständen ernannt und mit entsprechenden Verträgen ausgestattet.

Bereits zwei Wochen später befasste sich der Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten erneut mit Zuwendungen an Esser und seine Gefolgsleute. Neben der Anerkennungsprämie in Höhe von rund 32 Millionen Mark und den vertraglichen Leistungen in Höhe von knapp 30 Millionen Mark wurden Esser ein nicht näher beziffertes Aktienpaket, Pensionsansprüche ab 2004 und ein lebenslanges Recht auf Dienstwagen, einen Fahrer, ein Büro und eine Sekretärin zugestanden.

Außerdem wurden Vertraute Essers mit Zuwendungen in Höhe von insgesamt 32 Millionen Mark bedacht. Dieser Beschluss wurde von Zwickel und Ladberg, wie es im Protokoll heißt, „aus grundsätzlichen Erwägungen nicht mitgetragen“.

Insgesamt soll Esser nach der Rechnung der Anwälte Binz und Sorg Leistungen von „wahrscheinlich über 100 Millionen Mark“ erhalten haben. Die stünden ihrer Meinung nach in keinem Verhältnis zu seinen normalen vertraglichen Bezügen. Schon deshalb, heißt es in ihrer Strafanzeige, habe sich der Aufsichtsrat der Untreue gegenüber den Mannesmann-Aktionären schuldig gemacht. Mannesmann, Vodafone und Esser selbst weisen alle Vorwürfe zurück. Die Entscheidung über die Anerkennungsprämie sei erst nach Abschluss der Fusionsverhandlungen gefallen. Beides habe nichts miteinander zu tun.

Nun ist die Staatsanwaltschaft am Zug. Um einen Punkt der schwierigen Abfindungsregelung müssen sich die Ermittler nicht mehr kümmern. Seinen Anspruch auf Sekretärin, Dienstwagen, Fahrer und Büro hat Klaus Esser vor wenigen Wochen mit Antritt seines neuen Jobs als Berater abgegeben – gegen Zahlung von rund zwei Millionen Mark durch Vodafone.

GEORG BÖNISCH, FRANK DOHMEN

S. WIELAND / LAIF

Ehemalige Mannesmann-Zentrale
„Unerträgliche Selbstbedienung“

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

IMMOBILIEN

„Der große Reibach“

Missmanagement im MDR: Bei einem Wohnungsbauprojekt für Mitarbeiter versickerten Millionen – eine Schlüsselrolle hatte der Schlagersänger Stephan Sulke.

Vor 20 Jahren war Stephan Sulke, 57, ein Star der Schlagerszene. Mit Hits wie „Uschi, mach’ kein Quatsch“ oder „He, Du da“ brachte es der Schweizer in die Hitparaden, selbst in großen Häusern waren die Konzerte ausverkauft.

Damals galt Sulke als ein Lieblingsbarde von gefühlsseligen Alternativen. Nach 1985 jedoch gingen ihm die Ideen aus, er verschwand in der Versenkung.

Richtig in die Schlagzeilen brachte es Sulke noch einmal im Frühjahr 1994, als er sich nachts mit schweren Kopfverletzungen kurz vor der polnischen Grenze bei Frankfurt/Oder meldete: Der Liedermacher war entführt und verprügelt worden. Sein 500er Mercedes wurde später ausgebrannt gefunden. „Es war die Auto-Mafia“, befand die Polizei.

Schon damals hatte Entertainer Sulke Erfolg auf einem Gebiet, mit dem man ihn überhaupt nicht in Verbindung bringt: dem Immobiliengeschäft. Dort erwirtschaftete der einstige Jurastudent, der außerdem in der Schweiz ein Tonstudio betreibt, offenbar ein kleines Vermögen. Auffällig sind attraktive Geschäfte mit dem öffentlich-rechtlichen Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) und seinem Intendanten Udo Reiter, die Sulke und seine Helfer initiierten. Für den MDR hingegen brachte die Beziehung viel Ärger und hohe Verluste.

Bislang öffentlich unbekannte Details werfen vor allem ein Schlaglicht auf das Management in der Leipziger Senderspitze, das seit Monaten von Rundfunk- und Verwaltungsräten diskutiert wird und diese Woche zu einem umstrittenen Radikalumbau der Direktorenebene führen soll. Der Fall Sulke zeigt, dass auch der MDR-Chef selbst beim ehrgeizigen Aufbau einer neuen Dreiländeranstalt im Osten Deutschlands dilettantisch agiert hat.

Nach der Wende sah sich Reiter beim Anheuern von Personal mit einem Problem konfrontiert: Es fehlte im Osten an Wohnungen. Den Mangel wollte der Ex-Hörfunkdirektor des Bayerischen Rundfunks mit einer Art MDR-Hospiz lösen, einer Wohnanlage am Standort Dresden, in der vom Buchhalter bis zum Reporter die begehrten Fernsehfachkräfte ein Heim finden konnten. Finanzieren sollten die Bauten private Investoren, die – steuerbegünstigt – Geld im Osten anlegen wollten.

Für den kühnen Plan verließ sich Reiter jedoch ausgerechnet auf die Künste des Sängers Sulke, der bis dahin in der Immobilienszene nicht aufgefallen war und mit dem inzwischen verstorbenen Architekten Kurt Feldweg beim MDR aufkreuzte.

In einer Vereinbarung vom 25. Februar 1992 beschlossen Reiter und Sulke, dass sich der Künstler um den Bau von rund 200 Wohnungen in Dresden kümmert, die der MDR für seine Mitarbeiter langfristig anmietet. Das Agreement hielten die Geschäftspartner auf einem Bierdeckel fest, so Manager des Senders. Sulke sei dem MDR durch den Architekten Feldweg bekannt geworden, erklärt eine Sprecherin.

Bei dem ungewöhnlichen Geschäft kam die Berliner Tertia Terrain-Verwaltungs GmbH ins Spiel. Sie war nach Firmenunterlagen am 18. Mai 1992 vom Betriebswirt Wolfgang Karg mit 50 000 Mark Startkapital gegründet worden. Neun Tage später tauchte demnach die holländische Firma G + W Financial Engineering Velp Service im Gesellschafterkreis auf, vertreten durch Geschäftsführer Jan Rouppe von der Voort. Das seltsame Firmenkonstrukt konnte schnell über 2,652 Millionen Mark verfügen, die der MDR am 1. April 1992 überwiesen hatte – als erste Mietvorauszahlung.

P. ENDIG / DDP

Senderchef Reiter: *Hospiz für Mitarbeiter geplant*

T. HARTLICH / TRANSIT

MDR-Senderzentrale: *„Die Firma war pudelnackert“*

In den weiteren Gesprächen mit dem MDR blieb der Geschäftsführer Karg verborgen. Dafür machte Sulke, der mehrfach persönlich verhandelte, im MDR in Sachen Tertia eine eindrucksvolle Figur. Ganz Geschäftsmann, erschien er im gedeckten Zweireiher.

Die Vertragsdetails ließ Sulke den Berliner Rechtsanwalt Peter Dudzik klären. Dessen Kanzlei saß ebenso wie die neue Immobilienfirma Tertia, die all die schönen neuen MDR-Wohnungen vermitteln sollte, in der Berliner Suarezstraße 21.

Nur wenn MDR-Manager das Projekt kritisierten, wurde Sulke aktiv: „Dann müssen wir das wohl mit dem Intendanten besprechen“, sagte er nach der Erinnerung eines Teilnehmers.

Die zwei Mietverträge vom November und Dezember 1992 unterschrieben Senderchef Reiter und Anwalt Dudzik. Für die rund 200 Wohnungen wurde ein Mietpreis von 18,80 Mark pro Quadratmeter festgelegt, der innerhalb einiger Jahre auf 21,95 Mark steigen sollte. Auch auf eine Mietvorauszahlung ließ sich der MDR ein: Insgesamt 7,75 Millionen Mark sollten innerhalb von sieben Jahren fließen.

Das Grundstück in den Elbauen der Stadt Meißen bei Dresden wurde freilich erst im März 1993 gefunden, kurz bevor der Geschäftsmann Jür-

S. DÖRING / PLUS 49 / VISUM

L. GRÜNES / ACTION PRESS

MDR-Projekt in Meißen, Berater Sulke: *„Man muss ja von was leben“*

gen Wowra für die Firma Ostwerk alle Geschäftsanteile von Tertia kaufte.

Der Deal kostete den Augsburger 3,9 Millionen Mark. Damit war die neue Tertia plötzlich 7700 Prozent mehr wert – von 50 000 Mark kurz nach dem Gründungstag auf nunmehr fast 4 Millionen Mark, und das ohne große Aktivität. „Die Firma war pudelnackert, sie hatte keinerlei operatives Geschäft“, erinnert sich der damalige Käufer Wowra, die Mietzusicherung des MDR aber habe sie „werthaltig genug gemacht“.

Da die Anstalt weitere Mietvorauszahlungen garantierte, sah der Kaufmann dicke Gewinnchancen – und nahm Merkwürdiges in Kauf. So floss eine Provision an den früheren Berliner Finanz-Staatssekretär Günter Schackow – „sonst wäre die Kaufsumme um den entsprechenden Betrag erhöht worden“, erklärt Wowra.

CDU-Mann Schackow, der 1986 im Zuge von Bauskandalen sein Amt verlor und dann 1990 in einem Korruptionsprozess freigesprochen wurde, verlangte in seiner Rechnung vom 5. Oktober 1993 die Summe von netto 450 000 Mark zuzüglich Mehrwertsteuer – „für die Beratungen in den Kalenderjahren 1992/93 im Zusammenhang mit dem Abschluss und Wirksamwerden des Kauf- und Abtretungsvertrages … sowie über die abgeschlossenen Mietverträge mit dem MDR“. MDR? Intendant Reiter hat nach eigener Aussage von Schackow nichts mitbekommen.

Es sei sein „erster Auftrag“ gewesen, sagt der Ex-Aufsichtsratschef der Wohnbaufirma Stadt und Land, er habe sich um die Vermittlung und das Grundstück bei Dresden gekümmert.

In den ersten Monaten waren also insgesamt fast 4,5 Millionen Mark für das von Sulke und Reiter angeschobene Projekt geflossen – lange bevor die Bagger eine Baugrube aushoben. Nahezu eine halbe Million hatte Schackow kassiert, 3,9 Millionen waren bei den ersten Eigentümern der Tertia geblieben.

Nach dem Geldsegen zu Beginn wurde das Projekt für die Beteiligten freilich zum Horrorinvestment. Zwar gelang es Neueigner Wowra, viele private Investoren zu locken, die ihr Geld dank des solventen, vertrauenswürdigen Mieters MDR in sicheren Händen sahen.

Dann aber wurde auf dem Meißener Areal in der Dresdner Straße 50, wo früher eine Farbenfabrik stand, Gift im Bauschlamm gefunden, die Fristen verzögerten sich. Wowra gab entnervt auf, eine Immobilienfirma aus Erlangen übernahm.

Vor allem aber waren die Mieten inzwischen in Ostdeutschland im freien Fall, und damit stand fest: Der MDR hatte deutlich zu hohe Zahlungen zugesichert. Kurz nach Fertigstellung der Wohnungen zum Jahreswechsel 1995/96 kündigte der Sender den Mietvertrag wegen angeblicher Formfehler, es folgte ein Prozess.

Vor dem Dresdner Landgericht siegten zunächst die Investoren sowie die neuen Tertia-Eigentümer gegen den MDR, der einfach die von seinen Untermietern kassierten Monatsmieten einbehalten hatte.

In einem Vergleich vor dem Oberlandesgericht Dresden im Juli 1997 einigten sich die Kontrahenten schließlich auf einen Quadratmeterpreis von 15,75 Mark. Zu diesem Zeitpunkt war Tertia bereits im Konkurs, sie hatte dem wirtschaftlichen Druck nicht standgehalten.

Für den MDR ist Meißen noch immer ein herber Verlustfall. Der Sender kann von seinen Mietern auf Grund der Marktlage gerade mal 10 bis 12,50 Mark kassieren, muss den Investoren aber die vereinbarten knapp 16 Mark zahlen. Schätzungsweise jede vierte Wohnung ist überhaupt nicht vermietet. Auch für das MDR-Personal – die ursprüngliche Zielgruppe – ist der Wohnkomplex unattraktiv. Die Suche nach Untermietern „war bei den Mitarbeitern des MDR erfolglos“, hielt der Sender bereits im August 1995 in einem Brief fest.

Heute schimmert die MDR-Investitionsruine in fahlem Gelb und verwaschenem Rot, die Häuschen mit erkerähnlichen Vorbauten erinnern an Feriensiedlungen. Hier falle für den MDR pro Jahr ein Verlust von über einer Million Mark an, so ein Mitarbeiter. Bis zum Ablauf des Mietvertrags Ende 2005 wird sich das Gesamtdefizit auf vermutlich über zehn Millionen Mark addieren.

„Der große Reibach wurde am Anfang gemacht“, kommentiert der zeitweilige Eigentümer Wowra. Es habe „Männerfreundschaften“ gegeben, „das kaufmännische Geschick stand nicht im Vordergrund“, urteilt Rechtsanwalt Wolfgang Brähmer, der rund 80 Privatinvestoren im Prozess gegen den MDR vertreten hat.

Senderchef Reiter lässt Kritik an dem Projekt mit Sulke & Co. nicht gelten: Seine Partner seien in der Lage gewesen, „schnell den Bedürfnissen des MDR Rechnung zu tragen und Wohnungen zu errichten“, erklärt er dem SPIEGEL. Da 1992 in Dresden kaum Wohnraum existierte, habe sich der MDR „notgedrungen“ entschieden, selbst aktiv zu werden.

Rechtsanwalt Dudzik, der Tertia einst vertreten hatte, sieht sich „im Hinblick auf die obliegende anwaltliche Schweigepflicht“ außer Stande, Fragen zu beantworten, wie er dem SPIEGEL auf wiederholtes Befragen mitteilt. Er verweist auf seinen Mandanten.

Auch Unternehmer Sulke mag sich nicht äußern. Der Schweizer, der inzwischen ein kleines musikalisches „Comeback“ feierte, bekannte sich in einem Interview im August 1998 eher nebenbei zu seiner guten Geldquelle. Er versuche sich in Immobilien, sagte der Liederfreund damals unvermittelt: „Man muss ja von was leben.“

HANS-JÜRGEN JAKOBS, ANDREAS WASSERMANN

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

AUTOINDUSTRIE

Der Zetsche-Plan

Die Grundzüge der Chrysler-Sanierung stehen fest: Geplant sind Werkschließungen, Entlassungen und gemeinsame Plattformen mit Mitsubishi.

Die Herren lachten und scherzten und waren offenkundig bestens gelaunt. Wer die Autobosse Dieter Zetsche (Chrysler), Rolf Eckrodt (Mitsubishi) und Jürgen Hubbert (Mercedes-Benz) am vergangenen Montag in Tokio sah, konnte kaum auf den Gedanken kommen, dass sie sich zu einem Krisengipfel trafen, bei dem es letztlich um die Zukunft des gesamten Daimler-Chrysler-Konzerns ging.

Es war die erste Zusammenkunft des „Alliance Council“, in dem die Marken der Welt AG ihre künftigen Modellpläne abstimmen. Das Gremium soll jene Milliarden-Einsparungen verabreden, die Mitsubishi und Chrysler dringend brauchen, um aus der Verlustzone herauszukommen. Und die DaimlerChrysler-Chef Jürgen Schrempp als Beleg dafür benötigt, dass seine Vision von der Welt AG auch in der Realität funktionieren kann.

Zumindest Chrysler-Boss Zetsche konnte zufrieden sein, als er wieder in die USA zurückflog. Der Alliance Council hatte zwei Projekte entschieden, die einen ordentlichen Beitrag zu seinem Sanierungsplan leisten können. Mitsubishi und Chrysler werden bei Personenwagen künftig gemeinsame Plattformen verwenden.

Für die Kompaktklasse-Modelle (Mitsubishi Lancer, Chrysler Neon) ist Mitsubishi das „Center of Excellence“. Die Japaner entwickeln das Nachfolgemodell, dessen Chrysler-Variante sich dann vor allem durch ein eigenes Design unterscheidet. Die nächste Generation der Mittelklasse (Chrysler Sebring, Mitsubishi Galant) wird dagegen in den USA entwickelt und von den Japanern übernommen.

Damit stehen die wichtigsten Bausteine in Zetsches Sanierungsplan fest:

Gemeinsame Plattformen mit Mitsubishi bei Personenwagen und der Einsatz von Mitsubishi-Motoren (direkteinspritzende Benzinantriebe) bei den Geländewagen sollen in den nächsten Jahren mehrere Milliarden Mark Entwicklungskosten sparen.

Mindestens vier Werke werden geschlossen. Von 95 000 Arbeitsplätzen in den Fabriken werden bis zu 15 000 gestrichen, von den 30 000 Angestelltenjobs sollen 6000 wegfallen.

Die Preise, die Chrysler seinen Lieferanten zahlt, wurden ab Januar um fünf Prozent gesenkt und sollen in den nächsten beiden Jahren nochmals um zehn Prozent sinken.

Zetsche achtete vor allem darauf, dass er die schmerzhaften Einschnitte möglichst gleichmäßig verteilt, auf das eigene Unternehmen und die Lieferanten, auf Arbeiter und Angestellte, und bei den Werkschließungen sollen Fabriken in den Vereinigten Staaten, in Kanada, Mexiko und Brasilien betroffen sein. Der Plan hat allerdings einen Nachteil: Mit Ausnahme der gekürzten Lieferantenrechnungen, gegen die mehrere Zulieferer noch protestieren, bringen alle Maßnahmen keine schnellen Einsparungen.

Es wird zwei bis drei Jahre dauern, bis die neuen Gemeinschaftsmodelle mit Mitsubishi entwickelt sind. Und es dürfte auch etwas länger dauern, bis die Arbeitsplätze wirklich abgebaut sind.

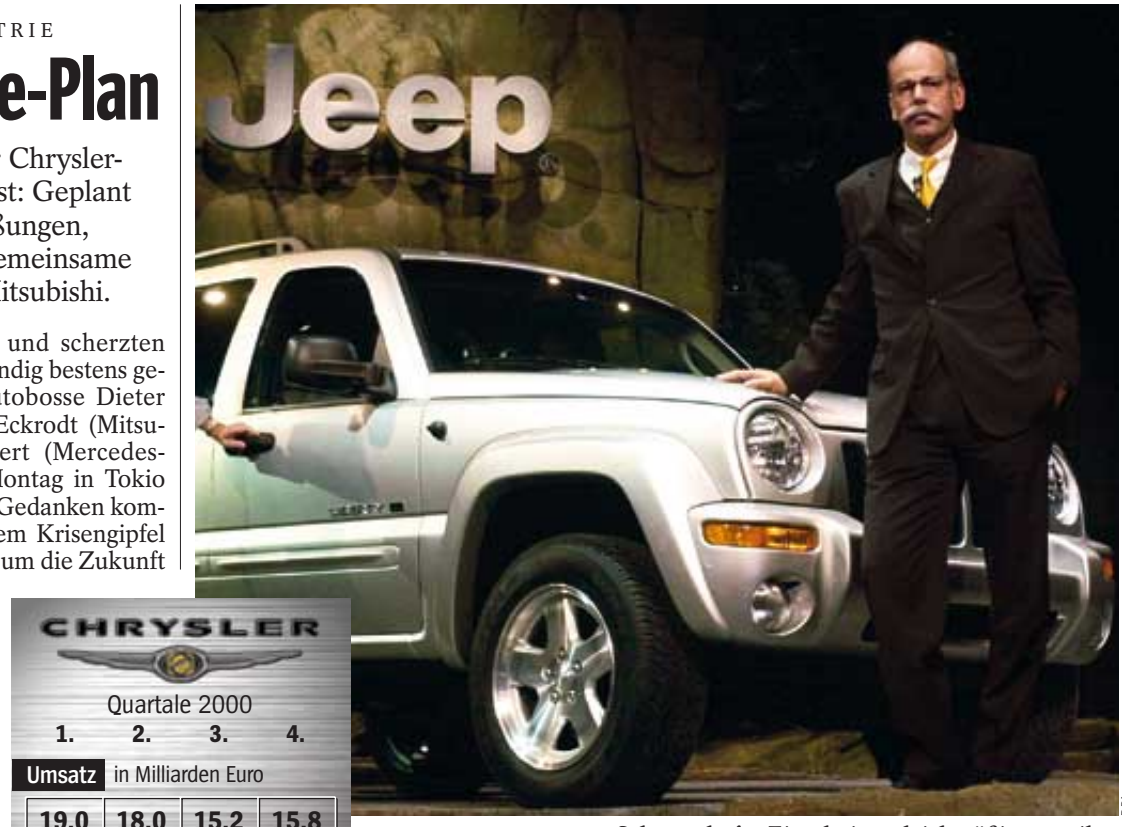
Die Fabrikarbeiter sind vor einem Rausschmiss geschützt. Chrysler hat sich in Verträgen mit der Automobilarbeiter-Gewerkschaft UAW verpflichtet, bis 2003 keine Arbeiter zu entlassen, und muss darauf setzen, frei werdende Stellen nicht mehr zu besetzen, oder Mitarbeiter mit Prämien zum freiwilligen Ausscheiden bewegen. Auch unter den Angestellten, die nicht unter dem Schutz des Gewerkschaftsvertrags stehen, will Zetsche Entlassungen weitgehend vermeiden und ein Frühpensionierungsprogramm anbieten.

Der Stellenabbau kostet zunächst viel Geld. Im Jahr 2001 wird Chrysler internen Planungen zufolge auf jeden Fall noch einen deutlichen Verlust ausweisen. Und selbst wenn alle Maßnahmen greifen, wird es bis 2004 dauern, bis Chrysler wieder so profitabel sein kann, wie es einst war. In der Stuttgarter Konzernzentrale wächst deshalb die Nervosität. „Wenn der Aktienkurs 48 Euro überschreitet“, spottet ein Finanzmann, „fragen wir immer: Wer kauft uns jetzt auf?“

Der Spott hat einen ernsten Hintergrund. Der DaimlerChrysler-Konzern ist derzeit wohl weniger wert als seine Einzelteile. Dies könnte Investoren zu einer feindlichen Übernahme ermuntern, um das Unternehmen anschließend aufzuteilen und den Mehrwert zu kassieren. Und die Hauptanteilseigner Deutsche Bank und der Staat Kuweit, deren Aktienpakete seit der Daimler-Chrysler-Fusion insgesamt sieben Milliarden Mark an Wert verloren haben, könnten einen Verkauf von Chrysler fordern, um die Aktie wieder nach oben zu treiben (siehe Seite 98).

Noch üben sie sich in Geduld. Noch wollen sie abwarten, bis Schrempp am 26. Februar den Sanierungsplan vorlegt. Vor allzu übertriebenen Erwartungen allerdings hat der Konzernchef intern schon gewarnt: „Eine schnelle Lösung kann es nicht geben.“

DIETMAR HAWRANEK



DPA

Chrysler-Chef Zetsche: *Schmerzhafte Einschnitte gleichmäßig verteilt*

CHRYSLER

Quartale 2000	1.	2.	3.	4.
Umsatz in Milliarden Euro	19,0	18,0	15,2	15,8
Gewinn / Verlust in Milliarden Euro	+1,35	+1,16	−0,58	−1,5

Beschäftigte* 125 000

*Stand: 30.09.2000

Werbeseite

Werbeseite

P. LANGROCK / ZENIT

Zentrale der Bankgesellschaft Berlin
„Die Hütte brannte lichterloh“

HAUPTSTADT

Der Milliarden-Bluff

Diskret hat die Bankgesellschaft Berlin einen Verlust von 1,5 Milliarden Mark bei ihrer Immobilientochter IBG wegbilanziert: Die Firma wurde dazu quasi neu gegründet – und soll an die Börse.

Endlich eine gute Nachricht für die Hauptstadt: Der Chef der Berliner Bankgesellschaft, Wolfgang Rupf, hat Gewinn erwirtschaftet. Und sein Institut, das zu 57 Prozent dem Land Berlin gehört, wird dem klammen Stadtstaat wohl auch in diesem Jahr eine Dividende zahlen.

Die schlechte Nachricht freilich hat der Bankchef verschwiegen: Die Gewinnausschüttung der Bank ist nur möglich, weil Rupf und seine Kollegen mit fragwürdigen Bilanztricks einen Verlust von 1,5 Milliarden Mark vertuscht haben.

Die abenteuerliche Geschichte, in deren Verlauf die Versager in der Chefetage zu Helden wurden, begann Ende vergangenen Jahres. Damals „brannte die Hütte lichterloh“, erinnert sich ein Bankmanager. Denn für die Konzerntochter IBG GmbH, in der ein Großteil der Immobilienengagements des Instituts gebündelt sind, „wird für das Jahr 2000 ein negatives Ergebnis vor Steuern von ca. DM 1,5 Milliarden eingeplant“, hieß es in der Vorlage für den Konzernvorstand vom 7. November 2000. Selbst das Eigenkapital der IBG, rund 500 Millionen Mark, würde „zum Ausgleich des negativen Ergebnisses nicht ausreichen“.

In anderen Worten: Die IBG mit 2165 Mitarbeitern war faktisch pleite, der Mutterkonzern hätte deshalb mindestens eine Milliarde Mark in die Gesellschaft pumpen müssen. Dadurch freilich wäre die Bank tief in die roten Zahlen gerutscht, an eine Dividende war nicht zu denken.

Doch mit Hilfe der Investmentbanker von J. P. Morgan haben Rupf und Co. die Zahlen auf den Kopf gestellt. Der raffinierte Trick kaschiert nicht nur den Verlust, in verändertem Gewand lässt er die Firma obendrein in neuem Glanz erstrahlen. In zwei, drei Jahren soll sie an die Börse.

Der Kern der kreativen Bilanzkosmetik ist die von der Bank in Windeseile gegründete Aktiengesellschaft IBAG, die zunächst freilich nur eine leere Hülle war.

Aus den Immobilienengagements der IBG GmbH, die in der Vorlage als IBG-alt bezeichnet wird, haben die Banker nun einzelne Engagements herausgepickt – vor allem Immobilienbeteiligungs-Gesellschaften wie zum Beispiel die Bavaria Objekt- und Baubetreuungs GmbH.

Die Bavaria entwickelt bundesweit Wohngebiete, Einkaufszentren, Seniorenheime und Bürokomplexe. Neben dem operativen Geschäft, also dem Kauf, der Entwicklung, dem Bau und der Vermarktung der Projekte, ist die Firma auch Mietgarantien und andere vertragliche Verpflichtungen eingegangen, die ihr immer wieder das Geschäft verhageln.

Bei anderen IBG-Töchtern ist die Situation ähnlich. Das operative Geschäft läuft, doch alte Verpflichtungen bergen die Risiken und bringen die Verluste.

In der Vorlage wird der Wert der auserwählten Firmen auf 1,6 Milliarden Mark „unter der Voraussetzung veranschlagt, dass die bewerteten Unternehmensteile von den derzeit in der Gruppe liegenden Risiken befreit sind“.

Der Mutterkonzern hat also die Engagements der IBG zweigeteilt. Die neue Aktiengesellschaft IBAG bekam die operativen Einheiten dieser Gesellschaft, also die von Altlasten befreiten Sahnestückchen.

Zuvor jedoch „sind die in Generalmietverträgen liegenden Risiken ebenso auf die IBG-alt zu übertragen wie die Verpflichtungen aus Höchstpreis- und Konditionengarantie“, heißt es in der Vorlage. Und so kam es: Die Verlust bringenden Verpflichtungen landeten bei der IBG-alt.

Durch diesen Kunstgriff konnten die Banker nun eine ganz andere Rechnung aufmachen. Denn vor der Zweiteilung standen dieselben Engagements, laut Vorstandsvorlage, mit nur 100 Millionen Mark in den Büchern. Nachdem die Risiken ausgelagert waren, stieg der Wert der von allen Altlasten bereinigten Tochterfirmen auf wundersame 1,6 Milliarden Mark, zumindest auf dem Vorstandspapier.

Nun folgte der Verkauf der Engagements an die neue IBAG. Der Erlös ist „vollständig zum Schutz der Bankgesellschaft zur Risikovorsorge in der IBG-alt einzusetzen“, heißt es in der Vorlage. Damit hatten sich die Verluste quasi in Luft aufgelöst.

Von roten Zahlen konnte nun auch in der Konzernbilanz keine Rede mehr sein. Obendrein ließ sich die Bankgesellschaft laut der Vorlage von der verkleinerten IBG-alt 310 Millionen Mark Eigenkapital zurückzahlen.

Der ganze Trick war jedoch nur unter einer Voraussetzung möglich. Die Bankgesellschaft durfte vor dem Verkauf der Engagements aus bilanzrechtlichen Gründen auf keinen Fall mehrheitlich an der neuen IBAG beteiligt sein.

Bankchef Rupf: *Angst vor dem Hauptaktionär*

SCHERHAUFER / IMAGES.DE

Und wie durch ein Wunder haben sich Finanzinvestoren gefunden, die den noch leeren Mantel der IBAG von dem Institut übernahmen. Wer die ominösen Geldgeber sind – dazu schweigt die Bank. Nur so viel verrät sie: Bei der Auswahl der Geldgeber wurde sie von J. P. Morgan beraten.

Die neuen Besitzer erhöhten das Kapital der IBAG um eine Milliarde Mark und kauften der Bankgesellschaft dann die aus-

gewählten Engagements der IBG-alt ab. Zusätzlich aber erwarben sie für die IBAG noch weitere Immobilienengagements aus anderen, nicht zur IBG-alt gehörenden Teilen des Konzerns. Der Kaufpreis stieg dadurch auf zwei Milliarden Mark – rund 500 Millionen Mark mehr, als die Bankgesellschaft für die IBG-alt benötigte.

Die Hauptstadtpresse nahm es positiv auf, „Bankgesellschaft macht Kasse“, titelte die „Berliner Zeitung“. Aus dem ursprünglichen Verlust war nun im Bild der Öffentlichkeit sogar ein Profit geworden.

Das war der gewünschte Effekt. Unter den in der Vorstandsvorlage aufgelisteten

DPA

Rennstrecke Lausitzring
Auch künftig Verluste?

„Vorteilen der geplanten Umstrukturierung“ ist unter anderem zu lesen: „Bereinigung des voraussichtlichen Ergebnisses der IBG für das Jahr 2000 und damit Schaffung einer Basis für die notwendige Erfolgsstory der IBG sowie hohe Ausschüttungen an den Konzern“.

Der Bankgesellschaft freilich bleibt die Last der IBG-alt, samt ihrem Sammelsurium von Verpflichtungen und faulen Engagements, wie beispielsweise der verlusträchtigen Rennstrecke Lausitzring, an der die IBG-alt zu 67 Prozent beteiligt ist.

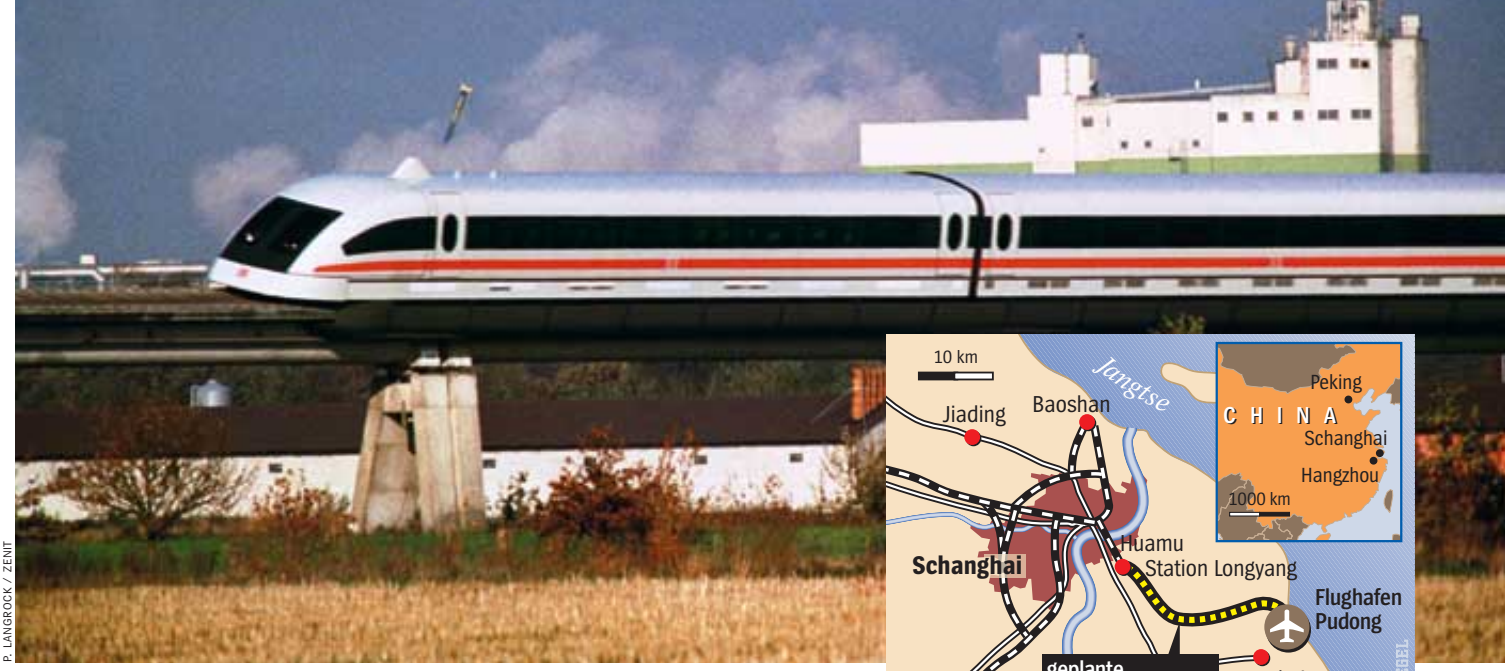
Trotzdem hofft die Bank laut der Vorlage, dass „nach diskreter Lösung der Hausaufgaben bei der IBG“ ein Zusammenschluss mit der IBAG möglich ist.

Das Institut bestätigte, dass der in ihren Augen legale Deal in wesentlichen Zügen entsprechend der Vorlage umgesetzt wurde. Lediglich Details hätten sich geändert, so sei ein geplanter Kredit von 1,25 Milliarden Mark an die IBAG auf etwa ein Zehntel dieses Volumens reduziert worden.

Eine – halbwegs – gute Nachricht bleibt nachzutragen: Immerhin haben Rupf und seine Vorstandskollegen angesichts der prekären Lage lange diskutiert, ob sie die Risiken nicht offen legen, einige Jahre lang keine Dividende zahlen – und ihr Geschäft von Grund auf sanieren sollen.

Die schlechte Nachricht freilich ist: Am Ende siegte die Angst vor dem Hauptaktionär. Seinen Kollegen gegenüber sagte Rupf resigniert: „Wenn ich weiß, dass ich mir an einer Wand den Kopf blutig schlage, dann renn ich nicht dagegen.“

Wolfgang Reuter, Mathew D. Rose



P. LANGROCK / ZENIT

Transrapid beim Testeinsatz im Emsland: *Vom Ladenhüter zum Verkaufsschlager?*

ZUKUNFT

Im Tiefflug ans Ziel

Durchbruch für die Magnetschwebebahn Transrapid? Nach dem Vertragsabschluss in Schanghai melden Investoren aus aller Welt ihr Interesse an.

Das Silvesterfest und die ersten Wochen des Jahres verbringt Siemens-Chef Heinrich von Pierer gern weit weg von seinem Münchner Amtssitz am Wittelsbacher Platz – in Asien.

Während Kollegen anderer Großkonzerne im Engadin oder am Arlberg durch den Tiefschnee pflügen, beobachtet der Siemens-Boss mit seiner Frau Garküchen in Hongkong oder Bangkok und befragt seine Statthalter vor Ort nach den neuesten Trends. Schließlich will Pierer in der Boom-Region schon bald ein Fünftel des Umsatzes erwirtschaften.

Sein letzter Trip nach Indonesien, Vietnam und China hat sich für den Konzern schon jetzt bezahlt gemacht. Pierer gelang innerhalb weniger Tage, was 20 Siemens- und Thyssen-Manager zuvor wochenlang vergebens versucht hatten: die Chinesen zum Kauf des Transrapid zu bewegen.

Bereits am 9. Januar konferierte der Siemens-Chef in Peking anderthalb Stunden lang mit dem chinesischen Premierminister Zhu Rongji. Der stolze Regierungschef wollte den Vertrag jedoch nur unterzeichnen, wenn auch die Bundesregierung einen Beitrag zu dem 2,5-Milliarden-Mark-Deal leistet.

Zurück in Deutschland, besuchte der Siemens-Boss den Bundeskanzler in Berlin und luchste ihm 200 Millionen Mark ab. Als die Chinesen weitere Verhandlungsbereitschaft signalisierten, wäre das Geschäft fast noch am Flugplan gescheitert. Weil die Maschine ab Frankfurt zu spät in Peking eingetroffen wäre, musste Pierer vorletzten Samstag per Charter nach Zürich fliegen, um rechtzeitig zum Vertragsabschluss im Präsidentenpalast einzutreffen.

Pierers Pendeldiplomatie hat der Magnetschwebebahn neuen Schub verpasst und könnte den Ladenhüter langfristig doch noch zu einem Verkaufsschlager machen. Seit das umstrittene Projekt vor gut 30 Jahren begonnen wurde, galt der Turbozug als Symbol für Umweltfrevel und technologischen Größenwahn. Politiker und Naturschützer geißelten den bis zu 500 Stundenkilometer schnellen Magnetflitzer als unrentablen Landschaftsfresser.

M. DANNENMANN

Siemens-Chef Pierer
Vom Kanzler 200 Millionen besorgt

Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Anti-Stimmung im Februar vergangenen Jahres, als Bahnchef Hartmut Mehdorn und die Bundesregierung das Aus für die geplante Pilotstrecke von Berlin nach Hamburg beschlossen. Die knapp 300 Kilometer lange und bis zu neun Milliarden Mark teure Route erschien den Experten auf Dauer zu unwirtschaftlich.

Doch nun erfreut sich der längst totgesagte, hoch subventionierte Hightech-Schlitten auf einmal steigender Beliebtheit, nicht nur in Schanghai, wo ab 2003 drei Züge in nur sieben Minuten den Flughafen Pudong mit der Vorort-U-Bahn-Station Longyang verbinden sollen (siehe Kasten). Bei den Transrapid-Managern geben sich die potenziellen Kunden neuerdings die Klinke in die Hand.

Bereits vergangene Woche besuchte eine Delegation aus Baltimore und Washington das Berliner Transrapid-Konsortium. Die Amerikaner möchten den Zug gern auf der 64 Kilometer langen Strecke zwischen den US-Metropolen einsetzen, um ihre Chancen für die Ausrichtung der Olympischen Spiele im Jahr 2012 zu erhöhen. Auch in Pittsburgh überlegen Nahverkehrsmanager, den Flughafen per Transrapid an die City anzubinden. Und: Noch im Februar wollen die Holländer entscheiden, ob sie künftig Fahrgäste vom Airport Amsterdam-Schiphol aus per Magnetschwebebahn in die Provinzstadt Groningen bringen.

Selbst im fernen Australien liebäugeln die Behörden mit dem Megazug made in Germany. Die Regierung in Sydney plant, ein 70 Kilometer entferntes Industriezentrum per Transrapid an die City anzukoppeln. Verwirklichen auch noch die Chinesen den Plan, ihre Schnellbahnstrecke ins 1300 Kilometer entfernte Peking weiterzu-

führen, müssen Siemens und Thyssen ihre Werke wohl kräftig ausbauen.

Das plötzliche Interesse an dem Hochgeschwindigkeitszug kommt für Branchenkenner keineswegs überraschend. Die Transrapid-Macher haben in den vergangenen Jahren beim Marketing für ihren Schienenturbo dazugelernt.

Früher empfahlen sie den Transrapid als Alternative zum Flugzeug für längere Strecken. Doch die hohen Investitionskosten schreckten potenzielle Interessenten ab. Auch reicht das Fahrgastaufkommen in vielen Regionen der Welt nicht aus, um das Geld wieder hereinzufahren.

Neuerdings propagieren die Anbieter ihren Vorzeigezug als ideales Gefährt für stark frequentierte Kurzstrecken – und können sich vor Anfragen kaum retten. Statt auf dem Weg zum Airport oder in die Innenstadt im Stau zu stehen oder in stickigen S-Bahnen zu schmoren, sollen die Gäste quasi im Tiefflug ans Ziel gelangen, vorausgesetzt, sie haben das nötige Kleingeld.

Transrapid-Kritiker, etwa bei den Grünen, fordern deshalb, die geplanten deutschen Strecken im Ruhrgebiet und in München zu streichen und die gesparten Milliarden für die Bahn einzusetzen. Doch der nordrhein-westfälische Regierungschef Wolfgang Clement und sein bayerischer Kollege Edmund Stoiber wollen davon nichts wissen. Geht es nach dem CSU-Chef, soll der Superflitzer schon bald den Münchner Hauptbahnhof mit dem boomenden Bayern-Airport verbinden und Stoibers Image als selbst ernannter Hightech-Pionier festigen.

Sein Widersacher Clement argumentiert, nach dem Projekt in Schanghai müsse zwischen Düsseldorf und Dortmund dringend eine Regionalstrecke gebaut werden. „Unser Ziel ist: Bis 2006 – zu Deutsch: zur Fußball-Weltmeisterschaft – soll das Ding hier laufen“, bekräftigte der SPD-Mann vorige Woche.

Ob der Magnetzug tatsächlich durch den Ruhrpott saust, bleibt abzuwarten. Trotz des Exporterfolgs in China überlegt Bundesfinanzminister Hans Eichel schon, ob er mit den rund fünf Milliarden Mark, die für eine deutsche Transrapid-Strecke reserviert sind, nicht besser das marode Schienennetz der Bundesbahn saniert.

Sollte Eichel seinem Parteifreund die Zuschüsse verweigern, könnte am Ende doch Stoiber die Nase vorn haben. Der hat eine Firma vor der Haustür, die im Auftrag eines Transrapid-Partners schon mal untersucht hat, wie sich die geplante, rund drei Milliarden Mark teure Flughafenstrecke privat finanzieren ließe – die Münchener Rückversicherung.

DINAH DECKSTEIN

Kurze Reise

Ein Dorf am Rande der Metropole Schanghai soll Endstation für den Superzug Transrapid werden.

Vor zwei Jahren ist Bauer Tian aus der Provinz Henan nach Schanghai gekommen, weil er in seiner Heimat keine Arbeit mehr fand. Die Suche nach einem neuen Auskommen verschlug ihn nach Huamu, dem „Dorf der Blumen und Bäume“, einem der östlichen Außenbezirke von Schanghai.

Dort verdienen Einwohner seit rund 400 Jahren ihren Lebensunterhalt in Gärtnereien. Tian mietete sich für 250 Yuan (64 Mark) im Monat einen Raum im Erdgeschoss eines zweistöckigen Hauses und für zusätzliche 150 Yuan die Fläche davor. Seither verkaufen er und seine Frau grüne Keramiktöpfe und blau-weiße Porzellanschalen mit Drachenmustern.

Doch nun macht sich Tian große Sorgen um seine Zukunft als Kleinhändler. Just in Huamu wollen Chinas Obere beweisen, dass sie bereit sind für den Sprung ins neue Jahrtausend – mit einem technischen Wunderwerk aus Deutschland, das sich Tian so recht nicht vorstellen kann. Nur eines weiß er: Es ist über 400 Stundenkilometer schnell und braucht zum Flughafen nur ein paar Minuten.

J. SIEFKE

Siedlung in Huamu
„Es wird sehr schnell gehen“

Huamu wird Endstation der rund 30 Kilometer langen Strecke vom neuen Flughafen in die Stadt. Händler Tian muss dem Fortschritt weichen und sich erneut nach anderer Arbeit umsehen.

Trotz des poetischen Namens machen düstere braune und graue Häuser Huamu zu einem unwirtlichen Ort. Zwischen ihnen liegen Gärten und kleine Baumschulen. An einer Mauer fordert eine Parole: „Voranschreiten zur vollständigen Entwicklung“.

Von der jüngst eröffneten Station Longyang-Straße verbindet die von deutschen Firmen gebaute U-Bahn-Linie Nummer 2 den Ort mit dem Zentrum. In wenigen Jahren soll sie bis zum Flughafen Pudong weiterfahren. Am Ortsrand mauern Arbeiter bereits ein Depot für die Züge, die kurz hinter dem Dorf aus dem Tunnel an die Oberfläche rollen.

Nun kommt noch der Transrapid dazu. Vorsorglich haben Funktionäre schon vor Wochen 168 Familien in Huamu angekündigt, sie sollten sich auf einen Umzug vorbereiten, weil ihre Häuser abgerissen werden müssten.

„Sie haben uns gesagt, wenn die Entscheidung für diesen Zug fällt, wird es sehr schnell gehen“, berichtet Luo Yingdi, die in Huamu seit ihrer Kindheit wohnt. Wo sie eine neue Heimat finden wird, weiß sie nicht. „Wir haben keine Ahnung, was aus uns werden soll.“

Warum ausgerechnet Huamu Endstation des Transrapid werden soll, fragt sich keiner in dem Ort. Die Einwohner wissen nicht, dass der Zug, der alle zehn Minuten zum Flughafen losrasen und für wenige Sekunden auf 505 Kilometer in der Stunde beschleunigen kann, ursprünglich nur über sie hinwegzischen sollte.

Doch die Planer haben inzwischen die Strecke gekappt. „Die Trasse sieht in der Innenstadt nicht schön aus, außerdem könnte der Lärm zu stark werden“, begründet Lin Guobin vom Shanghai Maglev Transportation Development die Entscheidung.

Womöglich gibt es noch einen anderen Grund, warum die Planer die Passagiere in Huamu zum Umsteigen zwingen wollen: Genau da, wo der Zug weiter in Richtung City hätte schießen sollen, erhebt sich ein neues Wohnviertel für rund 20 000 wohlhabende Chinesen. Im „City-Garden“ sollen auf 70 000 Quadratmeter Fläche nicht nur schicke Apartments, sondern auch Tennisplätze, Parks und Teiche entstehen. Von den bereits fertig gestellten Blöcken wehen riesige rote Banner mit gelben Schriftzeichen: „Willkommen – ziehen Sie ein“.

Bauherr des ganz in Rosa und Weiß gehaltenen Komplexes ist das Unternehmen Wan Bang, das 1,5 Milliarden Yuan investiert hat. Bevor der Präsident 1998 Armee und Polizei befahl, sich aus der Geschäftswelt zurückzuziehen, gehörte die Baufirma dem Ministerium für Öffentliche Sicherheit.

ANDREAS LORENZ

Werbeseite

Werbeseite

PRESSE

Brokercup mit Fehlstart

Ein groß angelegtes Börsenspiel des TV-Senders N24, des Billigbrokers Systracom und der Zeitung „Euro am Sonntag“ startete vorige Woche mit einer peinlichen Panne. Schon nach zwei Tagen musste der „Brokercup“ abgebrochen und neu gestartet werden, die bis dahin vorn platzierten Mitspieler verloren ihre gute Position beim Kampf um die 500 000 Mark Gesamtgewinnsumme. Die mit der Abwicklung betraute E.multi Digitale Dienste AG räumte gegenüber den Tausenden von Mitspielern einen „Konzeptionsfehler“ ein: Zu viele Hobbybroker hätten die anfängliche Möglichkeit genutzt, Aktienorders innerhalb von 15 Minuten rückgängig zu machen. Die Systeme waren überfordert, nicht alle Transaktionen wurden korrekt ausgeführt. Nun können Orders nur innerhalb von 30 Sekunden storniert werden. „Glücklich sind wir alle nicht“, sagt eine Managerin der auf Online-Börsenspiele spezialisierten Firma E.multi, die zu 30 Prozent der Kinowelt Medien AG gehört. Dessen Großaktionär Michael Kölmel ist Gesellschafter bei „Euro am Sonntag“.

W. M. WEBER

Kölmel, „Euro am Sonntag“

ACTION PRESS

Setlur, Gottschalk

FERNSEHEN

Misstöne bei Gottschalk

Thomas Gottschalk auf Zickzackkurs: Eine Woche lang wollte der Showstar beim Grand Prix d’Eurovision gegen Zlatko ansingen, nach Spekulationen über Schummeleien bei der letzten „Wetten, dass…?“-Show aber kippte er den Plan. „Ich hisse die weiße Flagge und ergebe mich“, schrieb er in einem Brief an die „Bild“-Leser. Auch das ZDF hatte einen Imageschaden für Gottschalk befürchtet. „Was als Spaß begonnen hat, ist jetzt bitterer Ernst geworden“, klagt ein Sendermanager, „eine lustige Wette wurde zur Staatsaffäre hochgespielt.“ Für Ärger sorgte der Verdacht, Gottschalk habe seine Saalwette am vorvergangenen Samstag absichtlich verloren, nur um beim Grand Prix anzutreten. 50 Personen sollten ein Fußballtrikot von Matthäus oder Maradona, ein Biolek-Kochbuch, eine Sabrina-Setlur-CD und eine Post-Aktie mitbringen. Zwar kamen über 50 Leute, jeder aber hatte – entgegen den Regeln – mindestens einen Gegenstand selbst gebastelt. Da machte das ZDF nicht mit, ließ jedoch 14 Wetthelfer für ein Schlussfoto auf die Bühne. Die anderen blieben ausgesperrt – und beschwerten sich. Einen solchen Rummel um „Wetten, dass…?“ hat es lange nicht gegeben. Der Klassiker büßte im Jahr 2000 sogar mit 44,7 Prozent Marktanteil gegenüber dem Vorjahr (49,9 Prozent) deutlich ein; Ideen wie eine eigene Gottschalk-Zeitung verschwanden. Nun will der 50-Jährige sein Liedchen („’ne Dosis Guns’N’Roses“) bei der nächsten „Wetten, dass…?“-Show vortragen: Gottschalk, wie er singt und lacht.

RADIO

„Eltern tätowieren und piercen lassen“

Moderatorin Daniela („Dörti Dani“), 26, von Kiss FM über neue Krawallprogramme im Berliner Radiokrieg

SPIEGEL: Kürzlich hieß es bei einem Berliner Sender: „Ich heirate einen Obdachlosen.“ Sie selbst rufen Ihre Hörer auf, sich für 1000 Mark in einen Affenkäfig sperren zu lassen. Geht es eigentlich noch geschmackloser?
Dörti Dani: Klar. Demnächst sollen unsere Hörer zehn Frauen in der Spree die Haare waschen, auch dafür gibt’s 1000 Mark. Eine andere Idee: Die Hörer lassen ihre Eltern tätowieren und piercen.
SPIEGEL: Wo denn?
Dörti Dani: Am Bauchnabel. Zum Hodenpiercing lässt sich ja wohl kein Vater überreden.

BILD ZEITUNG

„Dörti Dani“

SPIEGEL: Und Kiss FM überträgt live die Schmerzensschreie?
Dörti Dani: Wir lassen uns nichts entgehen.
SPIEGEL: Wo liegen die Grenzen im Gerangel um Marktanteile?
Dörti Dani: Die Grenze ist da, wo Menschen zu Schaden kommen. Auch Tiere töten kommt bei uns nicht vor.
SPIEGEL: Einen Hörer haben Sie sogar eine Maus in die Mikrowelle legen lassen.
Dörti Dani: Das war „Extrem-Mikrowelling“, die Maus war schon vorher tot.
SPIEGEL: Ist man nach so einem Job für das spätere Berufsleben überhaupt noch zu gebrauchen?
Dörti Dani: Im Fernsehen wird es doch auch immer wilder. Außerdem glaube ich, dass die Leute erkennen, wenn man seinen Job professionell macht.

Neue Narrenweisheit

Wie geht es weiter mit Boris und seinem angeblichen Blasebalg in London? Ist die Becker-Ex Babs bald die neue Mutter Beimer in der „Lindenstraße“, wie „Bild“ vermutet? Hat Hildegard Hamm-Brücher, 79, in ihrer Jugend im „Blauen Engel“ gekellnert? Schreibt Trainer Christoph Daum demnächst ein rückblickendes Buch über falsche Ernährungsgewohnheiten mit dem Titel „Schnee von gestern“?

Nichts Genaues weiß man nicht, nur das eine: Die Geschichten, die über den medialen Boulevard ins Haus kommen oder noch kommen könnten, werden auf der zum Wahnsinn offenen Kicherskala höchste Bebenwerte erzielen.

Zu komisch. Bloß nicht für professionelle Witzemacher. Denn wenn die Welt närrisch wird, brechen für die Narren schwere Zeiten an. Schon jetzt wirken die klassischen TV-Ulknudeln von Stefan Raab bis zu den Comedians der „Wochenshow“ leicht angestrengt. Wenn sie nicht aufpassen, könnte das Publikum schon bald sagen: Nein danke, Anke.

Der Erste, der das bemerkt hat, ist Harald Schmidt. Er schaltet um auf „Post-Comedy“ („SZ“) und betreibt immer intensiver Bildungsfernsehen: Letzten Donnerstag erklärte er „Hamlet“, davor blendete er Kant ein, erläuterte Hermann Hesses Prosa und informierte über die Karpaten.

Die Narren stürzen sich auf abendländische Bildung. Schon bald könnten karnevalistische Prunksitzungen zu Schulstunden werden. Was heißt Alaaf eigentlich auf Altgriechisch?

FOTOS: BBC

Rolling Stones Mick Jagger, Brian Jones, Charlie Watts (1967)

PROJEKTE

Burger-King Elvis

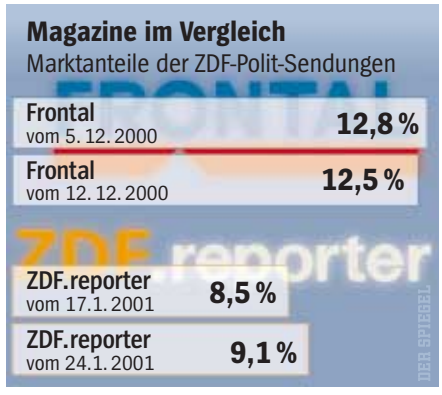
In der Pfanne brutzeln fettige Hamburger, dazu schmalzt King Elvis „Are You Lonesome Tonight?“: So beginnt BBC World, unter dem Titel „Dancing in the Street“, eine monumentale TV-Dokumentation über die Geschichte der Rockmusik. In zehn Folgen (ab 3. Februar jeweils um 9.10 Uhr, 13.10 und 21.10 Uhr) kommen Zeitzeugen wie die Achtziger-Jahre-Ikone Debbie Harry zu Wort. Elvis Presleys ehemalige Köchin Mary Jenkins erzählt von der maßlosen Fresslust des Burger-Kings, andere Akteure berichten über Entstehungsgeschichten, Querelen und Exzesse der Gruppen. Mit riesigem Aufwand haben die BBC-Reporter vier Jahre lang Sänger und Musiker zwischen Chicago, Jamaika und London vor die Kameras geholt. Historische Aufnahmen zeigen die Anfänge von Pop-Legenden wie Bob Dylan, den Beatles und den Rolling Stones. Am Rande mokiert sich die BBC auch über sich selbst: Ein Radiokonzert der Rolling Stones für die BBC wurde 1962 mit der Begründung abgelehnt, ihr Gesang klinge „zu schwarz“. Gezeigt werden die „Rock Years“ als spannende Umbruchphase. „Besser kann Fernsehen nicht sein“, rühmte die „New York Times“ das einmalige Projekt.

Debbie Harry

QUOTEN

„Langer Weg zur Qualität“

Das neue Reportagemagazin im Zweiten, „ZDF.reporter“, schwächelt noch. Nicht nur was die Qualität der Beiträge angeht (Tagesspiegel: „Wundertüte ohne Wunder“), sondern vor allem in Hinblick auf die Quote. Mit 2,93 Millionen Zuschauern, die einem Marktanteil von 9,1 Prozent entsprechen, lag auch die zweite Ausgabe des Mittwochs-Magazins unter der erwarteten Hürde von drei Millionen. Bei den 14- bis 49-Jährigen, die das ZDF mit dem Magazin vor allem ansprechen will, erreichte die Sendung einen Marktanteil von nur 5,5 Prozent. Das ist vor allem im Vergleich zum altgedienten „Frontal“ („Noch Fragen, Kienzle?“), das am Dienstag, ebenfalls um 21 Uhr, lief, wenig. Dessen letzte Folgen hatten bei Jungsehern im Schnitt deutlich über 6 Prozent, insgesamt sogar über 12 Prozent Marktanteil. Moderator Steffen Seibert, 40, ist trotzdem zufrieden: „Die zweite Sendung hatte bessere Quoten als die erste. Und ich habe immer gewusst, dass es ein langer Weg ist, bis eine neue Qualitätssendung etabliert ist.“



Vorschau

Romeo
Montag, 20.15 Uhr, ZDF

Eines der dunkelsten Kapitel der DDR-Spionage ist der Einsatz so genannter Romeos, mit fingierter Identität in der BRD lebender Agenten, die sich an Frauen, die als Sekretärinnen in wichtigen Behörden arbeiteten, heranmachten, um sie abzuschöpfen. Ruth Toma (Buch) und Hermine Huntgeburth (Regie) erzählen solch eine Geschichte von brutaler Liebesausbeutung. Lotte (Martina Gedeck), ein biederes Mädchen aus streng katholischem Milieu, wird das Opfer des gut aussehenden Hermann (Sylvester Groth). Sie erliegt seinem Liebeswerben, lässt sich auf die Spionagearbeit ein und erträgt die Lügengeschichten ihres Freundes, der sie auf Geheiß des MfS mit einer fingierten Hochzeit in der DDR zu seiner Ehefrau macht. Als sie schwanger wird, taucht er endgültig ab. Erst als Lotte lange nach der Wende der Prozess gemacht wird, taucht der Kerl wieder auf – als Zeuge und anderweitig verheirateter Mann, denn seine Taten sind im Gegensatz zu denen Lottes verjährt. Fassungslos müssen Mutter und Tochter (Katrin Bühring) solche Ungerechtigkeit mit ansehen. Der Film tut das einzig Richtige: Er lässt die Geschichte für sich sprechen und greift nicht zu sentimentaler Verstärkung. Gedeck legt alle Dimensionen der unglücklichen Heldin frei: sexuelle Abhängigkeit, betrogene Liebessehnsucht und Bitternis. Groth spielt den Romeo als aalglatten und zugleich samtenen Biedermann, in dem nichts anderes als ein Spießer steckt. Das Einzige, was ihn wirklich betrübt, sind seine verlorenen Rentenansprüche im Westen, die er während seines Auftrages mit seinen Tarnbeschäftigungen erwarb. Ein leiser, packender Film und ein TV-Ereignis, das Quote gegen das RTL-Millionärsquiz verdient hätte.

Lotte-Darstellerin Gedeck

Dich schickt der Himmel
Dienstag, 20.15 Uhr, Sat.1

Raffael, Postbote und Hundeverfolgter (Max Tidof), wird von einem Lkw überrollt und kann die Liebe mit Blumenmädchen Lara (Laura Tonke) nicht mehr ausleben. Doch, lieber Himmel, das Fernsehen ist nicht nur von dieser Welt: Raffael wird Liebesengel, hilft gemäß einem Auftrag aus dem Jenseits einem verklemmten Liebespaar auf die Sprünge, und plötzlich ist tot nicht mehr mausetot. Der Film von Hagen Mosch erosch (Buch) und Ute Wieland (Regie) braucht ziemlich lange zur Exposition seiner überirdischen Dramaturgie, aber dann wird es schön gefühlvoll. Der Himmel ist gnädig, vielleicht der Zuschauer auch.

Versunkene Welten – Die Geschichte der Archäologie
Mittwoch, 23.05 Uhr, Nord III

Welche Zufälle waren es, von denen die Forscher angestachelt wurden, im Dreck zu buddeln? Warum können wir eigentlich so sicher sein, dass die ersten Vormenschen vor über vier Millionen Jahren über den Planeten wanderten? Der britische Wissenschaftler John Romer schildert im ersten Teil der Dokumentationsreihe die Geburtsstunde der Archäologie. Ein gelungener Versuch dieser noch vergleichsweise jungen Zunft, vom angestaubten Image wegzukommen.

Zwei unter einem Dach
Freitag, 20.15 Uhr, ARD

Die beiden Rentner Walter (Otto Schenk) und Eberhard (Klausjürgen Wussow), der eine ein sitzen gelassener Chaot, der andere ein eleganter Witwer, leben Tür an Tür, in Hassliebe verbunden. Als der gemeinsame Enkel die Ferien bei Eberhard verbringen soll, entbrennt ein kreativer Wettstreit um die Gunst des Jungen. Ganz in der Tradition der Lausbubenschmonzetten,

Wussow, Schenk

in den siebziger Jahren mit Peter Weck vor der Kamera, heute als Regisseur dahinter, tritt auch noch eine bezaubernde Lehrerin (Suzanne von Borsody) auf den Plan, um deren Zuneigung die Opas buhlen. Und ein böser Schuldirektor, dessen üble Intrigen es zu bekämpfen gilt. Hinterher sind natürlich alle Figuren glücklich vereint, und wir dürfen beruhigt ins Wochenende starten.

Am Ende der Gewalt
Sonntag, 23.35 Uhr, ARD

Unter mysteriösen Umständen überlebt Mike Max (Bill Pullman), Produzent von Hollywood-Actionreißern, die Entführung durch zwei Killer. Seine Peiniger werden tot aufgefunden, er taucht unter und gilt als verschollen. Ex-Nasa-Wissenschaftler Ray (Gabriel Byrne) arbeitet heimlich an der totalen technischen Kontrolle der Bevölkerung und wird in seinem Observatorium Zeuge der Tat. Allmählich kommt er skrupellosen Machenschaften auf die Spur. Er schafft es, Mike eine FBI-Akte zu senden, steht jedoch unter Beobachtung. Regisseur Wim Wenders nimmt sich Zeit für ein ausführliches Psychogramm. Er verzichtet auf bluttriefende Bilder – so gerät das spannende Werk, das leider im Kino floppte, zur nachdenklichen Analyse über Gewalt.

BUENA VISTA

Szene aus „Am Ende der Gewalt“

P. LANGROCK / AGENTUR ZENIT

Springer-Verlagshaus in Berlin: *Den meisten Neulingen fehlt es an der nötigen Erfahrung*

PRESSE

Der Kampf geht weiter

Um politisches Profil zu gewinnen, hat sich die neue Führungsmannschaft des Springer-Verlags auf die Kontroverse um Joschka Fischers Vergangenheit gestürzt. Jetzt muss sie feststellen, dass sie auf die falsche Debatte gesetzt hat – plötzlich gerät die eigene Geschichte in die Diskussion.

Damit es keine Missverständnisse gibt: Über „Bild“, „Welt“ und die anderen Springer-Blätter möchte Peter Boenisch nicht reden. Selbst wenn es da natürlich einiges zu sagen gäbe. Vor allem, wenn man von 1961 bis 1971 selbst Chefredakteur der „Bild“-Zeitung war und dem Konzern immer noch, auch mit 73, als Aufsichtsrat verbunden ist.

Nein, er will sich allenfalls über die wilden sechziger und siebziger Jahre äußern, als er und „Bild“ auf der „anderen Seite der Barrikade“ standen. „Wissen Sie“, sagt Boenisch, „manchmal komme ich mir vor wie ein Frontsoldat, der 20 Jahre nach Kriegsende aus dem Dschungel auftaucht und auf eine Garde junger Historiker trifft, die den Krieg nicht miterlebt haben und ihm erzählen wollen, wer wo damals geschossen hat.“

Er hat seinen Frieden mit der Vergangenheit geschlossen. „Fischer war, wie er war, und er ist, wie er ist“, kommentierte Boenisch Anfang Januar in der „Bild“-Zeitung, als die ersten Prügel-Fotos des späteren Außenministers veröffentlicht wurden: „Heute entscheiden allein seine diplomatischen Ergebnisse und nicht die Bilder aus einer beiderseits gewalttätigen und hasserfüllten Vergangenheit.“

Die versöhnlichen Worte des Altmeisters stießen im konservativen Zeitungshaus nur bedingt auf Zustimmung. „Ein klassischer Fall von Altersgüte“, spottete der als Hardliner bekannte Georg Gafron, seit Anfang des Jahres Chefredakteur der Berliner „B.Z.“.

„Glücklicherweise wird auch Gafron älter“, kontert Boenisch, der die Debatte über Fischers Vergangenheit in „ihrer Breite und Hektik für maßlos“ hält. Um dann gleich klarzustellen, dass er damit auf keinen Fall die aktuelle Berichterstattung der Springer-Blätter gemeint habe. Natürlich nicht. Auf keinen Fall.

Dort hat sich vor allem der neue „Welt“-Chef Wolfram Weimer, 36, als unerbittlicher Richter über die Vergangenheit des Außenministers hervorgetan: „Fischers Beichte zeigt keine Reue … Wie will er unser Land in aller moralischen Integrität vertreten? Muss er ausgerechnet Außenminister sein?“

DPA

Verlegerin Springer, Kanzler Schröder: *Unübersichtliche Lage*

DPA (li.); ULLSTEIN BILDERDIENST (re.)

Anti-Springer-Proteste in Hamburg und Berlin (1968): *„Polizeihiebe auf Krawallköpfe, um den Grips locker zu machen“*

Weimer ist einer von fünf Chefredakteuren, die bei Springer in den vergangenen Wochen und Monaten ihr Amt angetreten haben. In einer beispiellosen Verjüngungskur hatte sein Vorgänger Mathias Döpfner, 38, inzwischen Zeitungsvorstand und designierter Vorstandsvorsitzender, etliche seiner Top-Journalisten ausgewechselt. Für die neue Führungsriege ist die Fischer-Kontroverse die erste Gelegenheit, sich politisch zu profilieren.

Und schon zeigen sich die Risiken des radikalen Generationswechsels. Den meisten Neulingen fehlt es an der nötigen Erfahrung. Unbekümmert wollen sie ein Maximum an Aufmerksamkeit erreichen – und riskieren damit, dass Europas größtes Zeitungshaus wieder in die Rolle der „reaktionären Springer-Presse“ der sechziger und siebziger Jahre gedrängt wird.

„Früher wurden wir in der Öffentlichkeit wie Lepra-Kranke behandelt“, sagt ein hochrangiger Springer-Journalist, „und wenn die Neuen so weitermachen, wird das bald wohl wieder so sein.“

Dabei ist die Lage unübersichtlich. Von einer einheitlichen Kampagne gegen die rot-grüne Regierung in Berlin kann keine Rede sein – sehr zum Kummer von Springer-Großaktionär Leo Kirch, einem engen Vertrauten von Altkanzler Helmut Kohl. Vergebens mahnte der Münchner Filmhändler im Dezember am Rande einer Aufsichtsratssitzung in Berlin eine entschiedenere Haltung gegenüber der Regierung an.

Doch Friede Springer wollte sich darauf nicht einlassen. Die Chefredakteure seien für die publizistische Linie ihrer Blätter verantwortlich, fertigte sie den ewigen Rivalen ab. Die Witwe des Verlagsgründers hält die Mehrheit am Springer-Konzern.

Der Kanzler in Berlin – selbst unter zunehmendem Druck – will an so viel Liberalität nicht glauben. In der „Zeit“ warf Schröder vergangene Woche dem Hamburger Konzern eine gezielte Kampagne gegen die Regierung vor. Die neuen Leute bei Springer wollten den Verlag „offenkundig“ politisch einsetzen. Und sein Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye kündigt an, man werde in Zukunft juristisch gegen aggressiv falsche Berichterstattung vorgehen: „Das ist bei diesem Abschreibe-Journalismus, der heute üblich ist, gar nicht anders möglich. Jede Falschmeldung gilt so lange als richtig, wie sie nicht dementiert oder gerichtlich verboten ist.“

DPA

Aufsteiger Weimer, Döpfner: *Radikale Verjüngung*

Springer-Zeitungschef Döpfner reagierte umgehend auf die Attacken aus Berlin. In einem überlangen „Bild“-Kommentar spielte er den Ball zurück: Mit der „Kampagne des Kanzlers“ wolle Schröder „unabhängige Journalisten einschüchtern und mundtot machen“.

Im Kanzleramt wird eine ausgeklügelte Strategie hinter der konservativen Meinungsvielfalt vermutet. „B.Z.“-Chef Gafron ist für die Schröder-Berater der Springer-Mann fürs Grobe, von dem sich „Welt“-Mann Weimer allenfalls in der Wahl der Mittel unterscheide, während ausgerechnet Kai Diekmann, 36, der Chefredakteur der mächtigen „Bild“-Zeitung, die moderateste Position vertrete.

Dabei galt Diekmann lange als Schreckgespenst der rot-grünen Regierung. Der Schnellaufsteiger hatte sich in den neunziger Jahren nicht nur durch seine Kohl-Biografie ins Herz des Altkanzlers geschrieben. Als Chef der „Welt am Sonntag“ war er maßgeblich am Niedergang von Kohl-Feind Wolfgang Schäuble beteiligt.

Bereits im Dezember trafen sich Schröder und Diekmann zum diskreten Kennenlernen in Berlin. Das Gespräch verlief zur beiderseitigen Zufriedenheit. Diekmann versicherte, er wolle nicht Politik, sondern Auflage machen. Der Kanzler reagierte wohlgefällig.

Zumindest anfangs hielt sich Diekmanns „Bild“ in der Fischer-Kontroverse zurück. Während Gafron und seine „B.Z.“ aus allen Rohren schossen („Gestern Steinewerfer, heute Außenminister“), rückte Diekmann den versöhnlichen Boenisch-Kommentar ins Blatt und ließ einen katholischen Bischof zu Fischers Jugendsünden befragen („Was würde Jesus dazu sagen?“). Der Mann Gottes plädierte – wenig überraschend – für Vergebung. Doch inzwischen ist auch Diekmann auf einen harten Kurs umgeschwenkt („75,9 Prozent der ‚Bild‘-Leser wollen Fischers Rücktritt“).

Bei Weimers „Welt“ war von Zurückhaltung von Anfang an nichts zu spüren. Sein Vorgänger Döpfner hatte die Redaktion beinahe vollständig ausgewechselt. Inzwischen geben dort die 30-Jährigen den Ton an – und die hat das Jagdfieber gepackt. „Sie wollten Fischer zur Strecke bringen, um sich ihre journalistische Großartigkeit unter Beweis zu stellen“, sagt einer der älteren Redakteure.

Auf endlosen Seiten versuchte die „Welt“-Mannschaft, den Außenminister aus dem Amt zu schreiben. So wurde selbst

Fischers langjährige Intimfeindin Jutta Ditfurth bemüht, die kolportieren durfte, wie ein enger Mitarbeiter Fischers in den achtziger Jahren „mindestens in zwei Fällen Männer, die zum linken Flügel der Grünen gehörten und Fischer im Weg standen, wüst in die Weichteile trat“.

Weimer verbindet mit der Kontroverse um die Vergangenheit der grünen Regierungsmitglieder die Hoffnung, endlich einmal bei einer nationalen Debatte die Meinungsführerschaft zu übernehmen.

„Einen akuten Fall von Größenwahn“, konstatiert „FAZ“-Mitherausgeber Frank Schirrmacher bei seinem Berliner Kollegen, der das Gegenteil von dem erreiche, was er vorgehabt habe. Zunehmend werde nur noch eines diskutiert: Springers mehr als umstrittene Vergangenheit.

Dafür hatte Weimer selbst gesorgt, indem er Wolf Biermann als „Chefkulturkorrespondent“ für einen mittleren sechsstelligen Betrag verpflichtete. In einem großen Debattenbeitrag griff der Liedermacher ausgerechnet die eigene Zeitung an: „‚Die Welt‘ sollte sich nicht mit journalistischen Steinen aus dem Springer-Glashaus an der Steinigung Joschka Fischers beteiligen. Immerhin war es vor allem die Hetze in Springers ‚Bild‘-Zeitung …, ohne die der junge Nazi Bachmann wohl kaum seine drei Kugeln in den Kopf von Rudi Dutschke geschossen hätte.“

Auf einmal war ein Thema auf die Tagesordnung gerückt, das die Springer-Journalisten bisher sorgfältig vermieden hatten: die zentrale Rolle des Verlags während der Studentenunruhen.

„Enteignet Springer“, war eine der wichtigsten Forderungen der Studenten, die nach dem Attentat auf Dutschke versucht hatten, das Berliner Springer-Hochhaus zu stürmen. Jahrelang hatten die Blätter des frommen, konservativen Großverlegers gegen die Protestbewegung gehetzt: „Polizeihiebe auf Krawallköpfe, um den möglicherweise doch vorhandenen Grips locker zu machen“ („Bild“ 1966).

Langsam realisieren die jungen Blattmacher bei Springer, dass die Fischer-Kontroverse für sie möglicherweise die falsche war. Zu schwer ist der historische Ballast, den Blätter wie die „Welt“ oder „Bild“ mit sich herumtragen und der bei einer Diskussion über die Ursachen der Gewalt nicht ausgeblendet werden kann.

Zwar will die junge Führungsmannschaft auf keinen Fall mit dem alten, vermufften Image des Verlags in Verbindung gebracht werden. Doch ihre Karrieren verdanken sie dem Umstand, dass sie sich gegenüber Friede Springer als Bewahrer der Tradition Axel Cäsar Springers ausgaben. Jetzt dämmert ihnen, dass beides gleichzeitig nicht möglich ist.

„Denen ist die Debatte“, so „FAZ“-Mann Schirrmacher, „auf die Füße gefallen.“

Konstantin von Hammerstein, Hartmut Palmer

REALITY-TV

Bananen am Pool

Bikini-Schönheiten, Lustknaben und die Hoffnung auf quotenfördernden Beischlaf: Am Wochenende startete Sat.1 das Reality-Spektakel „Girlscamp“.

Wenn es Nacht wird auf El Hierro, gönnt sich Alexander Geistlinger schon mal ein ganz besonderes Schauspiel. Dann dreht er die Stereoanlage in der Finca auf und lauscht gebannt in seinen Steingarten, den er mit etlichen Lautsprechern verkabelt hat. „Ein tolles Erlebnis“, schwärmt der deutsche Aussteiger von seiner Bastelarbeit.

Doch nun ist das Idyll auf der kleinsten Kanareninsel bedroht. Denn nur wenige Kilometer von Geistlingers Haus entfernt haben sich ebenfalls Deutsche niedergelassen, die es bei ein paar Glühbirnen im Lava-Acker nicht belassen. Mit Millionenaufwand hat die Hamburger Produktionsfirma Me, Myself & Eye (MME) im Auftrag von Sat.1 einen Bungalow am Meer zum „Girlscamp“ umgerüstet – einer Art „Big Brother“-Container der Luxusklasse mit Swimmingpool, Sauna und Kühlschränken voller Hummer und Schampus.

In dieses Lotterlager rückten am Samstag zehn junge Frauen ein, die dem Publikum am Vorabend in einer zweistündigen Live-Show präsentiert und danach in einer weißen Stretchlimousine weggekarrt wurden; darunter die sächsische „Dauerduscherin“ Katja, 29, und „Hobby-Go-go-Tänzerin“ Claudia, 19, aus Oldenburg.

Von über 50 Kameras beobachtet, sollen sie sich nun sieben Wochen lang möglichst hüllenlos in der Sonne räkeln oder – von der Unterwasserlinse begleitet – nackt durch den Pool gleiten. Der Quoten-Höhepunkt könnte erfolgen, wenn eins der Girls – von Hitze und Alkohol geschwächt – dem eingeflogenen „Boy of the week“ zum Opfer fällt. Frei nach dem Refrain des Soundtracks: „Gib mir 100 Prozent von dir“.

Damit der vollen Ladung nicht das Jugendschutzgesetz in die Quere kommt, überträgt Sat.1 neben den Shows zur Primetime die heißesten Szenen wochentags um Mitternacht. Jede Woche dürfen Zuschauer und Internet-Nutzer entscheiden, wer zurück in die Kälte muss und wer am Schluss 200 000 Mark abräumt.

„Die schärfste TV-Show des Jahres“, schwärmt der Kölner „Express“, „Bild“

P. LANGROCK / ZENIT

warnte besorgt die Autofahrer vor der „supererotischen“ Werbung am Straßenrand: Die halbe Republik hat der Familiensender Sat.1 mit riesigen Plakaten zugepflastert, von denen die halb nackten Grazien im Bikinihöschen grüßen. Der hingestöhnte Trailer, in dem sich ein Pärchen im Schaumbad vergnügt und eine oberweitenstarke Badenixe aus dem Pool steigt, wurde nach Protesten weiblicher Sat.1-Mitarbeiter durch eine entschärfte Version ergänzt.

Live-Auftakt der „Girlscamp“-Show: *Ab ins Lotterlager*

Während das Vorspiel in Deutschland wochenlang auf Hochtouren lief, gibt man sich auf El Hierro – mit Blick auf die katholische Bevölkerung – zivilisierter und tut so, als ginge es lediglich um das gemütliche Abschwenken einer Frauen-WG. „Ein Sexcamp wird es nicht geben. Viel erotischer sind doch sowieso die Gespräche unter den Frauen“, sagt Producer Michael Voppe, der nach einigen Tagen unter kanarischer Sonne nicht nur so aussieht wie eine braun gebrannte Version des ehemaligen Kulturministers Michael Naumann, sondern auch so spricht: „Die Wahrheit sei ein Weib“, sinniert er mit Blick ins Ungefähre, „das hat schon Nietzsche gesagt.“

Dem zuständigen Bürgermeister im Küstenort Frontera wurde das Voyeurs-TV gar als soziologisch wertvolles Fernsehprogramm gepriesen, das sich zudem fördernd für den Tourismus auswirke. Der besteht zurzeit noch aus ein paar hundert deutschen Studienräten, die sich mit ihren Birkenstock-Schuhen durch die karstige Landschaft plagen.

Nun sind die Kneipen erst mal voll mit den über 100 Fernsehschaffenden, die sich im Geröll am Meer niedergelassen haben – inklusive eigener Feldküche und Stromversorgung, weil sonst das Dorf die nächsten Monate im Dunkeln läge.

„Für die Inselbewohner ist das ein gutes Geschäft“, sagt TV-Mann Voppe, doch mittlerweile wachsen auf der Insel Zweifel am nachhaltigen Nutzen des Trubels. Geschürt werden die Vorbehalte von deutschen Aussteigern, von denen es rund 300 auf der Insel gibt. So hat der studierte Politologe Geistlinger, den es vor sieben Jahren nach El Hierro verschlug, eine Art Bürgerinitiative gegründet, die in Heimarbeit Plakate entwirft („Girlscamp – no gracias“), Unterschriften sammelt oder lüsterne Presseartikel aus Deutschland übersetzt und an den Inselpfarrer weiterreicht.

Der fürchtet angesichts hingesabberter „Bild“-Einzeiler wie „Knutschen, Fummeln, Busen zeigen“ bereits um das Seelenheil seiner Schäfchen. Auch dass ausgerechnet am heiligen Sonntag stundenlang ein Hubschrauber mit Probekandidaten über der Insel kreiste, kam bei dem Geistlichen nicht gut an.

„Das Spektakel ist ein Angriff auf die ethischen und moralischen Werte eines jeden Herreños“, heißt es in einem offenen Brief an den Präsidenten der Inselverwaltung, zudem würde „die Basis für einen seriösen Tourismus“ zunichte gemacht.

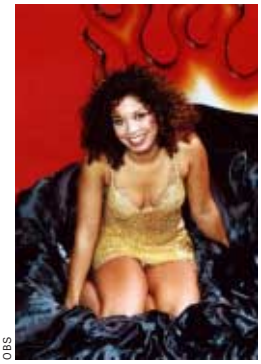
„Girlscamp“-Werbung, „Girlscamp“-Helikopter
„Angriff auf die ethischen und moralischen Werte der Herreños“

„Wir heißen diejenigen willkommen, die hier die Luft und Ruhe genießen“, sagt auch der kanarische Schriftsteller Carlos Quintero Reboso. „Aber wir wollen nicht von diesen sadomasochistisch veranlagten Fernsehzuschauern überfallen werden, die sich an trivialen Spielen ergötzen.“

Dass die in Massen anreisen werden, steht freilich kaum zu befürchten. Erstens liegt die Insel wegen der schlechten Verbindung fast eine Tagesreise von Deutschland entfernt, zweitens bietet sie dem gemeinen Ballermann-Touristen nicht mal einen Sandstrand zum Schmoren.

Dennoch – so wird befürchtet – könnten von den Ruhe suchenden Wandervögeln einige wegbleiben, wenn ihr Urlaubsziel erst als neues Rammelparadies Furore macht. „Es reichen schon 20 Leute, um die Stimmung zu versauen“, gibt ein deutscher Biobauer zu bedenken.

Zumal es bei einem „Girlscamp“ nicht bleiben wird. Wie im „Big Brother“-Container sollen sich die Kandidaten auf El Hierro die Klinke in die Hand geben, schließlich lassen sich die entstandenen Kosten mit einer Staffel nur so eben decken. Um die 15 Millionen Mark dürfte das Format kosten und damit das teuerste Reality-TV aller Zeiten sein.



RTL-Sendung „House of Love“
Sex im Liebeszwinger

Damit sich nicht nur die Werbung, sondern auch die „Girlscamp“-Bettwäsche und das Computerspiel verkauft, muss die Premiere zum Quotenkracher werden. Der Probedurchgang mit einer Gruppe herbeigecharterter Animatösen von der Nachbarinsel Teneriffa geriet bereits viel versprechend. Nach einem erotischen Bananenessen am Pool kam es schon in der dritten Nacht zum Äußersten. Von der Infrarotkamera beobachtet, verzog sich der Lustknabe mit einem Test-Girl unter die Bettdecke, aufgeregte Redakteure vermeldeten am Tag darauf Vollzug.

Sollte sich der Blitz-Beischlaf bei den echten Kandidatinnen wiederholen, dürfte Sat.1 im „Sexrennen der TV-Sender“ („Bild“) vorn liegen. Schließlich starten dieser Tage mit „Big Brother 3“, „To Club“ (beides RTL II) und dem Liebeszwinger „House of Love“ (RTL) gleich drei weitere Spanner-Shows – und eins ist klar: Mit einem dicken Harry auf dem Sofa ist es diesmal nicht getan. „Das muss jetzt richtig krachen“, sagt ein Sat.1-Manager.

Darauf hofft auch Aussteiger Geistlinger. Schließlich sind zu dieser Jahreszeit verheerende Sahara-Stürme, die die Bananenplantagen platt machen, keine Seltenheit. „Zum ersten Mal würden wir uns richtig darüber freuen.“ Oliver Gehrs

F. BENSCH / REUTERS

Siegerfoto von Fabrizio Bensch

Kohl vorn

In Berlin wurden die besten politischen Fotografen ausgezeichnet. Ein Lieblingsmotiv: der Altkanzler.

Er hat sie alle geschafft. Kein Politiker taucht in dem Rückblick der Fotografen und Karikaturisten auf das Jahr 2000 so häufig auf wie Helmut Kohl. Dass aber ausgerechnet der Sozialdemokrat Karl-Heinz Klär die optische Dominanz des Altkanzlers publik machen musste, gehört zur Ironie der Geschichte.

Klär ist der Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz in Berlin, und zu seinen zahlreichen Pflichten gehört es, jedes Jahr einmal einen Wettbewerb um das beste politische Foto und die beste Karikatur auszuloben. Zur Jury gehören fachkundige Journalisten und Fotografen. Die Hauptpreise – jeweils 10 000 Mark für die beste Fotografie und die beste Karikatur – wurden von der Landesvertretung und dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger gestiftet. Der SPIEGEL half bei der Präsentation der Bilder und stellte den Ausstellungskatalog her. Die „Rückblende 2000“ wird seit voriger Woche in der Landesvertretung gezeigt.

Dass nicht die Regierung, sondern die CDU und ihr Spendenskandal im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses standen, war keine Überraschung. Kohl war der Hauptdarsteller des Dramas und trat dort in vielen Rollen auf: mal aggressiv, mal altväterlich, mal bieder, mal zündelnd, mal Staatsmann, mal Rambo, mal ganz entspannt, mal lauernd auf der Hut und einmal – nach dem Windbeutelwurf – sogar fassungslos.

Und ein typisches Kohl-Foto des Reuters-Fotografen Fabrizio Bensch machte denn auch den ersten Preis: Es zeigt den Altkanzler nach einem Auftritt vor dem Parteispenden-Untersuchungsausschuss.

Platz zwei belegte der Berliner Fotograf Marc Darchinger, Sohn des legendären Bonner Polit-Fotografen Jupp Darchinger. Darchinger junior war ein eindruckvolles Porträt des Kanzlers Gerhard Schröder gelungen.

Uta Rademacher bekam den dritten Preis für ein Gruppenbild mit Joschka Fischer.

Als die Bilder ausgesucht und die Preise vergeben wurden, ahnte niemand, dass wenige Wochen später ganz andere Politikerfotos die Republik bewegen würden: die Bilder des Straßenkämpfers Fischer aus dem Jahr 1973. Hartmut Palmer

Weitere Bilder aus der Ausstellung auf den Seiten 18, 27, 32 und 130

Preisgekrönte Fotos von Marc Darchinger und Uta Rademacher

M. DARCHINGER

U. RADEMACHER

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

KOSOVO

Die Toten von Račak

In den vergangenen zwei Jahren hat Russland wiederholt versucht, das Massaker an albanischen Zivilisten im Kosovo-Dorf Račak vor hohen Uno-Gremien zu diskutieren und dabei die USA der Manipulation zu bezichtigen. Der Vorwurf der russischen Diplomaten: Das angebliche Blutbad sei eine Erfindung, die Toten von Račak hätten der Nato letztlich als Rechtfertigung für das Eingreifen in der Krisenprovinz gedient. Bei ihren Initiativen, die von anderen Mitgliedern des Sicherheitsrats bereits im Vorfeld abgewehrt wurden, stützten sich die Russen auf partielle Untersuchungen aus dem Institut für forensische Medizin in Helsinki, die ihnen zugespielt worden waren. Am 16. Januar 1999 hatten Dorfbewohner 45 Leichen gefunden – unter ihnen ein zwölfjähriges Kind, drei Frauen und mehrere ältere Männer. Kurz danach hatte der Chef der OSZE-Mission im Kosovo, der amerikanische Diplomat William Walker, serbischen Paramilitärs die Schuld an dem Massaker gegeben. Das Belgrader Regime wies den Vorwurf zurück und behauptete, es handele sich bei den Leichen um Kämpfer der albanischen Befreiungsarmee UÇK, die bei Gefechten ums Leben gekommen und erst nachträglich als Zivilisten verkleidet und verstümmelt worden seien. Seither tobt eine Propagandaschlacht um die Opfer, und die Mitarbeiter des renommierten pathologischen Instituts fürchten, dass ihre Arbeit ideologisch missbraucht wird. Fest steht nun, dass mindestens ein Mitarbeiter des Instituts, der an der Autopsie von fünf Leichen beteiligt war, persönliche Zweifel an der Massaker-Darstellung durch Walker bekam und seine Teilergebnisse weitergab. Seither taucht auch in westeuropäischen Medien immer wieder der Verdacht auf, es gebe Beweise für einen Täuschungsversuch der Amerikaner. Helena Ranta, die Chefin des finnischen Expertenteams, bleibt jedoch dabei: Ihre Forschungsergebnisse seien exklusiv für das Kriegsverbrechertribunal der Vereinten Nationen in Den Haag erstellt worden. Das allein habe darüber zu entscheiden, ob der gestürzte Serbenherrscher Slobodan Milošević und dessen Handlanger wegen der Toten von Račak eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit überführt werden können. Nun wollen die Schweden als derzeitige Ratsvorsitzende der EU eine neue Zusammenfassung des Ranta-Berichts herausgeben, der alle offenen Fragen klären soll.

REUTERS

Ermordete Albaner in Račak

KONGO

Gerüstet für die nächste Schlacht

Der am Freitag vereidigte Präsident Joseph Kabila ist von Angola abhängig. Das Nachbarland, das die Ernennung des unerfahrenen 31-Jährigen unterstützt hatte, kontrolliert den Sicherheitsapparat und Geheimdienst der Demokratischen Republik Kongo. Selbst über die Beerdigungsfeierlichkeiten für den ermordeten Vater des neuen Staatschefs wachten angolanische Truppen sowie Einheiten aus Simbabwe – die Kongolesen stellten nur die Militärkapellen. Auch die ungewöhnliche Ruhe in der Hauptstadt Kinshasa hat der junge Kabila womöglich den Angolanern zu verdanken: Um Kongos berüchtigte Militärs von Plünderungen abzuhalten, ließ die Regierung des Nachbarlandes den seit Monaten überfälligen Sold auszahlen. Dass der Kongo nach dem Tod von Laurent Kabila zum Frieden finden wird, erscheint dennoch unwahrscheinlich: Angola verstärkte seine in der Region der Großen Seen stationierten 2500 Soldaten auf über 4000. Und Staatschef Eduardo dos Santos entließ vorige Woche ausgerechnet den Mann, der sich am meisten für Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien im Kongo stark gemacht hatte: seinen Armeechef João de Matos.

AFP / DPA

REUTERS

Joseph Kabila, Beisetzung von Laurent Kabila

AP

Selbstverbrennung von Falun-Gong-Mitgliedern

CHINA

Falun Gong verstärkt Widerstand

Die seit dem Juli 1999 als „böser Kult“ verbotene Falun-Gong-Sekte fordert Pekings Führung immer heftiger heraus. In der bislang dramatischsten Protestaktion gegen die Behörden versuchten vorige Woche fünf Mitglieder, sich auf dem Tiananmen-Platz zu verbrennen, eine Frau starb. Zwar streitet die Falun-Gong-Sekte eine Verbindung zu den Opfern ab, da Selbstmord ihren Lehren widerspreche. Doch offenkundig folgten die Demonstranten der Weisung ihres in den USA lebenden Gurus Li Hongzhi, im Kampf gegen die KP-Führer vom Prinzip der „Nachsicht“ abzurücken. Bislang hatten sich die Mitglieder bei Demonstrationen einfach festnehmen lassen. In letzter Zeit jedoch riefen Mitglieder der Gruppe provokativ die Volksgerichte gegen die Obrigkeit an oder klebten auf Pekings Bürgersteige und an Haustüren Zettel mit Protestparolen. Die Partei reagiert auf die ungewohnten Formen des zivilen Ungehorsams zunehmend nervös. Sie hatte gehofft, die vor allem unter älteren Chinesen beliebte Sekte, die buddhistische und taoistische Lehren mit Atemübungen verbindet, durch ein schlichtes Verbot beseitigen zu können. Jetzt muss sie erkennen, dass sie sich mit ihrem Druck stärkeren Widerstand eingehandelt hat und die Gruppe inzwischen eine schwere innenpolitische Herausforderung darstellt. So fürchtet die KP, Falun-Gong-Aktionen könnten Pekings Bewerbung für die Olympiade 2008 stören. Im Kampf gegen die angeblich von „feindlichen ausländischen Kräften“ unterstützte Sekte gehe es mittlerweile sogar um das Überleben der Partei, erklärte Politbüro-Mitglied Luo Gan. Die Regierung will deshalb fortan die Chefs von staatlichen Betrieben persönlich verantwortlich machen, wenn ihre Untergebenen auf dem Tiananmen-Platz demonstrieren. Tausende Falun-Gong-Anhänger wurden in den letzten Monaten in Lager geworfen, über hundert Menschen starben nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen in der Haft durch Folter oder nicht behandelte Krankheiten.

REUTERS

Verhaftung einer Sekten-Anhängerin

FRANKREICH

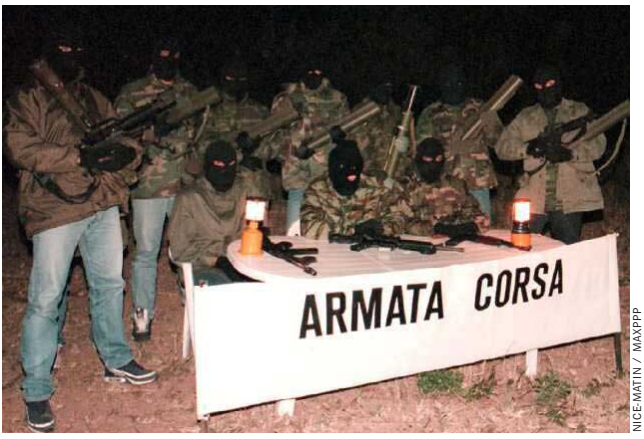
Angst vor neuen Anschlägen

Pariser Polizisten rüsten sich gegen eine angedrohte Welle von Attentaten. Ab sofort will die korsische Untergrundorganisation Armata Corsa Anschläge gegen öffentliche Gebäude in der französischen Hauptstadt verüben. Die militanten Nationalisten behaupten, rund 50 gut geschulte Kämpfer einsetzen zu können und über unbegrenzte Mengen an Sprengstoff zu verfügen. Der Regierung von Premier Lionel Jospin werfen sie vor, die Mörder des mut-

POLEN

Gewalt gegen Priester

Immer mehr katholische Geistliche werden Opfer von Verbrechen. Erst vergangene Woche wurde in Gdingen (Gdynia) ein Priester beraubt, wenige Tage zuvor sogar ein Pater in der Nähe der südpolnischen Stadt Kielce von Einbrechern erschlagen. Katholische Amtsträger sind im Heimatland des Papstes deshalb bevorzugte Opfer von Gangstern, weil sie in dem Ruf stehen, wohlhabend zu sein. Überdies sammeln sie traditionell im Januar bei Hausbesuchen ihrer Gläubigen Spenden ein. Doch viel ist bei den Geistlichen selten zu holen. Das Opfer des Raubmords bei Kielce „konnte sich nicht mal eine Haushälterin leisten“, klagt ein Freund des Getöteten. Die Führung der Katholiken in Warschau sieht in dem unseligen Trend – im Heiligen Jahr 2000 wurden in Polen 27 Priester Opfer von brutalen Überfällen – „eine bedauerliche Folge der Liberalisierung in den neunziger Jahren“, so ein Sprecher der Bischöfe. Mit dem Thema Gewalt gegen Kirche und Klerus beschäftigt sich inzwischen ein gemeinsamer Ausschuss von Katholiken und Regierung. Denn neben den Überfällen auf Priester müssen sich die Gläubigen auch gegen den grassierenden Kunstraub zur Wehr setzen. Diebesbanden, hinter denen oft ausländische Auftraggeber stecken, haben bereits Schäden in Millionenhöhe verursacht und allein 1999 aus 220 Kirchen sakrale Kunstgegenstände gestohlen. Gemeinsam mit den Gemeindeverwaltungen will die Kirche nun an einem Sicherheitsprogramm arbeiten, das die Gotteshäuser vor Diebstahl und die Priester vor Überfällen schützt.



NICE-MATIN / MAXPPP

Korsische Untergrundkämpfer

maßlichen Gründers der Armata Corsa, Jean-Michel Rossi, zu decken. Rossi war mit samt seinem Leibwächter am 7. August vorigen Jahres auf der Terrasse eines Cafés in der nordkorsischen Stadt L'Ile-Rousse erschossen worden. Die Täter wurden bis heute nicht gefasst; vermutlich gehören sie zu rivalisierenden Gruppen aus dem nationalistischen Milieu. Mit den angekündigten Attentaten will Armata Corsa beweisen, dass Jospin „weit davon entfernt ist, die Lage auf Korsika zu beherrschen". Nach Paris könne auch Straßburg – Sitz des Europarats und des Europäischen Parlaments – Zielscheibe werden. Für Jospin steht politisch viel auf dem Spiel: Um die widerspenstige Insel zu befrieden, will er der korsischen Territorialversammlung stufenweise bis 2004 mehr Autonomierechte übertragen. Auch soll die korsische Sprache künftig in den Grundschulen der Insel, die erst 1768 zu Frankreich kam, unterrichtet werden. Mit blutigen Anschlägen würde Armata Corsa den in Frankreich heftig umstrittenen Plan des Premiers torpedieren – und womöglich neue Abrechnungen zwischen den verfeindeten nationalistischen Untergrundorganisationen provozieren.

GROSSBRITANNIEN

Euro rückt weiter in die Ferne

Ein schwerer Schlag für alle britischen Labour-Politiker, die auf einen baldigen Beitritt zum Euro setzen, ist der Rücktritt des Londoner Nordirland-Ministers Peter Mandelson. Der Weggefährte und wichtigste Berater von Premier Tony Blair war der einflussreichste Befürworter einer schnellen Übernahme der Gemeinschaftswährung. Sein Ausscheiden aus dem Kabinett hat vor allem die Position von Schatzkanzler Gordon Brown gestärkt. Der Erzfeind Mandelsons, der nach wie vor Ambitionen auf das Amt des Premiers hegt, ist der mächtigste Euro-Skeptiker in Downing Street. Brown glaubt, dass die Labour-Regierung das versprochene Referendum über den Beitritt nur wagen könne, wenn sie bei den für Mai geplanten Wahlen einen überwältigenden Sieg errungen hat. Derzeit erscheint der Beitritt zur Euro-Zone unmöglich: Umfragen zufolge wollen mehr als zwei Drittel der Briten das Pfund als ihre Währung behalten.

DPA

REUTERS

Mandelson *Brown*

JAPAN

„Amerika hat uns versklavt"

Shintaro Ishihara, 68, Gouverneur von Tokio und derzeit der beliebteste Politiker des Landes, über das gestörte Verhältnis zu den USA und den Zwang zur Aufrüstung

REUTERS

Ishihara

SPIEGEL: Die US-Konjunktur flaut dramatisch ab, fürchten Sie jetzt neue Handelskriege mit Washington?

Ishihara: Finanzpolitisch haben die USA Japan ja schon versklavt und uns damit sozusagen eine zweite Niederlage nach 1945 zugefügt. Seit der Asienkrise ist Japans Stellung in der Region gesunken. Die USA sollten damit aufhören, der übrigen Welt ihre Version der Globalisierung aufzuzwingen.

SPIEGEL: Wie könnte sich Japan denn gegen Bevormundung durch Washington wehren?

Ishihara: Unser Land muss sich in Asien auch militärisch stärker engagieren, damit die USA uns endlich als gleichberechtigten Bündnispartner akzeptieren.

SPIEGEL: Auch zum Schutz vor der aufsteigenden Großmacht China?

Ishihara: Ja, China hat zahlreiche Atomraketen auf japanische Städte gerichtet. Um ihre Herrschaft gegenüber dem eigenen Volk zu legitimieren, verfolgt die kommunistische Führung einen aggressiven Expansionskurs. Zugleich bedroht Nordkoreas Führer Kim Jong Il Japan mit biologischen Waffen.

SPIEGEL: Reicht der Sicherheitspakt zwischen Japan und den USA nicht gegen solche Bedrohungen?

Ishihara: Wir müssen auch selbst kräftig aufrüsten. Unsere Marine braucht dringend schnellere raketenbestückte Kriegsschiffe, die unsere heimischen Gewässer vor Eindringlingen aus China und Nordkorea schützen können.

SPIEGEL: Über die zusätzlichen Aufträge wird sich die amerikanische Rüstungsindustrie aber freuen.

Ishihara: Warum produzieren wir unsere Waffen nicht einfach selbst und verkaufen sie den USA? Dann ginge es unserer Wirtschaft auch wieder besser. Technologisch ist Japan den Amerikanern überlegen: Ohne japanische Hochleistungschips in ihren Waffen hätten sie den Golfkrieg 1991 garantiert nicht gewonnen.

SPIEGEL: Wie kommt es, dass sich die Amerikaner technologisch überholen ließen?

Ishihara: Die USA haben sich ein Jahrzehnt lang auf Spielereien an den Finanzmärkten konzentriert, gleichzeitig aber ihre herstellende Industrie vernachlässigt. Wer wird denn überleben, falls es zu einem weltweiten Finanz-Crash kommt? Doch nur Länder wie Japan, die nach wie vor eine solide industrielle Basis besitzen.

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Schiefe Bahn zur Schwäche“

Der französische Europaminister Pierre Moscovici über Spannungen im deutsch-französischen Verhältnis, die Hoffnungen der Beitrittskandidaten und die Vision für die zukünftige Union

SPIEGEL: Herr Minister, müssen sich Frankreich und Deutschland beim außerordentlichen Treffen in Straßburg an diesem Mittwoch mächtig anstrengen, ihre zerbrochene Achse wieder zusammenzuschmieden?

Moscovici: So krass würde ich es nicht ausdrücken. Wir müssen eine klarsichtige Bestandsaufnahme unserer Beziehungen machen. Und wir müssen auch sehen, wie wir das Schwungrad wieder anwerfen können. Straßburg wird eine erste Begegnung in einem regelrechten Prozess der Neubegründung unserer Beziehungen sein, mit einer offenen, unverblümten und, wie ich hoffe, freundschaftlichen Aussprache.

SPIEGEL: Dann hat Bundeskanzler Gerhard Schröder also Recht, wenn er eine neue Definition des deutsch-französischen Verhältnisses fordert?

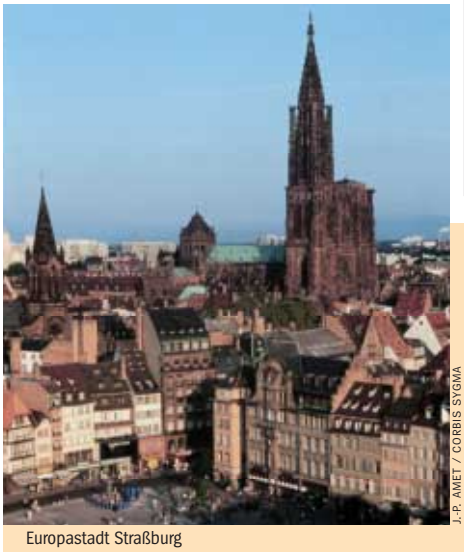
Moscovici: Eine neue Definition, eine neue Begründung, ein Wiederanwerfen der Maschine – jeder Begriff ist so gut wie der andere. Wir können uns in vielen Bereichen auf eine außerordentlich solide Basis stützen: die Währungsunion, die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Rüstungsindustrie, die europäische Verteidigung. Der deutsch-französische Motor ist absolut unersetzlich.

SPIEGEL: Nur stottert er vernehmlich.

Moscovici: Es ist völlig undenkbar, wechselnde Allianzen einzugehen, zum Beispiel mit den Briten, die in gewissen Bereichen immer noch eine ziemlich eingeschränkte Vorstellung vom Aufbau Europas haben. Und es ist ebenso unmöglich, Alleingänge zu versuchen, denn das wäre katastrophal für Frankreich, für Deutschland und für ganz Europa.

CORBIS SYGMA

Europapolitiker Moscovici, Präsident Chirac, Kanzler Schröder: *„Wenn sich ein Klima des*



J.-P. AMET / CORBIS SYGMA

Europastadt Straßburg

SPIEGEL: Wenn alle sich bewusst sind, dass es zum deutsch-französischen Paar keine Alternative gibt, warum haben die Regierungen in Paris und Berlin dann zugelassen, dass die gegenseitige Zuneigung so gefährlich abgekühlt ist?

Moscovici: Wir haben beim Gipfeltreffen von Nizza kein Schisma erlebt und auch kein Duell. Aber es stimmt: Beide Seiten haben aus Gründen des nationalen Interesses Positionen bezogen, die nicht identisch waren. Ich denke an die frühere Auseinandersetzung um die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik während der deutschen EU-Präsidentschaft Anfang 1999 oder an die Diskussion um die Neugewichtung der Stimmen im Ministerrat während der französischen Präsidentschaft. Das hat zweifellos zur Schwächung der EU beigetragen, denn unsere Partner hatten sich daran gewöhnt, dass Frankreich und Deutschland an einem Strang zogen.

SPIEGEL: Haben die Politiker diesseits und jenseits des Rheins den Sinn für ihre historische Aufgabe verloren, weil sie nicht sonderlich gut miteinander können?

Die Katerstimmung

nach dem konfliktreichen Europäischen Gipfel von **Nizza** im Dezember will nicht verfliegen. Vor allem der Streit um die **künftige Stimmenverteilung** im Ministerrat hatte die deutsch-französische Freundschaft auf eine harte Probe gestellt, die in eine offene Krise zu münden drohte. Verfolgen die Regierungen in Paris und Berlin wirklich noch eine gemeinsame Europapolitik? Die Vorstellungen, wie die EU künftig organisiert werden soll, driften unverkennbar auseinander: Bundeskanzler **Gerhard Schröder** verlangt eine weitergehende Integration und eine Verfassung für Europa, Präsident **Jacques Chirac** dagegen bremst. Er hält einen weiteren Souveränitätsverlust für schwer verkraftbar und zieht das Modell einer Kooperation zwischen Nationalstaaten vor. In der **Europastadt Straßburg** wollen die beiden am Mittwoch „die deutsch-französische Panne“ („Le Monde“) beheben und wieder einen gemeinsamen Kurs suchen.

AFP / DPA

Misstrauens festsetzen würde, wäre das extrem gefährlich für die EU“

Moscovici: Das glaube ich wirklich nicht. Wir sollten die Dinge nicht persönlich nehmen. Die Generationen haben gewechselt, das Vertrauen ist im Grunde geblieben.

SPIEGEL: Aber das geradezu romantische Einvernehmen hat sich aufgelöst.

Moscovici: Die Lage ist nicht mehr romantisch. Wir können uns nicht jeden Tag versöhnen, denn die Versöhnung ist abgeschlossen. Zwar darf die Vergangenheit niemals vergessen werden, aber sie beherrscht deswegen die Gegenwart nicht mehr.

SPIEGEL: Sie selbst wurden während der Vorbereitung des Gipfels von Nizza in Deutschland heftig attackiert – als arrogant, elitär und verständnislos. Mögen Sie die Deutschen nicht?

Moscovici: Frankreichs Europaminister zu sein und nicht an die deutsch-französische Partnerschaft zu glauben, das wäre absurd, ein Widerspruch in sich selbst. Wer etwas anderes behauptet, will meine Person und darüber hinaus auch mein Land verletzen. Vielleicht spielten hierbei im Hintergrund die Folgen unseres Missmuts gegenüber dem Österreich Jörg Haiders nach. Meine Haltung war ja sehr entschieden, einige deutsche Konservative verstanden sie nicht. Aber dazu stehe ich.

SPIEGEL: Haben Deutschland und Frankreich wirklich noch immer die gleiche Vorstellung von der Zukunft Europas?

Moscovici: Ich wünsche es auf jeden Fall. Wir müssen genau dies überprüfen und unsere Ideen gegenüberstellen. Darum geht es in der Debatte, die in Straßburg beginnt, in einem Klima des Vertrauens.

SPIEGEL: Schön und gut, aber das Misstrauen hat sich doch schon klammheimlich eingeschlichen.

Moscovici: Wenn sich ein Klima des gegenseitigen Misstrauens festsetzt, wenn Deutschland die Franzosen als arrogant, kleinlich und trickreich betrachten würde, während in Frankreich der Eindruck entstünde, dass Deutschland die europäische Supermacht sein möchte, dann wäre das extrem gefährlich für beide und verhängnisvoll für die Europäische Union. Wir müssen derlei im Keim ersticken, um nicht in eine fatale Spirale gezogen zu werden. Also bitte, keine Gesinnungsprozesse!

SPIEGEL: Kanzler Schröder hat sich ohne Vorbehalt für die Perspektive der europäischen Integration ausgesprochen, nicht nur für den Weg der Zusammenarbeit zwischen Regierungen. Schließt sich Frankreich dieser Aufforderung an?

„Wir haben uns alle reihum wie Verkäufer von Illusionen aufgeführt“

Moscovici: Es gibt keinen völligen Gegensatz zwischen einem integrierten Europa und einem Europa der Nationen. Deshalb komme ich gut zurecht mit dem Begriff einer Föderation von Nationalstaaten, wie ihn Jacques Delors und dann Joschka Fischer in die Diskussion gebracht haben. Die deutsche Regierung hat übrigens sehr wohl gezeigt, dass sie zwischen dem Streben nach einem Ideal – Integration oder Föderalismus – und der Verteidigung ihrer nationalen Interessen genau unterscheiden kann.

SPIEGEL: Aber im Gegensatz zu Deutschland scheint Frankreich zu zögern, welchen Weg es einschlagen soll.

Moscovici: Wie alle europäischen Nationen braucht Frankreich eine Phase des Nachdenkens. Das gibt uns Zeit, die Debatte in aller Gelassenheit mit allen wichtigen Teilen unserer Zivilgesellschaft zu entfalten. Das darf aber nicht mit Euroskepsis verwechselt werden.

SPIEGEL: Wie soll ein stärker integriertes Europa nach der Erweiterung aussehen?

Moscovici: Die Erweiterung ist eine ungeheure Chance, wir sollten sie ergreifen. Aber gleichzeitig bringt sie das Risiko der Verwässerung mit sich. Es ist sehr schwer, die föderale Idee in einem Europa am Leben zu erhalten, das für 6 Mitgliedstaaten und nicht für 30 entworfen worden war. Der Vorteil des Begriffs einer Föderation innerhalb der Europäischen Union besteht darin, dass er die Bildung einer oder mehrerer Avantgarden zulässt.

SPIEGEL: Ein harter Kern mit acht oder zehn Teilnehmern?

Moscovici: Wir Franzosen neigen eher zu einer Avantgarde mit variabler Geometrie – also offen für jeden – als zu einem beständigen harten Kern. Aber auch darüber sollten wir reden, ohne Vorurteile und Verdächtigungen, jedes Land für sich und alle miteinander.

SPIEGEL: Die in Nizza beschlossene Möglichkeit der verstärkten Zusammenarbeit wird als Zauberformel für die Wiederbelebung Europas gepriesen. Sollten Deutschland und Frankreich schleunigst ein gemeinsames Projekt dafür präsentieren?

Moscovici: Wir haben jetzt das Werkzeug, um manche Länder enger aneinander zu binden, ohne dass die anderen sie daran hindern können. Nun gilt es in der Tat, Anwendungsbereiche und Partner zu finden.

SPIEGEL: Machen Sie doch bitte einen Vorschlag.

Moscovici: Beispielsweise die Justiz. Wenn wir Europol haben, ist es logisch, auch eine europäische Staatsanwaltschaft zu haben. Aber ich denke auch an Bildung und Erziehung.

SPIEGEL: Der deutsche Kanzler wünscht sich eine europäische Verfassung, um die Zuständigkeiten in der EU zu klären. Wird

DPA

Erschöpfte Journalisten beim EU-Gipfel in Nizza*: *„Schluss mit der Schaumschlägerei“*

dabei mehr oder weniger Europa herauskommen?

Moscovici: Das Wort Verfassung ist doppeldeutig. Für die einen geht es um eine einfache Neuformulierung der Verträge, für die anderen um eine wirkliche Aufteilung der Kompetenzen. Die Verfassung kann Brüssel stärken oder die Befugnisse renationalisieren, jeder versteht darunter etwas anderes.

SPIEGEL: Und Ihre Meinung?

Moscovici: Ich befürworte durchaus einen verfassunggebenden Prozess, mit der bereits verabschiedeten Charta der europäischen Grundrechte als Präambel. Aber wir brauchen eine klare Definition dessen, was wir gemeinsam erreichen wollen. Eine Verfassung, das ist für mich das Abstecken eines gemeinsamen und ehrgeizigen Projekts.

SPIEGEL: Das ist sehr leicht gesagt, aber wenn man sich die schon existierenden Gräben ansieht und den Schock der kommenden Erweiterung dazuahnt, wird das gemeinsame Endziel dann nicht unweigerlich im Nebel des Ungewissen verschwinden?

Moscovici: Sich mit dem Ungewissen abfinden ist immer eine Versuchung, aber es würde uns auf die schiefe Bahn der Schwächung und der Auflösung führen. Wenn aus der erweiterten Union nur ein größerer Binnenmarkt ohne gemeinsame Politik würde, hätte Margaret Thatcher nachträglich triumphiert.

SPIEGEL: Aber wer immer mehr Integration verlangt, läuft doch auch Gefahr, immer neue Spaltungen hervorzurufen, statt die zentrifugalen Kräfte zu bändigen.

Moscovici: Wir haben uns alle reihum wie Verkäufer von Illusionen gegenüber den Ländern Mittel- und Osteuropas aufgeführt. Wir können nicht mehr zurück, also muss Schluss sein mit der Schaumschlägerei. Wenn wir dauerhaft ein Europa der zwei Geschwindigkeiten oder mehreren Ligen schaffen, würde aus der Erweiterung in gewisser Weise ein getürktes Spiel. Die neuen Mitglieder würden glauben, einer politischen Union beizutreten, dabei schlössen sie sich nur einem größeren geografischen Raum an, in dem die Kernstaaten sich schon wieder abgesetzt hätten.

SPIEGEL: Ist es nicht auch eine Selbsttäuschung, immer wieder so zu tun, als könne der Widerspruch zwischen der beschlossenen Erweiterung und der angestrebten Vertiefung wirklich überwunden werden?

Moscovici: Es liegt an uns, das Gegenteil zu beweisen. Wenn wir die Zahl der EU-Mitglieder verdoppeln, verändern wir nicht nur die Dimension, sondern die Natur, das Wesen der Union. Gerade deswegen stehen wir ja am Scheideweg, und deshalb müssen wir gut überlegen, wohin wir wollen.

SPIEGEL: Wie sollte diese große Debatte über die Zukunft Europas am besten organisiert werden, wenn man nicht wieder auf die Klippen einer Regierungskonferenz auflaufen will?

Moscovici: Ich stelle mir drei Etappen vor. Eine erste, in der jeder seine Ideen in freier Diskussion beiträgt – die nationalen Parlamente, das europäische Parlament, die Regierungen, Staatsmänner und Denker. Danach könnten wir einen Konvent einberufen, der Repräsentanten aller verschiedener Institutionen versammeln würde.

SPIEGEL: Aber am Ende steht dann doch wieder, im Jahr 2004, eine neue Regierungskonferenz, so wie in Nizza vereinbart?

Moscovici: Sie wird unerlässlich sein, denn es geht um eine Vertragsänderung oder um einen ganz neuen Vertrag. Aber sie sollte kurz sein, sonst kann ich dem Land, das dann den EU-Vorsitz haben wird, nur viel Glück wünschen.

SPIEGEL: Warum hat Frankreich in letzter Zeit immer wieder den Eindruck erweckt, sich aus dieser Debatte herauszuhalten, gar von den deutschen Vorstößen genervt zu werden?

Moscovici: Wenn man die Präsidentschaft ausübt, kann man sich nicht hervortun oder sich von der Herde absetzen. Machen wir uns nichts vor: Der Vertrag von Nizza stellt nicht die französische Vision der Zukunft Europas dar. Er ist unvollkommen, aber der bestmögliche, der beim gegenwärtigen Zustand der Union zu erreichen war. Das bedeutet natürlich auch, dass die EU zurzeit nicht in so guter Verfassung ist, wie sie sein sollte.

SPIEGEL: Frankreich hat den Vorsitz an Schweden abgegeben, jetzt können Sie frei reden.

Moscovici: Wir werden uns mit Macht zu Wort melden. Premier Lionel Jospin wird seine Sicht Europas in den kommenden Monaten vorstellen.

SPIEGEL: Wird er dabei andere Akzente setzen als Jacques Chirac, dessen Nachfolger er bei den nächsten Wahlen werden möchte?

Moscovici: Natürlich, daran ist trotz der Kohabitation nichts Anstößiges. Es kann niemanden überraschen, dass ein Mann der Linken, ein Sozialist, sich anders ausdrückt als ein Postgaullist. Und jeder weiß, dass die französischen Sozialisten sich immer zu einem starken europäischen Engagement bekannt haben.

SPIEGEL: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

J. M. ARMANI / RAPHO

Moscovici beim SPIEGEL-Gespräch*: *„Ungeheure Chance“*

* Oben: ausgewähltes Foto für den Katalog „Rückblende“ des Wettbewerbs um das beste politische Foto des Jahres 2000; unten: mit Redakteur Romain Leick in Moscovicis Pariser Amtszimmer.

JUGOSLAWIEN

Zeit für die Wahrheit

In Belgrad wird die Kriegsschuldfrage debattiert – viele Serben fühlen sich wieder als Opfer westlicher Tücke.

In die Annalen der Diplomatie wird das Treffen zwischen der Chefanklägerin des Uno-Kriegsverbrechertribunals, Carla Del Ponte, und dem jugoslawischen Präsidenten Vojislav Koštunica als Paradefall eines Eklats eingehen: Nachdem die Anwältin vergangenen Dienstag aus Furcht vor Eier werfenden Demonstranten den Präsidentensitz durch die Hintertür betreten hatte, brach sie das Gespräch schon nach einer Stunde brüsk ab. Sie habe auf einen Dialog gehofft und stattdessen ein Professoren-Referat des Staatschefs über sich ergehen lassen müssen, mokierte sich die Eidgenossin. Außerdem sei dessen „Informationsrückstand haarsträubend gewesen".

Koštunica wiederum, sonst ein bedächtig freundlicher Herr, hielt mit seiner Meinung über die forsche Besucherin ebenfalls nicht hinter dem Berg: „Es gibt wichtigere Dinge für mich als Frau Del Ponte." Über eine Auslieferung der vom Haager Gericht gesuchten serbischen Kriegsverbrecher – einschließlich seines im Mai 1999 angeklagten Amtsvorgängers Slobodan Milošević – wollte er gar nicht erst diskutieren. Insgesamt sind 27 Serben offiziell zur Fahndung ausgeschrieben, von denen sich mindestens 15 in Serbien aufhalten sollen.

Die undiplomatisch harsche Ablehnung der auch vom Westen geforderten Auslieferung entspricht nicht nur dem Selbstverständnis eines Präsidenten, den in Fragen serbischen Nationalbewusstseins nicht allzu viel von seinem Vorgänger trennt, sie nimmt auch Rücksicht auf die Stimmungslage der Bevölkerung, in der das Thema serbischer Kriegsverbrechen erstmals erbittert diskutiert wird. Und eine Mehrheit der Bevölkerung will diese Frage – und die der Kriegsschuld – ohne Einmischung von außen erörtern.

Seit den Hiobsbotschaften über den Einsatz uranhaltiger Nato-Munition, die möglicherweise die Gesundheit der Jugoslawen bedroht, sehen sich die meisten Serben erneut als Opfer westlicher Verschwörungen. Von der Überparteilichkeit des Uno-Tribunals lässt sich kaum jemand überzeugen.

Del Pontes Belgrad-Besuch hat solchen Opferstolz nicht abschwächen können – im Gegenteil. Sie verteidigte den Einsatz der Uran-Munition als „legitim" und zeigte keine Lust, über die serbischen Opfer der Nato-Bombardierung zu reden: Für die Erörterung von „Kollateralschäden" sei jetzt nicht der richtige Moment. Sollten sich andere Erkenntnisse ergeben, will sie Ermittlungen aber nicht ausschließen.

Für die Belgrader Führungsspitze geht es beim Widerstand gegen die Forderungen der Haager Justiz um mehr als verletzten Nationalstolz. Würden Milošević und sein Kriegsregime vom Tribunal zum Hauptschuldigen für die blutigen Kriege in Kroatien, Bosnien und im Kosovo erklärt, könnten auf Jugoslawien Reparationsforderungen der Nachbarstaaten zukommen. Wie einst Hitler-Deutschland wäre der Staat zudem jahrzehntelang als Aggressor gebrandmarkt.

Nicht anders als sein Vorgänger Milošević will Koštunica deshalb die Schuld gleichmäßig verteilen. Die jugoslawischen Erbfolgekriege seien in Wahrheit Bürgerkriege gewesen, die auf allen Seiten Kriegsverbrecher hervorgebracht hätten. Außenminister Goran Svilanović forderte vor einem möglichen Kriegsverbrecherprozess die Gründung einer „Wahrheitskommission" – ein allzu durchsichtiger Versuch, die Auslieferung der Angeklagten auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben.

REUTERS

Präsident Koštunica, Anklägerin Del Ponte
Paradefall eines Eklats

Doch die Belgrader Regierung wird ihre Haltung nicht ohne schwerwiegende außenpolitische Folgen beibehalten können. Sollte Koštunica weiterhin jede Kooperation mit dem Tribunal ablehnen, wäre das Uno-Gericht selbst in Frage gestellt. Die Regierungen in Zagreb und Sarajevo könnten ihre bislang nur wenig beflissene Mitarbeit einstellen und die bereits ausgelieferten Angeklagten postwendend zurückfordern.

Koštunica müsse seine „Einstellung zum Haager Tribunal ändern", befand am Ende ihres Belgrad-Besuchs die sichtbar genervte Uno-Anklägerin, „seine Kollegen haben die Realitäten offenbar schneller erkannt".

Zwar demonstrierten die Führer des Belgrader DOS-Bündnisses nach außen Einmütigkeit, doch intern überwog der Streit. Der jugoslawische Vizepremier Miroljub Labus, ein im Westen hoch geschätzter Wirtschaftsexperte, drohte bereits mit seinem Rücktritt, falls Koštunica die Konfrontationspolitik fortsetze. Er fürchtet, in diesem Fall werde es keine günstigen Rückzahlungsbedingungen für die 4,5 Milliarden Dollar Auslandsschulden geben.

Auch der neue serbische Ministerpräsident Zoran Djindjić, Mitstreiter aber auch Rivale Koštunicas im DOS-Bündnis, bemühte sich um Schadensbegrenzung und kündigte eine unmittelbar bevorstehende Anklage gegen den bereits „unter ständiger Beobachtung" stehenden Milošević an. Der Diktator soll vorerst in Serbien vor Gericht gestellt werden.

Der pragmatische Serben-Premier zeigte sich sogar bereit, dem Westen noch weiter entgegenzukommen: Sollte er eines Tages vor dem Ultimatum stehen, Milošević und seine Kriegsmafia für die völlige Integration Serbiens in die Internationale Gemeinschaft „opfern" zu müssen, würde er dies ohne Zögern tun. Der Waffenstillstand mit dem eher nationalistischen Präsidenten Koštunica wäre dann allerdings zu Ende.

RENATE FLOTTAU

AP

Demonstration serbischer Milošević-Anhänger: *Verletzter Nationalstolz*

FOTOS: PCIJ

Mutmaßliche Estrada-Immobilien in Manila, Tagaytay und der Provinz Laguna: *Küche aus Deutschland, Zedernholz aus Kanada*

PHILIPPINEN

Obsession für teure Villen

Dem gestürzten Präsidenten Joseph Estrada werden Raffgier und dunkle Machenschaften angelastet.

Immer wieder sonntags kam der Staatsmann in die „Blockhütte“ und sah penibel nach dem Rechten. Zärtlich streichelte er über die marmorne Arbeitsplatte der aus Deutschland eingeflogenen Miele-Küche, sorgfältig prüfte er die Einbauschränke. Er überwachte das Verlegen der Fliesen im 90 Quadratmeter großen Badezimmer und krabbelte manchmal sogar schnaufend durch die gute Stube: Alles sauber unterm Mahagonitisch?

Kein Zweifel, der am vorvergangenen Sonnabend aus dem Amt gescheuchte philippinische Präsident Joseph Ejercito Estrada liebte die gut 1500 Quadratmeter große Villa aus kanadischem Zedernholz im noblen Tagaytay südlich von Manila über alles – obwohl das für 50 Millionen Pesos (2,2 Millionen Mark) luxusrenovierte Traumhaus („Unit 128“) laut Grundbuch der Firma Mercury Ventures gehört.

Von seinen 2600 Mark Monatsgehalt konnte sich der Präsident das Anwesen kaum leisten. Doch der Grundbucheintrag war nur ein Verschleierungsmanöver, und „Erap“ („Kumpel“) Estrada machte sich kaum die Mühe, den wahren Sachverhalt zu vertuschen. Mercury-Ventures-Geschäftsführer Jaime Dichaves prahlte sogar öffentlich, er habe Erap die Immobilie im Gegenzug für geschäftliche Gefälligkeiten überlassen. In Unterlagen des Bauträgers, die dem SPIEGEL vorliegen, wird als Eigentümer „J. Estrada“ genannt.

„Imelda Marcos, unsere frühere First Lady, hatte ein Problem mit ihrer sündhaft teuren Schuhsammlung“, sagt Sheila Coronel vom Philippinischen Zentrum für Investigativen Journalismus. „Estrada wird eines wegen seiner Obsession für superteure Villen bekommen.“

Lange bevor der Provinzgouverneur Luis Singson aussagte, er habe Erap persönlich sechs Millionen Mark aus Tabaksteuern und Glücksspieleinsätzen übergeben (was zum Amtsenthebungsverfahren führte), hatte Coronel Recherchen angestellt. Das Ergebnis: In nur 30 Monaten als Präsident hat sich Estrada samt seinem Clan über Scheinfirmen offenbar mindestens 17 Top-Immobilien in Manila im Gesamtwert von etwa 2,3 Milliarden Pesos (99,7 Millionen Mark) angeeignet.

Sollte der Nachweis erbracht werden, dass Estrada die Staatskasse um mehr als 50 Millionen Pesos geplündert hat, droht ihm sogar die Todesstrafe. Die Anwältin Marie Yuvienco bereitet im Auftrag der neuen Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo (Volksmund: GMA) ein Verfahren wegen Bereicherung im Amt und Plünderung der Staatskasse vor. Vorige Woche verfügte GMA, alle Bankkonten ihres Vorgängers einzufrieren und ihm die Ausreise zu untersagen.

Arroyo hat allen Grund, die Strafverfolgung des gescheiterten Playboy-Präsidenten mit Nachdruck zu betreiben. Denn Estrada ist streng nach der Verfassung noch immer Staatsoberhaupt, und er akzeptiert seine Entmachtung nicht. Dass er den Präsidentenpalast Malacañang durch die Hintertür, per Boot auf dem Pasig-Fluss, verlassen hat, ist weder Schuldeingeständnis noch eine Kündigung.

GMA, die Tochter des früheren Präsidenten Diosdado Macapagal, ist für Estrada nur die „amtierende Präsidentin“. Die massiven Vorwürfe der Ankläger machen eine Rückkehr des Geschassten indes sehr unwahrscheinlich.

Die Unterlagen der Ermittler legen den Schluss nahe, dass der im Stil der einstigen spanischen Kolonialherren erbaute Malacañang unter Estrada ein Hort der Mauscheleien war. Beim „Mitternachtskabinett“ traf sich Kumpel Estrada mit Geschäftemachern aus der Unterwelt und chinesischen Tycoons zum Trinkgelage. Tagsüber gab sich der Staatsmann Estrada in denselben Räumen alle Mühe, den 75-Millionen-Einwohner-Staat zu seinem privaten Vorteil zu regieren.

Dem damaligen Vorsitzenden der Börsenaufsicht von Manila, Perfecto Yasay, soll er laut Erkenntnissen der Staatsanwälte befohlen haben, Ermittlungen gegen den Glücksspielkonzern BW Resources sofort einzustellen. Denn dessen Kurs soll der Estrada-Intimus und BW-Hauptaktionär Dante Tan, unter tatkräftiger Mithilfe einer Estrada-Geliebten, in wenigen Monaten von 2 auf 107 Pesos hoch getrieben haben. Vermuteter Gewinn für den Präsidenten: mehr als 100 Millionen Mark.

AFP / DPA

Ex-Präsident Estrada
Flucht durch die Hintertür

Offiziere der Zollbehörden, heißt es in den Unterlagen weiter, seien von Estrada angewiesen worden, eingeschmuggelte Luxuskarossen am Palast vorzufahren, wo sie an Gefolgsleute des Staatschefs verteilt wurden.

Die Anschuldigungen werden freilich nicht einfach zu beweisen sein, zumal Estrada einen Großteil der Vorwürfe bestreitet. Der Präsident ließ sich Geldkoffer nicht immer so direkt ins Haus tragen, wie es Gouverneur Singson getan zu haben beeidete.

Nutznießer dubioser Deals, so wissen die Insider zu berichten, mussten sich vielmehr mit ihm an den Spieltisch setzen. Dort „verloren sie in Höhe der geforderten Kommission“.

JÜRGEN KREMB

RUSSLAND

Schulter an Schulter

Fast unbemerkt stieg ein Putin-Freund und früherer KGB-Spion zum Chef des Sicherheitsrates und zum zweitmächtigsten Mann in Russland auf.

Wenn Sergej Iwanow, 47, spätabends von seinem Arbeitsplatz im Kreml nach Hause kommt, holt den Geheimnisträger die russische Realität ein. Wieder mal sind beide Fahrstühle ausgefallen, der Sekretär des Sicherheitsrates muss die Treppen zu seiner Wohnung im zwölften Stock hinaufsteigen.

Energisch läuft er durchs dunkle Treppenhaus nach oben, vorbei an zerschlagenen Glühbirnen, umgeben von „spezifischem Geruch“, wie er spottet – im Hausflur hängt ein Hauch von Hunde-Urin.

Als bescheiden, gar schüchtern schildern Mitarbeiter den Ratssekretär, der im Ausland weit weniger bekannt ist als sein Namensvetter, Außenminister Igor Iwanow. Zum Besuch bei Tony Blair nach London flog der Beatles-Fan im November mit einer Linien-Passagiermaschine, „weil das billiger ist“.

Immer wieder beteuert Iwanow, nur ein „beratendes Organ“ zu leiten, das „kein Teil der Exekutive“ sei. Das ist stark untertrieben. Seit seiner Ernennung zum Sekretär des Sicherheitsrates im November 1999 stieg er nahezu unbemerkt zur Nummer zwei im Staate Wladimir Putins auf.

Russlands heutigen Herrscher lernte Iwanow Ende der siebziger Jahre in einer Aufklärungseinheit des Leningrader KGB kennen. Danach spähte Iwanow für die Sowjetunion in Großbritannien, Finnland und Kenia so wie Putin in der DDR.

Als Präsident Boris Jelzin im Juli 1998 Putin zum Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB berief, machte der seinen Kameraden Iwanow zum Chef seiner Analyseabteilung. Am wohlsten fühle er sich, bekennt Putin, wenn er Freund Iwanow „Schulter an Schulter“ wisse.

Den Sicherheitsrat baute Iwanow zu einem zentralen Machtinstrument aus. Ein Stab von 176 Mitarbeitern vor allem aus dem FSB formuliert Richtlinien der Moskauer Politik. Es gibt kaum ein wichtiges Gesetz, das beflissene Ministeriale nicht zuerst Iwanow vorlegen.

Von der Armeereform über Weltraumfahrt und Drogenhandel bis zur Energiekrise in den Provinzen reicht sein Aufgabenfeld, denn im autoritären System des KGB-Obersten a. D. Putin ist alles eine Frage der nationalen Sicherheit.

Außer auf Putin verlässt sich der hagere Leningrader, der es zum Generalleutnant und im Auslandsnachrichtendienst SWR zum Vize der Europäischen Abteilung brachte, auf seine antrainierten Tugenden. Iwanow verlor früh seinen Vater und wuchs bei seiner Mutter, einer Ingenieurin, in einer ärmlichen Mehrfamilienwohnung auf. Früh begriff er, dass er nur mit Energie und Fleiß fehlende Verbindungen wettmachen konnte.

Ausländische Gesprächspartner beeindruckt der Sicherheitsexperte durch detaillierte Sachkenntnis, einen wachen Blick und sehr gute Englischkenntnisse. Der Workaholic, kein Partylöwe, betritt sein Büro morgens um acht und verlässt es manchmal erst nach Mitternacht.

Genuss sucht der Absolvent der Philologischen Fakultät der Leningrader Universität vorwiegend bei der Lektüre englischer Krimis und Spionageromane, etwa von Frederick Forsyth und John le Carré.

Dem Westen wirft er vor, Russland „vor allem als bloßen Rohstofflieferanten nutzen“ zu wollen. Den USA attestiert er, sie suchten „gleichzeitig die Rolle des Weltenrichters und Strafvollstreckers zu übernehmen“.

Nachbarländer will der Mann hinter Putin „zwingen, unsere nationalen Interessen zu respektieren“. Die „Expansion der Nato nach Osten“ dünkt ihn noch gefährlicher als die Bedrohung Russlands durch den internationalen Terrorismus.

Als Putins Chefideologe entwarf er eine „Doktrin der nationalen Sicherheit“ und Leitlinien für Außen-, Militär- und Flottenpolitik. Seine „Doktrin der Informationssicherheit“ sieht die nationalen Interessen Russlands vor allem durch eine „unkontrollierte Ausbreitung ausländischer Massenmedien“ bedroht und fordert, „die staatlichen Massenmedien zu stärken“.

Besonders hat es Iwanow auf den US-Rundfunksender Radio Liberty abgesehen, der auf Russisch täglich Hörer von Kaliningrad bis Kamtschatka erreicht. Die Kampagne gegen den Medienzaren Wladimir Gussinski, versichern Geheimdienstler, trage Iwanows Handschrift. Doch unter den Ex-KGB-Hardlinern ist Iwanow, der im Dezember mit Premier Michail Kassjanow Berlin besuchte und diese Woche zur Konferenz über Internationale Sicherheitspolitik nach München kommen soll, ein Pragmatiker.

Die von Heißspornen in der Duma geforderte Neugründung des KGB lehnt er ab. Für Russlands kriselnde westliche Exklave Kaliningrad mag er „ein pessimistisches Szenario nicht völlig ausschließen“.

Der Krieg in Tschetschenien könne noch zehn Jahre andauern, räumt der Sicherheitssekretär ein und gibt im kleinen Kreis das Dilemma russischer Kaukasuspolitik zu: „Wir wissen, dass wir in Tschetschenien niemanden finden, der mehr als 500 Leute hinter sich hat.“

Schon dringen Gerüchte aus dem Kreml, dem treuen Putin-Gefährten stehe die baldige Ernennung zum Regierungschef bevor. Hierzu äußert sich der Mann, dem Vertraute nachsagen, er lenke den Präsidenten strategisch, ganz professionell doppeldeutig: „Ich arbeite an dem Platz, an den man mich stellt.“

UWE KLUSSMANN

AP

Präsident Putin, Freund Iwanow (r.), Agent Iwanow in Kenia (um 1985): *Workaholic mit Hang zum Krimi*

Fährschiff „Estonia“: *Waghalsige Expedition zum rätselumwobensten Wrack der Ostsee*

KATASTROPHEN

Löcher im Stahl

Die Fähre „Estonia“ sank 1994 in der Ostsee. Seither glauben viele, sie sei gesprengt worden. Vor wenigen Wochen erschienen Aufsehen erregende Gutachten, die den ungeheuren Verdacht belegten. Der SPIEGEL gab dazu eine große Studie in Auftrag – sie kam zu einem verblüffenden Ergebnis.

Neun Stangen Donarit-Sprengstoff, jede 200 Gramm schwer, liegen an dem acht Millimeter starken Schiffbaustahl. Sehr, sehr vorsichtig bohrt Stephan Trommsdorf von der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) in Berlin ein Loch in die mittlere Patrone – mit einem Bronzestab, denn der kann keine Funken schlagen. Sachte schiebt der Sprengstoffexperte einen länglichen weißen Zünder in den Sprengstoff, befestigt zwei Kabel daran.

Eilends zieht Trommsdorf sich in den 50 Meter entfernten Bunker zurück. Zwei Warnsignale, „drei, zwei, eins – Feuer“. Es kracht gewaltig, Rauch steigt auf, die schwere Stahlplatte fliegt durch die Luft.

Der Sprengstoff hat ein Loch in den Stahl gerissen, 50 Zentimeter im Durchmesser. Das Metall ist zerfetzt wie Papier, die Ränder herausgedreht wie Locken, die meisten Enden dreieckig und spitz. Das Loch sieht genauso aus wie verdächtige Zerstörungen am Bug des rätselumwobensten Wracks der Ostsee, mit dessen Geheimnis sich die BAM befassen sollte.

Am 28. September 1994 sank die estnische Fähre „Estonia“ auf dem Weg von Estland nach Schweden in stürmischer See. Das 55 Tonnen schwere Bugvisier war abgerissen, der Rumpf lief voll, das Schiff kenterte und sank. 852 Menschen starben.

Schon bald entstand ein ungeheuerlicher Verdacht: War die „Estonia“ versenkt worden, wurde ihr Bugvisier abgesprengt?

Kugelstrahlbehandlung am Schiffsrumpf*
Enorme Schockwellen

Kein Unglück also, sondern das größte Verbrechen der Seefahrtsgeschichte? Vor wenigen Wochen wurden Gutachten von drei renommierten wissenschaftlichen Instituten veröffentlicht, die Stahlteile vom Bug der „Estonia“ untersucht hatten. Sie bestätigten den Verdacht, die „Estonia“ sei mit Sprengladungen versenkt worden. Das Aufsehen war beträchtlich.

Unter dem Titel „Bomben an Bord“ kündigte etwa „Focus TV“-Moderatorin Christiane Gerboth kurz vor Weihnachten „Beweise“ an, „die darauf schließen lassen, dass der Untergang der Fähre kein Unglück, sondern ein Verbrechen war“. „Doch Bombe auf der ‚Estonia‘?“, fragte die „Welt am Sonntag“, und das „Handelsblatt“ meldete: „Fährunglück wird voraussichtlich neu aufgerollt.“

Seit Anfang Januar ermittelt nun auch die Hamburger Staatsanwaltschaft unter dem Aktenzeichen 7101 UJs 33/01 in Sachen „Estonia“. Sie ist laut Strafprozessordnung für unklare Fälle auf hoher See zuständig. „Wir prüfen“, sagt Oberstaatsanwalt Rüdiger Bagger, „ob es hinreichende Anhaltspunkte dafür gibt, dass auf dem Schiff ein Sprengstoffanschlag verübt wurde.“

Grund dafür sind zwei unscheinbare dreieckige Metallstücke, etwa 5 mal 15 Zentimeter groß. Die deutsche Fernsehjournalistin Jutta Rabe, 46, und der US-Tauchprofi Gregg Bemis, 72, hatten sie im

* Auf einer Hamburger Werft.

M. RIETZ / PRESSENS BILD

Loch im Frontschott der „Estonia“
Markantes Stück aus dem Zentrum fehlt

August vergangenen Jahres in einer waghalsigen Expedition vom Wrack der „Estonia“ aus der Tiefe geholt.

Das Materialprüfungsamt des Landes Brandenburg, das Institut für Materialprüfung und Werkstofftechnik in Clausthal-Zellerfeld sowie das amerikanische Southwest Research Institute stellten, im Auftrag von Rabe und Bemis, Gefügeveränderungen im Metall fest. Die, so schlossen die Wissenschaftler, seien wahrscheinlich durch Explosionen entstanden.

Der SPIEGEL, obschon an der Expedition beteiligt und im Besitz von Fernsehrechten an dem Abenteuer, traute den Expertisen nicht und gab sicherheitshalber noch eine weitaus umfassendere Untersuchung in Auftrag – bei der BAM, höchste deutsche Instanz für derartige Fragen. Die Wissenschaftler dort legten am Freitag vorvergangener Woche ihr Gutachten vor, 113 Seiten stark. Das Ergebnis ist verblüffend, die Beweisführung derart schlagend, dass SPIEGEL ONLINE die komplette Expertise im Internet veröffentlicht (www.spiegel.de/estonia).

Es war eine stürmische Nacht, in der Kapitän Arvo Andresson die 155 Meter lange „Estonia“ mit voller Kraft voraus durch die Ostsee prügelte. Das Schiff durchbrach die fünf Meter hohen Brecher mit fast 40 Stundenkilometern. Pünktlichkeit war der Stolz des Kapitäns, ohne Rücksicht auf das Wetter. Das Drama begann kurz nach Mitternacht, rund hundert Kilometer südwestlich der Küste Finnlands. Die Halterung des Bugvisiers brach, es versank im Meer, Wasser drang ins Fahrzeugdeck, die Fähre sank innerhalb von 50 Minuten. Nur 137 Menschen überlebten.

Schon eine Woche später präsentierte die von Schweden, Finnland und Estland eingesetzte Untersuchungskommission den vermeintlich Schuldigen: die deutsche Meyer Werft in Papenburg an der Ems. Sie hatte das Schiff 1980 gebaut. Das Bugvisier sei zu schwach konstruiert gewesen und deshalb abgerissen, so die Kommission.

Eine erstaunliche Erkenntnis, innerhalb derart kurzer Zeit. Und das war nur die erste von vielen Merkwürdigkeiten, die bald den Verdacht aufkommen ließen, die Kommission wolle etwas vertuschen. Als Taucher etwa kurz darauf ein zentrales Beweisstück – den Bolzen, der die Unterkante des Bugvisiers mit dem Schiffsrumpf verband – bargen, warf ein Vertreter der

K. MÜLLER

Sprengversuch*: *Loch wie im Wrack der Ostsee-Fähre*

Kommission vor Ort, Börje Stenström, es zurück in die trübe Ostsee, auf Nimmerwiedersehen. Begründung: Der Bolzen habe nicht mehr in den Hubschrauber gepasst. Der auf Seenotfälle spezialisierte Psychologe Bengt Schager verließ die Kommission, weil Zeugenaussagen so „manipuliert und zurechtgedreht wurden, dass sie zum gewünschten Ergebnis passen“.

Am 23. Februar 1995 unterzeichneten der schwedische Botschafter, sein finnischer Kollege und der estnische Außenminister in Tallinn ein Abkommen, das jedem Bürger der Unterzeichnerländer zwei Jahre Haft androht, wenn er sich dem Wrack auch nur nähert.

Erst massive Bürgerproteste in Schweden verhinderten 1996, dass das Wrack für alle Zeiten mit einem gigantischen Betondeckel versiegelt wurde. Bis dahin hatten beauftragte Unternehmen schon 380 000 Tonnen Sand aufgespült und 24 500 Tonnen Steine auf das Schiff gekippt. Die Regierung in Stockholm zahlte dafür rund 50 Millionen Mark.

Weiteres Indiz für ein angebliches Vertuschungsmanöver: Unterwasservideos der Kommissionstaucher, stellte der von der Meyer Werft beauftragte britische Experte Jonathan Bisson fest, wurden geschnitten, mehrere Stunden fehlen. Und als der ebenfalls von der Werft engagierte britische Marine-Sprengstofffachmann Brian Braidwood vermeintliche Bombenlöcher ausmachte, mochte sich die Kommission damit nicht befassen (SPIEGEL-Titel 1/2000).

All diese Merkwürdigkeiten bestärken Überlebende und Hinterbliebene in ihrem Verdacht, die wahren Ursachen des Untergangs sollten verborgen bleiben. Nur: Wer soll die „Estonia“ versenkt haben? Von Waffenschmuggel aus den Beständen der Roten Armee war die Rede, von Drogen- und Menschenhandel, von Schutzgelderpressung. Viele Theorien, doch keine Beweise.

Auch die deutsche Fernsehjournalistin Jutta Rabe, die seit der ersten Nachricht vom Untergang der „Estonia“ recherchiert, will auf keinen Fall an die offizielle Version glauben. Sie hat – zeitweise im Auftrag von SPIEGEL TV – Aktenberge gewälzt, Zeugen befragt. Kaum jemand kennt die Details der Katastrophe so genau wie sie. Jahre ihres Lebens hat sie in die Bombentheorie investiert, und für sie geht es auch

* Auf dem BAM-Gelände in Horstwalde bei Berlin.

um Geld: Im Sommer soll mit ihrer Firma Top Story ein Spielfilm über das Attentat auf die „Estonia“ gedreht werden. Da könnten Recherchen mit anderem Ergebnis stören.

Rabe traf Bemis auf einer Konferenz der „Estonia“-Opfer vergangenes Jahr in Stockholm. Bemis, Unternehmer aus dem US-Staat New Mexico, ist Teilhaber der Firma Deep Ocean Engineering in San Leandro. Das Unternehmen baut vor allem Unterwasserroboter, mit denen sich Schiffswracks untersuchen lassen.

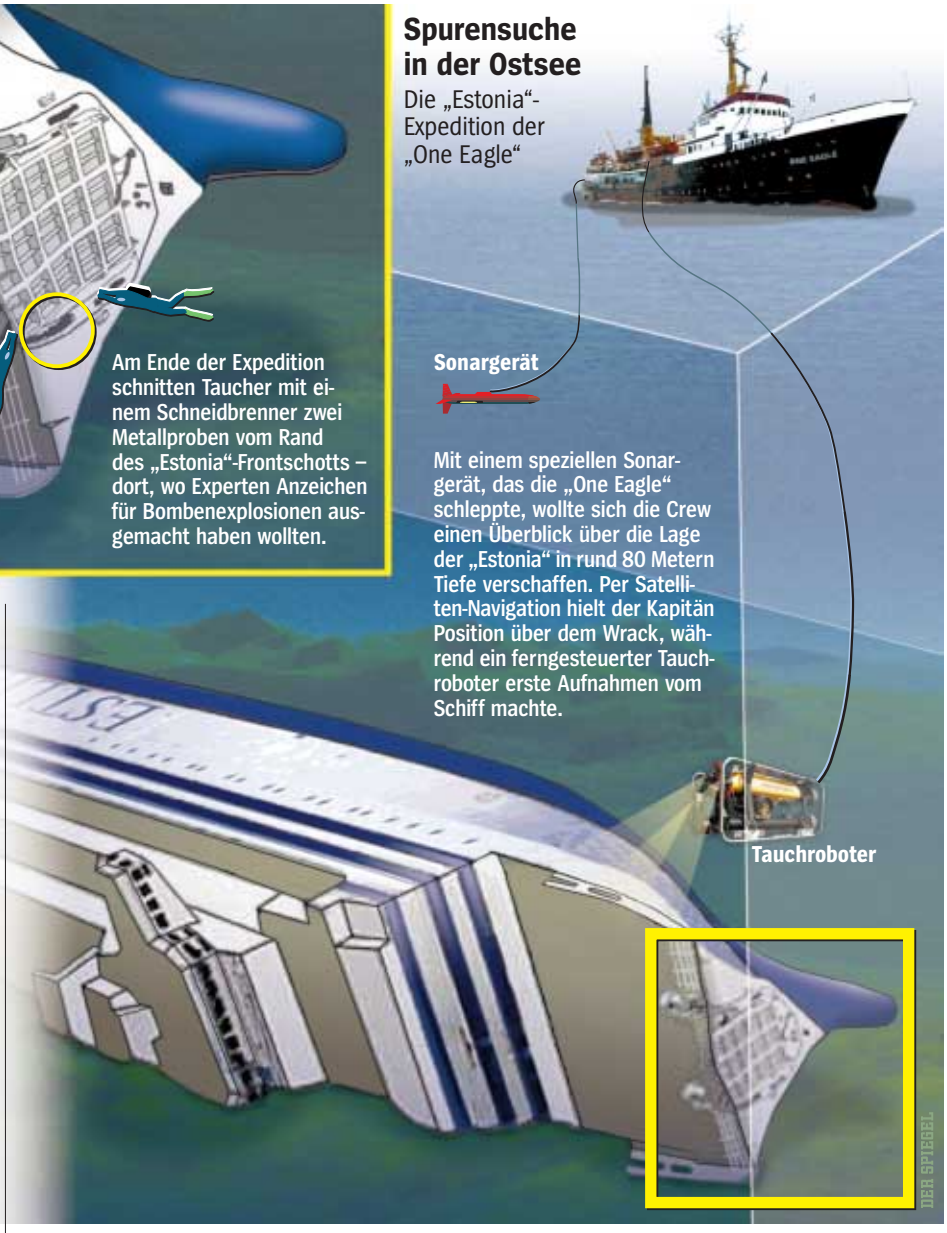
Die beiden charterten die „One Eagle“, die unter der Flagge des Karibikstaats St. Vincent und die Grenadinen fährt. Am 19. August liefen sie von Cuxhaven Richtung Finnland aus. Mit an Bord neun Taucher aus Deutschland und Tschechien sowie ein Team von SPIEGEL und SPIEGEL TV.

Die Expedition war nicht ohne Risiko. Im Morgengrauen des dritten Tages preschten zwei Küstenwachtschiffe auf die „One Eagle“ zu und verlegten ihr den Weg. Mehrmals liefen sie Kollisionskurs, waren kurz davor, sie zu rammen. Offiziere kamen an Bord und warnten die Crew der „One Eagle“, dass Tauchgänge zur „Estonia“ nach schwedischem Recht strafbar seien.

Am Ende der Expedition schnitten Taucher mit einem Schneidbrenner zwei Metallproben vom Rand des „Estonia“-Frontschotts – dort, wo Experten Anzeichen für Bombenexplosionen ausgemacht haben wollten.

Spurensuche in der Ostsee

Die „Estonia“-Expedition der „One Eagle“



Mit einem speziellen Sonargerät, das die „One Eagle“ schleppte, wollte sich die Crew einen Überblick über die Lage der „Estonia“ in rund 80 Metern Tiefe verschaffen. Per Satelliten-Navigation hielt der Kapitän Position über dem Wrack, während ein ferngesteuerter Tauchroboter erste Aufnahmen vom Schiff machte.

K. MÜLLER

„Estonia“-Probe
„Detonative Beeinflussung“?

Doch Bemis und seine Crew ließen sich nicht einschüchtern. Das Wrack der „Estonia“ liegt in internationalen Gewässern. Die Skandinavier drehten schließlich bei.

Zwei Tage dauerte es, bis Bemis’ Taucher die „Estonia“ fanden. Dort, wo das Wrack liegt, in 58 bis 85 Meter Tiefe, beträgt die Sichtweite nur rund 2 Meter; und knapp zehn Minuten Zeit haben die Taucher unten, dann müssen sie schon wieder langsam aufsteigen, wollen sie nicht ihr Leben riskieren.

In den ersten Tagen gelangen so nur dem Unterwasserroboter Bilder vom „Estonia“-Bug. Zudem plagten mehrere Pannen die Techniker: Mal verfing sich das Kabel des geschleppten Sonargeräts in der Schiffsschraube, riss ab und verschwand in der Ostsee, mal demolierte das Bugstrahlruder der „One Eagle“ den Roboter.

Endlich, am 29. August, war das Ziel in greifbarer Nähe. Kapitän Volker Müller hielt sein Schiff mit Hilfe von Hauptmaschine und Bugstrahlruder auf Position: 59 Grad, 22 Minuten nördlicher Breite und 21 Grad, 41 Minuten östlicher Länge.

An der Backbordseite des Schiffs schnallten Helfer zwei Tauchern Spezialflaschen mit Helium und Sauerstoff auf den Rücken, für jeden 120 Kilogramm Gewicht. Und diesmal drückten Besatzungsmitglieder den Tauchern keine Kameras in die Hand, sondern einen Schneidbrenner.

Nach drei Stunden kamen die Taucher wieder an die Oberfläche. In ihren Händen hielten sie zwei Stücke Stahl: abgeschweißt vom Bug der „Estonia“, dort, wo Braidwood die angeblichen Bombenlöcher ausgemacht hatte. An diesem Tag gab es Champagner.

Am 1. September lieferte Jutta Rabe die Metallstücke beim Materialprüfungsamt des Landes Brandenburg ab. An drei Stellen trennten die Wissenschaftler daumengroße Teile heraus. An einer Probe von der Spitze entdeckten sie unter dem Mikroskop „weitestgehend veränderte“ Gefügebestandteile. Bei 1000facher Vergrößerung sieht das Gefüge des Schiffbaustahls aus wie eine Vielzahl heller Körner mit dunklen Einlagerungen. Die hellen Körner sind Ferrit (Eisenkristall), die dunklen kohlenstoffreiches Perlit (siehe Grafik Seite 138). „Wir konnten keine Korngrenzen des Ferrits mehr erkennen“, so der Leiter des Materialprüfungsamts Kurt Ziegler. „Außerdem war das regelmäßige Aussehen der Perlitkörner gestört.“

„Diese plastischen Veränderungen im Mikrobereich weisen auf eine extrem schlagende Beanspruchung hin, wie sie bei einer Beeinflussung durch detonative Stoffe erfolgt“, so das amtliche Gutachten aus Brandenburg. Die Zerstörung der Bestandteile könne „durch keine mechanisch technologische Beeinflussung erfolgen“.

Dann entdeckten die Brandenburger an mehreren Stellen parallele, mikroskopisch kleine Linien – die so genannten Neumannschen Bänder oder auch Zwillinge im Ferrit. Für die Brandenburger sind sie ein deutlicher Hinweis auf eine Explosion, entstünden sie doch durch eine hohe Verformungsgeschwindigkeit, wie sie mechanisch nicht zu erreichen sei. Zudem habe eine enorme Kraft das Metall zusammengestaucht und dabei stellenweise gehärtet. „Für diese Härtesteigerung sowie für die ermittelten Gefügeveränderungen“, so die Experten, „ist eine detonative Beeinflussung wahrscheinlich.“

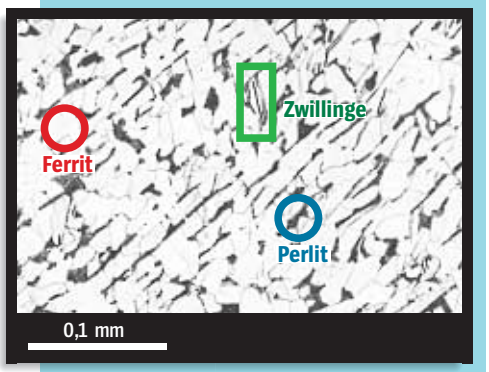
Beim „Institut für Materialprüfung und Werkstofftechnik Dr. Dölling und Dr. Neubert GmbH“ in Clausthal-Zellerfeld stellte der Physiker Volkmar Neubert an derselben Probe Spuren des Stoffs Martensit fest. Der entsteht, wenn Stahl mit extrem hoher Geschwindigkeit verbogen wird, sich dabei über 723 Grad erhitzt und anschließend schnell abkühlt. Mit Röntgenmessungen, so Neubert, könne er an zwei Messstellen der Probe „Röntgenreflexe des tetragonalen verzerrten Martensits“ finden. Deshalb dürfte das Metall mit einer Geschwindigkeit verbogen worden sein, „die experimentell durch Spreng- und Beschussversuche realisiert werden“ könne – und durch nichts anderes.

Auch das von Gregg Bemis beauftragte Institut im texanischen San Antonio geht von Sprengstoffeinwirkungen auf die Metallprobe von der „Estonia“ aus. Für Rabe und Bemis war dies alles Beweis genug – obwohl keines der Institute Vergleichsuntersuchungen an Schiffbaustahl vorgenommen hatte. Die beiden wollten nicht auf das Gutachten warten, das der SPIEGEL bei der Bundesanstalt in Berlin in Auftrag gegeben hatte, und veröffentlichten die Expertisen.

Die BAM-Wissenschaftler hatten sich wegen der Vergleiche viel mehr Zeit ausbedungen. Zunächst ließen sie sich von der Meyer Werft zahlreiche Platten Schiffbaustahl liefern und analysierten ihn. Damit stellten sie sicher, dass es sich um den gleichen Werkstoff wie bei den Proben handelt. Dann zerstörten sie den Meyer-Stahl auf jede denkbare Art – zunächst in 15 rein mechanischen Versuchen. Er wurde gebogen, durchstoßen, zerschlagen und zerrissen. Auf dem abgeschirmten Versuchsgelände in Horstwalde bei Berlin sprengten BAM-Experten dann 26-mal Stahlplatten und Konstruktionen in die Luft, die dem Frontschott der „Estonia“ ähnelten. Der Sprengmeister zündete so gut wie alles,

Nachweis einer Explosion?

Gefügeveränderung im Schiffbaustahl



Unter dem Mikroskop sind die Bestandteile des Schiffbaustahls als helle und dunkle Körner zu sehen. Die hellen Flächen sind das **Ferrit** (Eisenkristalle), die dunklen **Perlit** (Bereiche, in denen Kohlenstoff konzentriert ist). Nach Sprengversuchen bilden sich überall im Blech so genannte **Zwillinge**, weil wegen der hohen Energie das Kristallgitter des Ferrits umklappt – zwei parallele Linien innerhalb eines Kornes werden sichtbar. Bei den Proben von der „Estonia“ finden sich die Zwillinge nur in einer Tiefe bis 0,4 Millimeter, verursacht dadurch, dass die Werft die Bleche mit Stahlkugeln beschoss, um Flugrost zu entfernen.

DER SPIEGEL

was Metall zerstören kann: TNT, Industriesprengstoffe wie Donarit, auch den berüchtigten Plastiksprengstoff Semtex, den Terroristen weltweit oft benutzen.

Während bei den mechanischen Versuchen gleich welcher Art das Meyer-Metall nur mit einer Geschwindigkeit von maximal fünfeinhalb Metern pro Sekunde verbogen und zerrissen wurde, erreichten Sprengstoffe bis zu 2000 Meter pro Sekunde. Stangensprengstoff, das konnten BAM-Experten erkennen, bombte Löcher in den Stahl, die den Aufnahmen vom Frontschott der „Estonia“ ähnlich sehen. Nach den Sprengproben suchten die BAM-Leute nach Merkmalen, die bei mechanischen Zerstörungen nicht auftreten.

Doch was die anderen Gutachter so sicher in der Beurteilung machte, konnten die Berliner in ihrem Metallstück von der „Estonia“ nicht nachvollziehen. Neumannsche Bänder fanden sie zudem erst, als sie Anfang Dezember auch jene Teile erhielten, die im Brandenburger Landesamt untersucht worden waren. Dennoch fiel das Ergebnis – im wissenschaftlichen Vergleich mit dem gesprengten und zerrissenen Schiffbaustahl der Meyer Werft – ganz anders aus.

Zerstörtes Perlit, von den Brandenburgern als Indiz für eine mögliche Explosion angesehen, lässt laut BAM lediglich einen Schluss zu: nämlich, dass es zu einer starken Verformung kam. „Ob die Lamellen im Perlit verbiegen oder sogar reißen“, so

K. MÜLLER

BAM-Experten Klingbeil, Klinger: *Stoßen und sprengen*

BAM-Professor Dietmar Klingbeil, „hängt allein vom Grad der Verformung ab, nicht aber von der Geschwindigkeit.“

Also kein Hinweis auf Explosionen. Das aber könnte der Nachweis von Martensit im Metall sein. Allerdings fand die BAM trotz aufwendiger Suche mit Röntgengeräten und metallografischen Untersuchungen unter dem Mikroskop keinen Hinweis auf Martensit, anders als das Institut in Clausthal-Zellerfeld. Eine „sehr geringe, scheinbare Restintensität“, auf die BAM-Gutachter stießen, könne nicht als Martensit interpretiert werden. Auch die Härtemessung des Stahls ergab deutlich geringere Werte als bei den Brandenburgern und damit keinen Hinweis auf Bomben.

Blieben noch die Neumannschen Bänder, im Lichtmikroskop sichtbare parallele Linien – ein Zeichen dafür, dass die Kristallgitter wegen enormer Schockwellen umklappten. Das Phänomen galt bislang als Beweis für Umformgeschwindigkeiten, wie sie nur bei Explosionen auftreten.

Tatsächlich fanden auch die Berliner Wissenschaftler Nester von Zwillingen im Schiffbaustahl der Firma Meyer. Allerdings auch bei Stahl, der zu keinem Versuch benutzt wurde. Ebenso wie bei den „Estonia“-Teilen fanden sich die Zwillinge nur bis 0,4 Millimeter unter der Blechoberfläche. In unmittelbarer Nähe von Sprengladungen traten solche Zwillinge aber im ganzen Querschnitt auf. Sowohl auf den Blechen der Meyer Werft als auch auf denen von der „Estonia“ fanden die BAM-Wissenschaftler zudem merkwürdige kleine Krater auf der Metalloberfläche, nur 0,035 Millimeter tief.

K. MÜLLER

„Estonia“-Forscher Bemis, Rabe
Champagner für die Besatzung

Ein weiteres Gutachten im Auftrag des SPIEGEL machte aus einem ersten Verdacht der Experten dann Gewissheit: Bei der Firma USF Schlick im nordrhein-westfälischen Metelen wurden 22 Bleche Schiffbaustahl mit dem Strahlmittel „Wheelabrator WS330“ bearbeitet: Eine Turbine schleuderte Tausende, etwa einen Millimeter große Stahlkugeln mit bis zu 80 Metern pro Sekunde auf den Stahl – so wie die Meyer Werft ihre Bleche reinigt, bevor die Rostschutzfarbe aufgetragen wird. Dieser Beschuss aus weniger als einem Meter Entfernung, so stellten die BAM-Experten fest, erfolgt mit solcher Wucht, dass sich jene Zwillinge bilden, welche die Wissenschaftler gesehen hatten.

Was so viel Aufsehen erregt hatte, waren also in Wahrheit nicht Spuren einer Explosion – sondern, ganz gewöhnlich, Ergebnis der normalen Rostschutzbehandlung. „An den Proben“, so Christian Klinger, BAM-Experte für Schadensanalyse, „sind keine Spuren einer Sprengstoffexplosion zu finden.“ Damit war die Beweiskraft der anderen Gutachten dahin.

Dennoch können auch die BAM-Gutachter einen Bombenanschlag auf die „Estonia“ natürlich nicht ausschließen – die Proben der „One Eagle“-Expedition sagen über die Ursache der Katastrophe schlichtweg gar nichts aus. Die vermeintliche Sensation war eine Ente, die Bombentheorie ist damit aber weder widerlegt noch bewiesen. „Aussagen über mögliche Sprengstoffdetonationen an anderer Stelle des Frontschotts können hieraus nicht abgeleitet werden“, so das BAM-Gutachten.

Die alten Rätsel der „Estonia“ bleiben somit – und ein neues haben die Unterwasseraufnahmen von Gregg Bemis noch dazu aufgeworfen: Genau an der Stelle, wo seine Taucher die Proben abschweißten, fehlt ein weit größeres, markantes, dreieckiges Metallstück im Zentrum des Lochs, das auf Videos der offiziellen Tauchgänge kurz nach dem Untergang noch deutlich sichtbar ins Bild ragt. Irgendjemand hat es offenbar abgeschweißt. Aber wer? Und warum?

Die Untergangsstelle wird Tag und Nacht von den Radarmannschaften und Patrouillenbooten Finnlands und Schwedens überwacht. Zumindest nach offizieller Auskunft war in all den Jahren kein Expeditionsschiff am Wrack.

ANDREAS ULRICH,
TILO THIELKE

Werbeseite

Werbeseite

SCHWEDEN

Komet mit Charme

Der neue Star unter Europas Chefdiplomaten ist eine untypische Politikerin: Anna Lindh brüskiert auch schon mal Freunde.

Der Tag lief nicht gut für Anna Lindh. Zwar hatte sie am Morgen mit ihrem Chef, Premier Göran Persson, die EU-Kommission in Stockholm begrüßt. Die politischen Gespräche über die erste schwedische EU-Präsidentschaft waren harmonisch, der Elch zum Lunch zart.

Mit Günter Verheugen erörterte sie danach einvernehmlich den weiteren Weg zur Osterweiterung. Anschließend hatte sie sogar noch Zeit für die Sache der Palästinenser. Doch dann muss irgendetwas schief gegangen sein. Den Zug um 17.36 Uhr, den sie unbedingt erreichen wollte, heim zur Familie, schaffte sie jedenfalls nicht. Das war ärgerlich.

Denn irgendwann zwischen den Zügen um 17.36 und 18.42 Uhr beginnt, wenn es irgend geht, normalerweise ihre Verwandlung. Dann wird die ambitionierte schwedische Außenministerin zur einfachen Frau Lindh, 43. Dann wechselt das diplomatische Protokoll mit dem heimischen Küchenplan. Dann stehen ihr 15 Jahre älterer Ehemann, Ex-Innenminister Bo Holmberg, und die Kinder David, 10, und Filip, 6, für sie ganz oben auf der Agenda.

SCANPIX/ACTION PRESS

Europapolitiker Persson (2. v. l.), Prodi, Lindh
„Außenpolitik kann nicht nur Diplomatie sein“

Den Rucksack auf dem Rücken, stürmt die dynamische Power-Frau im Laufschritt auf den Bahnsteig, zur Bahn ins rund hundert Kilometer entfernte Nyköping – ohne persönlichen Sekretär oder Schutz. Allenfalls das Handy am Ohr oder der Aktenstapel vor ihrem Sitz im Zug erinnert Fahrgäste an ihre eigentliche Profession.

Dass sie die Familie dem politischen Job gleichsetzen würde, hat die resolute Sozialdemokratin von Anfang an deutlich gemacht. „Ich habe das Persson gleich gesagt“, erzählt sie – schon als sie nach dem Wahldebakel der Genossen 1998 den Neuanfang symbolisieren und überraschend von der Umweltministerin zur Chefdiplomatin befördert werden sollte. „Ich liebe mein Privatleben“, sagt sie. Deshalb macht sie aus der Not eine politische Tugend.

„Karrierediplomaten müssen viel in der Welt unterwegs sein, Politiker nicht“, behauptet sie keck. Die sollten lieber ihr Ministerium im Griff haben, den Kontakt zur Basis nicht verlieren und schon gar nicht zum normalen Leben und zur Familie: „So werde ich eine bessere Politikerin.“

Anfangs verfolgten die Karrierediplomaten die unkonventionelle Seiteneinsteigerin mit Argusaugen – auch im eigenen

S. BORGIUS

Ministerin Lindh
„Ich liebe mein Privatleben“

Haus. Manche Unbeholfenheit und Unkenntnis wurde genüsslich breitgetreten. Inzwischen gehört die charmante Blonde in der Welt des steifen Protokolls und der politischen Machos längst zu den Etablierten. Das renommierte Weltwirtschaftsforum in Davos machte sie sogar zur Aufsteigerin des Jahres und lobt sie als „Visionärin und integre Politikerin“.

„Außenpolitik kann nicht nur Diplomatie sein“, lautet ihre Maxime. So verlangte sie nach der Verfolgung weißer Farmer in Simbabwe als eine der Ersten den Rücktritt des schwarzen Präsidenten Robert Mugabe. Oder sie tadelte offen die lange unkritische Haltung Europas gegenüber der Invasion Russlands in Tschetschenien.

In Brüssel präsentiert sie sich stets exzellent vorbereitet. Sie gilt zugleich als durchsetzungsstark wie als geschickte Moderatorin bei der Kompromisssuche. Vor allem aber ist sie beliebt. „Sie ist nicht nur erfolgreich, sondern hat sich auch ihren Charme bewahrt“, wird ihr in der Kommission nachgesagt.

Chris Patten, für Außenbeziehungen zuständiger Kommissar, hat für die Zeit der schwedischen EU-Präsidentschaft schon jetzt gemeinsame Polit-Missionen mit ihr im Kaukasus, in Kaliningrad sowie in Guatemala, Chile und Lateinamerika gebucht. Der politische Stellenwert ist vor allem EU-Beamten bewusst: „Mit dem Vorgänger Frankreich ist so was nicht passiert.“

Auch von ihren Außenamtskollegen wird die Schnellsprecherin aus der schwedischen Provinz geschätzt. „Wenn ich einen anderen politischen Zugang zu Themen suche, etwa über die Lage der Roma oder die Situation in Rumänien, springt sie sofort an“, sagt Kommissar Verheugen, „man merkt ihre andere politische Kultur.“

Die erwarb Anna Lindh durch die schwedische Variante der politischen Ochsentour. Weil sie „die Politik nicht alten Opas überlassen“ wollte, ging sie schon als Schülerin zum Nachwuchs der Sozialdemokraten. Mit 26 wurde sie Reichstagsabgeordnete, Kulturdezernentin Stockholms mit 34. Als sie zur Umweltministerin aufstieg, war sie 37.

„Berufspolitikerin zu werden war nie meine Absicht“, sagt sie, doch in ihrem Beruf als Anwältin hielt es die Juristin gerade mal ein Jahr aus. Heute gesteht sie: „Ich bin gern Politikerin.“

Alles, was sie tut, macht sie schnell. Sie geht schnell, denkt schnell, redet schnell – manchmal auch zu schnell. Olof Palme rüffelte sie schon mal wegen ihres heftigen Tempos. Und sie liebt es zu provozieren.

Nach der Katastrophe der Ölbohrplattform „Brent Spar“ im Atlantik unterstützte sie unverhohlen den Shell-Boykott. Sie redete bereits vom Ende der schwedischen Neutralität, lange bevor der Streit die Schlagzeilen der Gazetten beherrschte.

Nun nervt sie EU-Kommissionspräsident Romano Prodi, das Tempo bei der Osterweiterung zu erhöhen, und will abschließende Verhandlungen mit den ersten Kandidaten „schon während der eigenen Präsidentschaft starten“, also bis zum Sommer. Die eigenen, traditionell Euro-skeptischen Wähler triezt sie mit ihrer unzweideutigen Kampfansage, endlich „die schwedische Haltung zu ändern“.

Bei den Schweden bringt sie solch Ungestüm an die Spitze in der Beliebtheitsskala. Die Leser der Boulevardzeitung „Expressen“ wählten sie zum „Regierungskometen“ des vergangenen Jahres. Und in der Partei stieg sie zur Kronprinzessin für die Nachfolge Perssons auf. MANFRED ERTEL

Werbeseite

Werbeseite

MEXIKO

„Vorrang für die Indianer“

Staatspräsident Vicente Fox über den demokratischen Neubeginn in seinem Land, den Konflikt mit den Rebellen von Chiapas und das Verhältnis zum mächtigen Nachbarn USA

SPIEGEL: Wochen nach Ihrem Amtsantritt reisen Sie weiterhin ständig durchs Land und wohnen in Hotels. Warum führen Sie noch immer Wahlkampf?

Fox: Mein Amtssitz wird gerade umgebaut, aber tatsächlich sitze ich auch nicht gern im Büro. Meine Rolle ist die eines Ideenstifters. Überdies muss ich vor Ort sein, um sicherzustellen, dass meine Vorschläge auch umgesetzt werden.

SPIEGEL: Nach 71 Jahren haben Sie die Herrschaft der PRI, der einst übermächtigen Partei der Institutionalisierten Revolution, gebrochen. Wird es jetzt Meinungsvielfalt und Kritik in Mexiko geben?

Fox: Zweifellos. Wir wollen die Bürger in die Verantwortung mit einbeziehen. Ich bin gerne unter Menschen und rede wie der Mann von der Straße. Umfragen zeigen, dass uns 85 Prozent der Mexikaner ihr Vertrauen schenken, eine große Verantwortung.

SPIEGEL: Die PRI kontrolliert Gewerkschaften, Bauernverbände und staatliche Unternehmen. Können die Ihre Reformpläne blockieren?

Fox: Die Demokratisierung hat auch dort schon begonnen. Obwohl wir mit Arbeitern und Unternehmern über schwierige Fragen verhandeln mussten, gab es bislang noch keinen Streik.

SPIEGEL: Auf wichtigen Posten Ihres Kabinetts sitzen weiter PRI-Anhänger. Ist das nicht eine Zumutung für Ihre Wähler?

Fox: Keinesfalls. Mein Kabinett ist bunt gemischt. Allein Eignung und Erfahrung zählen. Insgesamt hat die PRI beim Wandel in unserem Land sehr viel Reife bewiesen. Die Demokratie ist wie ein Schwamm, der alle Widerstände aufsaugt.

SPIEGEL: Sie haben zur Besetzung Ihrer Kabinettsposten Headhunter beauftragt. Soll Mexiko wie eine Firma geführt werden?

Fox: Dieses Rezept empfehle ich den Regierungen überall auf der Welt. Bei uns gibt es keine Amigo-Wirtschaft.

SPIEGEL: Mindestens die Hälfte der Mexikaner lebt in Armut. Wie wollen Sie den Abgrund zwischen dem entwickelten Norden und dem armen Süden überwinden?

Fox: Der Norden ist reicher, weil er an die USA grenzt, den größten Markt der Welt. Wir versuchen jetzt, den Fortschritt auf das ganze Land auszudehnen. Auch die Demokratisierung Mexikos hat im Norden begonnen. Bei den Wahlen im vergangenen Juli ist sie in der Hauptstadt angekommen. Der Südosten hat immer noch sehr rückständige politische Strukturen, auch Analphabetismus und Kindersterblichkeit sind dort am höchsten. Aber die Region ist im Umbruch.

SPIEGEL: Im Wahlkampf haben Sie geprahlt, Sie könnten den Konflikt mit den indianischen Rebellen im Bundesstaat Chiapas innerhalb von 15 Minuten lösen.

Fox: Ich habe mich verpflichtet, Frieden zu schaffen. Tatsächlich ist bereits ein Teil der Armee abgezogen worden. Die restlichen Truppen brauchen wir, um die Grenze zu Guatemala zu überwachen. Jetzt müssen auch die Zapatisten zeigen, dass sie wirklich den Frieden wünschen.

SPIEGEL: Die wollen im Februar mit ihrem Anführer Subcomandante Marcos zu einem Marsch in die Hauptstadt aufbrechen. Werden Sie ihnen freies Geleit gewähren?

Fox: Wir prüfen die Rechtslage. Es muss gewährleistet sein, dass es dabei nicht zu gewalttätigen Zwischenfällen kommt.

SPIEGEL: Der Chiapas-Konflikt ist Folge der jahrhundertelangen Vernachlässigung der indianischen Bevölkerung. Wie wollen Sie die in das moderne Mexiko integrieren?

Fox: Unser vorrangiges Ziel ist es, Chancengleichheit für die Indianer zu schaffen. Ich habe ein Büro für Indianerangelegenheiten geschaffen, das mir direkt unterstellt ist. Diese Behörde wird dafür sorgen, dass alle Ministerien den Indianern Vorrang einräumen.

SPIEGEL: Mexiko wird unter der erkennbaren Abschwächung der US-Wirtschaft besonders leiden. 90 Prozent der mexikanischen Exporte gehen in die USA. Müssen Sie Ihr Wachstumsversprechen von sieben Prozent nicht korrigieren?

Fox: Dafür zieht die europäische Wirtschaft an. Mexiko ist nicht nur Mitglied der Nord-

AP

Fox bei Amtsübernahme*: *„Keine Amigo-Wirtschaft“*

Zapatisten-Demonstration in Chiapas, Grenze zu

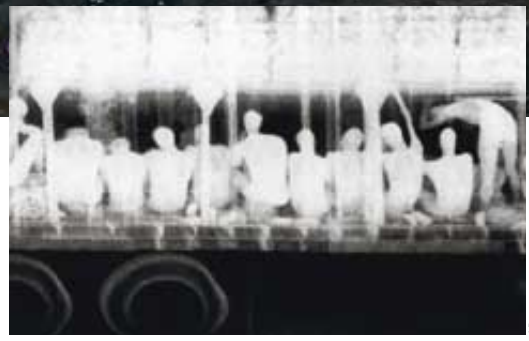
„Foximanía“

heißt die heftige Aufbruchstimmung, die das Land erfasst hat, seit Präsident Vicente Fox, 58, vor zwei Monaten sein Amt antrat. Durch hemdsärmelige Auftritte, in Jeans und Cowboystiefeln, will der strenggläubige Katholik die 97 Millionen Bewohner Mexikos aufrütteln und mit „null Toleranz“ gegen Drogenhandel, Machtmissbrauch und Korruption vorgehen, in welche die einst allmächtige Staatspartei PRI verstrickt ist. Nach einer Karriere bei Coca-Cola wechselte Fox in die Politik und wurde mit der Wahl zum Gouverneur des Bundesstaates Guanajuato 1995 landesweit bekannt. Zu seinen Vorbildern gehören Tony Blair und Bill Clinton.

* Mit Tochter Paulina und Sohn Rodrigo am 1. Dezember 2000.

DPA (li.); L. NIETO / AGENTUR FOCUS (re.)

den Vereinigten Staaten: *„Die Menschen brauchen moralische Führung“*



AP

Illegale Grenzgänger*
„Fortschritt auf das ganze Land ausdehnen“

amerikanischen Freihandelszone Nafta, sondern hat auch ein Freihandelsabkommen mit der EU abgeschlossen. Deshalb reise ich zum Weltwirtschaftsforum nach Davos und spreche mit Bankern in Frankfurt und Mailand. Wir wollen den Investoren die einzigartigen Vorteile deutlich machen, die ihnen Mexiko zu bieten hat: höchste Produktivität und die Möglichkeit, billigst in die USA oder zurück nach Europa zu exportieren.

SPIEGEL: Können Sie die Zusage, Ihren Landsleuten mehr als eine Million neuer Jobs zu verschaffen, auch einlösen?

Fox: Es geht nicht nur um Arbeitsplätze. Ich will auch durch Kleinkredite vielen Menschen die Chance geben, sich selbständig zu machen. Das erreichen wir sogar, wenn das Wirtschaftswachstum nur vier Prozent betragen sollte.

SPIEGEL: Das mexikanische Steueraufkommen ist zu gering, um Ihre Reformen zu finanzieren.

Fox: Wir verhandeln mit der Opposition über eine Steuerreform. Immerhin haben wir gemeinsam einen Sparhaushalt verabschiedet. Wir wollen die Inflation unter drei Prozent drücken. Damit wäre den Familien am meisten geholfen.

SPIEGEL: Die Staatseinnahmen stammen zu einem großen Teil aus dem Ölverkauf. Droht Mexiko eine Wirtschaftskrise, wenn die Ölpreise wieder fallen?

Fox: Wir haben bei unseren Berechnungen einen niedrigen Ölpreis zu Grunde gelegt.

SPIEGEL: Eine Kraftprobe mit der Opposition steht Ihnen bevor, sollten Sie die staatliche Ölfirma Pemex antasten.

Fox: Wir verhandeln zunächst über eine Öffnung des Stromsektors. Das bietet internationalen Investoren große Chancen. Dann streben wir bei der Petrochemie eine Beteiligung ausländischer Firmen an. Zusammen mit Pemex könnten sie unsere Erdgasvorkommen ausbeuten.

SPIEGEL: Die erste Auslandsreise von US-Präsident Bush wird ihn nach Mexiko führen. Werden sich jetzt die schwierigen Beziehungen zum übermächtigen Nachbarn verbessern?

Fox: Sie werden schon von Tag zu Tag besser. Ich kenne den neuen Präsidenten seit langer Zeit und bin sicher, dass wir Freunde werden. Beide sind wir auf einer Ranch aufgewachsen und haben Regierungserfahrungen als Gouverneure unserer Heimatstaaten gesammelt.

SPIEGEL: Glauben Sie wirklich, dass die Bush-Regierung auf Ihren Vorschlag eingeht, die Grenzen zu öffnen?

Fox: Das ist ein langfristiges Vorhaben. Die europäische Einigung hat auch 30 Jahre gedauert. Es ist für beide Seiten enorm wichtig, den Strom der mexikanischen Einwanderer zu legalisieren. Ohne die Zuwanderer aus dem Süden könnten die Amerikaner ihr Wirtschaftswachstum nicht aufrechterhalten. Andererseits müssen wir natürlich bei uns Bedingungen schaffen, damit nicht weiterhin so viele Mexikaner ihr Auskommen in den USA suchen.

SPIEGEL: Es gibt Hinweise dafür, dass die Regierung des vorletzten Präsidenten Carlos Salinas de Gortari enge Verbindungen zum Drogenhandel besaß. Viele mexikanische Institutionen sind bereits von der Kokainmafia unterwandert. Drohen Ihnen Zustände wie in Kolumbien?

Fox: Wir kommen gerade noch rechtzeitig, um das zu verhindern. Zweifellos waren viele Beamte Komplizen der Drogenhändler, aber damit ist jetzt Schluss.

SPIEGEL: Wieso? Die Polizei gilt als weit gehend korrupt und ineffizient. Und Sie haben ausgerechnet einen General zum Justizminister ernannt, dem Menschenrechtsorganisationen vorwerfen, er habe Folterungen toleriert. Haben Sie den Bock zum Gärtner gemacht?

Fox: Der Justizminister hat nicht nur militärische Qualitäten, er ist auch ein ausgewiesener Rechtsexperte. Er hat sich nichts zu Schulden kommen lassen und ist bekannt für seine Durchsetzungskraft. Ich bin überzeugt, dass der Mann das Sicherheitsproblem in den Griff bekommen wird.

SPIEGEL: Ihre eigene Partei gilt als klerikal, Kritiker fürchten, dass Sie die Trennung von Kirche und Staat, eine Errungenschaft der Revolution, untergraben wollen.

Fox: Ich werde mich hüten, die katholische Kirche zu bevorzugen. Ich setze mich vielmehr für absolute Glaubensfreiheit ein. Angesichts von Gewalt und Kriminalität in Mexiko brauchen die Menschen vor allem moralische Führung, und das ist eine Aufgabe der Religion.

SPIEGEL: Sie sind gläubiger Katholik, leben aber getrennt von Ihrer Frau. Wollen Sie sich scheiden lassen und wieder heiraten?

Fox: Meine Liebe gehört meinen vier Kindern. Aber es stimmt, meine Familie ist nicht vollständig. Das könnte sich ändern. INTERVIEW: JENS GLÜSING, HELENE ZUBER

* Röntgenaufnahme eines Schmuggellasters.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

FUSSBALL

Götter in der Pfütze

Brasiliens Jugendliche träumen nach wie vor von einer Karriere als Profi, doch Missmanagement und Korruption haben den Zauber-Fußball ruiniert. Nun will das Parlament den Sport säubern. *Von Matthias Matussek*

Maximilian Rodrigues Pinto, der Mann, der den brasilianischen Fußball retten wird, hat dessen Untergang im Fernseher verfolgt, einem alten Kasten, der in der Wohnung seiner Eltern unter einer Jesus-Figur steht.

Ein glühend heißer Nachmittag im Dezember. Das Meisterschafts-Endspiel einer verkorksten Saison. Rios Supertruppe Vasco da Gama spielt im eigenen Stadion gegen den Provinz-Zwerg São Caetano.

Die Zwerge spielen die Stars an die Wand, bis auf den Rängen des überverkauften Stadions São Januário plötzlich ein Tumult ausbricht. Eine Welle aus Menschenleibern schwappt gegen den Zaun, reißt ihn ein und ergießt sich aufs Spielfeld.

Die Kamera fängt Szenen ein, wie sie in Brasilien bis dahin nur schaudernd als Beispiele europäischen Brutalo-Fußballs serviert wurden, etwa aus dem Brüsseler Heyselstadion. Blutüberströmte Männer, Frauen und Kinder auf dem Spielfeld. Wie durch ein Wunder keine Leichen.

Und dann das: Zwischen den Verletzten taucht Vascos bulliger Vereinspräsident Eurico Miranda auf wie ein übellauniger Plantagenbesitzer. Er weist die Ambulanzen an, das Menschenpack vom Spielfeld zu räumen. Schließlich sind sie nicht tot. Ein Spielabbruch wäre schädlich fürs Geschäft.

Als ein Anruf des Gouverneurs die Fortsetzung untersagt, rastet Miranda aus. Er beschimpft den Gouverneur als „bigotte Schwuchtel“ und rangelt mit Reportern und kommandiert schließlich seine Edeltruppe zur Siegerrunde zurück aufs Feld – mit einem auswärts geschossenen Tor aus dem Hinspiel liegt Vasco rein rechnerisch zum Zeitpunkt des Spielabbruchs vorn. Schon bis dahin war jede Menge jener Anstandsregeln gebrochen worden, die Maximilian von seinem Vater eingebläut bekommen hat. Etwa: Man tritt nicht auf Schwachen herum. Doch nun wurde das oberste aller Gebote verletzt, das da lautet: Du sollst dir keinen Sieg ergaunern!

Fassungslos sah Maximilian seinen Göttern zu, wie sie verlegen vor Resten grölender Favela-Hooligans den Pokal emporhielten und den wohl schmutzigsten Triumph der Vereinsgeschichte feierten. Götter in der Pfütze. „Mir ist schlecht geworden vor Wut“, sagt er.

In den folgenden Tagen steht der Pott auf Mirandas Tisch. Unter dem Druck der Öffentlichkeit rückt er ihn wieder heraus. Zähneknirschend stimmt er einer Spielwiederholung zu, im Maracanã-Stadion, das er fest im Griff der Vasco-Fans weiß. Doch Maximilian ist sich sicher: „Gott wird dafür sorgen, dass São Caetano gewinnt.“ Und er wird mithelfen im Maracanã und São Caetano anfeuern, denn das Gute in der Welt soll triumphieren.

Maximilian ist 15, also im besten Heldenalter. Im WM-Finale 2006 wird er das entscheidende Tor schießen. „2002 wäre noch zu früh“, sagt er, denn schließlich ist er Realist. Aber dieses Tor im Endspiel 2006 in Deutschland hat er schon einige tausendmal geschossen.

Der Gegner ist, sorry, Frankreich, denn da ist noch eine Rechnung offen. Spielstand 1:1, die 89. Minute. Max steht halb rechts vor dem Strafraum, erhält den Ball mit dem Rücken zum Tor. Eine Drehung, Schuss, er reißt die Arme hoch, die Mannschaftskollegen fallen jubelnd über ihn her. Sein Vater wird im Fernsehen interviewt, und er wird ernst sein wie immer, aber platzen vor Stolz. Und dann wird die ganze Familie in eine Gegend ziehen, in der die Kanalisation funktioniert.

Bis dahin allerdings sollten noch zwei Bedingungen erfüllt werden. Erstens: Er müsste die Chance auf ein Probetraining bekommen, ohne Schmiergeld, denn er hat keins. Zweitens hängt mit erstens zusammen: „Die Gauner müssen ins Gefängnis, denn die machen alles kaputt.“

Fußball ist nirgends auf der Welt nur Fußball. Doch in Brasilien legt er die Seele des Landes offen. „Fußball hat Brasilien zivilisiert“, schreibt der Historiker Joel Rufino dos Santos. „Wir fühlen und denken durch dieses Spiel.“ Fußball ist überall: an Stränden, auf Amazonas-Lich-

Zuschauertumult im Januário-Stadion: *Wie durch*

J. COOKE / SPORTS ILLUSTRATED

Pelé (im WM-Finale 1970 gegen Italien)

Auf der Flucht

International genießt Brasiliens Fußball seit über sechs Jahrzehnten Weltgeltung, in denen vier Weltmeisterschaften gewonnen wurden (1958, 1962, 1970, 1994). Auch an Talenten, geschätzt werden 1,5 Millionen aktive Kicker, herrscht kein Mangel. Die Krise der Clubs führt indes zum Exodus. Allein im Vorjahr wechselten 701 Profis ins Ausland, 14 spielen in der Bundesliga.

ALLSPORT / ACTION PRESS

ein Wunder keine Leichen

tungen, auf Bohrinseln, in Klöstern – keine Straße, keine Gasse ohne Ball.

Doch nun ist die organisierte Balltreterei zum Spiel der neureichen brasilianischen Räubergesellschaft geworden. Nun hat das erbärmliche Spektakel in Vascos Januário-Stadion die Krankheit dramatisiert, die Brasiliens Gesellschaft zerfrisst. Dieses Land, das sich in den Zaubereien Pelés und Garrinchas und Zicos selber zugelächelt hat, schaut nun in einen dunklen Spiegel. Es sieht: Gier, Menschenverachtung, Dilettantismus, Schlampigkeiten, feudale Selbstherrlichkeit.

„Gewalt und Desorganisiertheit innerhalb und außerhalb der Stadien haben einen traurigen Gipfel erreicht“, schrieb der einflussreiche Zeitungskommentator Tostão. „Es ist Zeit für einen radikalen Wandel.“ In der Gesellschaft und im Fußball.

Beispiel Vasco, Weltpokalsieger, Club der Stars, das Flaggschiff des brasilianischen Fußballs mit Tradition. In den zwanziger Jahren war Vascos Stadion die stolze Tempelgründung der armen portugiesischen Einwanderer und Mulatos gegen die reichen weißen Offiziersvereine.

Heute ist es zur Symbolruine des Verfalls verkommen, eine schäbige, stotternde Geldmaschine, mit der nur noch abgeschröpft wird, was die Favela-Fans hergeben. Früher spielten die Stars für den Stolz der Klasse. Heute warten sie auf den erlösenden Anruf des Spielervermittlers: Ab ins Ausland, nichts wie weg von hier. Ausverkauf unter den Bedingungen des globalen Marktes.

Fußball ist brasilianischer Rohstoff wie Soja, und beides kommt von den Äckern direkt auf die Märkte der Welt. Allein im letzten Jahr sind 701 Spieler ins Ausland verkauft worden. Gut ausgebaut die Pipelines zur Bundesliga, selbst Cottbus hat seinen Brasilianer. Cottbus hat zwar keine Strände, aber es zahlt pünktlich – anders als der legendäre Rio-Club Flamengo, der den Spielern die letzten drei Monatsgehälter schuldet.

Fußball-Brasilien ist so sehr am Ende, dass selbst National-Ikone Pelé mit seinen Reformversuchen im Verbandsfilz stecken geblieben ist. Er verlangte ein Ende der Knebelverträge für Spieler. Professionelles Geschäftsgebaren. Investitionen. Viele der Stadien müssten wegen Einsturzgefahr geschlossen werden, weshalb eine WM hier, im Fußballzauberland, so unsinnig wäre wie eine Winterolympiade in Kuweit.

Der mächtige „Club der 13“, eine Hinterzimmerloge der Vereinsbosse, bestimmt Satzungen und Spielpläne. Dass viele der Ligaspiele kaum mehr sind als Freizeit-Kicks mit begnadeten Momenten, ist kein Wunder bei mindestens sechs Meisterschafts- und Pokalwettbewerben, in denen die Spieler wie Zirkuspferde durch die Arenen gejagt werden.

So läuft auf den Plätzen Brasiliens eine Art Nonstop-Vaudeville-Show ab, in der die ausgelaugten Stars ihre Equilibristen-Nummern abziehen, die Impresarios mit den Abendeinnahmen verschwinden und die Wasserträger froh sind, ihre Gasrechnung einzuspielen; das Debütantengehalt in der 1. Liga beträgt magere 300 Mark.

Dass selbstherrliche Stümper den Fußball kontrollieren, überträgt sich auf den Rasen. Erst als Nationaltrainer Wanderley Luxemburgo über Betrugsvorwürfe stolperte, kam Romário wieder ins Team – um prompt jene Tore zu besorgen, die der bis dahin kläglich kickenden Seleção die Qualifikation zur WM bringen.

Zur Durchleuchtung des korrupten und dilettantischen brasilianischen Fußballgeschäfts, das jahrzehntelang von dem sinistren Autokraten João Havelange und seinem Schwiegersohn Teixeira heruntergewirtschaftet wurde, ist nun ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt worden. „Wir müssen den Fußball wieder moralisch machen“, fordert Staatspräsident Fernando Henrique Cardoso.

Der Ausschuss soll klären, welche Vereine wie viel Steuern hinterzogen haben, welche Spieler mit falschen Pässen ins Ausland verscherbelt wurden, wie viele Vereinspräsidenten jeweils in die eigene Tasche wirtschafteten und welche Schiedsrichter von ihnen bestochen wurden. Dazu werden Bankgeheimnisse gelüftet, Belege beschlagnahmt und Sekretärinnen, Funktionäre und Stars befragt.

Doch kein Mensch glaubt, dass der Ausschuss Nennenswertes leisten wird, denn der ist, ausgerechnet, mit Vascos Chef Miranda und seinen Kompagnons besetzt.

Statt aufzuklären, beschäftigen sich die Deputierten lieber mit finsteren Verschwörungstheorien, die ins Ausland führen. Wie konnte es passieren, dass Brasilien das WM-Finale gegen Frankreich verlor? Hat der US-Konzern Nike Ronaldo bestochen? Eine typisch brasilianische Verdrängungsleistung – dass Brasilien ganz einfach schlechter war, kommt hier niemandem in den Sinn.

W. RUDHART / ARGUS

Fußballtalent Maximilian
„Die Gauner müssen ins Gefängnis“

„Wer hatte eigentlich die Aufgabe, Zidane zu decken?“, will ein Abgeordneter vom vorgeladenen Ronaldo wissen. „Keine Ahnung“, sagt der, kopfschüttelnd über so viel geballte Ahnungslosigkeit. „Aber wer immer es gewesen ist – er hat seine Aufgabe wohl nicht gut gemacht.“ Worauf er seine Sachen packte und zurück nach Italien flog.

Wer soll diesen brasilianischen Fußball retten, wenn nicht Maximilian Rodrigues Pinto, der mehr von Fairness versteht als das gesamte brasilianische Fußball-Establishment. Darüber hinaus ist er ein begnadeter Dribbler, der sich links außen die Seele aus dem Leib rennen kann.

Wer immer ihm dieses Lächeln beigebracht hat, er hat ganze Arbeit geleistet: Maximilian reißt die Lippen mit einem Ruck über die Zähne, und es sieht aus, als fletsche eine junge Seele ihr Gebiss. Ein irrsinniges, übertriebenes Posterlächeln in der Favela Rio das Pedras, diesem endlosen

staubigen Meer geziegelter Schuhkartons.

Maximilian ist hier geboren. Nebenan gibt es lebende Hühner und Reizwäsche in den Vereinsfarben von Vasco, zwei Gassen weiter glüht der Fußballplatz in der Mittagssonne. Max lässt den Ball tanzen, links, rechts, minutenlang hält er ihn oben.

Keine Drogen hier. Offen wird nicht darüber gesprochen, aber Favela-Chef Josinaldo Francisco da Cruz hat es mit seinem Geheimdienst von Mineiros geschafft, die Dealer vernichtend zu schlagen. 18 zu 2, das soll der Leichen-Endstand gewesen sein. Jetzt ist die Favela sauber, sauberer auf jeden Fall als der brasilianische Ligaverband.

AFP / DPA

Idol Ronaldo im WM-Finale 1998: *Ein Rohstoff wie Soja*

Seit er laufen kann, spielt Max Fußball. Als Achtjähriger war er dem ehemaligen Nationalspieler Wilson bei einer Kickerei aufgefallen, der ihm die goldene Regel mitgab: „Nimm die Hand von der Hüfte, das machen nur Schwuchteln." Den Rest hat ihm sein Vater mitgegeben. Max verehrt ihn. „Er ist ein Krieger", sagt er stolz, weil sein Vater es immer geschafft hat, die Familie durchzubringen.

Besonders das hat er von ihm gelernt: „Nie einen Ball verloren geben." Seitdem rennt er jeden Morgen zehn Runden um den Platz. Botafogo hatte ihn abgelehnt, aber die haben schon Ronaldo abblitzen lassen, als der in Max' Alter war. Ronaldo hat nicht aufgegeben, und Max wird es auch nicht tun. Jetzt ist er seiner Chance nah wie nie: Der Chef seines Schwagers Mauro kennt einen Spielervermittler, und den wird Max treffen.

Nachts kriecht Maximilian manchmal durch eine kleine Luke aufs Dach. Dann kann er die Sertão-Klänge aus dem „Castelo" hören, einem Musikschuppen in der Nachbarschaft, die er auf seiner Gitarre nachspielt. Auf dem Dach nebenan lieben sich die Nachbarn, wenn sie sich nicht gerade streiten, und oben funkeln die Sterne. Es gibt so viele davon. Und es gibt so viele Maximilians, und nur deshalb kann der Fußball in diesem Land überleben und immer wieder zaubern.

Es gibt Talent im Überfluss und damit immer wieder Wunder. São Caetano ist die Cinderella-Geschichte der Saison und einer der Gründe, die an einen gnädigen Gott im Fußball glauben lassen. Noch bis vor drei Jahren kickte die Truppe aus dem Industrierevier vor São Paulo in der dritten Liga. Dann stieß Adhemar hinzu, ein Provinzler aus Tatuí. Eine weitere Neuerwerbung war César, der gerade eine Gefängnisstrafe abgesessen hatte. Der Kader wuchs zusammen im Gebet – die meisten Spieler sind wiedergeborene Christen und tragen unter ihren Trikots T-Shirts mit dem Aufdruck „Deus é fiel", die nach jedem Tor blankgezogen werden: Gott ist treu.

In dieser Saison war Gott besonders treu. Die Krauttruppe, deren Spieler-Etat ein Viertel dessen beträgt, was Romário allein verdient, war überraschend in der Endrunde aufgetaucht und bügelte dort einen Favoriten nach dem anderen aus dem Rennen. São Caetano, das hieß: David gegen Goliath, Elan gegen Pomade. Mittelstürmer Adhemar schoss zwei Tore mehr als der große Romário. Sein schönstes: ein 45-Meter-Freistoß gegen Fluminense.

W. RUDHART / ARGUS

São-Caetano-Torjäger Adhemar
Anruf aus Stuttgart

Woher er diesen Schuss hat? „Im Jugendtraining lagen diese Medizinbälle herum", sagt er. „Ich hab erst nach zwei Jahren kapiert, dass die zum Gewichtheben da sind und nicht zum Spielen."

Bis vor wenigen Wochen wusste die Welt nichts von Adhemar, 28, und er nichts von ihr. Und dann kam dieser Anruf aus Stuttgart. Der Verein braucht Tore, dringend, und die sind ihm 2,5 Millionen Mark Ablöse wert. Die Eltern wollen Adhemar nicht gehen lassen. „Gibt es hier keinen Verein, der ein paar tausend Mark springen lassen kann?", fragte sein Vater in der Zeitung.

Er ist bestens gerüstet für Stuttgart. Er hat bereits 20 T-Shirts drucken lassen mit der Aufschrift „Gott ist treu", auf Deutsch. „Zieh dich warm an", sagen die Leute vor der Trikot-Bude auf dem schäbigen Stadtplatz in São Caetano. Jeder hier ist Deutschland-Experte. „Da schneit's dauernd", „alle fahren Mercedes", „zeig's ihnen!"

Vorher aber: Zeig es Vasco. Versprich uns Tore, Adhemar. Hau Goliath um. Ganz São Paulo, ach was: das Land steht hinter dir.

Drei Tage vor dem großen Spiel gibt Romário ein überraschend selbstkritisches Interview. Er vergleicht den brasilianischen Fußball mit einem abgetakelten Zirkus.

Am gleichen Tag hat Adhemar in Stuttgart den medizinischen Test bestanden und unterzeichnet seinen Vertrag. Der enthält eine Rücktrittsklausel: Sollte sich Adhemar im Spiel gegen Vasco verletzen, ist Stuttgart von allen Verpflichtungen entbunden.

Ebenfalls am Sonntag vor dem Spiel trifft Maximilian den Spielervermittler Claudio. Ein Star der Branche. Er berät neben anderen Adhemar – ein gutes Omen! Claudio ist zu einem Veteranenspiel nach Rio gekommen, in Zicos Fußballschule, in der die Stars der achtziger Jahre gegeneinander antreten.

So ähnlich muss der Himmel aussehen: Die Anlage ist ein Traum mit mehreren Spielfeldern und Tribünen. Die Tore haben Netze, und die Duschen funktionieren. „Was für ein Rasen", sagt Maximilian leise zu Mauro. Der nickt und tuschelt zurück: „Ein echter Playboy-Club."

Ein sehr weißer Club, in dem Max und Mauro am Einlass kritisch gemustert werden. Reiche Mittelstandskids aus der Barra trainieren hier gegen horrende Gebühren. Im Schatten des Clubgebäudes steht Claudio und plaudert mit Zico und Roberto Dinamite. Götter unter sich. Claudio schaut auf, Max stellt sich stotternd vor. Claudio lächelt, er hat schon von ihm gehört.

Er stammt selber aus einer Rio-Favela. Er kennt den Jungen, weil er den Hunger kennt, die Träume. Er kennt das Gefühl, mit Hunderten anderen vor den Trainingsgeländen der Clubs herumzulungern, neidisch auf diejenigen, die Geldscheine durch den Maschenzaun stecken können und sich damit ein Probetraining erkaufen.

Claudio hat es schließlich geschafft. War Meister mit Flamengo und Palmeiras und hat nun seine Beraterfirma aufgezogen. „Hätte ich nicht jemanden gekannt, der jemanden kennt", sagt er, „dann stünde ich heute nicht hier." Er drückt Max eine Telefonnummer in die Hand. „Melde dich bei Marcel – wenn du was taugst, nehmen wir dich kostenlos." Max starrt auf den Zettel. Es gibt Kids in seiner Nachbarschaft,

Werbeseite

Werbeseite

W. RUDHART / ARGUS

Altstar Zico, Nachwuchsspieler Maximilian (vorn): *„Ein echter Playboy-Club“*

die würden töten, um an diese Nummer zu kommen.

Schon zwei Stunden vor Spielbeginn kocht das Maracanã, ein giftiges Fauchen, gegen das sich Maximilian auf dem Weg hinauf zur Einlassrampe regelrecht anstemmen muss, vorbei an den Händlern mit ihren goldenen Schärpen, auf denen Vascos Titelgewinn bereits beschlossen ist. Max gibt sich cool, doch er hat weiche Knie. Zum ersten Mal betritt er diesen Tempel, und offenbar ist er der Einzige, der zum Außenseiter hält – fast alle Tickets sind über Vasco-Fan-Clubs verschoben worden.

Selbst Max’ Schwager Mauro ist zu Vasco übergelaufen, allerdings aus Gründen, die mit den Rio-Stammeskriegen zu tun haben. Mauro hasst Flamengo. Und Flamengo hasst Vasco. Ein Sieg Vascos ist also einer über Flamengo.

Genauso sehen das viele der übrigen 50 000, die hier stampfen und grölen, und ganz besonders die Fallschirmjäger und ihre Freunde, die auf den Plätzen neben Max die Hymne des Tages intonieren: „Der Geier hat heute einen blauen Arsch, und den werden wir uns vorknöpfen.“ Der Geier ist Flamengos Wappentier, und Caetano heute nur dessen Hintern, der vermöbelt werden soll.

Die blauen Caetanos beginnen furios, tanzen völlig unerschrocken in diesem Löwenmaul Maracanã herum. Sie kombinieren, spielen steil nach vorne. Und dann fällt unvermutet das 1:0 für Vasco, und Maximilian erblasst, als die Matrosen ihn umarmen und das Maracanã aufbrüllt.

Sechs Minuten später brüllt nur einer. Max. In der Torkurve ist es totenstill, und man hört seinen abgebrochenen Triumphschrei deutlich. Caetano hat den Ausgleich geschossen, Max jubelt. Dann sieht er in diese genervten, wütenden, heimtückischen Gesichter, die sich zu ihm herdrehen, und er verkriecht sich auf seinem Platz und grinst nervös.

Schließlich zeigt sich, dass das Herz ein elastischer Muskel ist und dass man lernen kann, besonders wenn man 15 ist und das Leben auf dem Spiel steht. Man kann es Verrat nennen oder Vernunft: Als Romário mit einem genialen Rückpass bereits zwei Minuten später Juninho freispielt und der das 2:1 in den Winkel donnert, reißt Max die Arme in die Luft, genauso wie die 50 000 anderen. Die Militärs klopfen ihm, dem Konvertiten, anerkennend auf die Schulter.

W. RUDHART / ARGUS

Vasco-Fans im Maracanã-Stadion: *Goliath hat gewonnen*

Max’ Ausweg heißt Romário. Es ist keine Schande, ihm zuzujubeln. Romário, die Legende. Weltmeister, Tormaschine, immer noch mit Raketenantritt. Es ist Romário, der dieses Spiel in der 53. Minute entscheidet, als er den Ball mit dem Rücken zum Tor annimmt, zwei Verteidiger aussteigen lässt und einschießt. Romário hat tatsächlich Maximilians Traum-Tor geschossen.

Die Militärs reißen Max auf die Schulter, sie haben ihn längst als Maskottchen adoptiert, und Max schwingt seine Fäuste triumphierend hinunter, hinein ins Löwenmaul. Romário hat gewonnen, er hat gewonnen, wir haben den blauen Hintern Flamengos versohlt. Es war ein schlechtes Spiel, das durch Vascos Stars entschieden wurde. Durch Juninho und Romário. Das war der Unterschied. Ein Star ist deshalb einer, weil er im richtigen Moment richtig steht. Goliath hat gewonnen.

Adhemar stand nicht richtig. Er, der mit seinen Hammertoren den Weg ins Endspiel freigeschossen hat, war 90 Minuten lang nicht zu sehen. Vielleicht haben ihn die beiden Transatlantikflüge der letzten Tage geschlaucht. Vielleicht aber auch haben seine Beine für ihn entschieden – eine Verletzung hier, im verkorksten Finale einer verkorksten brasilianischen Liga, hätte ihm die Flucht nach Stuttgart verbaut. Seine Gegner an diesem Nachmittag, Junior Baiano und Jorginho, haben bereits in der Bundesliga abkassiert, Juninho in Spanien und England und Romário überall – warum nicht auch er?

In der Kabine gibt sich Adhemar gelassen. „Gott hat es heute anders gewollt“, sagt er. „Ich freue mich auf Stuttgart.“

Mesquita ist ein staubiger, brauner Vorort, der eine halbe Autostunde von Rio entfernt in die Berge gewürfelt ist. Ein paar Kneipen, eine Videothek und ein Umbanda-Laden, in dem man Hochzeitskronen kaufen kann, hölzerne Rinderaugen zum Schutz gegen Neider und Füße aus Wachs, die man opfert vor wichtigen Spielen.

Der Fußballclub liegt an den Bahngleisen, halb Lagerhalle, halb Strafanstalt. Rund 80 Jugendliche lehnen an den speckig grauen Wänden und versuchen, so gleichgültig wie möglich auszusehen. An der Stirnwand mahnt ein gelbes Poster zu Zucht und Respekt und Gottvertrauen.

„Die Kinder kommen aus allen möglichen Bundesstaaten“, sagt Schulleiter Marcel. „Gestern war der Andrang so groß, da mussten wir 50 wieder nach Hause schicken.“

Maximilian wird nicht weggeschickt, und das ist seine Chance. Das ist alles, was Claudio für ihn tun kann: Er darf spielen. Ailton, der glatzköpfige Trainer, ein Vasco-Profi aus den siebziger Jahren, dem die obere Zahnreihe fehlt, verteilt die Trikots. Blau gegen Grün. Max spielt Blau.

Viele der Kids kennen sich bereits, Max kennt keinen. Ailton ist seine Schüchternheit nicht entgangen. „Lass den Ball rollen“, knurrt er aufmunternd und stellt ihn als hängende Spitze ins vordere Mittelfeld. Die Anfangsminuten laufen an Max vor-

Werbeseite

Werbeseite

bei. Er trabt mit, er leitet den Ball weiter, er spielt ohne Fehler, aber er taucht unter. Doch dann steht er plötzlich goldrichtig. Am Strafraum, mit dem Rücken zum Tor. Und das hat er schon tausendmal gemacht: Er dreht sich rechts vorbei, zwei Schritte und haut den Ball ins lange Eck. Ein Romário-Tor, sein Tor.

Max läuft betont lässig zur Mittellinie, und jeder seiner federnden Schritte brüllt in diese staubige Hitzehölle hinaus: Es gibt nichts Schöneres auf der Welt.

Der Linksaußen, der ihn bisher ignoriert hat, klopft ihm auf die Schulter. Selbst Fabrizio, der bereits für Palmeiras im Gespräch ist, nickt lässig. Nun bekommt Max den Ball öfter. Einmal verlangt er ihn sogar mit einem knappen Ruf. Dann wird er übermütig, legt ein sinnloses Dribbling ein, verliert den Ball.

Ailton lässt ihn kurz darauf das Trikot wechseln. Nun spielt er bei den Grünen, und die Angriffe laufen über ihn, er dribbelt durch dieses Knäuel aus Kinderbeinen, er stoppt, er macht Übersteiger, als wolle er die Staubfahne vom Ball wischen, und irgendwann steht er sogar auf der eigenen Torlinie und verhindert den Ausgleich.

Nach 40 Minuten pfeift Ailton das Testspiel ab. Die Jungen lassen sich zitternd im Schatten der Mauer nieder. Nur Fußball? Sie haben um ihr Leben gespielt, um ihre Zukunft. Haben in 40 Minuten alles durchgemacht auf diesem Acker, was ein Mann erleben kann: den Hochmut, wenn ein Dribbling gelungen ist, die Blamage nach einem Ballverlust, die Euphorie nach dem Tor, den brennenden Schmerz, wenn die Kräfte zur Neige gehen, und die Agonie der Niederlage. Sie haben ihr Leben verdichtet.

Der Linksaußen, ein ausgemergelter Junge aus Pernambuco, bekommt von Ailton einen Klaps auf die Schulter. Der Ritterschlag. Dann ruft der Trainer Max zu sich. Schaut grimmig auf ihn runter. Max lässt den Kopf hängen, völlig am Ende. Er weiß, dass er Trainingsrückstände hat. Und dieses überflüssige Dribbling! Vielleicht hätte er später vorspielen sollen? Vielleicht sollte er den Fußball ganz vergessen. Er könnte sich als Musiker über die Runden bringen …

„Du kannst nächsten Mittwoch anfangen“, sagt Ailton. „Sei pünktlich.“ Max schaut ungläubig auf. Den Rest kriegt er gar nicht mehr mit. Dass er sich den Linksaußen aus dem Kopf schlagen soll, dass seine Stärke im Mittelfeld liegt, dass er kreativ ist, aber verdammt noch mal Kondition bolzen muss und Schnelligkeit.

Schließlich ist er entlassen. Er trabt langsam über den Platz zu den anderen Kids, auf dem Weg zur Dusche, bis er unter ihnen verschwindet. Ein Pulk von hungrigen Jugendlichen auf einem staubigen Feld an den Bahngleisen. Der Reichtum des brasilianischen Fußballs. ◆

FORMEL 1

„Arzt und Feuerwehrmann“

Ferrari-Rennleiter Jean Todt über sein Verhältnis zu Michael Schumacher, italienische Firmenkultur und Betrugsgerüchte

ATP

Todt, 54, verordnete Ferrari seit seinem Amtsantritt 1993 ein umfangreiches personelles Revirement. Der Franzose, verheiratet und Sohn polnischer Einwanderer, war bis 1981 Rallye-Co-Pilot; danach leitete er den Rennsport bei Peugeot.

SPIEGEL: Kurz vor Michael Schumachers erster Testfahrt im neuen Jahr hat eine Nachricht die Ferrari-Gemeinde aufgeschreckt: Sollte der Deutsche 2001 den Weltmeistertitel verteidigen, könnte er seinen Vertrag mit dem Rennstall vorzeitig lösen. Stimmt das?

Todt: Das ist Unsinn. Michael hat einen Kontrakt bis 2002. Sicher gibt es beiderseitige Klauseln. Aber der Vertrag ist sehr fest.

SPIEGEL: Nach Siegen sieht man Sie und Schumacher in inniger Umarmung. Warum betont er immer wieder, dass seine Arbeit bei Ferrari ohne Sie nicht denkbar sei?

Todt: Ich liebe Michael, wir arbeiten phantastisch zusammen und pflegen eine für dieses Metier ungewöhnliche Freundschaft. Aber er ist ein rational denkender Mensch. Er weiß, was ich leiste, und er weiß, was die anderen leisten. Ich kann kein Problem mit dem Motor lösen, dafür gibt es unsere Ingenieure. Ich habe nur eine Organisationsstruktur geschaffen, die funktioniert. Insofern bin ich für Michael wie eine Garantie, dass die Dinge nicht aus der Bahn laufen.

SPIEGEL: Deshalb haben Sie Ihrem Personal ein preußisch anmutendes Pflichtbewusstsein eingeimpft?

Todt: Man kann nicht arbeiten in einem schmutzigen oder unaufgeräumten Büro, und ich hasse Zigarettenstummel auf dem Fußboden. Als ich antrat, habe ich den Leuten erklärt, dass an einem Grand-Prix-Wochenende nicht nur das Auto in bestmöglicher Verfassung sein muss, sondern auch die Mechaniker. Das bedeutet: kein Alkohol, sauberes Hemd, frische Rasur. Bei den Dreitagebärten habe ich Konzessionen machen müssen. Ich habe eingesehen, dass die italienische Mentalität eine besondere ist und es wichtigere Dinge gibt, für die man seine Prinzipien aufrecht erhalten muss als das tägliche Rasieren.

SPIEGEL: Der Tugendwächter Todt und der Pedant Schumacher – wie verkraften die Italiener diesen Kulturschock?

Todt: Michael ist eine Respektsperson. In der Öffentlichkeit ist er ein kühler, introvertierter Mensch, der selten lächelt. Wenn er mit den Mechanikern zusammen ist, spürt jeder, dass er gern dabei ist. Er ist offen, diskutiert mit ihnen, nimmt sie ernst, geht mit ihnen essen.

SPIEGEL: Wie ist sein Ton, wenn er den Mechanikern und Ingenieuren erklärt, was sie tun sollen?

Todt: Er ist bestimmt, aber immer freundlich. Er benutzt nie negative Wörter, verliert nie die Fassung. Er ist sehr nüchtern, fragt eine Menge.

SPIEGEL: Schumacher ist der Boss?

Todt: Nein. Er war zuletzt zwei Monate nicht mehr in der Fabrik – bis auf einmal, da kam er zum Weihnachtsessen. Aber er ruft oft an, konnte kaum erwarten, das neue Auto zu sehen. Er ruft den Chefdesigner an, den Motoreningenieur, will alles genau wissen. Das ist seine Art, den Team Spirit zu verbessern. Er überträgt damit seine Motivation auf die anderen.

SPIEGEL: Nach Schumachers Siegen wirkt sein „Dank ans Team“ inzwischen wie eine routinierte Floskel.

Todt: Michael ist der beste Fahrer. Eine schnelle Runde gelingt etlichen Piloten,

McLaren-Piloten Häkkinen, Coulthard, WM-Sieger

A. RENTZ / BONGARTS

Grand-Prix-Duell McLaren-Mercedes gegen Ferrari: *„Erbärmliche Ausflüchte für den Misserfolg“*

doch ein komplettes Rennen konstant am Limit zu fahren, das beherrscht keiner wie er. Aber wenn das Team ihn eine Runde zu früh oder zu spät zum Boxenstopp ruft, kann das über Sieg oder Niederlage entscheiden, da mag er Gas geben, wie er will. Die Formel 1 ist ein Teamsport. Michael weiß das. Mit ihm haben wir dreimal die Weltmeisterschaft knapp verloren, aus verschiedenen Gründen. Es hat nie einen Vorwurf gegeben. Wir haben gemeinsam viel durchgemacht, das schweißt zusammen.

SPIEGEL: Gemeinhin gilt das Grand-Prix-Gewerbe als kaltes Business und extreme Ellbogengesellschaft – und Sie predigen menschliche Werte?

Todt: Sehen Sie: Ich bin hier manchmal Arzt, manchmal Feuerwehrmann. Aber vor allem bin ich der General Manager, der die richtigen Leute auswählen, überzeugen und einsetzen muss. Ich habe die Situation zu schaffen, dass sie ihren Job gut machen können. Wenn wir unsere Ziele erreichen wollen, müssen die Mitarbeiter glücklich sein. Wenn sie von frühmorgens bis in die Nacht arbeiten sollen, dann muss die Atmosphäre angenehm sein.

A. RENTZ / BONGARTS

Schumacher, Todt in Suzuka: *„Ich liebe Michael“*

SPIEGEL: Schumacher sagte einmal, er sei der Meinung gewesen, „dass Seriosität und Ehrlichkeit in der Formel 1 nicht vorhanden sind – bis ich Jean Todt kennen gelernt habe“. Hat Sie diese Aussage irritiert?

Todt: Ich finde es traurig. Höflichkeit und Respekt sind für mich Grundwerte. Ich bin hier für 600 Mitarbeiter verantwortlich. Ich habe nicht jeden Namen im Kopf, aber ich kenne jedes Gesicht. Denn alle sind durch mein Büro gegangen. Jeder Neue kommt zu mir: vor der Vertragsunterzeichnung und in der ersten Arbeitswoche. Alle wichtigen Entscheidungen werden durch mich verkündet. Keiner soll glauben, dass ich von manchen Dingen nichts weiß.

SPIEGEL: Sie tragen auch nach außen die Verantwortung, vor allem für Niederlagen. Wie gehen Sie damit um, dass allenfalls der Kopf des italienischen Fußballnationaltrainers öfter gefordert wird als Ihrer?

Todt: Was von außen, etwa über die Medien, herangetragen wird, das hat keine Priorität für mich. Ich verbringe verdammt viele Stunden in diesem Büro, gestern ging es bis Mitternacht. Heute zum Mittagessen gab es Marmeladenbrot und eine Tasse Tee. Ich gebe mich meinem Job hin, ich glaube an das, was wir tun. Und ich bin stolz darauf, über sieben Jahre auf diesem Stuhl überlebt zu haben.

SPIEGEL: Wären Sie heute noch Rennleiter, wenn Schumacher den Titel im vergangenen Oktober nicht gewonnen hätte?

Todt: Ehrlich gesagt: Ich bin nicht sicher. Es gab viel Druck von außen, vor allem als 1999 in Malaysia unser Luftleitblech nicht regelkonform schien. Aber wo war Ferrari, als ich anfing? Ich habe eine Menge auf den Weg gebracht. Ich habe die Leute ausgesucht, die den Aufschwung verursacht haben: Ross Brawn, den Technischen Direktor, Rory Byrne, den Konstrukteur, Schumacher und einige mehr. Und wo ist Ferrari jetzt? Wir konkurrieren seit vier Jahren um den Titel.

SPIEGEL: Mit dem ersten WM-Triumph seit 21 Jahren ist Ihre Mission eigentlich beendet. Haben Sie neue Ziele?

Todt: Ferrari ist so eine große Herausforderung, da kann man zweimal dasselbe Ziel haben. Wir sind schließlich immer noch der einzige Rennstall, der Auto und Motor baut. Und solange das Team zusammenhält, fühle ich keine Veranlassung zu gehen.

SPIEGEL: Mitte Februar wird wohl beschlossen, ab dem Grand Prix von Spanien die so genannte Traktionskontrolle in den Rennwagen wieder zuzulassen. Eine Elektronik wird dann das Durchdrehen der Antriebsräder verhindern. Eine gute Entscheidung?

Todt: Nicht gut, aber notwendig. Persönlich bin ich gegen jede Art von Fahrhilfen. Es soll schließlich ein Sport sein, die Fähigkeiten eines Menschen sollen den Unterschied ausmachen. Ein Auto zu beherrschen, das bei 800 PS nur 500 Kilo wiegt, muss eine Kunst bleiben. Trotzdem sehe ich keine Alternative: Wir müssen die Traktionskontrolle zulassen – denn ob sie in der Software des Autos drinsteckt oder nicht, ist kaum nachprüfbar. Die Freigabe verhindert wenigstens die Verdächtigungen.

SPIEGEL: Die beiden letzten Saisons waren mithin von Betrug geprägt?

Todt: Ich weiß es nicht. Ich will und kann hier keine Klage führen. Ich weiß nur, dass einiges passiert ist, was demnächst nicht mehr passieren wird.

SPIEGEL: Auch Ferrari wurde vorgehalten – unter anderem von McLaren-Mercedes –, mit irregulären Rennwagen gefahren zu sein. Sie haben einigen Teamchefs daraufhin wegen fortgeschrittener Paranoia den Weg zum Psychiater empfohlen.

Todt: Das stimmt. Ich finde es erbärmlich, wenn für den Misserfolg Ausflüchte präsentiert werden, die den Sieger diskreditieren. Man muss auch mal einsehen, dass ein anderer schlicht besser war. Ich habe eine Menge Respekt vor McLaren. Sie sind wahnsinnig gut und in gewissen Dingen besser als wir. Was hätte ich davon, wenn ich behaupten würde, McLaren betrügt? Erstens glaube ich nicht daran, zweitens macht es mein eigenes Auto nicht schneller, und drittens ist es doch die beste Motivation, die Nummer eins mit noch mehr Energie, noch mehr Einsatz zu besiegen.

SPIEGEL: Sehen Sie sich als Außenseiter in dieser egomanischen Welt der Formel 1?

Todt: Das wahre Leben spielt sich hier in meinem Büro ab. An der Rennstrecke gibt es zu viele, die den Boden unter den Füßen verloren haben. Die tun mir Leid. Ich meide dieses glamouröse Getue. Bei einem Grand Prix bewege ich mich nur zwischen Ferrari-Box, Motorhome und Hotel.

SPIEGEL: Während des Qualifikationstrainings und des Rennens wirken Sie extrem angespannt. Leiden Sie wirklich so?

Todt: Die letzten 15 Minuten des Qualifying sind schlimm. Die Anspannung ist oft so groß, dass ich mit dem Atmen aus dem Rhythmus komme.

SPIEGEL: Was empfinden Sie dann?

Todt: Machtlosigkeit.

INTERVIEW: ALFRED WEINZIERL

Werbeseite

Werbeseite

POP

Triumph eines Mistkerls

Skandalgeschrei garantiert seit Elvis' Hüftschwung Erfolg im Popgeschäft, und der weiße US-Rapper Eminem hat es damit zum wohl umstrittensten Popstar der Gegenwart gebracht. Wenn er am Dienstag zum einzigen Deutschlandkonzert in Hamburg antritt, wird der Mann aus Detroit abermals in vielen seiner Songs Schwule, Lesben und die eigene Ehefrau übel beleidigen – und dafür bejubelt werden. Eminem, bürgerlich Marshall Bruce Mathers III, gelang mit seinem aktuellen Werk „The Marshall

F. BOKLER

Rapper Eminem

Mathers LP" ein Mega-Bestseller; der Präsident des US-Verbands National Academy of Recording Arts & Sciences nannte es „das abstoßendste Album des Jahres". Doch Krawall fördert das Geschäft: Der Hamburger Auftritt ist schon seit Monaten ausverkauft.

MORAL

„Aus der Luft gegriffen"

Rechtsphilosoph Norbert Hoerster, 63, ist pensionierter Professor der Universität Mainz. Zu den Hauptwerken des Bioethikers zählen „Abtreibung im säkularen Staat" (1991) und „Sterbehilfe im säkularen Staat" (1998), beide im Suhrkamp-Verlag.

SPIEGEL: Kulturstaatsminister Nida-Rümelin bestreitet, dass der Grundsatz der Menschenwürde auf das therapeutische Klonen anwendbar sei (SPIEGEL 4/2001). Stimmen Sie dem zu?

Hoerster: Das von ihm und anderen angeführte Prinzip der Menschenwürde hilft in dieser Frage gar nicht weiter, weil sein Inhalt viel zu unbestimmt ist. Entscheidend ist vielmehr die Frage: Steht schon dem Embryo dasselbe Recht auf Leben zu, das Artikel 2 des Grundgesetzes jedem Menschen zuerkennt?

SPIEGEL: Bejahen Sie diese Frage?

Hoerster: Nein, denn zahlreiche ethische Erwägungen sprechen dafür, dem sich entwickelnden menschlichen Individuum erst mit der Geburt ein eigenes Recht auf Leben als „Mensch" im Sinne der Verfassung einzuräumen.

SPIEGEL: Aber Bundesverfassungsgericht und Politiker verkünden doch offiziell immer wieder ein Recht auf Leben von Beginn der Existenz im Mutterleib an?

Hoerster: Das ist nichts als ein Lippenbekenntnis. Unsere geltende Abtreibungsregelung steht nämlich zur Annahme eines embryonalen Rechts auf Leben in eklatantem Widerspruch.

SPIEGEL: Geben Sie Nida-Rümelin Recht, das therapeutische Klonen sei deshalb verbotswürdig, „weil wir damit die Möglichkeit des reproduktiven Klonens eröffnen könnten"?

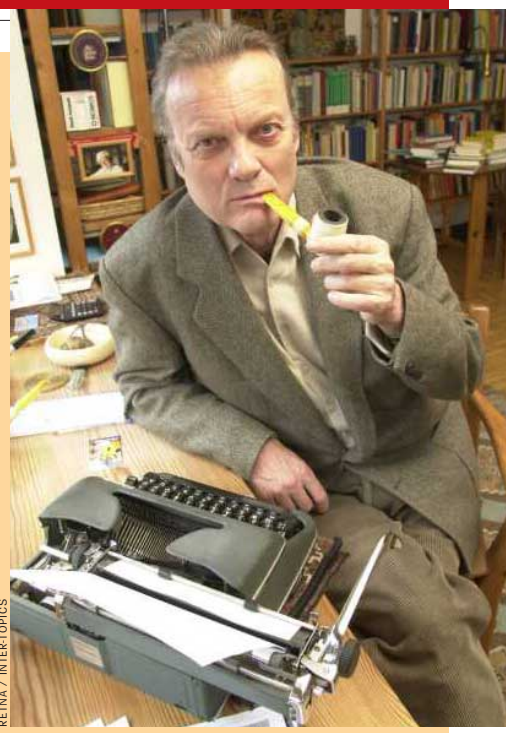
Hoerster: Nein. Die Unterstellung einer solchen Automatik ist genauso aus der Luft gegriffen wie die gelegentlich anzutreffende Behauptung, die Freigabe der Abtreibung sei der erste Schritt zur Kindstötung.

SPIEGEL: Aber sogar der rechtspolitische Sprecher der Grünen, Volker Beck, meint, das therapeutische Klonen gefährde „das ethische Fundament unserer Gesellschaft".

Hoerster: Mit demselben Schlagwort haben fundamentalistische Politiker in Deutschland noch vor wenigen Jahrzehnten die Strafbarkeit von homosexuellen Handlungen verteidigt.

SPIEGEL: Sie plädieren für die Freigabe des therapeutischen Klonens?

Hoerster: Ja. Für ein strafrechtliches Verbot gibt es keinen guten Grund.



RETNA / INTER-TOPICS

Hoerster

NACHLASS

Kanonen der Revolution

Das französische Schiff, das 1793 vor der dalmatinischen Festung Korčula ankert, heißt königlich „Madame Royale", die Kanonen aber, mit denen am Ende geschossen wird, tragen den Namen „Echo der Revolution" – an Bord befinden sich Truppen der jungen Republik, Sansculotten. Stoff, aus dem Romane sind: Ein unveröffentlichtes Manuskript mit dem Titel „Die Kanonen von Korčula" fand sich im Nachlass des Schriftstellers Gert Ledig (1921 bis 1999), verfasst in der Sprache der Protokolle und Schiffstagebücher, rekonstruiert „nach Legenden, Tatsachen und authentischen Texten" (Ledig). Mit der Neuausgabe des Ledig-Romans „Faustrecht" (1957) bei Piper wird im März die Wiederentdeckung des jahrzehntelang verschollenen Autors abgeschlossen sein, die vor zwei Jahren begonnen hat (SPIEGEL 1/1999) – bei Suhrkamp sind inzwischen die Romane „Die Stalinorgel" (1955) und „Vergeltung" (1956) neu aufgelegt worden. Jetzt gibt es also weitere Entdeckungen zu machen: Außer dem bisher nie publizierten „Kanonen"-Werk ist auch ein 1957 parallel zum gleichnamigen Roman entstandenes Theaterstück, „Faustrecht", wieder aufgetaucht, für das sich schon ein Theater interessiert: Szenen aus der Trümmerwelt von München im Jahr 1946.

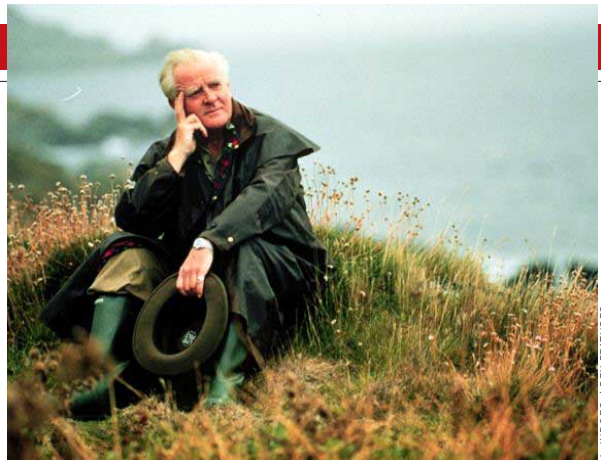
A. SMAILOVIC

Ledig (1998)

Am Rande

Darwins Inseln

Eigentlich sollte er Landpfarrer werden, und als Reiselektüre begleitete ihn ein frommes Werk, John Miltons Schöpfungsgeschichte in Versen, „Paradise Lost“, das verlorene Paradies. Während seiner fünfjährigen Weltumseglung stieß Charles Darwin dann auf ein erhaltenes Paradies: Im September 1835 betrat der 26-Jährige eine der etwa 30 Galápagos-Inseln, und was für ihn ein kleiner Schritt war, wurde für die Menschheit ein großer Sprung. Denn das Tierleben auf den isolierten Inseln, die verblüffenden Variationen innerhalb der Arten, ließ den Gedanken dämmern, dass Arten sich entwickeln, anpassen, neue Überlebenswege suchen. Der angehende Landpfarrer ließ Gott einen toten Mann sein und wurde selbst zum Schöpfer – der Evolutionstheorie. Fünf Wochen weilte Darwin auf dem Archipel. „Die Vögel kennen den Menschen nicht“, notierte er, „sie halten ihn für genauso unschuldig wie ihre Mitbewohner, die riesigen Schildkröten.“ Auf denen ritt er und lobte ihr saftiges Fleisch. Auch mit Leguanen spielte er, kniff einen von ihnen in den Schwanz, der schaute ihn aber nur fragend an. Als Jäger und Sammler machte er sich vor allem über die Vögel her. Die ließen sich leicht mit dem Hut erschlagen, Finken avancierten zu Darwins Favoriten, denn ihnen waren, je nach Nahrungsgrundlage, höchst verschiedene Schnäbel gewachsen: Als „Darwin-Finken“ wurden sie zu Paradebeispielen der Evolutionstheorie. Wie das Leben so spielt: In Miltons „Paradise Lost“ stört Satan den himmlischen Frieden, über Galápagos kam der rostige Tanker „Jessica“, goss Öl auf die Wogen und versaute ein Paradies.



J. JUDGES / REX FEATURES

Schriftsteller le Carré

HOLLYWOOD

Geheimdienst-Satire mit diebischem Spaß

Autor John le Carré, 69, über die Verfilmung seines Agententhrillers von 1996, „Der Schneider von Panama“, die bei der Berlinale gezeigt wird

SPIEGEL: Mister le Carré, warum haben Sie bei der Verfilmung Ihrer Geheimdienst-Satire „Der Schneider von Panama“ nicht nur als Drehbuch-Co-Autor, sondern auch als Produzent mitgewirkt?
Le Carré: Von den fünf Filmen, die Hollywood bisher aus Büchern von mir gemacht hat, waren drei abstoßend und nur zwei annehmbar. Ich wollte diesmal sichergehen, dass nicht der Hollywood-Geschmack, sondern der ironische Geist des Buchs den Film prägt. Die Zusammenarbeit mit dem Regisseur John Boorman war wunderbar; ich glaube, wir haben dem Sony-Columbia-Studio den Film unter der Nase weggeklaut wie zwei Diebe in der Nacht. Die waren entsetzt, als sie das Produkt sahen.
SPIEGEL: Der „Schneider von Panama“ ist eine ätzende Satire auf die Geheimdienste, denen Sie selbst mal angehörten. Eine Vergangenheitsbewältigung?
Le Carré: Nein. Mein Buch handelt von der Gegenwart und ist frei von Ideologie. Mein Spion Osnard (Pierce Brosnan) kommt aus dem unbegrenzten Materialismus der Nach-Kalte-Kriegs-Zeit und hat die ethischen Standards eines eiligen Frankfurter Finanzmanagers.
SPIEGEL: Ihr Titelheld Harry Pendel schneidert nicht nur Anzüge für Panamas große Tiere. Er schneidert sich auch die Realität zurecht – Schwindler oder Poet?
Le Carré: Er ist beides, wie die meisten Schwindler und die meisten Poeten. Thomas Mann hatte ein genaues Verständnis für die destruktive Kraft des Künstlers. Pendel flieht in diesem Sinn als Künstler vor der Wirklichkeit.
SPIEGEL: Glauben Sie an den Erfolg des Films?
Le Carré: Er wird in Europa ein großes und begeistertes Publikum finden – und ist in Amerika zum Scheitern fast bestimmt. Und Pierce Brosnan wird einen Oscar dafür kriegen, dass er als Agentendarsteller den Mut hat, sein James-Bond-Image zu parodieren.

Smith, Damon in „Die Legende von Bagger Vance“

„Die Legende von Bagger Vance“. Es war einmal ein großartiger Nachwuchsgolfer, ein junger Gott des Greens, doch als er aus dem Ersten Weltkrieg heimkehrte, hatte er den Glauben an sich und das Golfen verloren. Und wenn nicht eines Tages ein geheimnisvoller schwarzer Caddy (Will Smith) aufgetaucht wäre, der ihm beibrachte, dass ein Mann sein Leben so fest in die Hand nehmen muss wie seinen Schläger, dann wäre unser junger Gott (Matt Damon) wohl dem Alkohol verfallen. So aber wird in Robert Redfords erbaulicher Lebenshilfefabel alles gut. Und wenn sie nicht gestorben sind, dann golfen sie noch heute.

Rousseau-Gemälde „Der hungrige Löwe wirft sich auf die Antilope“ (1905)

MALEREI

Kauziger Grenzgänger

Sie lachten ohne Ende: „Du der Größte im ägyptischen Genre, ich im modernen“ – so wollte der liebenswürdige Kauz die Welt der Malerei zwischen sich und dem Jung-Genie Picasso aufteilen; der Montmartre muss von der Heiterkeit der Avantgardisten gebebt haben. Dabei liebten sie den Dilettanten Henri Rousseau (1844 bis 1910), der ihren Archaismen und Abstraktionen reinen Herzens eine kompakte Gegenstandswelt entgegensetzte. Mit 60 ikonenhaften Porträts, untergründigen Landschaften und oft putzigen, bisweilen aber verstörend-magischen Symbolszenen stellt ihn die Tübinger Kunsthalle jetzt als „Grenzgänger zur Moderne“ aus (3. Februar bis 17. Juni). Für Deutschland ist das nicht nur die bisher größte Rousseau-Schau, sondern, erstaunlich, auch die erste überhaupt seit 1926. Ein Klassiker ist zu besichtigen – naiv, gewiss, aber an Gestaltungskraft allen malenden Bauern und Hausfrauen der Folgezeit turmhoch überlegen, zugleich ein Anreger für Kubisten, Expressionisten und Metaphysiker. Die Tübinger Ausstellung macht solche Bezüge durch Vergleichsbilder von Picasso bis Delaunay, von Kandinsky bis Beckmann anschaulich. Seinen „großen alten Freund Henri Rousseau, diesen Homer in der Portiersloge“, wollte Beckmann noch 1938 „ehrerbietig grüßen“.

Kino in Kürze

„Bounce – Eine Chance für die Liebe“. Weihnachten, Schneesturm in Chicago. Der smarte Werbeprofi Buddy überlässt seine Bordkarte für einen überbuchten Flieger einem Fremden (Tony Goldwyn). Die Maschine stürzt ab, alle Insassen sterben. Um Buße zu tun, besucht der Davongekommene die Witwe Abby (Gwyneth Paltrow). Die verliebt sich in Buddy, plagt sich aber deswegen mit Selbstvorwürfen; das tut auch Buddy (Ben Affleck), der ihr verschweigt, dass er in dem Flieger hätte sitzen sollen. Regisseur und Drehbuchautor Don Roos, der in seinem Debüt „The Opposite of Sex“ (1998) die Wirrungen menschlicher Schicksale noch mit ätzendem Sarkasmus betrachtet hatte, verlegt sich in „Bounce“ aufs Salbungsvolle.

CINETEXT

Paltrow, Goldwyn in „Bounce“

LITERATUR

Welt am Zaun

Mr. McCrindle hatte noch irgendetwas sagen wollen, als ihn die eiserne Drahtklemme seitlich am Kopf traf – so etwas wie „Nicht zu straff, Tam“ vielleicht. Jetzt aber lehnt der Farmer an dem Spanndrahtzaun, den er bei dieser merkwürdigen schottischen Firma in Auftrag gegeben hatte. Überrascht wirkt er, seine Augen sind weit geöffnet.
Doch die drei Zaunarbeiter, die da vor ihm stehen, sieht er nicht mehr. „Das wollte ich nicht“, beteuert Tam. „Was machen wir jetzt?“, fragt Richie. „Ich bin der Meinung, wir sollten ihn beerdigen“, sagt der Dritte im Bunde, und als (namenloser) Ich-Erzähler von Magnus Mills' Roman „Die Herren der Zäune“ fügt er hinzu: „Das war die erste wichtige Entscheidung, die ich als Vorarbeiter traf.“ Mr. McCrindles Pech bleibt nicht das letzte Missgeschick des Trios.
Mit der Beiläufigkeit britischen Understatements beschreibt Mills, 46, die Welt der drei hilflosen Chaoten, die von Schottland nach England reisen und eigentlich nur ihren Job machen wollen. Als Behausung dient ihnen ein schrottreifer Wohnwagen, als Fluchtpunkt die nächste Absturzkneipe. Oder ein Nachtclub, in dem man schon mal einer Frau begegnet, die einem am Morgen danach – „Frühstück gab es auch nicht“ – mitteilt: „Nur damit du's weißt: Ich bin kein Zaunpfahl.“

Mills' grandioses Debüt hat einiges Aufsehen erregt: „Busfahrer für den Bookerpreis nominiert“, staunte die englische Presse über den Newcomer, der seinen Roman während der Arbeitspausen verfasste. In den USA lobte der große Thomas Pynchon, der sich wohl seit Jahrzehnten nicht mehr über den Roman eines Kollegen geäußert hat, Mills' „irrsinniges Wunder an Komik“. Tatsächlich nimmt dessen Groteske parabelhaft bedrohliche Züge an, als das Trio für die großmächtigen Gebrüder Hall, die selber über ein Zaunbau-Imperium verfügen, einen gewaltigen Elektrozaun errichten muss. Zudem besitzen die Auftraggeber eine gespenstische Wurstfabrik. Und aus welchem Grund auch immer: Irgendetwas wissen sie über Mr. McCrindle.

Magnus Mills: „Die Herren der Zäune“. Aus dem Englischen von Katharina Böhmer. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main; 216 Seiten; 36 Mark.

ZEITGEIST

Die Realos der Echtzeit

Die Kunst erhebt sich nicht mehr über die Wirklichkeit, sondern vermischt sich mit ihr: in Biografien, Popliteratur, Dokumentarkino und Trash-Mode. Der Faktenkult verdrängt den alten Glauben an die Zauberkraft der Bilder – eine Kulturkrise?

CINETEXT

Szene aus US-Faction-Drama „Der Sturm“: *Grauen pur, vor dem jede Fiktion wie Lüge erscheint*

Pegasus, das Pferd mit den Flügeln, war in der antiken Mythologie ein geachtetes Tier. Dem Zeus brachte es Donner und Blitz. Ein edler Held tötete auf dem Rücken des fliegenden Gauls die schreckliche Chimäre. Der Hufschlag des Zauberrosses ließ die Musenquelle entspringen. Spätere Epochen sahen in Pegasus das Symbol für die erhebenden Phantasien der Dichtung – empor aus den engen Tälern der Wirklichkeit und hinein in den freien Äther der großen Formen und Fiktionen, wo sich das Leben zum Gleichnis, zur Erzählung, zum Roman formen ließ.

Bis in die jüngste Zeit hinein luden die Dichter und Großmeister des Kinos ihr Publikum zu Ausritten aus der Wirklichkeit ein, und das Publikum folgte mit großer Selbstverständlichkeit. Es ließ sich von Thomas Mann auf den „Zauberberg“ entführen, um dort in der Höhenluft eines Phantasie-Sanatoriums den Ausbruch der Krankheit einer ganzen Epoche zu erkennen. Es folgte Franz Kafka in die rätselhaften Welten seiner Werke und spürte hinter den erschreckenden Bildern das Zerbrechen der Söhne an der Selbstgerechtigkeit der Väter. Und Murnaus expressive Filme hielten der aus den Fugen geratenen Realität nach dem Ersten Weltkrieg einen phantastischen Spiegel vor.

Nicht immer gab’s bei den Rosssprüngen des modernen Pegasus etwas über sich und die Welt zu erkennen. Der Unterhaltungsfilm steppte, sang und tanzte sich aus der Realität in Richtung Besinnungslosigkeit hinaus. Schlager, Rock’n’Roll und Pop, so sehr sie sich unterschieden, waren sich in einem Ziel einig: Vergesst euch und den Alltag. Die Mode half mit ihren Kreationen und manchmal abgehobenen Einfällen dem Menschen, ein erstrebtes Selbst gegen die erdrückende Wirklichkeit zu behaupten oder wenigstens vorzutäuschen.

Auch die Politik ließ sich mit Pegasus auf Trab bringen. Eine ganze Generation konnte sich im Himmel der Ideen und Ideologien als gewaltbereit und revolutionär selbst erfinden. Im Paris der 68er-Revolte stand auf den Mauern der hellsichtigste Spruch jener Jahre: „Die Phantasie an die Macht!“ Und als die Himmelsstürmer längst abgestürzt waren, gruben sie sich mit der gleichen Phantasie in den Underground: „Unter dem Pflaster liegt der Strand.“

Ob E- oder U-Kultur, ob Revolte oder revolutionärer Katzenjammer – noch vor 15, 20 Jahren galten die Leidenschaften des Zeitgeists nicht der Frage, wie es ist, sondern wie es sein könnte. Gewiss erschütterten im vergangenen Jahrhundert immer mal wieder Skeptiker wie Gottfried Benn („Um 1800 begann der Roman, um 1900, fast auf den Glockenschlag, war die europäische Mine ausgebeutet“), der Tatsachen-Fetischist Truman Capote („Kalt-

DPA

POP-EYE

Münchner Kickboard-Fahrer, Popliteraten-Lesung in Berlin*: *Surfen auf den Wellen der Wirklichkeit*

blütig“) oder der „New Journalism“-Prophet Tom Wolfe den alten Glauben an die weltbewegende Kraft der romanhaften Fiktion. Doch am Ende siegte stets der Fabulierer über den Faktenhuber.

Die Phantasie blieb dauerpräsente Verführung, sie verlockte in das Reich der Ungebundenheit, in den unwirklichen „Weltinnenraum“ (Rilke) – ein Hufschlag des geflügelten Pferdes, schon ließ sich im Strom von Weitsicht, Größe und Größenwahn baden.

Pegasus, so scheint es, hat inzwischen ausgedient, zumindest lahmt das Tier. Die Flügel sind gestutzt, der Gaul steht im Heim für bedrohte Tierarten. Unterm Pflaster liegt höchstens das Glasfaserkabel, die Phantasie als präpotentes Menetekel an der Wand wirkt nur noch lächerlich, denn sie fällt in der alles entscheidenden Prüfung des neuen Zeitalters der unbedingten Wirklichkeitssuche durch: Sie wirkt – echt in echt – nicht echt.

Die älteren Dichter können eigentlich ihre Bücher zuklappen – wer von den heutigen Echtzeit-Zeitgeistern interessiert sich noch für deren literarische Erfindungen? Wozu das Leben mit einer komplizierten Parabel erklären? Warum die biblische Verkleidung verstehen wollen, die Thomas Mann in seinen Josephsbüchern gewählt hat? Warum die Figur des Hochstaplers Felix Krull begreifen? Warum den Dichter nicht gleich selber fragen: Hey, Alter, wie schwul warst du nun eigentlich?

Die biografische Entschlüsselung hat Konjunktur. Ob Goethe, Nietzsche, ob Thomas Mann – Heinrich Breloer verfilmt zurzeit mit großem Aufwand das Leben des „Zauberers“, wie der Dichter in seiner Familie genannt wurde –, sie müssen ihr Leben, besser: das, was die Biografen für ihr Leben halten, dem Publikum preisgeben. Der phantasieskeptische moderne Mensch misstraut ihren Schöpfungen, er will den Dichter mit dem Lasso eigener Lebensdimensionen vom Pferd Pegasus herunterholen.

WDR

Mann-Darsteller Armin Mueller-Stahl
Warum die biblische Verkleidung?

Kein Wunder, dass nicht wenige Biografien der „Big Brother“-Inquisitionsrhetorik folgen: Hast du dich auch schön korrekt gegenüber Frauen verhalten? Hättest du nicht einfach mal direkt sagen können, wo dein Problem liegt? Entspann dich, lenk nicht mit Kunst von deinen wahren Schwierigkeiten ab.

Die heutigen Echtzeitsucher müssen die Artisten in den Zirkuskuppeln vergangener Epochen anfassen können, ihre Körper spüren, ihre Verkleidungen herunterreißen. Gelingt dies nicht, werden die Nachfahren nicht mal mehr ratlos, dann kann sie Gewesenes mal ganz gewaltig …

Fiktionen verbreiten Unsicherheit, die Wirklichkeitsfixierten aber brauchen Halt.

Auf den Bestseller-Listen stehen monatelang Lebensberichte von Menschen. In dem 1999 erschienenen Buch „Neger, Neger, Schornsteinfeger!“, noch immer in der Bestsellerliste, schildert Hans Jürgen Massaquoi, Sohn einer deutschen Mutter und eines afrikanischen Vaters, seine schwierige Kindheit in Nazi-Deutschland. Die Aufzeichnungen der jungen Britin Ruth Picardie, die ihr langsames Sterben an Krebs in „Es wird mir fehlen, das Leben“ beschrieb, sind auch heute, zwei Jahre nach Erscheinen, noch immer hier zu Lande ein Verkaufshit. Selbst das sprachlich weniger gelungene Werk „Die weiße Massai“, in dem die in der Schweiz lebende Corinne Hofmann von ihrer Liebe zu einem afrikanischen „Krieger“ berichtet, ist immer noch alles andere als ein Ladenhüter.

„Biografien bieten Orientierungspunkte für das eigene Leben“, sagt Anne Rüffer, die für den Schweizer Haffmans Verlag gearbeitet hat und nun selber den Verlag Rüffer & Rub gegründet hat, in dem sie vor allem biografische Bücher herausgibt. Leser suchten nach Vorbildern, die komplizierte Lebenssituationen meistern, ist sich die Verlegerin sicher.

Dass hinter den Verkaufserfolgen etwas anderes steckt als voyeuristisches Interesse, beweisen Promi-Biografien, die an der Ladenkasse enttäuschten: Ob Harald Juhnke, Horst Tappert oder Verona Feldbusch – reine TV-Stars, die schnell noch mal auf dem Lesemarkt abzocken wollen, werden durchschaut: Sie wirken unecht.

Wer keine Lebenshilfe zu bieten hat oder einen Massai als Liebhaber und doch auf dem neuen Identitätsmarkt reüssieren will, der muss es so anstellen wie die neuen deutschen Popliteraten. Die spielen mit großem Erfolg das Spiel: Wie kann ich mich mit dem Surfbrett auf den Wellen einer von den Medien aufgewühlten Wirklichkeit halten und möglichst lange „Ich“, „Ich“, „Ich“ ins Meeresgebrüll schreien?

So etwas erfordert pragmatisches Vorgehen, bloß nicht zu weit hinausgeraten,

* Mit Alexander von Schönburg, Eckhart Nickel, Christian Kracht, Joachim Bessing, Benjamin von Stuckrad-Barre, 1999.

CINETEXT

Szene aus dem TV-Drama „Der Tunnel“ mit Heino Ferch und Nicolette Krebitz: *„Herausbekommen, was Wirklichkeit ist“*

bloß nicht durch Pegasusflügel dem Wind so viel Fläche bieten, dass das Ich ins Wasser stürzt und sich nass macht. Benjamin von Stuckrad-Barre, 26, Pastorensohn und unbestrittener Protagonist der Popliteratur, als Gag-Schreiber und Journalist mit Medien vertraut, hat diese Windschnittigkeit in seinem Buch „Livealbum“ exemplarisch vorgeführt: Er schreibt darin nur über das, was er auf einer Lesereise erlebt, über lächerliche Kulturtrullas, ewig gleiche Leserfragen und das ansteigende Kampfgewicht des Schriftstellers. Im Fußball würde man loben: Optimales Klein-Klein auf engstem Raum. Aber wo bleibt der öffnende Pass?

Sein 1998 erschienenes Debüt „Soloalbum“, die schmalen Erlebnisse eines von der Freundin verlassenen Ex-Musikjournalisten, fand die „FAZ“, später kurzfristig Arbeitgeber des Jungstars, erfüllt von „einem melancholischen Gleichgültigkeitssound“, rechnete dem Autor aber zugute, dass er nicht wie sein Popliteratur-Kollege Christian Kracht („Faserland“) in „einem Selbstgefälligkeitsfuror alles, was nicht ‚Ich‘ ist, lächerlich oder schlecht gekleidet findet“.

In jedem Fall: Die jungdichterischen Selbstfeiern kommen – neuerdings, wie vergangene Woche in Göttingen bei Joachim Bessings „Tristesse Royale“, auch auf der Theaterbühne zelebriert – bei dem Publikum an, für das sie gedacht sind. „Das Tolle daran ist: Er hat das Buch geschrieben, er steht auf der Bühne, er liest etwas vor“, sagt die Schauspielerin Nicolette Krebitz, 29, („Der Tunnel“), die kürzlich bei einem Stuckrad-Barre-Lese-Happening war. „Leute meines Alters mögen einfach, dass da keine Marionette steht, dass da nichts durch Filter geht, sondern dass es ganz echt ist.“ Auch Krebitz spürt das Bedürfnis „herauszubekommen, was Wirklichkeit ist und nicht bloß Fantasy oder großes Hollywood“.

Popliteratur braucht solch begeisterungsfähiges Publikum wie Krebitz. Die professionelle Kritik verliert an den Ich-Surfern nämlich schnell die Lust. Die in Berlin und Hamburg lebende Alexa Hennig von Lange, 27, könnte davon ein Lied singen. „Relax“, ihr drogenumnebeltes Debüt von 1997, gefiel den Kritikern auch wegen ihrer ferkelfrischen Prosa, die von „Mösenbecken“, „Rattern“, „Muschi-Fingern“ und dem Bedürfnis nach „Fickisierung“ der trüben Gegenwart handelt.

Ihr späteres Buch „Ich bin’s“ (2000) war’s bei den Rezensenten dann nicht mehr. Das „Spice-Girl der deutschen Literatur“ wurde plötzlich zur „Hera Lind der H&M-Generation“. Der „klaustrophobische Subjektivismus“ ging den Kritikern nun auf den Wecker. In Sätzen wie „Mein Herz ist zerfetzt, mein Leben ist zerfetzt, meine Strümpfe sind zerfetzt und meine beiden Hosen auch. Ist mir echt total egal“ entdeckte man nicht mehr Fetziges, sondern die Tyrannei des Präsens und fragte sich, ob die ungehemmten Ich-Kundgebungen der Erzählerin nicht für totalen Wirklichkeitsverlust sprächen.

Dabei sucht die Autorin nichts dringender als die Wirklichkeit. Hennig von Langes drastische Sprache protestiert gegen das Pathos falscher Sentimentalität. Liebe ist

Kabakow-Installation: *Reales Ostblockleben*

schließlich mit dem Verschwinden der Konventionen zu einem noch riskanteren Geschäft geworden. Schicht, Familie, Verwandtschaft, Nachbarschaft, Herkunft, Heimat sind als kulturelle Echtheitsgaranten verblasst. Was ist dann echter, als die eigene Verwirrung in unübersichtlichem Gelände wie eine Verwundung vorzuzeigen und auf diese Weise sein Ich zu erfinden? Das sieht dann nicht cool und erhaben aus, besitzt eher das Flair von Quatsch und Wortrash, aber es hat einen großen Vorteil: Es gehört einem „vielleicht irgendwie“ (Lieblingswörter der Popliteratur) selbst.

Dieses Sich-Behaupten im Verlust überkommener kultureller Gewissheiten zeigt sich auch in der Mode und muss – so will es die Dialektik – doch wieder Mode werden. Stilmix ist angesagt. Schwefelhaltige ehemalige Arme-Leute-Färbemittel sollen im nächsten Modeherbst bewirken, dass die Klamotten in schattierten Farbtönen erscheinen. Das sieht nach den sechziger Jahren aus und lässt sich mit so unterschiedlichen Elementen wie Biker-Look, Western-Chic oder Military vermischen. Außerdem soll alles „destroyed“ oder „repaired“ wirken: Ein Loch in der Jeans, die Andeutung eines durchgescheuerten Ärmels verleihen der Kleidung die Aura von Geschichte und seinem Träger die erhoffte Echtheit.

In einem brillanten „Kursbuch“-Aufsatz hält die Zürcher Autorin Isolde Schaad, 56, das Erschrecken der Älteren vor den neuen modischen Formationen fest: „Wer im Tailleur mit Anstecknadel in eine Schülerhorde gerät, weiß, wovon ich rede. Dieser gerammelte Überfallhosenverbund mit Speerspitzenfrisur mittags vor dem Takeaway zum Beispiel. Schießt einen frontalen Satz auf mich ab, aus eierschalenfrischen und schon angebrauchten Gesichtern: Muttchen, hau hier bloß ab. Das Bedarfsego ist mit allerhand Kraftgelenken gestützt, das neueste, ein designfrohes Kickboard. Die kommende Gattung hat ihren Leib mit Geräten ausgestattet. Doch Antennen sind keine Empfangsorgane wie früher – sie kontrollieren das Eigengeräusch, sie imprägnieren.“ Das Motto: Sein Ich mit Mode gegen Mode schützen.

VG BILD-KUNST, BONN 2001; FOTO: D. BLEICKER / DOCUMENTA ARCHIV

Die echte Suche nach Echtheit oder auch deren Inszenierung hat alle Bereiche der Gesellschaft erfasst. Cyberspace-Unternehmen residieren mit Vorliebe in den Überresten der vergangenen Industriekultur. So haust beispielsweise der Internet-Dienstleister Aperto in einer ehemaligen Piano-Fabrik. Die Berliner Multi-Media-Agentur Metadesign lässt gerade ein ehemaliges Abspannwerk zu einem Firmensitz umbauen. Der Zukunftsarbeiter braucht Bodenhaftung im wirtschaftlichen Gestern.

ACTION PRESS / ENDEMOL

„Big Brother II“-Bewohnerin Marion: *Sein Ich neu erfinden*

Auch das Kino, diese mächtigste aller Illusionsmaschinen, versucht immer häufiger, die Sehnsucht nach wirklicher Wirklichkeit zu befriedigen. So basiert das im vergangenen Jahr in die Kinos gekommene Fischer-im-Nordmeer-Drama „Der Sturm“ auf einem wahren Fall, den der Journalist Sebastian Junger detailliert recherchiert hat. Der Regisseur Romuald Karmakar („Der Totmacher“) ließ für sein – bisher nur auf Filmfestivals gezeigtes – dreistündiges „Himmler-Projekt“ den Schauspieler Manfred Zapatka jene unsägliche Rede des SS-Chefs wortgenau nachsprechen, mit der dieser im Oktober 1943 die Judenvernichtung als historische Großtat gepriesen hatte. Grauen pur, vor dem jede Fiktion wie Lüge erschiene.

Die bildende Kunst und das Theater entdeckten ebenfalls die Authentizität. Im vergangenen Herbst verpackte der lateinamerikanische Polit-Künstler Santiago Serra in Berlin reale Asylbewerber in Pappkartons, in denen sie mehrere Wochen täglich im Dunklen ausharren mussten. Der Russe Ilja Kabakow zeigte das Ostblock-Leben ohne alle Umschweife mit Wohnküche und Klosett.Der britische Fotograf Richard Billingham wurde zum Star der Londoner Jung-Kunstszene, weil er seine versoffenen Eltern in ihrer dreckigen Wohnung fotografierte.

Die junge Berliner Schaubühnen-Mannschaft um Thomas Ostermeier rackert sich schon seit der Übernahme des einstigen Renommiertheaters an Dokumentarthemen wie dem Elend der Obdachlosen und dem Terror der Balkankriege ab. Andere Bühnen mühen sich mit Stücken zum Börsenkrach und dem Größenwahn der Manager um Realitäts- und Zeitnähe.

Das Fernsehen baut schon lange nicht mehr auf die Überzeugungskraft von rein erdachter Fiktion. Spektakuläre und teure Unternehmungen beziehen sich – wie „Der Tunnel“, der Kriminalfall Vera Brühne, die Oetker-Entführung, das Schicksal des Verlegers Axel Springer, sogar ein Werk mit dem Arbeitstitel „Kohl – der Film“ ist geplant – auf historisch verbürgte Realität. Nur so, lautet die Kalkulation der Macher, lasse sich das für Reality-Formate à la „Big Brother“ entbrannte junge Publikum gewinnen.

Ein schwieriges Geschäft dennoch: Trotz glänzender Qualität und massiver Werbung sahen 27 Prozent der jungen Zuschauer vergangene Woche den zweiten Teil des Fluchtdramas „Tunnel“, während Günther Jauch mit seinem Quiz 33 Prozent der Jungen in die noch realere Realität holte.

Romanhafte, selbst historisch fundierte Fiktion – das riecht für Jüngere nach Schicksal, nach Vorherbestimmung, nach unabänderlicher Abkunft, nach Werden und Vergehen, nach Anfang und Ende, nach Parabel, nach Wiederkehr des ewig Menschlichen. Eine Welt der permanenten Neuerfindung, der hektischen Suche nach der verlorenen Echtzeit empfindet den Hauch des Zeitlosen, der diese Botschaften durchweht und überpudert, als altväterlich, künstlich und Ich-fern.

Aber mit der Wirklichkeit geht es vielleicht wie mit dem Glück: Sie kann man nur spüren, wenn man sich nicht an sie klammert, sondern sich aus ihr für einen Moment entfernt. Dazu braucht es gelegentlicher mutiger Aufschwünge. Und eines mythenschweren Gauls, der fliegen kann, wenn er gelassen wird. Irgendwann werden das auch die Realoholics der Jetztzeit einsehen.

Nikolaus von Festenberg, Marianne Wellershoff

SIPA PRESS

Binoche in der New Yorker „Betrayal"-Aufführung: *„Solche Augenblicke sind kostbar"*

SCHAUSPIELER

„Wir sind alle Feiglinge"

Der französische Filmstar Juliette Binoche über die Malerei, seine Liebe zum Theater und seinen neuen Film „Code: Unbekannt"

SPIEGEL: Madame Binoche, in „Code: Unbekannt" zeigt der Regisseur Michael Haneke Paris als kalte, ungastliche Stadt, in der die Menschen gleichgültig bis aggressiv miteinander umgehen. Hat es Sie gestört, dass ein ausländischer Filmemacher sich dieses Urteil über Ihre Heimatstadt anmaßt?

Binoche: Nein, für mich hat sein Blick etwas sehr Ehrliches. Er ist vielleicht pessimistisch wie ein Blick in den Spiegel, bei dem man feststellt, dass man nicht so schön ist, wie man gern glauben möchte. Aber immerhin ist man aufrichtig zu sich selbst. Wenn man nicht versucht, die Wirklichkeit zu beschönigen, hat das seinen eigenen Wert. Haneke ist nicht darauf aus, Erwartungen zu erfüllen, er will den Zuschauern nichts verkaufen. Er zeigt ihnen die dunklen Seiten unserer Welt und zwingt sie, darauf zu reagieren. Er will sie aufrütteln.

SPIEGEL: Dabei greift er gelegentlich zu Mitteln, die recht didaktisch wirken. Irritiert Sie das nicht?

Binoche: Nein, mir gefällt seine Haltung, sie ist sehr direkt, und das respektiere ich. Das heißt nicht, dass ich seinen Pessimismus immer teile. Aber er ist sehr mutig, und es gibt nicht viele mutige Regisseure. Die meisten überziehen ein wenig bittere Wahrheit mit viel Zuckerguss, so dass sich die Zuschauer am Ende gut fühlen. Haneke dagegen benutzt das Kino, um seine Überzeugungen zu transportieren. Darum muss es doch gehen. Märchen sind ja schön und gut, aber es ist doch wichtig, Filme auch als Reflexion darüber zu nutzen, wer wir sind und in welcher Gesellschaft wir leben.

SPIEGEL: Sie spielen Anne, eine junge Frau, die weiß, dass ein Kind in der Nachbarwohnung misshandelt wird, und nichts dagegen unternimmt. Schließlich ist die Kleine tot. Hat Anne sich schuldig gemacht?

Binoche: Ja, natürlich. Sie war ein Feigling, sie hat nicht eingegriffen. Wie könnte sie nicht schuldig sein?

SPIEGEL: Wird man zum Mittäter, indem man schweigt?

Binoche: So weit würde ich nicht gehen, aber Anne zeigt ein Verhalten, das wir alle von uns selbst kennen: Etwas beunruhigt uns, aber wir wissen nicht, wie wir damit umgehen sollen, und darum verschließen wir Augen und Ohren. Als Anne die Schreie durch die Zimmerwand hört, fühlt sie sich überwältigt, aber zugleich überlegt sie: Ich bin allein, begebe ich mich in Gefahr, wenn ich etwas unternehme?

SPIEGEL: Sie sind sichtlich schwanger in „Code: Unbekannt". Wie hätten Sie sich, als Mutter von zwei Kindern, in einer solchen Situation verhalten?

Binoche: Das ist eine sehr intime Frage. Man kann sie eigentlich nur beantworten, wenn man selbst in diese Situation gerät. Ich glaube zwar, dass ich etwas unternehmen würde, aber ich könnte es nicht beschwören. Auf der Straße sind wir alle dauernd Feiglinge, wir schauen weg, wenn wir Unrecht sehen, aber heißt das, dass wir niemals eingreifen würden? Das sind Fragen, die wir einander stellen müssen, und jeder muss seine eigene Antwort finden.

SPIEGEL: Anne ist eine moderne, unabhängige Frau, ganz anders als die historischen Figuren, die Sie zuletzt mehrfach gespielt haben. Hatten Sie es satt, die Schöne im Korsett zu geben?

Binoche: Ich habe diese Rollen gespielt, weil ich die Geschichten erzählen wollte. Aber es ist schon etwas anderes, eine historische Figur darzustellen. Wenn man in ein Korsett eingezwängt ist, verändert das nicht nur, wie man atmet und spricht, sondern auch, wie man denkt. Wir sind heute als Frauen nicht mehr daran gewöhnt, so eingeschnürt und eingeschränkt zu werden, weder körperlich noch geistig. Darum finde ich es sehr anstrengend.

SPIEGEL: Derzeit spielen Sie in Amerika Theater, in Harold Pinters „Betrayal" („Betrogen") geben Sie Ihr New Yorker Bühnendebüt. Ist es anstrengend, am Broadway bestehen zu müssen?

Binoche: Die Arbeit ist die gleiche wie überall sonst. Man arbeitet immer mit Menschen zusammen. An New York liebe ich, dass man den Fernseher anstellt und Menschen aller Rassen auf dem Bildschirm sieht. Ich glaube, dass sich die ganze Welt zu dieser Vielfalt entwickeln wird. Als Fremde hat man den Eindruck: Hier leben alle friedlich miteinander, wunderbar. Es dauert eine Weile, bis man merkt, dass es ganz so einfach nicht funktioniert.

DEFD

Binoche in „Code: Unbekannt": *Dunkle Seite*

Juliette Binoche

gehört zu den erfolgreichsten Schauspielerinnen des französischen Kinos. International bekannt wurde sie 1987 in „Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins", für ihre Rolle in „Der englische Patient" gewann sie 1997 den Oscar. In Michael Hanekes rigoroser Gesellschaftsstudie „Code: Unbekannt" spielt Binoche, 36, die Pariser Schauspielerin Anne, deren Lebensweg sich beiläufig mit den Geschichten zahlreicher Figuren aus den unterschiedlichsten Milieus und Schichten kreuzt. Diese fragmentarisch geschilderten Schicksale summieren sich in „Code: Unbekannt" zu einer vernichtenden Anklage: Der Zerfall traditioneller gesellschaftlicher Strukturen schafft eine Welt der Sprachlosigkeit und des Hasses.

SPIEGEL: „Betrayal“ ist bereits Ihre zweite englischsprachige Theaterrolle, nach „Naked“ in London. Wie kommt es, dass Sie häufiger im angelsächsischen Raum auf der Bühne stehen als in Ihrer Heimat?

Binoche: Wie kommt es, dass ich in Frankreich geboren bin? Keine Ahnung. Ich habe das Gefühl, dass diese Rollen mindestens ebenso sehr mich auswählen wie umgekehrt. Ich arbeite gern auf Englisch, es gibt mir das Gefühl, frei zu sein. Englisch ist nicht meine Muttersprache, sondern eine Sprache, die ich mir ausgesucht habe. Außerdem gibt einem das Englische heute die Möglichkeit, mit jedermann zu arbeiten, in jedem Land. Auch das ist Freiheit.

SPIEGEL: Was bringt einen Filmstar dazu, sich dem Stress der Bühne auszusetzen?

Binoche: Ich wollte ganz am Anfang eigentlich Bühnenschauspielerin werden. Am Theater liebe ich, dass es immer in der Gegenwart stattfindet. Auf der Bühne herrscht ein ewiges Jetzt. Die Einzigartigkeit jedes Auftritts und die Ewigkeit treffen aufeinander, und diese Verbindung ist großartig. Auf der Bühne ist man nie fertig, die Arbeit geht immer weiter. Bei der vorletzten Vorstellung von „Naked“ konnte ich plötzlich die Essenz dessen spielen, was ich schon die ganze Zeit hatte ausdrücken wollen. Es durchfuhr mich einfach, ohne dass ich es beabsichtigt hätte. Solche Augenblicke sind kostbar.

SPIEGEL: Als Schülerin sollen Sie geschwankt haben, ob Sie Schauspielerin oder Malerin werden wollten. Haben Sie sich richtig entschieden?

Binoche: Als wir zusammen „Die Liebenden von Pont-Neuf“ drehten, hat Léos Carax zu mir gesagt, ich sei eine bessere Malerin als Schauspielerin. Ich habe das als Kompliment genommen.

SPIEGEL: In den „Liebenden“ spielen Sie eine Malerin. War das Zufall?

Binoche: Nein. Vor den Dreharbeiten hatte ich eigentlich längst mit der Malerei aufgehört, weil ich keine Zeit mehr dafür hatte. Aber als ich Léos endlos über dem Drehbuch brüten sah, habe ich angefangen, ihn zu zeichnen. Ich habe zahllose Skizzenbücher mit Porträts voll gekritzelt. Der Drang kam einfach wieder, ich wollte mich ausdrücken. Daraufhin hat Léos diese Rolle einer jungen Malerin geschrieben, die vom Erblinden bedroht ist, und er hat mich gebeten, auch die Zeichnungen für den Film anzufertigen. Unsere Arbeit hat sich also gegenseitig befruchtet. Aber seither male ich nur sporadisch.

SPIEGEL: Hat die Malerei für Sie Ähnlichkeit mit der Schauspielerei?

Binoche: Die Mutter von Liev Schreiber, mit dem ich gerade in „Betrayal“ spiele, ist Malerin, und sie hat vor kurzem zu mir gesagt: Du spielst, als würdest du zeichnen. Das empfinde ich genauso. Wenn ich gut bin, dann sind die Bewegungen auf der Bühne tatsächlich wie eine Zeichnung im Raum.

INTERVIEW: SUSANNE WEINGARTEN

FILM

Ein Leben als Gespenst

Dem Terroristendrama „Die innere Sicherheit“ verleiht die Debatte um die Gewalt der siebziger Jahre unerwartete Aktualität.

Eine leere Straßenkreuzung, irgendwo in Deutschland. An der Ampel hält ein Wagen mit einer Familie. Der Wagen wartet. Die Ampel springt nicht um. Andere Wagen fahren vor, bis alle vier Zufahrtsstraßen der Kreuzung blockiert sind. Die Ampel springt nicht um. Die Eltern schauen sich an, werden unruhig. Sie warten weiter. Der Fahrer hinter ihnen verlässt seinen Wagen. Darauf steigt der Vater aus, mit erhobenen Händen.

Die Ampel springt um, der Fahrer steigt ein, die anderen Wagen fahren an. Die Kreuzung leert sich.

CINETEXT

Müller, Hummer, Auer in „Die innere Sicherheit“, Fahndungsplakat (1980): *„Damals richtige Stars“*

Falscher Alarm.

Seit mehr als anderthalb Jahrzehnten leben die Eltern (Richy Müller und Barbara Auer) in Christian Petzolds Film „Die innere Sicherheit“ mit der Angst, entdeckt und verhaftet zu werden. Sie sind ehemalige Terroristen, abgetaucht, das Leben eine ewige Flucht. Wie Untote bewegen sie sich durch die Welt, fremd, verloren, die Furcht ist inzwischen ein physischer Reflex. Ein Arbeitstitel des Films hieß „Gespenster“ – genau so leben sie.

Nur einen einzigen Fehler hat das Paar bisher begangen: Es hat eine Tochter in diese Schattenwelt gesetzt. Seit ihrer Geburt kennt Jeanne (Julia Hummer) nichts anderes als das Leben in irgendwelchen unauffälligen Verstecken im Ausland – am Anfang des Films ist es eine Ferienwohnung in einem portugiesischen Badeort.

Jeanne hat gelernt, Fremden nie die Wahrheit zu sagen. Sie hat gelernt, dass Fremde Feinde sind. Und Fremde sind alle außer den Eltern. Die Herrschaftsstrukturen des Staates, denen sie einst den Kampf ansagten, tauchen – ins Private verkleinert – in den vernünftig-autoritären Verhaltensregeln der Eltern wieder auf. Für Jeanne ist die einzige Zuflucht, die sie kennt, zugleich ihr Käfig: die Familie.

Sein Film schaue „einem Organismus bei der Arbeit zu, sich zu erhalten“, sagt Petzold. Aber jetzt ist Jeanne 15, mitten in der Pubertät. Das kann der Organismus Familie nicht verkraften. Jeanne muss sich entscheiden zwischen dem Leben als Gespenst und dem Leben als Mensch. Mehr als alles andere ist „Die innere Sicherheit“ das Drama einer pubertären Abnabelung unter katastrophalen Umständen.

Denn Jeanne hat nur dann eine Zukunft, wenn sie die der Eltern verrät. Dass deren Weg längst zu Ende ist, auch wenn sie noch unterwegs sind und sogar gerade den Absprung in ein neues Leben in Brasilien planen, verraten schon die Bilder. Statischer als „Die innere Sicherheit“ kann man einen Film über eine Flucht vermutlich nicht drehen. Jede Bewegung erstarrt im Warten, Lauern, Zeittotschlagen.

Petzold, 40, strebt keine ideologische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der Eltern an. Der Regisseur, der mit „Die innere Sicherheit“ sein Kinodebüt gibt, hat den Blick des Nachgeborenen. Von der RAF ist im Film nie die Rede, welche Überfälle, Anschläge, Entführungen oder gar Morde die Eltern begangen haben, bleibt unerwähnt. Was in den siebziger Jahren geschah, wird als bekannt vorausgesetzt.

Als „Die innere Sicherheit“ entstand, schien dieser Teil der deutschen Vergangenheit weit entrückt, ohne Konsequenzen für die Gegenwart, vergeben von allen außer den Nachfahren der Opfer, vergessen von den Jüngeren. Die Schauspielerin Julia Hummer, 20, kannte die RAF allenfalls aus dem Unterricht, während der Drehabeiten wurde ihr vor allem klar, dass die Terroristen „damals richtige Stars waren“.

Niemand konnte ahnen, dass plötzlich diese Schwarzweißbilder auftauchen würden, die den gegenwärtigen deutschen Außenminister beim Straßenkampf zeigen, Bilder, die – pünktlich zum Frankfurter Prozess gegen den Ex-Terroristen Hans-Joachim Klein – einen Debattenschub um die Siebziger-Jahre-Gewalt ausgelöst haben.

Das macht den Film einerseits aktuell und sichert ihm Aufmerksamkeit; andererseits zwingt es ihm eine ideologische Auseinandersetzung auf, zu der er eigentlich gar nichts beitragen will. Sie ist nicht sein Thema. Unausgesprochen geht er davon aus, dass die Ideologien von damals längst keine Rolle mehr spielen, weil niemand sie mehr verficht, nicht einmal ihre einst radikalsten Vertreter. Er öffnet den Zuschauern die Augen dafür, dass die aufgeregten Rechtsstaat-Rhetoriker nach Gegnern suchen, wo nur noch Gespenster – oder arrivierte Bekehrte – sich tummeln.

Wer trotzdem vor allem eine Pro-oder-Contra-Stellungnahme zum Terrorismus in diesem Film sucht, wird fast zwangsläufig die Qualitäten übersehen, die ihn innerhalb der deutschen Filmszene derzeit einzigartig machen: Wem sonst ist es in letzter Zeit gelungen, den Rohstoff der deutschen Wirklichkeit zu verdichten, bis in einer einzigen, zutiefst privaten Geschichte ein Trauma der gesellschaftlichen Vergangenheit aufscheint – ohne gleich abschließend therapiert, beurteilt und bewältigt zu werden?

Denn nichts wird im Film deutlicher, als dass die erzählte Geschichte in einem Kontinuum der Schuld, der offenen Fragen, der Verletzungen und Beschädigungen von Lebensläufen steht. Genau darin liegt ihre Tragik. Auch Jeanne kommt nicht unversehrt davon. Ihr Leben wird auf ewig vom Fluch der Gespenster überschattet sein.

SUSANNE WEINGARTEN

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

LITERATUR

Liebe zu Zeiten der Kohl-Ära

Der mit mehreren Kleinkunstpreisen ausgezeichnete Autor und Entertainer Frank Goosen erweist sich in seinem Debüt „Liegen lernen“ als großes Erzähltalent. *Von Thomas Brussig*

U. MAHLER / OSTKREUZ

Brussig, 35, lebt als Autor in Berlin und wurde mit dem Roman „Helden wie wir“ (1995) bekannt; der Stoff seines Buchs „Am kürzeren Ende der Sonnenallee“ (1999), Szenen einer Jugend in der DDR, wurde von Leander Haußmann erfolgreich verfilmt. Goosen, 34, wird seinen Roman „Liegen lernen“ am 2. Februar in Berlin vorstellen.

Eines der anmaßendsten Vorurteile über die junge deutsche Gegenwartsliteratur lautet, dass die interessantere Literatur im Osten geschrieben würde und dass das auch so sein müsse, weil Untergang, Umbruch und Neubeginn sowie die Erfahrung und Verarbeitung des Realsozialismus Stoff in Hülle und Fülle bieten.

Wahr daran ist nur, dass für die Autoren aus dem Osten tatsächlich Stoff in Hülle und Fülle vorhanden ist, und wahr ist leider auch, dass viele westdeutsche Autoren meiner Generation lieber danach trachten, einen literarischen Anspielungskosmos zu beherrschen, als Erfahrungen weiterzugeben – so als glaubten sie selbst an die Lügen, die sie über sich verbreiten: nämlich, dass sie keine Erfahrungen gemacht hätten, die sich weiterzugeben lohnten.

Sicher haben diese Autoren andere Voraussetzungen beim Herstellen ihrer Bilanzliteratur: Für sie ist das Heutige nur eine Verlängerung des Damaligen, das mehr oder weniger ungebrochen gültig ist. Eine Zäsur gab es nie; nur einen Wechsel der Moden und Trends, und 16 Jahre lang wechselte nicht mal der Bundeskanzler.

„Eine eigene Geschichte aus reiner Gegenwart sammelt und stapelt sich von selbst herum um mich, während ich durch die Gegend fahr“, dichtete Blumfeld-Sänger Jochen Distelmeyer schon 1994. Aber es gibt sie, die „eigene Geschichte“. Der sie geschrieben hat, heißt Frank Goosen, ist Jahrgang 1966 und stammt aus dem tiefsten Westen – aus dem Ruhrpott. Nach dem Abi studierte er Geschichte und Germanistik, begann dann aber eine recht erfolgreiche Karriere in der Kleinkunstszene: Mit einem Partner, dem Buchhändler Jochen Malmsheimer, erfand er „Tresenlesen“, eine literarische Nummernrevue, die auch in Kneipenatmosphäre bestehen können sollte.

Beide setzten auf komische Texte, und mit einem Vortragsstil, der noch die meisten Schauspieler in den Schatten stellte, kam der Erfolg: mehrere Kleinkunstpreise, Kultstatus im Ruhrpott, insgesamt fünf CDs und über tausend Auftritte, in die sich mehr und mehr eigene Texte mischten. Im Herbst 1998 trat Frank Goosen auch mit einem Soloprogramm auf.

Wenn einer mit einem Buch herauskommt, der in über tausend Auftritten die Säle auf Teufel-komm-raus zum Lachen bringen wollte, muss der Leser erst mal befürchten, dass ihm kein Gag, kein Kalauer erspart wird und dass ihm eine Unmenge Formulierungen nur um ihrer selbst willen unter die Nase gerieben wird. Weil der Autor glaubt, er wisse, wie es geht. Was auf der Bühne so prima klappt, funktioniert doch auch auf dem Papier.

Irrtum, „Liegen lernen“ ist kein Trash-Buch. Schon nach wenigen Seiten wird klar: Goosen schreibt, weil sich das, was er zu sagen hat, eben nicht im krachledernen „Tresenlesen“-Stil sagen lässt**. Besagte „eigene Geschichte“ wird auch nur bis zu einem gewissen Punkt verfolgt. Goosens Milieu der letzten Jahre, die Kleinkunstszene, wird nicht mal gestreift. Goosen verfolgt autobiografische Spuren, vermag sich aber von den Fakten zu entfernen.

Die Handlung setzt wenige Wochen vor Kohls Kanzlerschaft ein und endet wenige Wochen vor deren Ende – vielleicht hat Goosen seinen Helden deshalb kurz entschlossen Helmut genannt. Am Anfang ist Helmut ein schüchterner 16-Jähriger aus dem Ruhrpott, der in Panik gerät, wenn er mit seiner Angebeteten allein in einem Zimmer ist, am Ende, mit Anfang 30, entscheidet er sich für etwas Dauerhaftes.

H. HOFFMANN.COM

Autor Goosen
„Nackte Frauen und Atompilze“

Was ist daran außergewöhnlich? Nichts. Und warum sollte man es dann lesen? Eben darum. Der Roman „Liegen lernen“ erinnert stark an die Bücher Nick Hornbys. Wie der Brite bedient sich auch Goosen eines schnörkellos-lakonischen und dennoch herzlichen Tonfalls ohne aufgesetzte Coolness.

Helmut ist das einzige Kind eines Bahnhofsvorstehers und einer Hausfrau – Prototypen des unbescholtenen Bürgers. Wie die meisten Eltern wünschen sich auch Helmuts Eltern nichts mehr als ein Kind nach ihrem Bilde, und als Helmut auf einem Geburtstag vom Nazi der Familie vertrauensvoll beiseite genommen wird, bleibt ihm gar nichts anderes übrig, als zu bestätigen, dass er keine Drogen nimmt, noch nie „auf so einer Demonstration“ war und hoffentlich „keine Schwuchtel werden will“. Helmuts resignierendes Fazit: „Ich war der drogenabstinente, heterosexuelle Nichtdemonstrierer, die große weiße Hoffnung der Familie, des ganzen Landes.“

Aber eigentlich ist er ganz anders, denn sein Herz schlägt für Britta, die neue Schülersprecherin. Eine in Latzhosen, politisch engagiert in Öko-AG, Anti-Atomgruppe und dem Arbeitskreis Nicaragua. Britta spricht ihre Eltern, die in einer ausgebauten Scheune wohnen und sogar nachmittags Sex haben, mit dem Vornamen an. Da prallen Welten aufeinander – wobei „prallen aufeinander“ nicht stimmt, denn für Helmut ist alles, was

J. H. DARCHINGER

Politiker Kohl*: *Doppelte Moral, spießige Lügen*

* Mit Ehefrau Hannelore 1994 am Wolfgangsee.

** Frank Goosen: „Liegen lernen“. Eichborn Verlag, Frankfurt am Main; 300 Seiten; 39,80 Mark.

von Britta kommt, die Offenbarung. Und so fügt sich Helmut auch widerspruchslos in Brittas Forderung, dass alles, was zwischen ihnen läuft – die Treffen, die Küsse, der Sex, alles, was Helmut sich wünscht und alles, was er fühlt –, geheim bleiben möge. Ausgerechnet dieses progressive, aufgeklärte, freie 68er-Kind Britta greift zur doppelten Moral und zu spießigen Lügen, doch Helmut kann vor lauter Glück gar nicht erkennen, was da mit ihm gespielt wird.

Dann geht Britta für ein Jahr in die USA. Auch dafür, dass es ausgerechnet die

Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „Buchreport“

Belletristik

1 (1) **Joanne K. Rowling** Harry Potter und der Stein der Weisen *Carlsen; 28 Mark*

2 (2) **Joanne K. Rowling** Harry Potter und der Feuerkelch *Carlsen; 44 Mark*

3 (3) **Joanne K. Rowling** Harry Potter und die Kammer des Schreckens *Carlsen; 28 Mark*

4 (4) **Joanne K. Rowling** Harry Potter und der Gefangene von Askaban *Carlsen; 30 Mark*

5 (5) **Rosamunde Pilcher** Wintersonne *Wunderlich; 49,80 Mark*

6 (6) **Charlotte Link** Die Rosenzüchterin *Blanvalet; 48 Mark*

7 (7) **Henning Mankell** Mittsommermord *Zsolnay; 45 Mark*

8 (9) **Donna Leon** In Sachen Signora Brunetti *Diogenes; 39,90 Mark*

9 (10) **Sándor Márai** Die Glut *Piper; 36 Mark*

10 (8) **John Grisham** Das Testament *Heyne; 46 Mark*

11 (11) **Nicholas Sparks** Das Schweigen des Glücks *Heyne; 36 Mark*

12 (12) **Bernhard Schlink** Liebesfluchten *Diogenes; 39,90 Mark*

13 (–) **Dieter Wellershoff** Der Liebeswunsch *Kiepenheuer & Witsch; 42 Mark*

Eine leidenschaftliche junge Frau zerstört wie eine Naturgewalt die Freundschaft zweier Ehepaare

14 (13) **Sándor Márai** Das Vermächtnis der Eszter *Piper; 32 Mark*

15 (15) **Zeruya Shalev** Liebesleben *Berlin; 39,80 Mark*

Sachbücher

1 (1) **Sebastian Haffner** Geschichte eines Deutschen *DVA; 39,80 Mark*

2 (2) **Dietrich Schwanitz** Bildung *Eichborn; 49,80 Mark*

3 (3) **Helmut Kohl** Mein Tagebuch *Droemer; 44,90 Mark*

4 (5) **Florian Illies** Generation Golf *Argon; 34 Mark*

5 (4) **The Beatles** The Beatles Anthology *Ullstein; 128 Mark*

6 (7) **Hans-Olaf Henkel** Die Macht der Freiheit *Econ; 39,90 Mark*

7 (6) **Lance Armstrong** Tour des Lebens *Lübbe; 36 Mark*

8 (8) **Dale Carnegie** Sorge dich nicht, lebe! *Scherz; 46 Mark*

9 (10) **Bodo Schäfer** Der Weg zur finanziellen Freiheit *Campus; 39,80 Mark*

10 (11) **Hans J. Massaquoi** Neger, Neger, Schornsteinfeger! *Fretz & Wasmuth; 39,90 Mark*

11 (9) **Wolfgang Schäuble** Mitten im Leben *C. Bertelsmann; 42 Mark*

12 (–) **Fritz F. Pleitgen** Durch den wilden Kaukasus *Kiepenheuer & Witsch; 39,90 Mark*

Reisebericht über eine grandiose Landschaft, in der Gastfreundschaft gepflegt wird, aber auch noch Blutrache

13 (12) **Ian Kershaw** Hitler 1936 – 1945 *DVA; 88 Mark*

14 (15) **Guido Knopp** Holokaust *C. Bertelsmann; 49,90 Mark*

15 (13) **Sabriye Tenberken** Mein Weg führt nach Tibet *Kiepenheuer & Witsch; 38 Mark*

USA sind, hat Britta eine Begründung, die Helmut akzeptiert. Sein Herz schlägt weiterhin kraftvoll für Britta, auch wenn sie auf seine Briefe kaum antwortet. Erst spielt sie ihre gemeinsame Beziehung herunter, dann lässt sie etwas von einem gewissen Greg durchblicken. Als Britta wieder zurück ist, bleibt Helmut von ihr abgeschnitten. Brittas ach so lockere Mutter ist nicht locker genug, Brittas neue Adresse herauszurücken.

Doch die ersten 100 Seiten erzählen nicht nur von erster Liebe – sie handeln von Jugend zu Beginn der achtziger Jahre überhaupt. Von der Musik und den Momenten, die einen prägten, die man nie vergisst. Goosen schildert, wie es war, als alle „Hungry Heart“ mitsangen. Oder als man eben noch mit den stockreaktionären Verwandten auf Familienfeiern herumsaß, und es dann mit dem progressiven Geschichtslehrer auf Berlin-Klassenfahrt ging. Da stand man am Brandenburger Tor, wanderte durch Ost-Berlin und musste sich mit seinen 16 Jahren einen Reim darauf machen.

„Die achtziger Jahre waren keine gute Zeit, um erwachsen zu werden“, schreibt Goosen. „Auf den Illustrierten waren entweder nackte Frauen oder Atompilze, manchmal beides, und man wusste nicht, was schlimmer war.“ Nein, es sind nicht die Pointen und das prononcierte Erzählen allein, was dieses Buch so schön macht. Der Roman kündet von Erfahrungen, die viele gemacht haben. Jeder erlebte sie, die eine unvergessliche Klassenfahrt. Wer „Liegen lernen“ liest, dem steigen die eigenen Erinnerungen auf. Und siehe da: Es war alles genau so – nur ganz anders.

ACTION PRESS

Musiker Dylan (1984)
„Was war mit Herzklopfen?“

Wie kann man hinnehmen, dass man einem Menschen, der einem fast alles bedeutet, fast nichts bedeutet? Helmut ist jahrelang von Britta besetzt. Daran ändern auch nichts die Erfahrungen, die er mit anderen Frauen macht. Davon im Wesentlichen handeln die übrigen 200 Seiten – und da ist keine Seite zu viel. Es geht um Lügen, Liebeskummer, Verletztheiten, Sehnsüchte – und immer wieder ums Erwachsenwerden. Das, so haben Sozialwissenschaftler verkündet, werde heute erst mit Anfang 30 vollendet: „Liegen lernen“ wiederholt diese These in einer romanhaften Form, nur hundertmal komischer und warmherziger.

Dieses Buch kommt genau aus der sagenumwobenen „neuen Mitte“, und es geht um die Fragen der, nein, nicht der trendy-synthetischen „thirtysomethings“, sondern der echten „Um-die-30“. Zum Beispiel: Wieso beginne ich ausgerechnet meinen Eltern immer mehr zu ähneln? Oder: „Was war mit dem Herzklopfen passiert?“ Oder dass man sich nach über drei Jahren Zusammenseins schließlich fragen lassen muss: „Willst du richtig hier sein oder nicht?“ Was im Klartext heißt: „Nie wieder eine andere. Nie wieder andere Hände, andere Augen, andere Brüste, andere Arschbacken, nie wieder ein anderes weibliches Geschlechtsteil, ach sagen wir es doch, wie es ist: nie wieder eine andere Möse.“

Der Roman „Liegen lernen“ widmet sich den Fragen, die irgendwann für jeden eine Relevanz haben: Heiraten oder nicht? Und was ist mit Kindern? Goosen ist konzentriert bei der Sache, hat überhaupt eine Liebe fürs Konkrete. So wird die Musik der achtziger Jahre ausführlich zitiert: Madness, Fisher-Z, Bruce Springsteen, Barclay James Harvest, Bob Dylan.

Gibt es ein Wiedersehen zwischen Helmut und Britta? Natürlich. Aber da ist Britta kaum wiederzuerkennen. Trotzdem ist er ihr sofort wieder verfallen. Und wenn er zehnmal auf seinen Bedürfnissen sitzen bleibt. Dagegen ist einfach kein Kraut gewachsen.

So finden sich im Roman eine Unmenge wahrhaftiger Szenen. Nur manchmal greift Goosen zu Versatzstücken – doch die sind nicht besonders lästig: Goosens Debütroman hat Poesie, Romantik, Sentiment, Zärtlichkeit, ohne dabei die Bodenhaftung zu verlieren.

Goosen erzählt fesselnd, mitreißend, klar, beobachtet präzise und versteht eine Menge davon, wie man Lust erzeugt. Er muss seinen Helden nicht ans andere Ende der Welt schleppen, um ihn einer Exotik auszusetzen; Berlin ist exotisch genug, wenn man nur die Augen aufmacht. Indem Goosen stellvertretend für viele erzählt, was viele erlebt haben – WG, Uni-Milieu, Einrichten, Verbürgerlichung –, erspürt er auch den Reichtum zahlloser Existenzen.

Und man kann sein Buch lesen, wie man will: als Zeitreise in die Kohl-Jahre, als Erfahrungsbericht einer Mannwerdung, als Generationenbuch, als Liebeserklärung an die Liebe.

Frank Goosen widerlegt mit „Liegen lernen“ gleich drei gängige Meinungen: Dass Westdeutsche nichts zu erzählen hätten, dass deutsche Autoren nicht zu rühren verstünden – und dass man nach dem letzten Hornby nur schicksalsergeben auf den nächsten Hornby warten müsse, da niemand sonst so schreibe wie er. ◆

Werbeseite

Werbeseite

Vorwärts und nicht vergessen

Der eine war Schüler in Bremen, der andere Student in Frankfurt. Zwei SPIEGEL-Redakteure, Cordt Schnibben, 48, und Reinhard Mohr, 45, beschreiben ihre Zeit in den politischen Gruppen der 68er Revolte und deren Zerfall in den siebziger Jahren.

Das große Sackhüpfen

Cordt Schnibben über seine Apo-Jahre in Bremen

E. EINEMANN

Demonstrant Schnibben, Apo-Kämpfer in Bremen (1969): *Einige hatten Brandsätze, wir freuten uns*

Es gibt Momente im Leben, in denen irgendetwas passiert, irgendjemand etwas sagt oder man irgendetwas sieht – und plötzlich ist eine Erinnerung wieder da, die schon abgelegt schien im Unterbewusstsein. Es sind schöne Augenblicke, weil sie meist der Anfang sind einer Kette von immer neuen Erinnerungen, der Beginn einer kleinen Trance. Gute Therapeuten kriegen das hin, ich verdanke einen solchen Moment der Bundestagsabgeordneten Silvia Bonitz. Ich kenne sie nicht, ich sah sie im Fernsehen, am 17. Januar auf „Phoenix“. Sie hat ein offenes, kluges Gesicht, sie wirkt sympathisch, sie ist eine von den Politikerinnen, die man bedenkenlos wählen kann, egal, in welcher Partei sie sind. Silvia Bonitz ist in der CDU, und an diesem Nachmittag hatte sie die Aufgabe, Joschka Fischer zu seiner linksradikalen Vergangenheit zu befragen.

Sie machte das gut, sehr ruhig, sehr genau, sehr naiv. Sie wollte wissen, ob dem Außenminister damals das Verletzungsrisiko eines Steinwurfs bekannt gewesen sei und was er unter dem Wort „Hinlangen“ verstehe. Das Treten von Personen? Das Werfen von Brandsätzen? Das Werfen mit Steinen? Der Außenminister guckte nicht so schuldbewusst, wie die CDU es erwartete, es entstand Unruhe im Saal, und da war er, dieser kleine Moment der Besinnung.

Ein kalter Januarnachmittag im Schicksalsjahr 1968. Ich war 15 Jahre alt, Gymnasiast in Bremen, einer von ein paar hundert Schülern, die aus Neugier zur Domsheide gekommen waren, um zu sehen, ob tatsächlich das passieren würde, was morgens in der Schule auf den Flugblättern angekündigt worden war. Der Straßenbahnverkehr der Hansestadt sollte blockiert werden, weil die Landesregierung eine Erhöhung der Fahrpreise angekündigt hatte, von 60 Pfennig auf 70 Pfennig für den Einzelfahrschein.

Schon an den beiden Vortagen hatten sich ein paar Dutzend Schüler auf das Gleiskreuz an der Domsheide gesetzt und so den Straßenbahnverkehr zum Erliegen gebracht. Es waren Aktivisten aus dem USB, dem „Unabhängigen Schülerbund“, und von der Landesschülervertretung. In Bremen gab es noch keine Universität, die Revolution musste deshalb von Schülern erledigt werden, von Schülern, die eigentlich nur mehr Mitbestimmung in der Schule wollten und einen Raucherraum und endlich Sexualkundeunterricht.

Geh zum Friseur, mach die Negermusik leiser, geh zur Tanzstunde, wasch den Wagen

Ich besuchte das Gymnasium am Barkhof, eine Traditionsschule, deren Bohnerwachsgeruch mir bis heute in der Nase ist. Unser Mathelehrer war 70 Jahre alt und pflegte bei guten Antworten „eins rauf mit Mappe“ zu bellen, eine Angewohnheit aus der Zeit, als vorn die guten Schüler sitzen durften und hinten die schlechten. Unser Turnlehrer, 74 Jahre alt, stoppte die Zeit, die wir brauchten, um das Reck aufzubauen, und wenn es länger als 30 Sekunden dauerte, gab er einem Schüler stellvertretend für die ganze Klasse einen Schlag auf den Hintern – auf den „Pöter“, wie er sagte – und schickte ihn für den Rest der Stunde in die Ecke, „mit dem Gesicht zur Wand, husch, husch“. Aber in der letzten Stunde vor den Zeugnissen und an seinem Geburtstag erzählte der 75-Jährige vom Ersten Weltkrieg und machte Kopfstand auf einem Stuhl – ohne Kissen.

Ich trug an jenem Januarnachmittag meine beste Hose, meine dunkelblaue Konfirmationshose. Gab es schon Jeans? Vor mir stand eine Kette von Polizisten, und einer erklärte mir freundlich, dass die Domsheide für Schüler heute Nachmittag gesperrt sei. Ich sah nicht aus wie ein Demonstrant, keiner sah damals in Bremen aus wie ein Demonstrant. Die Haare waren nicht richtig lang, nur so in Pilzkopflänge, Ohren noch zu sehen.

Die Polizisten trugen grüne Helme aus Hartpappe, genannt „Tschakos“, und sahen aus, als sei das auch ihre erste Demonstration. Hinter mir, auf der Straßentreppe, versammelten sich immer mehr Schüler, die genauso wie ich herumstanden. Wir wussten nicht, was wir tun sollten.

Der nette Polizist, der mit uns gesprochen hatte, trat plötzlich zur Seite, die Polizeikette öffnete sich, und ich starrte in das Mündungsrohr eines Wasserwerfers. Der Strahl traf mich auf der Brust, ich wurde umgeworfen und die Treppe hinuntergeschubst. Die Polizisten setzten gummiknüppelschlagend nach und prügelten uns durch die engen Gassen des Schnoorviertels. Irgendwann brachten wir Abstand zwischen sie und uns. Auf einem Baugrundstück lagen Steine herum, wir griffen uns die kleineren und warfen sie den abziehenden Polizisten hinterher. Ein Stein fegte einem Beamten den Tschako vom Kopf, ein anderer traf ihn knapp über dem Ohr. Er schrie kurz und blutete.

Wir ließen die Steine fallen und rannten los, von der Angst gejagt, verfolgt und gefasst zu werden. Von einer Telefonzelle aus rief ich meinen Vater an, vor Kälte und Nässe schlotternd. Er lachte mich aus, er wolle mich nicht mit dem Auto abholen, ich solle gefälligst zu Fuß laufen, wir Schüler hätten ja schließlich die Straßenbahn lahm gelegt. Ich brauchte 50 Minuten bis nach Hause.

Am folgenden Tag waren ein paar tausend Schüler in der Bremer Innenstadt, es hatte sich herumgesprochen, dass da ein ganz neues Räuber-und-Gendarm-Spiel ablief. Der Straßenkampf hatte Bremen erreicht und feierte gleich seinen ersten Sieg: Bürgermeister Hans Koschnick stellte sich Tage später auf den Marktplatz und nahm die Erhöhung der Fahrpreise zurück.

In den Schulen wirkte dieser Erfolg wie das Aufspringen eines knarrenden, hölzernen Burgtores. Die Burg, das war das alte Deutschland, der alte Obrigkeitsstaat, in dem sich der Untertan schon dann rechtswidrig verhielt, wenn er sich öffentlich über einen Polizisten empörte, der sich rechtswidrig verhielt; ein Land, in dem das Gitarrespielen an einem Münchner Brunnen ausreichte, um einen Polizeiaufmarsch auszulösen. Jede Menge Gebote und Verbote hatte die deutsche Sofakissendiktatur uns zu bieten – sitz gerade, geh zum Friseur, mach die Negermusik leiser, geh zur Tanzstunde, wasch den Wagen.

Und hinter dem Burgtor, das nun offen stand, lag die Straße zum Glück, zur Freiheit, zur Sonne. Die damals utopisch anmutende Erfahrung, etwas bewegen zu können, obwohl es immer so ausgesehen hatte, als würde sich nie etwas bewegen, ließ uns von einer Schule träumen, in der das Lernen Spaß macht, von einer Gesellschaft, die frei und solidarisch sein sollte, und von einer Welt, in der alle friedlich vor sich hin kiffen und vögeln.

Wir lebten in der Gewissheit, den Sex, die Schule, das Wohnen, die Musik und die Demokratie neu erfinden zu dürfen; und nur eine Macht konnte uns daran hindern, unseren Menschenversuch zum glücklichen Ende zu bringen: das Kartell aus Elternhaus, Schulbehörde und Weltkapital. Wo wir hinblickten, ob nach San Francisco, Havanna oder Paris, entdeckten wir Mitkämpfer, und wo immer wir hinkamen, nach Berlin, Frankfurt oder Hamburg, konnten wir unseren Schlafsack ausrollen und eine selbst gedrehte Zigarette schnorren.

Wir lebten in dem Gefühl, ehrlicher zu leben, sinnvoller und moralischer als die „Spießer“ und „Konsumtrottel“, wir glaubten zu denen zu gehören, die das Richtige zur richtigen Zeit tun, wie ein Surfer, der auf einer gewaltigen Welle vor Glück brüllend dem Strand entgegenfliegt.

„Der Zweck heiligt die Mittel“, stand auf der Raufasertapete, die meine erste Wandzeitung war. Mitschüler hatten unsere Schule angemalt („Schluss mit der Onanie am Lehrerpult“) und sollten von der Schule fliegen. Farbanschläge und Bombendrohungen gehörten im Jahr nach dem Sieg auf den Straßenbahngleisen zu unserem Waffenarsenal. Anlass für solche Aktionen waren Klassenarbeiten, der Konsumrausch vor Weihnachten oder die Notstandsgesetze.

Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg, für die Freilassung inhaftierter Mitkämpfer oder gegen den Zeugnisterror endeten gewöhnlich mit Straßenschlägereien und Verfolgungsjagden. Wir glaubten an die „Propaganda der Tat“, an den Gesetzesverstoß und seine weltverbessernde Kraft.

Wie ein Manifest wirkte die Rede eines Berliner Germanistik-Studenten, auf Flugblättern weitergereicht: „Wir haben ruhig und ordentlich eine Universitätsreform gefordert, obwohl wir herausgefunden haben, dass wir gegen die Universitätsverfassung reden können, so viel und so lange wir wollen, ohne dass sich ein Aktendeckel hebt, aber dass wir nur gegen die baupolizeilichen Bestimmungen zu verstoßen brauchen, um den ganzen Universitätsaufbau ins Wanken zu bringen. Da sind wir auf den Gedanken gekommen, dass wir erst den Rasen zerstören müssen, bevor wir die Lügen über Vietnam zerstören können, dass wir erst die Hausordnung brechen müssen, bevor wir die Universitätsordnung brechen können. Da ha-

Die Polizisten trugen Helme aus Hartpappe und erlebten wohl ihre erste Demo

FOTO SCHULTE

Straßenbahndemonstration in Bremen (1968): *Der Straßenkampf hatte uns erreicht*

ben wir es endlich gefressen, dass wir gegen Prüfungen, in denen man nur das Fürchten, gegen Seminare, in denen man nur das Nachschlagen lernt – dass wir gegen den ganzen alten Plunder am sachlichsten argumentieren, wenn wir aufhören zu argumentieren und uns hier in den Hausflur auf den Fußboden setzen.“ Der Name des Verfassers: Peter Schneider, später als Literat ein Kritiker der 68er.

Aus Berlin kamen die Theorien und die Dutschkes und Teufels nach Bremen, erzählten uns im Kellerclub „Lila Eule“, wie es um die Weltrevolution stand und welche Schriften von Marx, Freud und Marcuse wir lesen sollten. Zu Hause brannte jeden Mittag die Küche: Ich versuchte, die neuesten Wahrheiten von Marx weiterzugeben, mein Vater warnte vorm Weltjudentum und erfreute uns mit Judenwitzen. Er war Nazi gewesen, und er war Nazi geblieben; in der Nachkriegszeit hatte man ihm den Prozess gemacht, er wich aus,

Wir glaubten an die „Propaganda der Tat“, an den Tabubruch und seine Kraft

wenn ich wissen wollte, weshalb. Erst vor einigen Jahren, als wir seine Wohnung ausräumten, erfuhr ich, dass er drei Jahre lang im Zuchthaus gesessen hatte, weil er in den letzten Kriegswochen an der Exekution eines Deserteurs beteiligt war.

Meine Fußballfreunde sahen mich nachmittags nicht mehr, ich las jetzt bis in die Nacht Bakunin und Wilhelm Reich. Sie begannen, mich „Chruschtschow“ zu nennen, und spotteten über mein immer erleuchtetes Dachfenster – „im Kreml brennt noch Licht“.

Ich hatte jetzt neue Freunde, die keine kurzen Hosen trugen, sondern lange Ledermäntel aus der Altkleidersammlung. Auf dem Schutzblech meiner Mobilette klebte jetzt neben dem Abzeichen von Werder Bremen das Gesicht von Ché Guevara. Er war am 9. Oktober 1967 erschossen worden, Martin Luther King am 4. April 1968, Rudi Dutschke hatte am 11. April eine Kugel in den Kopf bekommen.

Wir antworteten mit der Besetzung eines Gymnasiums, mit Teach-ins und Go-ins gegen die Notstandsgesetze, später mit der Erstürmung und Zerstörung des NPD-Büros. Die Polizei setzte erstmals Tränengas ein, bald landeten die ersten Molotowcocktails im Bremer Landgericht und im US-Konsulat.

Unter uns wurde nicht über Gewalt diskutiert, einige hatten die Brandsätze halt dabei und warfen sie. Wir freuten uns. Die Verabschiedung der Notstandsgesetze im Bundestag, trotz monatelanger Proteste von Zehntausenden Demonstranten, waren das erste Signal der Ausweglosigkeit. Die erste Gefängnisstrafe: Einer unserer Anführer wurde zu sechs Monaten ohne Bewährung

Studentinnenprotest im Hamburger Amtsgericht (1968): *Die Gewissheit, den Sex und die*

verurteilt, weil wir sämtliche Fenster der Bildungsbehörde eingeworfen hatten.

Aus den Basisgruppen an den Schulen, an manchen Gymnasien bis zu 100 Schüler stark, war inzwischen der „Sozialistische Schülerbund Bremen“ geworden, aus einer Bewegung von Spontaneisten eine Organisation, die einen Vorstand hatte, ein Programm und ein paar Fraktionen. Wir machten uns auf die Suche nach dem revolutionären Proletariat und landeten bei der „Gruppe Arbeiterpolitik“, einer frühen Abspaltung der längst verbotenen KPD. Das waren nette, gebildete Marxisten, sie führten uns ins „Kommunistische Manifest“ ein und ins „Kapital“.

Einige Schüler blieben da hängen, andere landeten beim KBW, bei der KPD/AO, bei der KPD/ML oder, wie ich, bei der DKP. Alle diese Parteien waren 1968 und danach gegründet worden, die DKP vor allem von Alt-Kommunisten, die in den Konzentrationslagern überlebt hatten und deshalb auf viele von uns wie die besseren Eltern wirkten. Die Party war vorbei, wir waren jetzt in der Partei, keine Drogen mehr, keine Pornoabende, und Gewalt diente nur dem Klassengegner.

Kurz nach dem Abitur sagte ich meinem Vater, dass ich nun in die DDR umziehen werde, er hielt das für einen Scherz, und als ich dann wirklich rüberging, hat er es gar nicht richtig mitgekriegt. Ich war jetzt Student der Gesellschaftswissenschaften an der „Karl-Marx-Uni Leipzig, Außenstelle Berlin“, was ein Tarnname war für eine Parteischule. Ein Jahr lang das volle Programm: Marx und Lenin, mittags Fußball, abends Theater oder Kino oder Club-

G. SCHMIDT

Bremer Straßenbahndemonstranten (1968): *Räuber und Gendarm*

K. GREISER

Gesellschaft neu zu erfinden

abende. Waffenausbildung hatten wir keine, auch Spionage stand nicht auf dem Lehrprogramm. Kontakte zu Einheimischen waren nicht gern gesehen, unser Internat lag weit draußen in Berlin-Biesdorf, neben einer Irrenanstalt.

Im „Haus der jungen Talente“ lernte ich ein Mädchen kennen, ich verwöhnte sie mit Sarotti-Schokolade, Dash und Stones-Platten, sie schleuste mich auf düstere Binnenschiffe und in Wohnungen, wo Freunde von einem Kerl namens Gregor Gysi so taten, als lebten sie halb im Untergrund.

Wenn wir zu Hause in ihrem Bett lagen, das war in einem Hochhaus bei der S-Bahn-Station Janowitzbrücke, machte es manchmal „Bum-Bum“ an der Wand, sie verschwand für einige Zeit, redete mit ihrem Vater und kam dann niedergeschlagen zurück. Nach ein paar Monaten sagte sie mir, sie dürfe mich nicht mehr sehen, ihr Vater sei Stasi-Offizier im West-Einsatz, aber das dürfe sie mir nicht sagen.

Für die Stasi hat mich keiner geworben, wir sollten agitieren, nicht spitzeln. Als ich wieder im Westen war und mich an der Bremer Universität als Student bewarb, habe ich die Studienzeit, zum Ärger meiner DKP-Oberen, in meinem Lebenslauf angegeben. Die beiden Semester wurden mir anerkannt, irgendwie kam der RCDS dahinter und brachte die rote Kaderschmiede mal wieder in die Schlagzeilen.

Die Orts-, Betriebs- und Hochschulgruppen der DKP waren so gesetzestreu und friedlich, dass die einzige Gewalt, die von ihnen ausging, sich gegen die anderen K-Gruppen richtete. Auf gemeinsamen Demonstrationen, wenn es überhaupt dazu kam, prügelten wir uns mit „Chaoten“, nicht mit Polizisten. Auf den großen Anti-AKW-Demonstrationen versuchten die militärisch organisierten K-Gruppen in den siebziger Jahren, die Militanz der 68er noch mal aufleben zu lassen, aber die Polizei war nun erfahren und hochgerüstet. Das musste auch die Gruppe erfahren, die alle Gewaltphantasien der 68er am radikalsten und grausamsten auslebte, die RAF.

Nach dem Deutschen Herbst von 1977 herrschte wieder Ruhe im Land. Die brutalsten Rebellen waren tot, die größten Dogmatiker waren zu Clowns geschrumpft, die Haschrebellen zogen von einem Open-Air-Festival zum nächsten oder in die Entziehungskuren, und das Heer der Ho-Ho-Ho-Tschiminh-Sprinter saß nun in Lehrerzimmern und Kindergärten, auf Richterstühlen und in Anwaltskanzleien, in Redaktionen, in Volkhochschulen und Universitäten. Nach meiner Studentenzeit fing ich in einer Werbeagentur als Texter an – Agitation und Propaganda für Höschenwindeln, Schaumbäder und Schokoriegel. Das ist wohl die Buße, die Angela Merkel von den 68ern verlangt.

Das Ende der Revolte war eigentlich schon nah, als wir anfingen, die Antworten zu geben auf die richtigen Fragen, die wir stellten. Wie können Kindergärten kindgemäßer sein, wie können die Schulen lebensnaher, wie können die Hochschulen berufsorientierter und demokratischer werden – darauf Antworten zu geben war noch relativ einfach. Wie kann die Demokratie weniger parteienbeherrscht sein, wie kann der Wohlstand gerechter verteilt, wie kann die Wirtschaft krisenfester, wie kann die Gesellschaft durchlässiger werden – darauf fiel uns und den Chefideologen der Apo nichts ein, nur immer: Sozialismus. Und wie der auszusehen habe und wie man ihn erreichen könnte, darüber stritten sich die kommunistischen Gruppen so lange, bis von ihnen nichts mehr übrig war und schließlich auch der Sozialismus von der Erde verschwunden war.

Und was hat der ganze Straßenzauber gebracht? Eine „Vertiefung des demokratischen Engagements in der Gesellschaft“, wie Richard von Weizsäcker es nennt? Die Entmiefung der wilhelminischen Republik, ihre Verwestlichung? Die Reform des Bildungssystems? Mehr Sex, mehr Drugs, mehr Rock’n’Roll? Oder war es einfach nur das große Sackhüpfen, folgenlos wie ein Kindergeburtstag? Zwischen „nichts bewirkt“ und „alles ruiniert“ pendeln die Rückblicke im Fünfjahresrhythmus der Gedenktage hin und her. So gern der Alt-68er verantwortlich wäre für alles Bunte, Schöne, Zivilisatorische, was diese Republik hat, so gern möchte der 68er-Hasser die Rebellion verantwortlich machen für alles Böse, Kaputte und Verfluchte – für Rauschgifttote, für Politikverdrossenheit, für Aids, für die Talkshows im Fernsehen und „Big Brother“.

Ich versuchte, Marx’ Theorien weiterzugeben, mein Vater warnte vorm Weltjudentum

Hass auf ’68 ist ein weit verbreitetes Hobby unter denen, die damals jung waren und ihre Verachtung an dem Leben abarbeiten, das sie nicht geführt haben.

Den Jugendlichen der achtziger Jahre kann man es am wenigsten übel nehmen, dass ihnen die 68er bald auf die Nerven gingen. Die Aufsässigen der 80er fanden es rebellischer, nicht rebellisch zu sein. Rebellisch war nur, wer die richtigen Platten hörte und die richtigen Schuhe trug und das richtige Leben im falschen genoss. Der 68er wurde vom Guerrillero zum Trottel, zum Moralisten im selbst gestrickten Pullover, zum Mahner mit Bee-Gees-Frisur, zum ewig jungen Spaßverderber.

Nachdem die Nach-68er fertig waren mit den 68ern, fielen die Vor-68er über die 68er her, pünktlich zum 25-jährigen Jubiläum der Revolte. Die „antiautoritäre Erziehung“ der 68er sei verantwortlich dafür, dass sich rechte „Mordbrenner als Avantgarde“ (Helmut Schmidt) fühlen können; die „Maßstäbe“ hätten sich „im ätzenden Säurebad der Kritik aufgelöst“, die „moralische Eigenbrötelei der 68er Rebellen“ habe „die Gemeinschaft auf dem Altar der Gesellschaft geopfert“ (Theo Sommer).

Das antiautoritäre Ansinnen der 68er, gedacht als radikaldemokratische Erneuerung der Republik, entartete zum Angriff auf das staatliche Gewaltmonopol – das

Illustration in Bremer Schülerzeitung (1968)*
„Schluss mit der Onanie am Lehrerpult“

* Zeichnung von Aubrey Beardsley (1896).

D. BERTRAM / DER SPIEGEL / XXP

Studentin Hausmann, Ohnesorg: *Startschuss der Revolte*

war der größte Fehler der Apo, und dafür steckt Joschka Fischer jetzt die Prügel ein. Wir haben mit der staatlichen Gewalt und ihren Gummiknüppelträgern gespielt, von Anfang an, das war Teil der Strategie. Ohne Militanz keine Öffentlichkeit, ohne Öffentlichkeit keine Demokratie – das war das Erfolgsrezept der 68er.

Nicht nur Kritik und Selbstkritik fordert Angela Merkel von Fischer und den 68ern, nicht nur Entschuldigungen für Gewalttaten, sondern „Buße“ für eine „falsche Sicht“. Unser Staat sei „seit 1949 ununterbrochen eine freiheitliche, solidarische, weltoffene Republik“, Fischer jedoch sei der Meinung, „die 68er hätten einen Beitrag zur Befreiung geleistet“, von dieser Sicht müsse er sich distanzieren, sonst sei sein Bedauern nicht glaubhaft.

In dem Moment war es mir, als säße ich wieder in der Schule, 15 Jahre alt, und nichts sei passiert in den letzten 33 Jahren – mein Kunstlehrer steht wieder da vorne, mein Mathelehrer, mein Turnlehrer. Und Angela Merkel.

Die radikalen Gymnasiasten, die damals in Bremen auf die Straße gingen, sind inzwischen Richter, Werber, Professoren, Journalisten, Rechtsanwälte. Einige sind Sozialarbeiter in schwierigen Stadtteilen oder arbeiten als Betriebsräte – damals zur revolutionären Berufspraxis aufgebrochen, dann stecken geblieben im reformistischen Alltag. Sie sind Leute, die sich um das Gemeinwohl kümmern, immer noch, und immer noch halten sie gern Distanz „zum System“.

Die Ansprüche an das Leben, gewachsen in den Jahren, als Geschichte wie das Produkt der eigenen Selbstverwirklichung schien, sind die wenigsten wieder losgeworden, die Karrieristen nicht, die Verweigerer nicht, die Verlierer nicht – sie unterscheiden sich nur dadurch, wie oft sie die Konfrontation mit diesen Ansprüchen zulassen.

Bei aller Lebensenttäuschung steckt der klammheimliche Stolz in ihnen, diese Jahre voller heimlicher Macht erlebt zu haben, die Jahre, in denen man gleichzeitig narzisstisch und solidarisch sein konnte, weil Arbeitslosigkeit, Drogentod und Aids noch weit weg waren und weil Atomstrahlen, Umweltgifte und das Ozonloch noch keinen ängstigten.

Der Ideologe, der mich bei der „Gruppe Arbeiterpolitik“ in den Marxismus einweihte, sitzt jetzt in einer Landesregierung, und

U. MAHLER / OSTKREUZ

Frühere Apo-Aktivistin Hausmann (1997)
Durfte nicht Lehrerin werden

die Mitschülerin, die ich in „Lohnarbeit und Kapital“ schulte, auch. 68er laufen mir ständig über den Weg, wir wissen voneinander, ohne uns zu kennen, aber wir erkennen uns. Eine Geheimloge sind wir nicht, auch keine Sekte, hoffentlich. Vor dem Fall der Mauer gehörten Millionen dazu, im Moment nur Fischer, Trittin und ein paar Dutzend, die es sowieso nicht leugnen können.

Ihre Hände waren voller Blut, von diesen Händen hat sie immer wieder geträumt

Dem Außenminister merkt man seine klammheimliche Freude über seine Lederjacken-Jahre an, und das erklärt die Wut, mit der die Opposition und die Springer-Blätter ihn zu erledigen versuchen. Apo und Minister, das darf es nicht geben, darum soll er sich entscheiden, Straßenkämpfer oder Stresemann. Und darum gab es auch keine bessere Abgeordnete als Sylvia Bonitz, um Fischer zur Rede zu stellen, diese nette Frau mit dem untadeligen Lebenslauf: 1966 geboren, 1982 Eintritt in die Junge Union, 1985 Abitur, 1985 bis 1988 Ausbildung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst mit Studium an der niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege in Hildesheim; 1988 Abschluss als Diplomverwaltungswirtin. 1988 bis 1995 Beschäftigung bei der Stadt Neustadt am Rübenberge, danach bis 1998 Persönliche Referentin des Oberstadtdirektors der Stadt Hildesheim.

Mit meiner Biografie wäre es keine gute Idee, mich um ein Ministeramt zu bewerben. Der Journalistenjob bietet größere Chancen, den Hoffnungen und Irrtümern hinterherzurecherchieren. Ich konnte noch mal einige Tage im Gymnasium am Barkhof zur Schule gehen und das Ende der DDR von innen erleben, ich konnte das Land Ho-Tschi-minhs inspizieren und Ché Guevaras Irrwegen nachreisen.

Und ich habe vor einiger Zeit Friederike Hausmann gesucht und gefunden, die am 2. Juni 1967 den Kopf des niedergeschossenen Benno Ohnesorg in ihren Händen hielt. Das Foto, entstanden in einem Berliner Hinterhof, kurz nachdem der Kriminalkommissar Karl-Heinz Kurras den Studenten mit einem Schuss getroffen hatte, markiert die Wende der antiautoritären Revolte in West-Berlin zur westdeutschen Protestbewegung der 68er. Für die Zehntausende, die sich in vielen Städten zu Trauermärschen zusammenfanden, war dieser Tote der Beweis dafür, dass die „Demokratie“ nur auf dem Papier des Grundgesetzes existierte und dass man sich wehren müsse gegen „ein neues ’33“.

Friederike Hausmanns Hände waren voller Blut, nachdem sie den Kopf des ohnmächtigen Studenten auf ihre Handtasche gebettet hatte, und diese roten Hände hat sie immer wieder gesehen in ihren Träumen. Sie trat der „Liga gegen den Imperialismus“ bei, und weil das Nummernschild ihres Autos ein paarmal in der Nähe verbotener Demonstrationen notiert worden war, durfte sie nicht Lehrerin werden – bis 1978 wurden fast eineinhalb Millionen Lehrer und andere Beamtenanwärter auf ihre Verfassungstreue überprüft.

Sie zog 1977 als Übersetzerin nach Italien, „dort sind die Apo-Führer nach oben gekommen, weil man sie reingelassen hat, da gab es keine Berufsverbote“. Erst 1984 ist sie nach München zurückgekehrt.

Die Debatte im Bundestag hat sie als große Stunde der Geschichtsklitterung erlebt, vielleicht sollte sie sich mal mit Angela Merkel zusammensetzen zu einem kleinen Plausch über die freiheitliche, weltoffene Republik der sechziger Jahre. Und wer weiß, vielleicht hängt ihr Johannes Rau in diesen Zeiten der Abrechnung und Buße ja das Bundesverdienstkreuz um, stellvertretend für Benno Ohnesorg und die 68er.

Werbeseite

Werbeseite

„Verdammt, ich will leben“

Der „Rote Kalender“ von 1977 – ein persönlicher Bericht. *Von Reinhard Mohr*

Mitten in der seit Wochen dampfenden öffentlichen Polemik, im Tränengasnebel der publizistischen Kampagnen, bei denen ganz so wie in den guten alten Zeiten von randalierendem „Mob“ und unverbesserlichen „Revoluzzern“ die Rede ist und jede Menge alte Rechnungen beglichen werden, rührt sich in mancher alten Kämpferseele ein gewisser Widerstand. Es ist der Widerstand der Erinnerung, und er wirkt in beide Richtungen zugleich: gegen die gnadenlosen, pharisäerhaften, dummdreisten Vereinfacher von links bis rechts, die noch mal ihr Mütchen kühlen wollen – und gegen die eigene Unlust, sich mit längst vergangenen, teils vergessenen, teils verdrängten Details zu beschäftigen.

K. GREISER / DER SPIEGEL / XXP

Gewalttätige Demonstration in Brokdorf (1976): *Kämpfende linke Elementarteilchen*

Plötzlich wurde aus gemütlicher Reminiszenz und Revolutionsfolklore bitterer Ernst

Immer wieder kommt sie hoch, die Erinnerung, in bestimmten, ruhigen Augenblicken, nach Gesprächen mit alten Freunden, die plötzlich wieder anrufen, nach dem Durchwühlen verstaubter Unterlagen. Unversehens entsteht da jenes kollektive „Wir“, das die siebziger Jahre auf Seiten der radikalen Linken geprägt hat, die Erinnerung an jene Zeiten, da man sich gar nicht vorstellen konnte, jemals allein am Laptop zu sitzen und eine Geschichte aufzuschreiben, die doch ohne all die anderen, mit denen man zusammen war, überhaupt nicht existierte.

„In Gefahr und größter Not bringt der Mittelweg den Tod“ hieß einer der berühmten Filme von Alexander Kluge, die so viel von der Atmosphäre jener merkwürdig fernen Epoche vermitteln, und so soll auch hier und jetzt aus dem diffusen „man“ ein „Ich“ werden, aus dem journalistisch distanzierten Beobachter – ausnahmsweise – ein echt Betroffener. Ein persönlicher Bericht, keine Beichte.

Alors, je m’accuse.

Auch ich habe Steine geworfen, zudem Eier, Tomaten und Tannenzapfen, Barrikaden gebaut, Zäune durchschnitten, Uni-Professoren genötigt, Hausfriedensbruch begangen, Wände mit Parolen besprüht – und viel dummes Zeug geredet.

Aber der Reihe nach.

Kurz vor Weihnachten 2000, damals, als noch niemand ahnte, welcher Sturm der späten Entrüstung bevorstand, gab der neue chilenische Botschafter in Deutschland, der Dichter Antonio Skármeta, 1973 von Pinochets Militärputsch gegen Staatspräsident Salvador Allende ins Exil getrieben, ein Essen für den neuen deutschen Botschafter in Chile, Georg Dick.

Das schöne, aber leicht skurrile Zusammentreffen war für mich Anlass, vorher noch mal ins Privatarchiv zu schauen. Und siehe, die Erinnerung trog nicht: Am 13. September 1973, zwei Tage nach dem Putsch, bei dem Allende ums Leben kam, hatte die immer schon gewaltfreie und friedliebende „Frankfurter Allgemeine“ in ihrem Leitartikel den brutalen Terrorakt verteidigt, weil er angeblich „Schlimmeres verhütet“ habe:

Die politischen Spannungen, die Allendes missglücktes Volksfrontexperiment in Chile erzeugt hatten, drängten mit Macht zur Entladung. Der Versuch, den Zusammenstoß zu verhindern, musste gemacht werden.

Der Versuch kostete mehrere tausend Menschenleben, von den Folteropfern mit den ausgestochenen Augen nicht zu reden.

Botschafter Dick, einst Seemann, später Redakteur des Frankfurter Sponti-Organs „Pflasterstrand“, bis vor kurzem Chef des Planungsstabs im Auswärtigen Amt und langjähriger Vertrauter von Joschka Fischer, hatte, was sonst, alte Freundinnen und Freunde in die Residenz des chilenischen Botschafters in Berlin-Grunewald gebeten.

An der festlich gedeckten Tafel saßen Ex-Anarchisten und Alt-Spontis neben ehemaligen Kommunisten und Maoisten, heute allesamt in Amt und Würden. Zwischen Hauptspeise und Dessert erzählte man sich noch einmal von jener „Fischmehlfabrik“, in die Ex-KBW-Genosse Joscha Schmierer, heute Mitglied des Planungsstabes im Auswärtigen Amt, den Ex-Sponti-Genossen Dany Cohn-Bendit, Freund von Schmierers heutigem Vorgesetzten, Außenminister Fischer, in den siebziger Jahren verbannen wollte, wenn die proletarische Revolution nur erst gesiegt hätte.

Beim Löffeln der exquisiten chilenischen Süßspeise brummte ein alter Freund von Fischer, heute erfolgreicher Steuerberater: „Das vergessen wir denen vom KBW nie.“

Ein paar Wochen später schon saß die muntere Tafelrunde in einem einzigen kampfumtosten Boot, und plötzlich wurde aus gemütlicher Reminiszenz und humo-

ristischer Revolutionsfolklore bitterer Ernst: Was geschieht mit uns? War da was? Was war da eigentlich? Müssen wir uns distanzieren, zurücktreten, Buße tun? So anständig werden wie CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer und MdB Jungwichtel Eckart von Klaeden?

So nahm ich denn wieder einmal meinen „Roten Kalender 1977 gegen den grauen Alltag“ zur Hand, den ich aus eher sentimentalen Gründen aufgehoben hatte – und tatsächlich, er hilft auch beim aktuellen Kampf gegen das Vergessen.

Auf der ersten inneren Einbandseite steht in lila Handschrift: „7983182 Infostelle bei Bullenaktionen“. Auf der letzten Seite ist die Adresse eines Freundes vermerkt: „Bornheimer Landstraße 64 II. Stock links“.

Es ist das Haus, in dem Margrit Schiller, damals Mitglied der RAF, ganz legal ein paar Tage übernachtet und mit Joschka Fischer und Dany Cohn-Bendit gefrühstückt haben will.

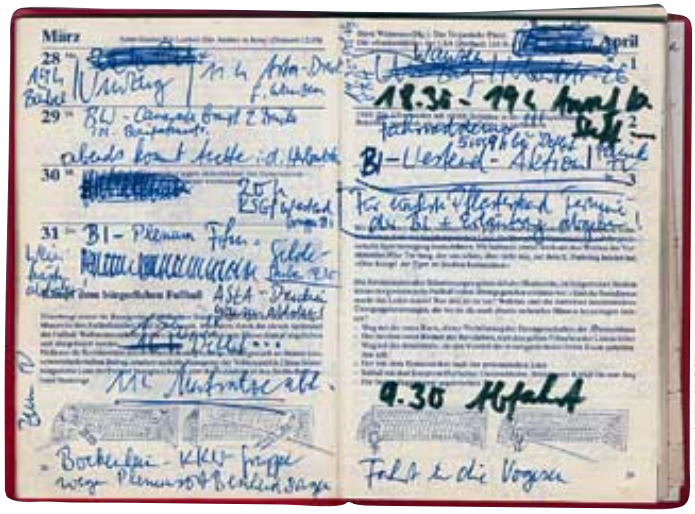
Margrit Schiller übrigens habe ich 1980 selbst mehrere Male getroffen. Sie hatte ihre insgesamt sechsjährige Haftstrafe verbüßt und wollte wieder politisch aktiv werden – diesmal ohne Waffen, wie ich unterstellte. Mit einer jungen Freundin, die ich Jahre später auf Fahndungsplakaten wiederzuerkennen glaubte, kam sie in meine WG im Frankfurter Nordend.

Bei schönem Wetter diskutierten wir draußen in unserem kleinen Garten über die USA, die Nato und die Möglichkeiten einer neuen „antiimperialistischen“ Politik. Doch bald zeigte sich, dass unser Blick auf die Welt allzu verschieden war. Wir verloren uns aus den Augen. 1985 zog Margrit Schiller nach Kuba, heiratete und bekam zwei Kinder. Jetzt lebt sie in Montevideo, Uruguay.

Was heute wie eine Selbstbezichtigung klingen mag, war damals völlig normal. Ich war AStA-Vorsitzender der Universität Frankfurt und traf allein schon in dieser Funktion Leute aus fast allen politischen Lagern. Unvergessen etwa ist mir ein Kneipengespräch mit dem Dichter Erich Fried, der ganz ehrlich, doch ein wenig naiv meinte: „Rudi Dutschke wäre der Einzige gewesen, der Ulrike Meinhof davon hätte abhalten können, in den Untergrund zu gehen.“

Dutschke aber litt zur fraglichen Zeit noch unter seinen schweren Schussverletzungen, die ihm der Attentäter Josef Bachmann am Gründonnerstag 1968 zugefügt hatte.

Keine Frage: Obwohl 1955 geboren, also eher „78er“ als „68er“, war ich im Jahr



R. MOHR / DER SPIEGEL

„Roter Kalender 1977“ (Ausriss): *Revolutionäre Ordnung im Chaos*

des Deutschen Herbstes, als Generalbundesanwalt Siegfried Buback, Dresdner-Bank-Chef Jürgen Ponto und Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer (samt seiner Begleiter) von der RAF ermordet wurden, schon „geschäftsfähig“, wie der Noch-FDP-Vorsitzende Wolfgang Gerhardt auch Joschka Fischer ins Stammbuch schrieb.

Und es ist wahr: Die frühen siebziger Jahre, die nun aus der fast unwirklichen historischen Ferne in die absolute mediale Container-Gegenwart gezoomt werden (wie denkt eigentlich Zlatko über all das?), waren die Zeit eines kommenden, zugleich immer schon anachronistischen Kampfes um eine Revolution, die in Wahrheit niemals auf der Tagesordnung stand.

Der Aufstieg der „Rote Armee Fraktion“ zum Staatsfeind Nummer eins signalisierte ebenso wie die rasante Vermehrung der linksradikalen Gruppen und Parteisekten der Neuen Linken die Perspektive nahender, alles entscheidender Schlachten: Venceremos, Sieg oder Tod, Mensch oder Schwein, es lebe die Weltrevolution.

Überall tauchten plötzlich Bomben und Kalaschnikows auf (trotz allem Kampfeswillen vornehmlich als Layout-Material für AStA-Infos), suchten Intellektuelle hartnäckig nach proletarischen Traditionen der zwanziger Jahre, reüssierte ein Marxismus-Leninismus, der die Geschichte abermals in den Schraubstock seiner angeblich „wahren Lehre“ spannen wollte.

Die Revolte von 1968, in den Augen vieler Protagonisten trotz durchschlagender kultureller und gesellschaftlicher Wirkungen gescheitert, sollte gleichsam mit Gewalt zur Revolution gezwungen werden.

Doch das ominöse Jahr 1977, ein wirklicher Wendepunkt in der deutschen Nachkriegsgeschichte, begann anders: „Ökologie“ wurde zum neuen Zauberwort, Umwelt und Natur zu neuen „Subjekten“ des außerparlamentarischen Protests. Von Ferne dräute schon die neue alte Apokalypseverliebtheit am Horizont.

„17 h VW-Bus b. KFZ-Referat abholen“, verzeichnet der „Rote Kalender“ am 18. Februar 1977. Und so ging es knatternd los in Richtung Brokdorf. Zehntausende Demonstranten standen am Tag darauf vor der Baustelle des Kernkraftwerks Brokdorf. Es war unglaublich kalt, zwischen den Sielen und Prielen wehte der eiskalte Wind des Atomstaats. Und wehe, wehe, wenn eins der mit Erdbrocken und Eisenstangen kämpfenden linken Elementarteilchen auf der Flucht vor BGS-Kommandos, die per Hubschrauber Apocalypse-now-mäßig zuschlugen, in die eiskalten Wasserläufe fiel.

Erst später, zu Hause vor dem Fernsehapparat, wurde das widrige Geschehen zur symbolischen und erfolgreichen Aktion, ein geradezu programmatischer Vorläufer der grünen Parteigründung.

Sieben Wochen später, am 7. April 1977, wurde Generalbundesanwalt Buback erschossen – der Auftakt zu jener terroristischen Attentatsserie der RAF, die das Ende der radikalen Linken einläutete.

An diesem Tag war ich gerade mit einer Freundin im Elsass unterwegs.

Die Herrschenden und ihre „Büttel“ waren „Charaktermasken“, keine Menschen

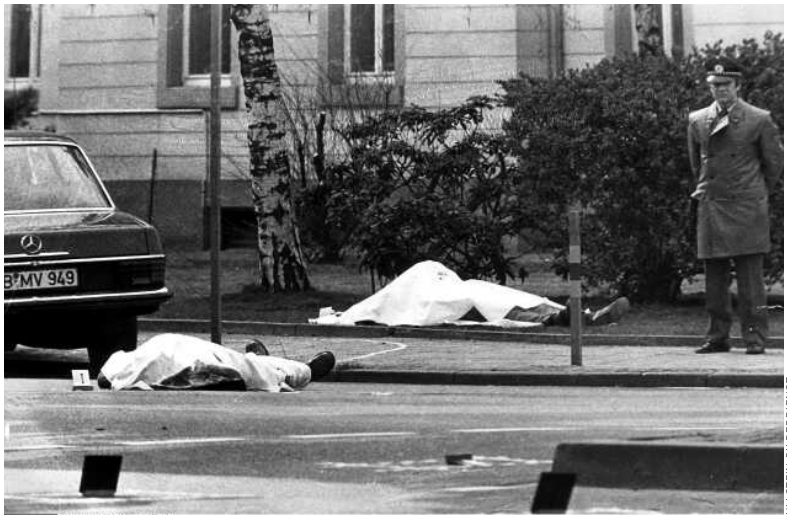
Es war mild, früher Abend, wir saßen draußen vor unserer Jugendherberge, als plötzlich jemand kam und die Nachricht überbrachte. Nicht wenige der jugendlichen Zecher an den langen Holztischen klatschten Beifall, ein paar lachten und holten sich ein frisches Bier.

Ich selbst war zwiespältig berührt, konnte mich aber auch nicht durchringen, den feigen Mordanschlag beim Namen zu nennen. Die berühmten „Bauchschmerzen“, erste Symptome des Renegatentums.

In Frankfurter Szene-Kneipen, so hörte ich später, wurden hier und da kleine Freu-

R. MOHR / DER SPIEGEL

Sponti Mohr (1977)
„Alors, je m’ accuse“



ULLSTEIN BILDERDIENST

Buback-Mord (1977): *Fatale Faszination revolutionärer Gewalt*

AFP / DPA

Verletzte Demonstrantin in Malville (1977)
„Das vergessen wir denen nie“

denfeiern rund um den Zapfhahn veranstaltet. Buback galt als die Inkarnation des verhassten Staatsapparats, als „staatlich legitimierter Killer“, wie jener Göttinger „Mescalero“ schrieb, der jetzt wieder in aller Munde ist. „Schafft viele Bubacks!“, forderte damals das Berliner „Info-BUG“ undogmatischer Linksradikaler.

Ob damals „jeder Fünfte wie ‚Mescalero‘“ dachte – so die notorische Behauptung von Peter Glotz –, das weiß niemand. Sicher aber ist, dass Tausende so dachten, unter ihnen viele, die die RAF politisch ablehnten.

Denn es gab da diesen auch unter sensiblen, intelligenten Zeitgenossen geläufigen Mechanismus der Abstraktion: Die „Herrschenden“ und ihre „Büttel“ waren „Charaktermasken“ – Funktionäre des „repressiven“, ja „mörderischen“ Systems. Dass sie Menschen waren, schien zweitrangig.

Natürlich wurden harte Diskussionen über „revolutionäre Gewalt“ und ihre Grenzen geführt, über Taktik und Strategie, und auch der „Mescalero“ verwandelte seine „klammheimliche Freude“ schließlich in die Absage an „Logistik und Ballistik“ des RAF-Terrors – eine roh gezimmerte Pontonbrücke in die Gewaltfreiheit, über die damals nicht wenige gingen.

Mit RCDS-Erklärungen wäre das nicht gelungen. Doch dass sich die Absage an hinterhältigen Mord nicht von selbst verstand: Das ist die peinliche Erbschaft dieser Jahre, der sich jeder, den es betrifft, ganz allein stellen muss – wenn er es denn noch nicht getan haben sollte.

Zum Bild gehört aber auch, und darüber gibt der „Rote Kalender“ treulich Auskunft, dass es unendlich viele Debatten gab, in deren Verlauf die Faszination vermeintlich revolutionärer Gewalt Stück für Stück unterminiert wurde. Mühsame Selbstaufklärung über Jahre.

Doch am Abend des 29. April, dem Tag nach der Urteilsverkündung gegen Andreas Baader, Jan-Carl Raspe und Gudrun Ensslin, wurde das Frankfurter Volksbildungsheim noch einmal zum leidenschaftlichen Konvent der radikalen Linken: Klaus Croissant, Otto Schily und andere RAF-Verteidiger kommentierten in einer aufgeheizten Atmosphäre den Stammheimer Prozess, und wenn ich auch alle Details vergessen habe, so erinnere ich mich noch an den martialischen, ja gespenstischen Auftritt Croissants.

Sein Vortrag war theaterhaft düster und zugleich gellend vor Schmerz, im Habitus den fundamentalistischen Fernsehpredigern in Amerika nicht unähnlich.

Im Angesicht des „neuen Faschismus“, den er im Stammheimer Hochsicherheitstrakt versinnbildlicht sah, erschienen die Gefangenen als Märtyrer der deutschen Linken. Die Linke sollte sich noch einmal dafür schämen, nicht solidarisch und nicht kämpferisch genug gewesen zu sein. Verrat lag in der Luft, aber auch Wut und Hilflosigkeit. Ein Hauch von Stalingrad.

„Ich bin weder für die RAF noch für den Staat!“, rief die Sponti-Frau ins bedrückte Plenum

In diesem aufgeladenen Augenblick wurden jene „Bauchschmerzen“ von der anderen, der radikalen Seite erzeugt. Hier sprach nicht die Polizei oder der abendländische Humanismus, sondern das revolutionäre Über-Ich. Melodramatisch provozierte es Schuldgefühle wegen mangelnder Entschlusskraft, für die große Sache womöglich das eigene Leben aufs Spiel zu setzen, so, wie es Holger Meins getan hatte, der 1974 an den Folgen eines Hungerstreiks gestorben war.

Doch dieser „Todestrip“ der RAF, wie ihn Joschka Fischer schon ein Jahr zuvor kritisiert hatte, war eben nicht die Sache der Frankfurter Sponti-Szene, auch wenn ihre militanten Teile hier und da am „Abgrund“ standen.

Der Szene-Alltag war vielmehr von einer Mischung aus linksdeutscher Neoromantik und revolutionärer Veränderungswut geprägt, die auch erst mal organisiert sein wollte. Spätabends jedoch, im „Eppstein-Eck“, in der „Casa di Cultura“ oder im „Tannenbaum“, durfte der Furor mal zur Ruhe kommen. Dann konnte es sehr gemütlich werden im progressiven Chaos.

Gleichwohl weist mein Kalender ’77 für nahezu jeden Tag mehrere, im weitesten Sinne politische Termine aus – von der „SozGrp“ und der „Uni-VV“ über die „Turm-KOZ-Gruppe“ und die „AG Westend“ bis zum „Häuschen-Termin Portugal“ und dem wöchentlichen „Sponti-Plenum“. Dazu kamen Gerichtstermine am frühen Morgen, eine weitere Schikane der Staatsmacht: „9.15 h Z. 123 GB A Georg“ ist am 25. Mai eingetragen – der heutige Botschafter in Chile Georg Dick genoss damals noch keine diplomatische Immunität.

Außerdem gab es anspruchsvolle kommunikative Verpflichtungen in der Wohngemeinschaft, in der „Streikgruppe“ und dem „KOZ FB-InitiativGrpPlenum“. Auch mussten ständig Flugblätter und Infos geschrieben, layoutet, gedruckt und verteilt werden.

Toter RAF-Terrorist Baader (1977): *„Mörderisches System“*

Und es gab kleine magische, symbolische Zuhause-Orte der Szene. Zum Beispiel das „Häuschen“ im Stadtteil Bockenheim: Im Keller lagerten die mythischen Originaldokumente der gerade aufgelösten Gruppe „Revolutionärer Kampf“, im Parterre verströmte einer der ersten Bio-Läden seine eigenartigen Düfte, und im ersten Stock wurde abwechselnd gekocht und diskutiert.

Am 25. Juli 1977 traf sich dort eine der Frankfurter Gruppen, die zur Demonstration gegen den Bau des „Schnellen Brüters“ in Creys-Malville fahren wollten. Drei Tage später trafen wir in Montalieu am Rande der französischen Alpen ein und bauten im so genannten „deutschen Lager“ unsere Zelte auf. Kurz vor Einbruch der Dunkelheit testete manch einer schnell noch die Zielgenauigkeit seiner Zwille, ohne zu wissen, mit welchem Gegner er es zu tun bekommen würde. Am frühen Morgen umstellte die französische Polizeitruppe CRS das Lager. Leicht bekleidet mussten Frauen wie Männer ihre Zelte verlassen und sich in zwei bewachten Kreisen aufstellen. Es regnete in Strömen.

Derweil wurden die Zelte durchsucht, alles Mögliche beschlagnahmt. Viele Klamotten landeten im Schlamm.

Die Demonstration war ein Desaster. Bevor wir überhaupt in die Nähe des Bauplatzes gelangten, kamen uns die ersten französischen Demonstranten schon wieder entgegen. Fliehen sollten wir wie sie, riefen sie uns zu. „Die Bullen kommen. Sie setzen Plastikgranaten ein!“

Stunden später im Auto hören wir übers Radio, dass ein Demonstrant, der Lehrer Vital Michalon, von einer Polizeigranate getötet worden war. Anderen wurden Füße und Hände abgerissen.

Die schrecklichen Fotos sahen wir tags darauf in den Zeitungen.

Noch in der Nacht hatte die französische Polizei Straßenblockaden errichtet. Voller Anspannung, ja Angst umfuhren wir sie auf kleinen und kleinsten Straßen in Richtung Lyon.

Am 5. September 1977, mit der Entführung von Hanns Martin Schleyer, mit Krisenstab und Schleppnetzfahndung, Nachrichtensperre und Hausdurchsuchungen, begann jener Deutsche Herbst, der auf Jahre selbst das deutsche Kino verändert hat: „Die bleierne Zeit“ hieß ein Film von Margarethe von Trotta.

Der ungeheure Dreifachschlag – die gewaltsame Befreiung der Flugzeug-Geiseln in Mogadischu, Schleyers Ermordung und die Selbstmorde von Baader, Ensslin und Raspe – erschütterte uns alle.

Ich erinnere mich noch an die aufgewühlte Stimmung, den heftigen Widerstreit der Gedanken und Gefühle, die wilden Anklagen gegen den Staat – „Das war Mord!“ – und die paranoischen Verdächtigungen innerhalb der Linken.

Zugleich wurde der öffentliche Druck riesengroß, sich von all dem radikal zu „distanzieren“.

Zwei Tage nach den Stammheimer Selbstmorden gab es ein großes Spontis-Plenum in der „Batschkapp“, der alternativen Konzerthalle der Szene.

Auch hier erinnere ich mich an fast nichts mehr (aufpassen, Herr Gerhardt!) außer an die desolate Stimmung. Ich weiß sogar nicht mal mehr, ob Joschka dabei war. Ich nehme es an. An eines aber erinnere ich mich noch wie an eine unauslöschliche Filmszene: an eine hübsche rothaarige Sponti-Frau, ich glaube, sie hieß Elfie.

Irgendwann stand sie auf und rief in die bedrückte Versammlung: „Verdammt noch mal, ich will leben, ich will Kinder haben. Ich bin weder für die RAF noch für den Staat!“

Das war die Losung der Stunde.

Auch wenn die Gleichsetzung von Terroristen und demokratischem Staat heute völlig unverständlich klingt: Es war der Ausweg einer ganzen Szene, ein erster großer Schritt weg von der Dämonisierung der „repressiven Staatsmacht“.

Ex-Sponti Thomas Schmid, heute Leitartikler der „FAZ“, formulierte damals in einem ausufernden, fast expressionistischen Text für die Zeitschrift „Autonomie“ (1/1978) seine Gefühlslage nach dem Deutschen Herbst, die durchaus repräsentativ war:

Inmitten des Geschreis, inmitten der klirrenden Normalität der Macht klingt ein Ton, der tiefer führt: Der Tod ist ein Meister der Verführung aus Deutschland … Heute „erliege“ ich – zum ersten Mal seit langem – dieser Verführung: möchte nicht mehr aktiv sein, möchte alles von mir strecken, ja möchte erlöst werden – in Ruhe gelassen, aus der hämmernden Geschichte entlassen: Weinen, Schlafen, Musik von Orgel und Laute …

Von Ferne lockte schon der Strand von „Tunix“, die vielen kleinen, großen Fluchten aufs Land, in die Toskana, in Beziehung und „neue Innerlichkeit“, in die Ökobewegung und den bürgerlichen Beruf – und in die „Grünen“.

Mit wie viel schmerzhaften Brüchen und Enttäuschungen das alles zu tun hatte, weiß da wirklich nur jeder für sich selbst. ◆

ULLSTEIN BILDERDIENST

Beisetzung von Baader, Ensslin, Raspe (1977): *„Mensch oder Schwein, Sieg oder Tod“*

Werbeseite

Werbeseite

KORALLEN

Würmer als Baumeister

Durch Zufall haben Wissenschaftler am European Oceanological Observatory in Monaco entdeckt, dass Würmer aus der Gruppe der Euniciden beim Aufbau von Korallenriffen wichtige Helferdienste leisten. In einem tropischen Aquarium waren im Verlauf einer Nacht ohne ersichtlichen Grund drei kleine Korallenstöcke um einige Zentimeter weitergewandert und an einem Felsbrocken festgewachsen. Die Forscher lösten die Korallen und schoben sie in ihre ursprüngliche Position zurück. Doch am nächsten Morgen klebten die Korallen erneut am Fels. Der rätselhafte Vorgang wiederholte sich 21-mal im Verlauf eines Monats.

E. ANDERSON / SUPERBILD

Korallenriff (vor der Küste Australiens)

Erst eine über Nacht laufende Infrarot-Videokamera brachte Aufklärung: Sie filmte, wie ein Wurm aus seinem Felsloch glitt, einen Korallenstock zwischen seine Kiefer nahm, ihn zum Felsen schleppte und dort fest zementierte. Die Meeresforscher vermuten nun, dass die bis zu zwei Meter langen Ringelwürmer auf diese Weise maßgeblich dazu beitragen könnten, den Korallen ein festes Fundament zu verleihen und dadurch die Riffbildung zu ermöglichen.

ARCHÄOLOGIE

Gold im Kopf

T. MÜLLER

Trockenmumie aus Peru

Zu den ältesten Fachrichtungen der Medizin zählt die Hirnchirurgie. Knöcherne Zeugnisse mit typischen Trepanationslöchern im Schädeldach haben Archäologen an vielen Orten in Europa, auf den kanarischen Inseln, in Nordafrika oder in Russland geborgen. Wahre Virtuosen der schwierigen Operationstechnik scheinen jedoch die Inkas in Peru und Bolivien gewesen zu sein, wie brasilianische Forscher von der Universitätsklinik in São Paulo jetzt berichten. Bei Untersuchungen von Mumien konnten sie nachweisen, dass sich Inka-Chirurgen mit scharfkantigen Splittern aus Obsidiangestein, Bohrern und speziellen Skalpellen aus Kupfer und Bronze den Weg zum Gehirn gebahnt hatten. Pflanzen dienten zum Blutstillen oder Desinfizieren. Auch fiebersenkende und antiinfektiös wirkende Substanzen zählten zum Arzneimittelschatz der Inka-Ärzte. Nach der Operation dichteten sie die Defekte mit Platten aus Gold und Silber. Viele der trepanierten Schädel zeigten zusätzlich auch Spuren älterer Verletzungen. Die Forscher vermuten, dass die Wunden von Äxten und Keulen des notorischen Kriegervolks geschlagen worden waren.

SEXUALITÄT

Erotik im Alter

Männer wollen bis ins hohe Alter nur das Eine, bei Frauen hingegen erlischt der sexuelle Trieb irgendwann – trifft diese weit verbreitete Vermutung zu? Mitnichten, wie das Fachblatt „Münchener Medizinische Wochenschrift“ versichert. Alte Frauen seien sexuell deutlich aktiver als bisher angenommen. Bei einer Befragung durch die Aachener Sexualmedizinerin Ulrike Brandenburg erklärte jede zweite von insgesamt 52 Seniorinnen – die meisten waren zwischen 75 und 79 Jahre alt –, dass sie noch erotische Träume und Wünsche habe. 40 Prozent gaben an, regelmäßig Geschlechtsverkehr zu praktizieren. Im anonymen Fragebogen gestanden zudem 60 Prozent der Frauen, dass sie gelegentlich masturbierten. Drei von vier Frauen streicheln sich

K. AMSLER / VANDYSTADT / AG. FOCUS

Älteres Liebespaar

nach eigenen Angaben gern, auch wenn sie sich dabei nicht unbedingt erregen wollen. Ihre sexuelle Zufriedenheit beziehen die meisten offenbar weniger aus dem Beischlaf als aus Bettgeflüster und dem zärtlichen Umgang mit dem eigenen Körper und dem des Partners. Oft steigert sich das sexuelle Empfinden sogar im Lauf des Lebens: Mehr als jede fünfte der Frauen hatte den ersten Orgasmus erst jenseits der 40 erlebt – fast immer ohne die Beihilfe eines Mannes.

ONLINE SPORT

Weltmeister Schumacher mit Schuberth-Helm

RENNSPORT

Eine Million für einen Helm

Nie zuvor ließ sich ein Rennfahrer seinen Schutzhelm so viel kosten wie jetzt Michael Schumacher: Der Formel-1-Weltmeister löste den millionenschweren Sponsorenvertrag mit seinem bisherigen Helmlieferanten Bell auf, um fortan – ohne dafür Geld zu kassieren – eine Spezialanfertigung des Braunschweiger Rüstungsexperten Schuberth zu tragen. Bestimmt war das teure Stück (Entwicklungskosten: rund eine Million Mark) ursprünglich nur für Michaels Bruder, den BMW-Piloten Ralf Schumacher. Durch die Verwendung von Polyethylenen, wie sie auch in der Militärpanzerung eingesetzt werden, bannt der Helm das Verletzungsrisiko durch herumfliegende Kleinteile, etwa Schrauben, die wie Projektile in die Cockpits der Rennfahrer prasseln können. Zudem verfügt der Kopfschutz über die erste Belüftung mit Aktivkohlefilter, der den giftigen Staub der Kohlefaserbremsen aus der Atemluft fern hält – Innovationen, die sogleich den Besitzerneid des Weltmeisters geweckt hatten.

ÄRZTE

Gefahr durch Schichtwechsel

Ärzten, die länger am Stück arbeiten, unterlaufen weniger Fehler: So lautet das zunächst paradox klingende Fazit einer Studie der Universität Köln. Der Volkswirt Achim Krings verglich dabei Intensivstationen, auf denen die Mediziner in zwei Schichten von je zwölf Stunden arbeiten, mit solchen mit Drei-Schicht-System (dreimal acht Stunden). Im letzteren Fall, so fand er heraus, liegen die Patienten länger auf der Intensivstation und müssen öfter nachoperiert werden. Krings führt die Fehler auf die häufigeren Übergaben zurück: Dabei bestehe immer die Gefahr, dass die Ärzte ihren Kollegen der nächsten Schicht wichtige Informationen unvollständig oder falsch übermitteln.

FREITAG / ASTROFOTO

WETTER

Gesang der Erde

Das Lied existiert seit Millionen Jahren, seine Melodie liegt allgegenwärtig in der Luft, und doch sind Menschen dafür taub. Geschrieben wird der „Earth Song“ immer wieder neu von den sekündlich knapp 100 weltweit niederzuckenden Blitzen. Nun ist der zwitschernd klingende Gesang der Erde im Internet zu hören (www.spaceweather.com/glossary/inspire.html), denn mit Hilfe eines speziellen Radioempfängers ist es möglich, die niederfrequenten Radiowellen, die Blitze abgeben, als Knacken wahrnehmbar zu machen. Dank einer speziellen Eigenschaft der Atmosphäre können die Wellen Distanzen von mehreren tausend Kilometern überbrücken: Zwischen der Erdoberfläche und höheren Schichten der Atmosphäre werden die von den Blitzen erzeugten Wellen mehrfach reflektiert und können sich so auch über große Strecken ausbreiten.

ROSNER / WILDLIFE

Fische mit Beifang

UMWELT

Pampers aus Fisch

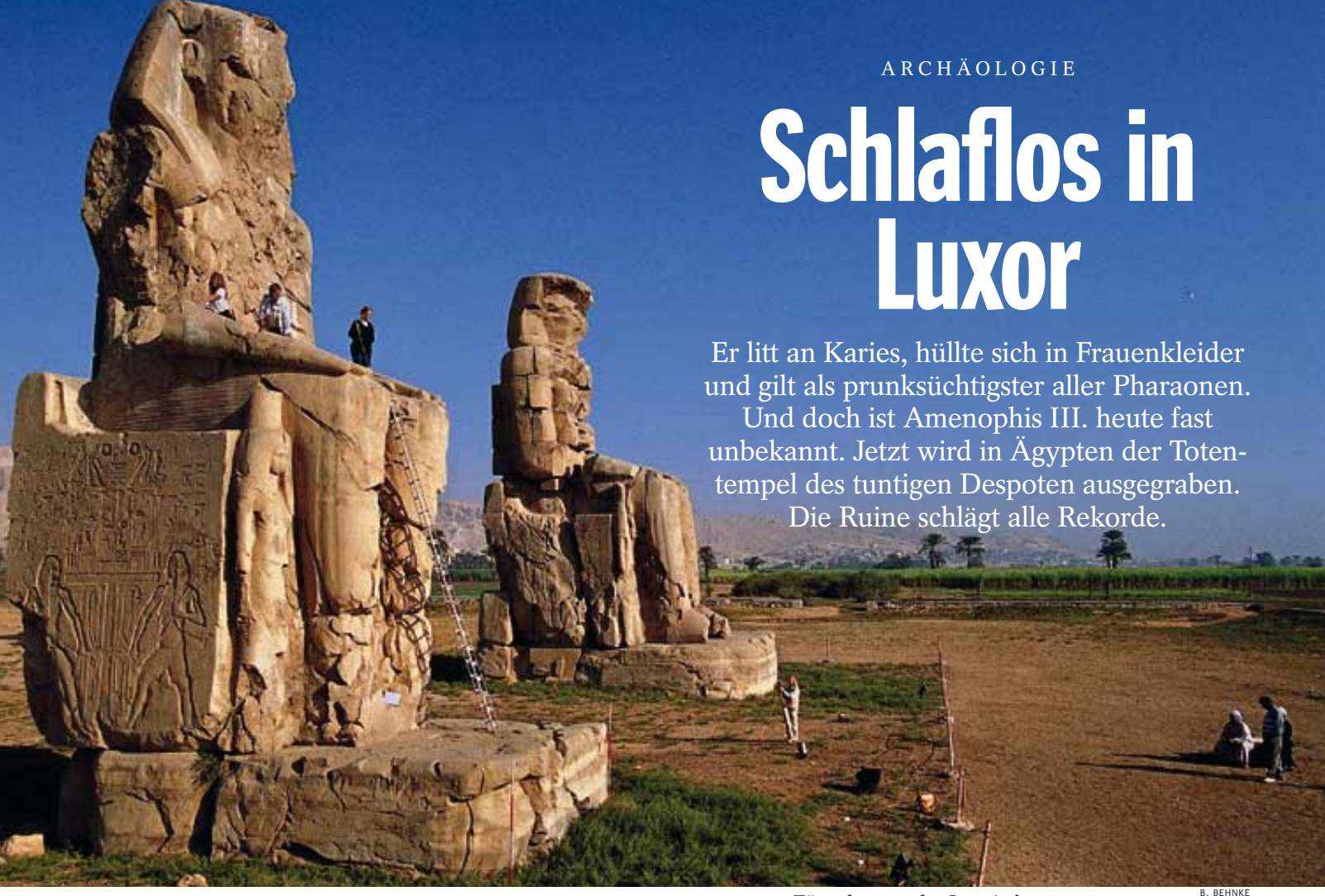
Mit einer originellen Idee glaubt der US-Ernährungsforscher Srinivasan Damodaran die Saugkraft von Windeln steigern und zugleich ein Entsorgungsproblem lösen zu können. Dazu will der Wissenschaftler den „Beifang“ aus den Fischernetzen – weltweit rund 20 Millionen Tonnen im Jahr – einer sinnvollen Verwendung zuführen. Das aus diesem Fischmatsch gewonnene Eiweiß verwandelt er mit Hilfe einer Chemikalie in ein Gel, welches das 600fache seines Eigengewichts an Flüssigkeit binden kann. Wegwerfwindeln, die mit diesem Stoff beschichtet würden, wären nicht nur extrem saugfähig; sie könnten auch ein Umweltproblem beseitigen. Denn das Gel macht entsorgte Windeln zu einem Leckerbissen für Bakterien und Pilze. Die Verrottung, bisher ein Jahre währender Prozess, würde auf wenige Tage verkürzt. Auch zur Angst vor Fischgeruch im Kinderzimmer besteht nach Angaben des Forschers kein Grund: Die strenge Note verfliege während des Herstellungsprozesses.

Werbeseite

Werbeseite

Schlaflos in Luxor

Er litt an Karies, hüllte sich in Frauenkleider und gilt als prunksüchtigster aller Pharaonen. Und doch ist Amenophis III. heute fast unbekannt. Jetzt wird in Ägypten der Totentempel des tuntigen Despoten ausgegraben. Die Ruine schlägt alle Rekorde.



B. BEHNKE

Archäologe Stadelmann (M.) auf dem Schoß des linken Memnonkolosses bei Luxor*: *Türsteher vor der Jenseitsfestung*

Als Obelix die Sphinx bestieg, brach die Nase ab. Rainer Stadelmann ist vorsichtiger. Sanft lehnt er eine gepolsterte Leiter an den linken Memnonkoloss. Dann steigt er an der Wade empor.

3360 Jahre schon steht die Riesenstatue am Westufer des Nils bei Luxor. Cäsar kniete vor ihr, Churchill und Hillary Clinton. Im letzten Dezember kam Rudolf Scharping. Gleich neben dem Felsungetüm hockt ein baugleicher Zwilling. Auch er ist ohne Bodenplatte 800 Tonnen schwer und knapp 15 Meter hoch.

Stadelmann will die Big Brothers jetzt erklimmen. „Vorsicht, der Stein ist glatt“, ruft der Archäologe, während die Keramikspezialistin Myriam Seco aus Sevilla über die gewaltige Kniescheibe robbt. Es folgt, mit Stift und Zeichenblock, Silke Markt, eine Expertin aus München.

Schließlich hockt das dreiköpfige Team auf einem Schoß aus Quarzit, groß wie ein Kinderzimmer. Was für ein Augenblick! Es ist sieben Uhr morgens. Über dem Totenland von Theben, der alten Hauptstadt Ägyptens, liegt noch Morgendunst.

Hinter dem Rücken der Sitzriesen wird bereits fleißig gearbeitet. Rund 40 Arbeiter reißen mit Hacken den Boden auf. Sie jäten Schilf und Kameldorn und scharren die fruchtbare schwarze Erde in Gummieimer. Ein Lkw schafft den Aushub weg.

Stolz zeigt der Chef das Grabungsareal. Auf Podesten liegen monumentale Unterarme, zerborstene Nasen, Brüste aus Rosengranit. Im Zentrum der Anlage ragen Säulenstümpfe, groß wie Brontosaurier-Füße, empor.

30 Jahre lang hat Rainer Stadelmann das Deutsche Archäologische Institut in Kairo mitgeleitet. Nun, als Pensionär, erfüllt sich der Forscher einen Traum: Er gräbt im Totentempel von Pharao Amenophis III.

Ein Ruf wie Donnerhall umgab zu Lebzeiten diesen Herrscher der 18. Dynastie. Amenophis hinterließ mehr Selbstporträts als jeder andere Pharao (über tausend Monumentalstatuen). Er besaß den üppigsten Harem (tausend Frauen) und den schwierigsten Sohn – Echnaton.

Sich selbst präsentierte Amenophis als Auserwählten: „Ich schuf Größe ohne Grenze in Gold, Stein und allen kostbaren Edelsteinen.“ Der Bauforscher Horst Jaritz glaubt: „Der Mann war größenwahnsinnig.“

Da ist was dran. Einer Abschätzung zufolge war der Kultbezirk, der nun zu Tage kommt, 550 Meter lang und 700 Meter breit. Umschlossen wurde der Tempel von einer zinnenbewehrten Ziegelmauer, Wandstärke: 8,50 Meter. Um bis zur Nordostecke des Rekordbaus zu gelangen, setzt

B. BEHNKE

Grabung im Amenophis-Totentempel: *Ruinen unter Kameldorn*

* Mit seinen Mitarbeiterinnen Myriam Seco (links) und Silke Markt.

sich der Ausgräber lieber in den Jeep. Dort zeigt er über einen Acker hinweg zu den Memnonkolossen: „Das waren die Türfiguren vor dem Haupteingang.“

Alten Quellen zufolge besaß die Anlage silberne Fußböden. Vor den Eingangstoren (Pylonen) standen bunte Fahnenmasten. Die Texte berichten von einem „Arbeitshaus voller Sklaven“ sowie einem heiligen See, geschmückt mit Blumenkörben, in dem sich Fische und bunte Wasservögel tummelten.

Hunderte Priester lebten in dieser „Festung der Ewigkeit“, wo sie den Pharao schon zu seinen Lebzeiten als Gott verehrten (siehe Grafik Seite 183).

Doch der Wunderbau hielt den Zeiten nicht stand. Erdbeben rüttelten an den Säulen. Fluten begruben Hunderte Statuen und Stelen unter Nilschlamm. Dann folgten die Steinräuber.

Im Jahr 1818 traf der britische Konsul Henry Salt in Luxor ein und schlachtete die Ruine weiter aus. Mit Seilwinden hievte er Skarabäen, Nilpferde aus Alabaster und monumentale Anubis-Figuren aus dem Morast.

Wo Stadelmann auch den Spaten ansetzt, stößt er auf Spuren von Vandalismus. „Der Kopf wurde mit dem Vorschlaghammer abgebrochen und wegtransportiert“, erklärt er und zeigt auf eine Sphinxfigur. Rund zehn Prozent aller altägyptischen Statuen und Reliefs, die heute in den Magazinen von Berlin bis New York liegen, stammen aus dieser gigantischen Tempelanlage. Zwei Riesensphinxe stehen heute in Sankt Petersburg an der Newa.

Doch so reichhaltig auch seine Hinterlassenschaft sein mag, so bescheiden ist Amenophis Nachruhm. Fast scheint es, als sei mit der Plünderung seiner Bauten auch der Name des Schöpfers vergessen. Heute steht der bauwütige Pharao im Schatten seiner weit berühmteren Nachfolger Echnaton, Tutanchamun und Ramses.

Gekrönte Häupter

Ausgewählte Pharaonen des Neuen Reichs

	REGIERUNGSZEIT
18. Dynastie	
Hatschepsut	1479 bis 1458 v. Chr.
Thutmosis III.	1479 bis 1426
Amenophis III.	1390 bis 1353
Amenophis IV. später Echnaton	1353 bis 1336
Tutanchamun	1332 bis 1323
19. Dynastie	
Ramses II.	1279 bis 1213
Merenptah	1213 bis 1204

DER SPIEGEL

AKG

Prozessionsstatue von Amenophis III.
„Der Mann war größenwahnsinnig“

Selbst die Memnonkolosse tragen einen falschen Namen: Im ägyptischen Volksmund hieß Amenophis „Nimmuria“. Diesen Namen verballhornten die Griechen zu „Memnon“ – so hieß einer der Helden, der vor Troja fiel.

So sank ein historischer Titan zum Nobody herab. 38 Regierungsjahre lang hielt Pharao Amenophis (1390 bis 1353 vor Christus) seine Untertanen in Atem. Die US-Archäologin Arielle Kozloff vergleicht ihn mit dem Sonnenkönig Ludwig XIV.

Wie im Sturmlauf überzog der König das Land mit Quadern, Pylonen und Säulenwäldern. „Mit diesem Herrscher tritt eine Steigerung der Dimensionen ein, die wir kaum erklären können“, sagt Horst Jaritz vom Schweizerischen Institut für Ägyptische Bauforschung.

Als der breitwangige Dynast den Thron bestieg, stand Ägypten im Zenit seiner Macht. Vom Euphrat bis zum vierten Nilkatarakt reichte das Staatsgebiet. Seine Vorgänger hatten Kriege geführt. Amenophis verlegte sich aufs Protzen.

„Glänzende Sonnenscheibe aller Länder“ nannte sich der Regent, vor dem der Nahe Osten katzbuckelte. Im Harem des Königs lebten Prinzessinnen aus Syrien, Anatolien und Babylon. Vom Schwager Tuschratta, 1500 Kilometer entfernt im Zweistromland wohnend, liegt Diplomatenpost vor.

Schon die Geburt des Königs ist in überirdisches Licht getaucht. Der Legende nach war die Mutter Mutemwia „die Allerschönste im Lande“; der begehrliche Blick des Reichsgottes Amun fiel auf sie: „Seine Liebe drang in ihren Leib ein, und der Palast erfüllte sich mit dem Duft des Gottes.“

Fakt ist, dass um 1400 vor Christus ein strammes Kind im königlichen Wohnbezirk von Theben zur Welt kam. Tanzzwerge hielten das Baby bei Laune. Schwarze Dienerinnen wuschen ihm den Hirsebrei vom Sabberlätzchen. Stolz berichten die propagandistisch gefärbten Annalen über den Wagemut des jungen Königs. Demnach tötete er mindestens 102 Löwen und – an einem einzigen Jagdtag in der Fajum-Oase – 56 Stiere.

Kaum 15-jährig wurde der Knabe zum Staatschef gekürt. Altem Brauch zufolge hätte er eine königliche Verwandte heiraten müssen. Amenophis aber freite eine Bürgerliche. Ihr Name: Teje.

Eine Holzstatue zeigt die Gemahlin mit wulstigen Lippen und brutalem Gesichtsausdruck. Viele Forscher stufen die Frau – die sich gern als Sphinx darstellen ließ – als verkniffen und zänkisch ein. Und auch mit dem Nachwuchs gab es Ärger. Der ältere Sohn starb bei einem Unfall, der jüngere, Echnaton, war anatomisch missraten und machte später als Ketzerpharao und erster Monotheist der Weltgeschichte Karriere (SPIEGEL 17/1999).

Floh der Vater das traute Heim? Bauen jedenfalls wurde seine Leidenschaft. Un-

ATLANTIDE / SCHAPOWALOW

Eingangsportal des Luxortempels: *Prunkbauten, finanziert mit nubischem Raubgold*

gebremst, auf einer Welle nubischen Raubgolds schwimmend und dekadent wie der Bayernkönig Ludwig II., forderte er von seinen Hofarchitekten Monumente, „wie sie noch nie existierten“. Weite Teile des Militärs wurden zum Steineklopfen abkommandiert.

Vor allem in Theben, dem religiösen Zentrum des Landes, auch Waset (Zepter) genannt, ging der Bauwütige ans Werk. Im Roman „Joseph und seine Brüder“ hat Thomas Mann diese Stadt „himmlisch“ genannt. Noch als Ruine zieht sie Scharen von Touristen an. Viele der schönsten Bauwerke, die der Besucher dort bestaunt, stammen von Amenophis III. Er war es, der die vier Kilometer lange Sphinxallee und den grandiosen Luxortempel hochziehen ließ. Im Amuntempel von Karnak, gleich nebenan, stemmten seine Arbeiter Säulentrommeln bis auf eine Rekordhöhe von 22 Metern.

Auch der alte Wohnpalast war dem König zu eng. Stracks plante er am Westufer von Theben ein neues Eigenheim. Vergoldete Gipsdecken und Türrahmen mit blauen Fayencen solle die 200 000-Quadratmeter-Anlage haben, befahl der Monarch. Also geschah es.

Im duftenden Palastgarten kredenzten livrierte Diener Spanferkel und Feigensirup. Gleich neben der Residenz mussten die Untertanen einen künstlichen, zwei Quadratkilometer großen See ausheben. Der britische Archäologe Barry Kemp spricht vom „größten Erdwerk Ägyptens“.

Noch heute liegt der Aushub, aufgetürmt wie moderne Industriehalden, im Gelände. Inschriften zufolge nutzte der Staatschef den Teich für Bootsfahrten mit der jungen Ehefrau, während Musikanten ihm die Stimmung versüßten.

Ein Romantiker? Vielleicht. Ein Ästhet? Sicherlich. Auf jeden Fall aber war Amenophis ein Verrückter. Für den Ägyptologen Herbert Ricke ist es unerklärlich, wie das Nilreich die „hypertrophe Bautätigkeit“ in den 38 Regierungsjahren dieses Regenten „wirtschaftlich hat tragen können“.

Dabei sind längst nicht alle Pläne bekannt. Erst vor kurzem hat der Experte Jaritz Spuren eines weiteren unvollendeten Projekts entdeckt: Am Westufer des Nils, nahe dem Tal der Könige, ließ Amenophis einen kompletten Hang terrassieren. Millionen Tonnen Stein wurden dafür bewegt.

So liebte ihn die Gemeinde: ein Mann, der Berge versetzt, heroisch, unheimlich, ständig viril und süchtig nach dem ewigen Leben. Noch im Alter erkor der Pharao die eigene Tochter Sitamun zur Nebenfrau und ließ ihr neben dem Harem ein Privatschloss errichten.

R. MOSER / INTERFOTO

W. MACQUITTY / INTERFOTO

Amenophis-Gattin Teje, Mumie des Amenophis
Ärger im trauten Heim

Nur in Sachen Körperbau hat der Übermensch an Glanz eingebüßt. Porträtieren ließ er sich zwar gern mit Waschbrettbauch und Athletenkreuz – in Wahrheit war der „Herrscher der Herrscher“ (Selbstauskunft) fett.

Vorvergangenes Jahr hat der US-Arzt James Harris von der University of Michigan die ramponierte Mumie nachuntersucht. Ergebnis: Amenophis besaß schwabbelige Oberschenkel und schmächtige Schultern. Sein Leib hatte die Gestalt einer Birne; das Gebiss war von Karies zerfressen.

Auch das biografische Finale trägt unappetitliche Züge. Lethargisch, den Wanst in Frauengewänder gehüllt (so zeigt ihn ein spätes Relief), irrte der Monarch durch seine Privatgemächer. 75 Quadratmeter maß das Badezimmer, in dem sich der König den aufgeschwemmten Leib massieren ließ.

Schmerzen plagten den Schlaflosen. „Das Leiden zog sich mindestens drei Jahre lang hin“, erklärt Stadelmann. Doch woran litt Amenophis? Bis nach Ninive (im Nordirak) erging der medizinische Hilferuf. Schwager Tuschratta schickte eine Götterfigur. Zauberer und Ärzte umschwirrten den Moribunden. Der erteilte in seiner Verzweiflung seinen Steinmetzen einen letzten Großauftrag.

Mit Hammer und Pickel mussten die Handwerker über 700 löwenköpfige Frauenstatuen herstellen. Es waren Abbilder der Heilgöttin Sechmet. Ganze Alleen ließ der Staatschef mit dieser Herrin der Seuchen flankieren. Stadelmann geht davon aus, dass sich der Parcour vom Wohnpalast bis zum 1,5 Kilometer entfernt liegenden Totentempel erstreckte und von dort weiter bis zum Nilufer führte.

Auf diesen Straßen, flankiert von Abbildern der grimmen Göttin, schleppte sich der Monarch zu seinen letzten Spaziergängen. „Am Ende“, glaubt Stadelmann, „hat sich der Pharao nur noch im Schutz der Sechmet unter freien Himmel gewagt.“

Was davon blieb? Nichts. Mit dem Jeep fährt der Archäologe das Areal ab, wo einst der Wohnpalast stand. Die Residenz, errichtet aus Lehmziegeln, ist zu Staub zerfallen. Ausgerechnet jener Regent, der das Land mit einer beispiellosen Bau- und Künstlerkampagne überzog, ist heute nahezu unbekannt. Es ist, als liege ein Fluch auf diesem Herrscher:

- Amenophis wurde im wahrscheinlich prunkvollsten Königsgrab der ägyptischen Geschichte bestattet. Doch kaum beerdigt, brach ein nubisches Heer in die Grabkammer ein.
- Um 1360 vor Christus ließ der König die höchste Statue Ägyptens (um 22 Meter) aufstellen. Der Lulatsch fiel um. Erhalten sind nur die Füße.
- Beide Memnonkolosse stellen Amenophis dar. Doch im 16. Jahrhundert kamen die Mamelucken und zerschossen den Figuren – mit Steinschleudern – die Gesichter.

Auch der 50 Fußballfelder große Totentempel des Pharao ging schmählich zu Bruch. Für immer, so sah es die religiöse Choreografie vor, sollten dort die Opferfeuer brennen. Doch es kam anders.

Bereits Amenophis’ eigener Sohn Echnaton entheiligte den Totentempel. Er ließ den Namen des Vorgängers aus den Kartuschen kratzen – eine Art Vatermord mit dem Steinschaber.

Nach diesem Anschlag folgte – wahrscheinlich um 1210 vor Christus – ein Erdbeben. Damit war die Anlage gleichsam sturmreif geschossen. Die Nachwelt konnte sich an der Bruchbude bedienen.

Besonders unverfroren griff Pharao Merenptah (1213 bis 1204 vor Christus) zu. Sein Totentempel – er steht gleich nebenan – besteht weit gehend aus geklauten Altsteinen. Wandreliefs und Pylone wurden weggeschleift. Sperrigen Sphinxen schlugen die Mauren einfach die Köpfe ab.

Einzig die Memnonkolosse trotzten dem Steinraub. Verwittert und rund 1,5 Meter tief im Boden versackt, stehen sie heute einsam im Niltal. Wer zu ihnen aufblickt, ahnt, was für einen Jenseitspalast diese Statuen einst bewachten.

Acht „zusammengebundene Schiffe“, heißt es in einem Hieroglyphentext, „waren nötig, um die 1000 Tonnen schweren Rohlinge aus einem Steinbruch bei Memphis über den Nil zu befördern“ – ein Schwerlasttransport über eine Strecke von 700 Flusskilometern.

B. BEHNKE

Ägyptologe Stadelmann: *Risse im Nil-Goliath*

Der staunenswerten Tat folgte ein mysteriöser Klang. In der Morgensonne erzeugte die rechte Statue einen Summton. Immer wieder wurde in der Antike über das Phänomen gerätselt. Die Erklärung ist einfach: Aufgeheizt durch die Sonne, so die Archäologin Seco, habe der Koloss „bis zum Bersten unter Spannung gestanden“.

Nun droht erneut ein Debakel. Handbreite Risse durchädern die Felskörper. „Frühere Restauratoren haben die Spalte mit grobem Zement zugeschmiert“, erklärt Stadelmann. Er zeigt auf die Spachtelmasse: „Bei Regen wirkt das Zeug wie Sprengstoff.“

Auch die Schieflage der Statuen bereitet Kopfzerbrechen. Nächste Woche wollen Ingenieure aus Kairo mit 40 Meter tiefen Bohrungen den Untergrund prüfen. Selbst geringe Erschütterungen, heißt es in einem noch unveröffentlichten Papier, „könnten zu einer Katastrophe führen“.

Immerhin geschieht nun etwas. Im Jahr 1998 setzte der World Monuments Fund die Statuen auf die Liste der hundert meistgefährdeten Denkmäler. Das deutsche Restauratorenteam erhielt 50 000 Dollar.

Die diesjährige Kampagne wird von Monique Hennessy, 82, finanziert. Die Weinbrand-Erbin ist Mitglied der „Amis des Colosses“, eines Vereins, mit dem Stadelmann in Frankreich Geld eintreibt.

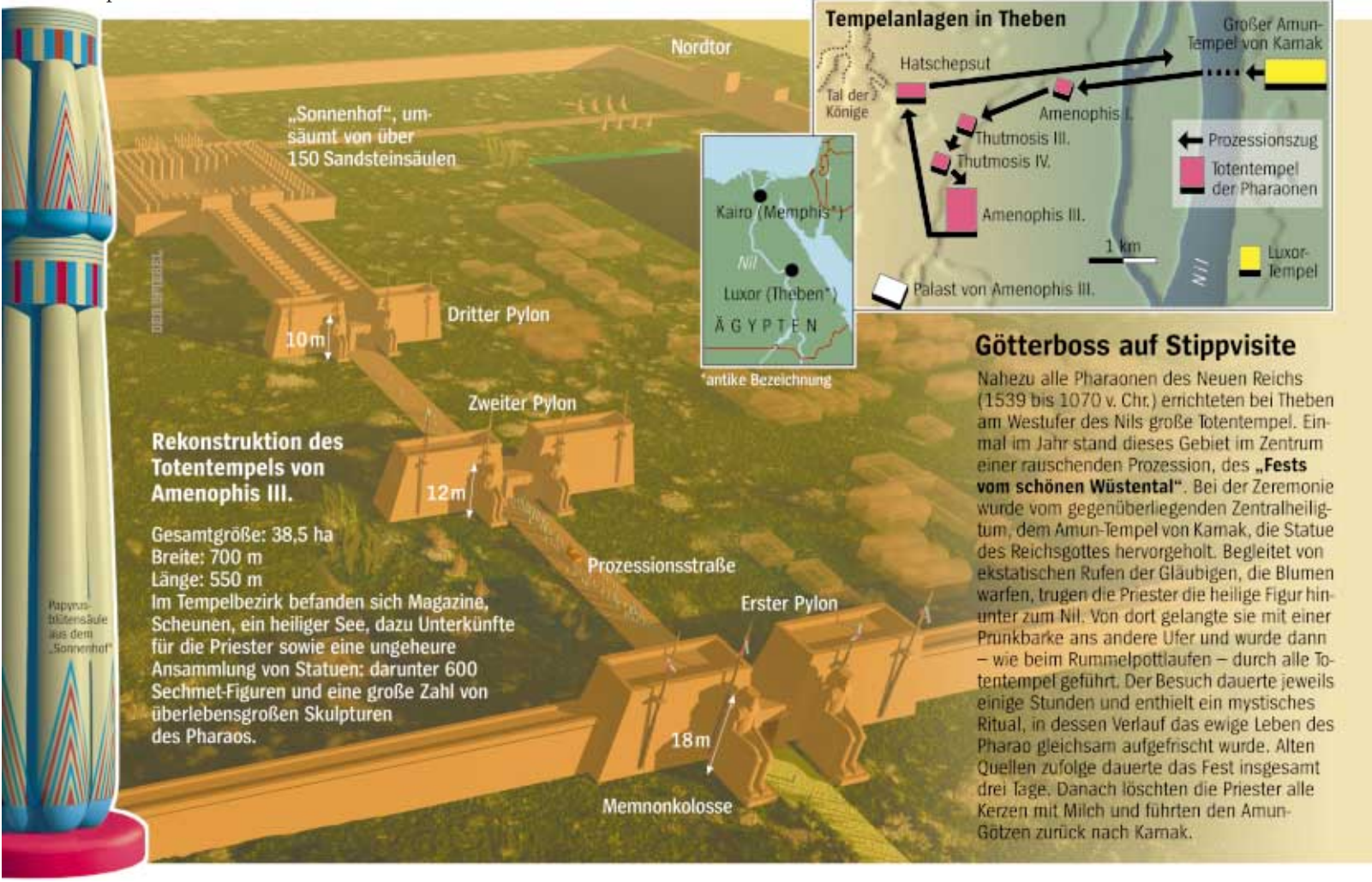
Seitdem das Cognac-Geld fließt, arbeitet das deutsche Team wie im Rausch. Zufrieden beobachtet Stadelmann, wie seine Handlanger (Tageslohn: 15 Mark) in der Mittagshitze Erde schaufeln. Erst vor wenigen Wochen wurden eine Treppe und Teile des alten Tempelpflasters freigelegt.

Derzeit wartet die Truppe auf einen Spezialisten der Firma Alfred Kärcher. Das Unternehmen aus Baden-Württemberg hat angeboten, die verschmutzten Kolosse mit Spezialgerät zu reinigen. Unter der Dreckkruste verbirgt sich feinstes rötliches Quarzit.

Für Stadelmann hat die geplante Putzaktion zugleich symbolische Bedeutung. Unter dem Strahl der Dampfdüsen, so seine Hoffnung, soll endlich jener Nilmonarch wieder erstrahlen, dessen ruhmvolle Taten so sang- und klanglos in Vergessenheit gerieten.

Am historischen Rang des Regenten, der einst mit Zahnschmerzen eine Weltmacht regierte und am Schluss wie ein Psychotiker in Damenkleidung umherirrte, besteht jedoch kein Zweifel: „Über 300 Pharaonen haben den ägyptischen Thron bestiegen“, sagt Stadelmann und überblickt das mit Scherben übersäte Tempelgelände, „aber Amenophis war von allen der glänzendste.“

MATTHIAS SCHULZ



COMPUTER

Billigchips aus Tinte

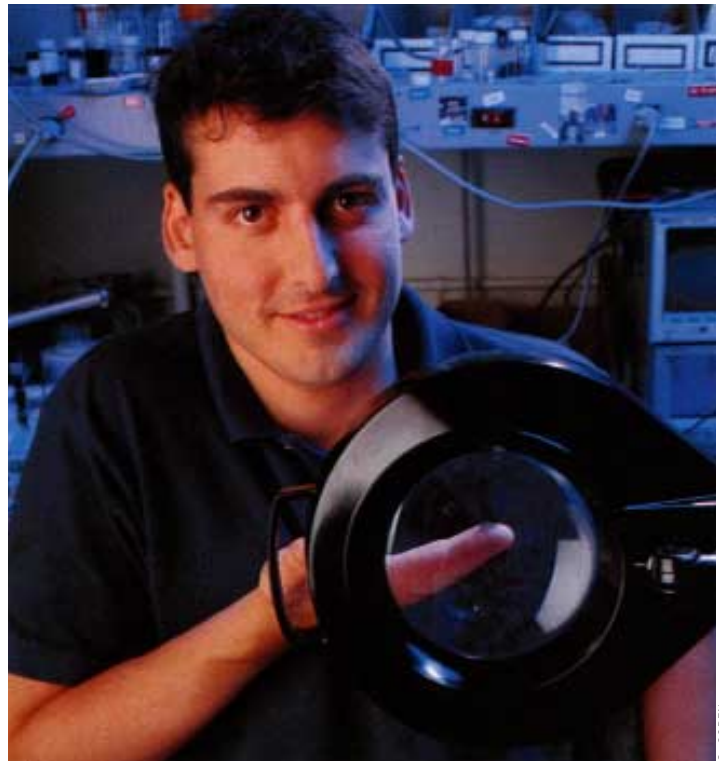
Ein US-Professor träumt davon, die Chip-Industrie umzukrempeln: Jeder soll künftig daheim billige Prozessoren ausdrucken können.

Eines Tages wird der neue Computer aus der Telefonbuchse kommen: einfach im Internet stöbern, bis man die Baupläne für die geeigneten Chips gefunden hat, das Ganze herunterladen und mit einem gewöhnlichen Tintenstrahldrucker und Spezialtinte auf eine Folie aufbringen – und fertig ist das Elektronenhirn, das nur noch ins Rechnergehäuse eingesetzt werden muss. All das in ein paar Minuten und für eine Hand voll Dollar.

Die Vision von spottbilligen Computerchips Marke Eigenbau stammt nicht aus einer Science-Fiction-Newsgroup, sondern von Joseph Jacobson, dem Leiter der Forschungsgruppe „Molecular Machines“ am MIT Media Lab bei Boston. Jacobson ist bekannt wie ein bunter Hund, seit seine Firma „E Ink“ eine neue Art von papierdünnen, biegsamen Digitalanzeigen entwickelt. Der Professor preist diese Erfindung als „das letzte Buch“: Dereinst werde es den Buchdruck ablösen, denn seine Seiten lassen sich nach Belieben mit immer neuen Texten bespielen.

Auch Jacobsons neues Projekt, der Chip-Drucker, macht Fortschritte: Eine kleine Zahl von Transistoren habe er bereits ausdrucken können, verkündete der Printer-Prof im Wissenschaftsmagazin „Science“. Und das sei erst der Anfang: „Es ist unser Ziel, dieselbe Entwicklung einzuschlagen, die das Silizium schon einmal genommen hat: Wir beginnen mit ein paar hundert Transistoren, dann machen wir Tausende und schließlich noch viel mehr.“ Schon dieses oder nächstes Jahr will Jacobson der Welt einen einfachen, aber kompletten Chip präsentieren.

Die Idee, Mikrochips auszudrucken, ist nicht neu. Seit Jahren experimentieren Forscher weltweit – vor allem an den US-amerikanischen Bell Labs und im britischen Cambridge – damit herum. Doch sie alle setzen auf Plastikchips aus speziellen organischen Polymeren. Diese sind besonders robust und billig – doch rechnen sie extrem langsam, weswegen sie allenfalls als halbintelligente Preisschildchen taugen dürften.



S. OGDEN

Erfinder Jacobson: *Transistoren Marke Eigenbau*

Jacobson jedoch verwendet für seine gedruckten Minirechner kein Plastik, sondern den Stoff, aus dem auch Intel-Chips gemacht werden: Halbleiter wie Silizium oder auch Cadmiumselenid. Jacobson glaubt, damit die Taktraten herkömmlicher PC-Chips erreichen zu können: „Ich meine das ernst: nicht langsamer als ein Pentium.“

Sein Vorhaben würde die gesamte Praxis der Chip-Herstellung auf den Kopf stellen: Halbleiterfabriken kosten mehrere Milliarden Mark und sind Wunderwerke der Komplexität, Präzision und Geheimniskrämerei. Mehrere hundert komplizierte Arbeitsschritte durchläuft jeder Chip, viele davon in Reinräumen, die ausschließlich mit Schutzanzügen betreten werden dürfen. Jacobsons Heimwerker-Transistoren dagegen werden von herkömmlichen Tintenstrahldruckern der Firma Hitachi ausgespuckt.

Der Trick des Tüftlers ist einfach: Er verwendet winzige Halbleiterpartikel, die sich ungleich leichter verarbeiten lassen als die teils pizzagroßen „Wafer“ der Industrie. Während herkömmliche Chips mit Säuren aus einer soliden Halbleiterscheibe herausgeätzt werden, geht Jacobson umgekehrt vor: In seiner „Halbleitertinte“ sind „Nanokristalle“ gelöst, bestehend aus weniger als hundert Atomen, die Schicht für Schicht vom Drucker auf ein Trägermaterial aufgetragen werden. Sogar winzige Roboterarme („Aktuatoren“) hat er auf diese Weise schon „ausgedruckt“ – am Ende der Gutenberg-Ära werden aus den Zeichen Maschinen.

Viele Fachleute bleiben dennoch skeptisch. „Ich mag Jacobson, weil er ein guter Vermittler von Ideen ist“, sagt Sigurd Wagner, ein Halbleiterforscher an der Princeton University. „Trotzdem ist es unrealistisch, einen pentiumähnlichen Chip auszudrucken. Das Material ist dafür zu unrein und zu spröde.“ Zudem, fügt Wagner hinzu, sei der Weg vom Prototyp bis zur Serienherstellung gerade in der Halbleitertechnik extrem lang. Mit „bis zu zehntausend Personenjahren“ müsse Jacobson im schlimmsten Fall rechnen.

Die meisten Kollegen sehen die Zukunft ausgedruckter Billigchips deshalb eher bei Lebensmittelverpackungen, die Buch führen über Verfallsdatum und Temperatur. Intelligente Sixpacks könnten im Supermarkt die Kunden anquatschen, die Kasse könnte den Preis automatisch per Funk abbuchen.

Derlei kleinmütige Ideen sind nichts für Jacobson. Er tagträumt lieber von einer Art Linux-Chip: Bastler könnten dereinst ihre selbst entworfenen Chip-Kreationen über das Internet miteinander austauschen und so Gigahertz-Giganten wie Intel und AMD einen Strich durch die Rechnung drucken – alles mit seiner, Jacobsons, Halbleitertinte.

HILMAR SCHMUNDT

BESSARD / REA / LAIF

Herkömmliche Chip-Produktion*: *Wunderwerk der Komplexität*

* Bei Siemens.

Werbeseite

Werbeseite

G. LUKAS

Anschlagopfer Bremer: *Eine Pistolenkugel steckt noch im Becken*

ÄRZTE

Mit Hammer in die Sprechstunde

Jeder sechste Arzt wurde schon einmal von einem Patienten verprügelt. Einige Mediziner starben nach Anschlägen.

Als der Arzt sich nach dem Problem seines vermeintlichen Patienten erkundigte, bekam er erst mal einen Faustschlag ins Gesicht. Im Nu entbrannte eine Keilerei, in deren Verlauf der 51 Jahre alte Doktor eine Gehirnerschütterung sowie Riss- und Schürfwunden davontrug.

Auslöser der Prügel in einer Münchner Praxis war ein kleiner Schnitt: Zwei Monate zuvor hatte der niedergelassene Chirurg einen sieben Jahre alten Jungen fachgerecht beschnitten, wegen einer verengten Vorhaut. „Der Arzt hat falsch operiert“, glaubte jedoch der Vater, als er den Penis seines Sohnes sah – und rächte den angeblichen Pfusch auf seine Weise.

Dass Ärzte von Patienten und deren Angehörigen geschlagen, verletzt und manchmal sogar getötet werden, ist eine wenig beachtete, aber oft tragische Begleiterscheinung der Heilkunst. Der Respekt vor dem weißen Kittel kennt durchaus Grenzen. „Jeder sechste Kollege“ wurde in seinem Berufsleben „schon mal verprügelt“, so titelte erst kürzlich das Fachblatt „MMW“.

Mitunter bleibt es nicht bei Fausthieben: So ging im letzten Jahr ein 28 Jahre alter Mann in Münster nicht etwa mit einem Wehwehchen zu seinem Arzt, sondern mit einem Hammer, den er in der Tasche verbarg. Als er an der Reihe war, zog der vorgebliche Patient sein Schlagwerkzeug hervor und hieb fünfmal auf den Doktor ein – weil er mit einer früheren Behandlung nicht zufrieden war. Der Geschundene kam noch so gerade mit dem Leben davon.

Die Tat eines Verrückten? Bernhard Mäulen, 47, Psychiater und Gewaltexperte aus Villingen, betrachtet solche Anschläge als Symptome eines gravierenden Wandels: „Einerseits hat die Autoritätsfigur Arzt erheblich an Ansehen verloren. Andererseits wird die Gesellschaft immer gewaltbereiter.“

Der Medizinprofessor Karl Bremer, heute 59, hat das fast mit dem Leben bezahlt. Im März 1999 lauerte ihm der Witwer Heinz Möller auf dem Parkplatz der Augusta-Kranken-Anstalt in Bochum auf und feuerte hinterrücks zweimal mit einer Wehrmachtspistole auf ihn.

Der Schütze wollte auf diese Weise den Tod seiner Gattin rächen. Die unheilbar an Krebs erkrankte Frau war Jahre zuvor von Bremer für einen kurzen Zeitraum behandelt worden und dann viel später in einem ganz anderen Krankenhaus verstorben. Gleichwohl war Möller überzeugt, Bremer müsse für den Tod seiner Frau büßen.

„Früher haben Patienten und Verwandte schwere Krankheiten als Fügung des Schicksals hingenommen“, urteilt Bremer, in dessen Becken noch immer eine Pistolenkugel steckt. „Heute ziehen sie Ärzte für vermeintliche Fehler zur Rechenschaft, und zwar mit brutaler Gewalt.“

So schoss ein 25 Jahre alter Monteur im Mai 1999 den Ludwigshafener Medizinprofessor Gerd Münker, 62, in den Kopf. Mit der Bluttat wollte der Patient die angeblich missglückte Operation seiner schiefen Nase rächen. Besonders tragisch: Das Opfer hatte den Monteur niemals behandelt und sah seinen Mörder am Tag seines Todes zum ersten Mal. Der Monteur zeigte keine Reue und bekam lebenslänglich.

Auch in anderen Ländern lehren Patienten Heilkundige das Fürchten. In Großbritannien gaben fünf Prozent der befragten Allgemeinärzte an, sie seien binnen eines Jahres mindestens einmal mit einer Waffe bedroht worden. Angehenden Kinderärzten ergeht es noch schlimmer, meldet jetzt die Zeitschrift „Archives of Disease in Childhood“: Demnach wurden 41 Prozent von ihnen schon mindestens einmal bedroht – und mehr als fünf Prozent sogar tätlich angegriffen.

In den Niederlanden installieren einige Ärzte Alarmknöpfe in den Behandlungszimmern. Die Patienten „sehen die Arztpraxis als Supermarkt und erwarten, dass der Arzt sie sofort wieder gesund macht“, klagte ein Sprecher der dortigen Medizinervereinigung LAD bereits vor drei Jahren.

Das amerikanische Fachblatt „Jama“ wiederum ermahnte seine Leserschaft erst vorigen August zur Vorsicht: Die Wahrscheinlichkeit, am Arbeitsplatz getötet zu werden, sei für Psychiater besonders hoch. Nur Taxifahrer, Verkäufer an Nachtschaltern und Polizisten würden häufiger im Dienst gemeuchelt. Aber auch andere Ärzte werden gewarnt, „keine potenziell tödlichen Waffen wie Brieföffner oder Skulpturen auf ihren Tischen zu haben“.

Der Hamburger Rechtsmediziner Klaus Püschel, 48, bezweifelt zwar, dass in Deutschland bereits amerikanische Verhältnisse herrschen: „Kein Arzt muss eine Pistole zur Verteidigung in der Schublade liegen haben.“ Gleichwohl, fügt er hinzu,

D. SAYLAN / ZEITENSPIEGEL

Mordopfer Münker, Täter im Gericht
Rache für eine schiefe Nase

Werbeseite

Werbeseite

könne es nicht schaden, „sich einen Fluchtweg offen zu halten“.

Gemeinsam mit seinem Kollegen Olaf Cordes hat Püschel sich bei den bundesweit 40 Instituten für Rechtsmedizin gezielt nach Verbrechen erkundigt, bei denen Ärzte die Opfer waren. Das Ergebnis ihrer Recherche, veröffentlicht in der neuesten Ausgabe des „Deutschen Ärzteblatts“, lässt das Ausmaß der Gewalt gegen Mediziner nur erahnen.

Die 21 von ihnen zusammengetragenen Fälle gleichen einem Panoptikum des Schreckens. Mit Äxten, Giften, Scheren, sogar mit Schwertern wurden die Heilkundigen malträtiert. Manche trugen Würgemale, Stiche oder Kehlkopfquetschungen davon; elf der Opfer starben. Bis auf eine Ausnahme waren alle Angreifer männlich. „Die Täter verletzen ausgerechnet jene Menschen, die ihnen helfen wollen. Das ist bedrückend“, kommentiert Püschel die Fallsammlung, die auch vier Beziehungsdramen beinhaltet.

Nicht immer handelten die Unholde im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte. In fünf Fällen trieb sie der Wahn: Im Magdeburger Gesundheitsamt stach ein 38 Jahre alter Mann im letzten Oktober mehrfach mit dem Skalpell auf eine Ärztin ein. Der Angreifer konnte sich nach der Tat daran nicht mehr erinnern und sitzt seither in einer geschlossenen psychiatrischen Anstalt.

Dass therapeutisches Wirken in solchen Kliniken besonders gefährlich ist, offenbarte schon vor Jahren eine Umfrage an vier psychiatrischen Landeskrankenhäusern in Baden-Württemberg. 55 Prozent der Ärzte, Psychologen und Sozialarbeiter erklärten, sie seien schon einmal ernsthaft angegriffen worden. Mal wurde eine Nase eingeschlagen, mal eine Rippe gebrochen, mal ein Zahn ausgeschlagen.

Mit ihren Attacken bestätigen die tobsüchtigen Patienten, was der berühmte deutsche Psychiater Emil Kraepelin bereits vor rund hundert Jahren bemerkte: „Wir hatten mehrere Kranke, deren Besuch jedes Mal eine Art Wagnis darstellte.“

JÖRG BLECH

AUTOMOBILE

Luxus aus dem Massenwerk

Mit dem Mini-Jaguar „X-Type“ will Ford den Absatz des englischen Tochterunternehmens verdoppeln. Als technische Basis dient der plebejische Ford Mondeo.

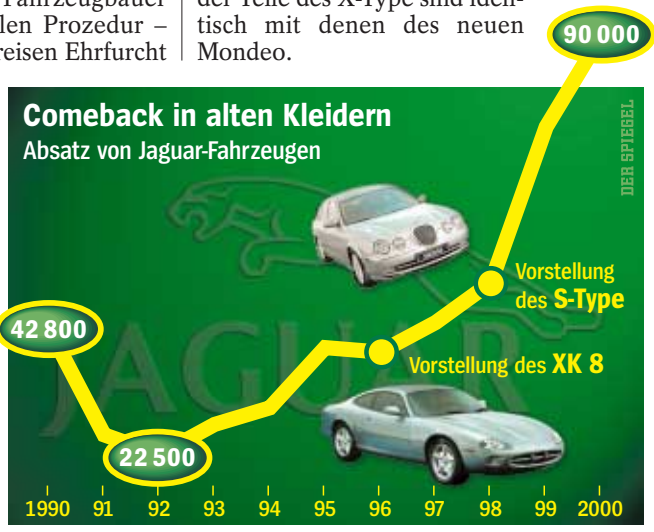
In den Fängen eines hydraulisch gesteuerten Prüfstands erduldete die Rohkarosserie des neuen Jaguar X-Type ungewöhnliche Torturen. Mit roher Gewalt verzwirbelten Roboterarme das Fahrzeug wie eine Bierdose.

Stolz präsentieren die Fahrzeugbauer das Ergebnis der brachialen Prozedur – einen zumindest in Fachkreisen Ehrfurcht gebietenden Quotienten: Mit 22 000 Newtonmetern muss das Instrumentarium an dem Blechkörper zerren, um ihn einen einzigen Winkelgrad weit zu verdrehen.

Damit ist der neue Jaguar X-Type laut Hersteller das verwindungssteifste Automobil seiner Klasse. Der nächstbessere von Jaguar geprüfte Konkurrent sei der Dreier-BMW. Bei ihm erfolge die gleiche Torsion bereits bei 16 600 Newtonmetern.

Mit solchen teilweise eher akademisch anmutenden Kennziffern versucht Jaguar die besondere Hochwertigkeit seines jüngsten Produkts zu belegen, eines Fahrzeugs, das als erstes der Firmengeschichte in der Mittelklasse antritt. Im Juni kommt der neue Mini-Jaguar zu Preisen ab etwa 60 000 Mark auf den Markt.

Nicht nur das kleine Format, auch die Verwandtschaft mit einem gemeinen Großserienauto könnte Zweifel an der Exklusivität des X-Type nähren. Erstmals seit der Übernahme der englischen Luxuswagenmarke durch Ford im Jahr 1989 teilt sich ein Jaguar eine gemeinsame Entwicklungsplattform mit einem gewöhnlichen Ford-Modell: 20 Prozent der Teile des X-Type sind identisch mit denen des neuen Mondeo.



Zudem wird der neue X-Type auch noch an einem wenig statusgemäßen Ort hergestellt: Die Fabrik Halewood bei Liverpool diente bisher als Massenwerk für schlichte Ford Escorts.

Fertigt die barocke Luxusmarke Jaguar nun Autos auf die billige Tour? Für die Kunden der Marke muss diese Vorstellung schaurig klingen – obgleich eben dies durchaus der Firmentradition entspräche. In den Fünfzigern und Sechzigern nämlich

Neuer Jaguar X-Type: *Allradantrieb aus Verlegenheit*

tat sich Jaguar keineswegs durch technisches Raffinement oder hochwertige Verarbeitung hervor. Das aus den „SS Cars Limited“ hervorgegangene Unternehmen aus Coventry gelangte mit einem ganz anderen Erfolgsrezept zu Weltruhm: Seine Produkte hielten in Fahrleistungen und exotischem Gepräge mit Konkurrenten von Mercedes, Maserati und Ferrari Schritt, kosteten aber teilweise weniger als die Hälfte.

„Eine Kombination von Tugenden, die ehedem niemals zusammengefügt worden waren“, attestierte Autochronist Lord Montagu of Beaulieu dem 1948 vorgestellten Sport-Jaguar XK 120, mit dem die Erfolgsgeschichte begann. Das Geheimnis der Wunderpreise war unter anderem, dass Jaguar-Fahrzeuge ohne kostspielige Qualitätssicherungen zusammengefügt wurden.

Auf ihrem Heimatmarkt genossen die störanfälligen Exoten lange Zeit ein schillerndes Renommee. Am Steuer eines Jaguar vermutete der Brite eher einen Heiratsschwindler als einen feinen Gentleman. Letzterer bevorzugte eher die großen, traurigen Limousinen der inzwischen arg verblassten Marke Rover.

Was Jaguar trotz anhaltender Qualitätsmisere am Leben hielt, war das dauerhaft exzellente Design. Chefstylist Malcolm Sayer, ein gelernter Flugaerodynamiker, schuf Auto-Ikonen wie den lasziven E-Type, einen der großen Traumwagen der sechziger Jahre. Firmengründer William Lyons ließ sich die handgedengelten Prototypen aus der Design-Abteilung gewöhnlich auf dem Rasen vor seinem Wohnsitz in Wappenbury Hall aufstellen, um die Wagen noch einmal im Familien- und Freundeskreis zu betrachten und letzte Korrekturen anzuordnen.

Erst in den Achtzigern verflachte die Formenpracht. Kantige Allerweltskarossen liefen vom Jaguar-Band, als das nahezu bankrotte Unternehmen 1989 von Ford geschluckt wurde.

Als neuer Styling-Chef war inzwischen der studierte Möbeldesigner Geoff Lawson von General Motors nach Coventry gekommen, ein Kettenraucher mit Cowboystiefeln, der für Schusswaffen schwärmte und seine Arbeitstage oft damit zubrachte, stundenlang im Jaguar-Museum auf dem Boden zu liegen.

Lawson setzte wieder auf die klassischen, üppigen Jaguar-Merkmale und traf exakt den Kundengeschmack. Die nostalgischen Modelle XK 8 und S-Type führten Jaguar zu neuen Verkaufsrekorden (siehe Grafik). Mit dem X-Type, dessen Form stark derjenigen der großen XJ-Limousine ähnelt, setzte sich Lawson nun ein letztes Denkmal: Der Styling-Chef starb im Sommer 1999 an einem Schlaganfall.

Das nostalgisch-luxuriöse Erscheinungsbild mit reichlich Edelholz im Innenraum verbirgt geschickt die Großserientechnik von Ford. Der X-Type wird, gezwungen durch die Ford-Mondeo-Basis, von quer eingebauten V6-Motoren angetrieben – in dieser Preisklasse eigentlich ein Sakrileg. Selbst bei deutlich preiswerteren Konkurrenz-Modellen wie dem VW-Passat sind die Aggregate längs eingebaut, was sie ruhiger und vibrationsärmer macht.

Der Allradantrieb, normalerweise als besonderes Statussymbol betrachtet, ist beim X-Type nichts anderes als eine Verlegenheitslösung. Denn die Mondeo-Plattform sieht prinzipiell einen Frontantrieb vor. Das wäre technisch zwar kein Nachteil, die Ingenieure sahen darin jedoch einen allzu tiefen Verstoß gegen die Jaguar-Tradition. Weil sich aber der Fronttriebler leichter auf Vierrad- als auf reinen Hinterradantrieb umrüsten ließ, entschied man sich, sämtliche X-Types mit Allradtechnik auszuliefern.

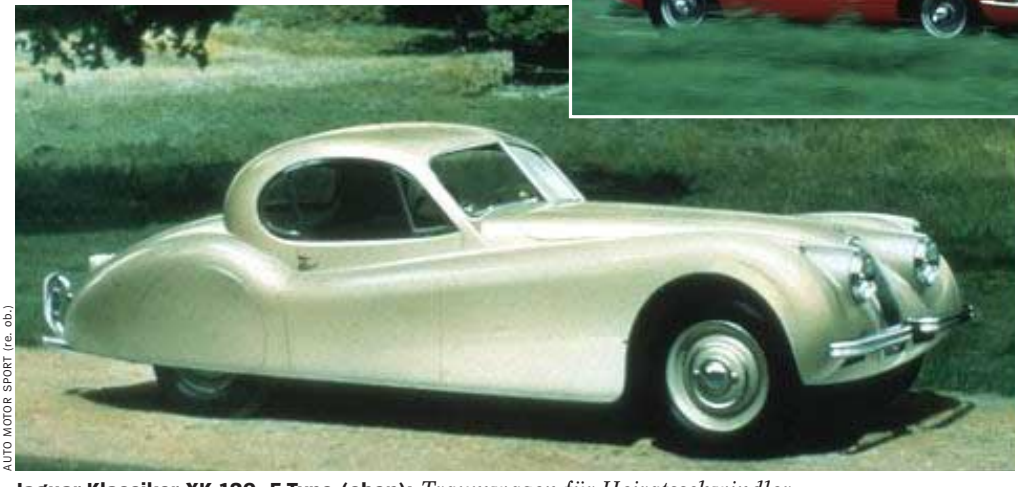
Das Werk in Halewood wurde, unterstützt durch 43 Millionen Pfund Regierungssubventionen, total renoviert. Mit neuen Blechpressen und Fließbändern soll nun auch ein neuer Geist in der Fabrik einziehen – „ein langer und schwerer Prozess“, wie Graham Miller einräumt, der dort die Qualitätssicherung leitet.

Mit viel versprechenden Begriffen werden die 3000 von einst 13 000 Werker nun auf vortreffliche Arbeitstugenden eingeschworen. In so genannten Centres of Excellence sollen sich die früher mürrisch einherschofelnden Arbeitsgruppen zu Kampfeinheiten hoch motivierter Schraubschlüsselartisten wandeln.

Als Ziel nennt Produktionsleiter Dave Perry den unter Automanagern magischen Schlüsselbegriff „Six Sigma“. Er gilt dann als erreicht, wenn von einer Million produzierten Fahrzeugen nur rund drei fehlerhaft sind.

Sollte Jaguar auf dieses Niveau kommen, wären die englischen Luxuswagen so gut wie die Fahrzeuge des Branchenbesten – Toyota.

CHRISTIAN WÜST



AUTO MOTOR SPORT (re. ob.)

Jaguar-Klassiker XK 120, E-Type (oben): *Traumwagen für Heiratsschwindler*

SERVICE

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Brandstwiete 19, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln
Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachbestellung von SPIEGEL-Ausgaben
Telefon: (040) 3007-2948 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:
Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de
übriges Ausland:
New York Times Syndication Sales, Paris
Telefon: (00331) 47421711 Fax: (00331) 47428044

für Fotos: Telefon: (040) 3007-2869
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

DER SPIEGEL auf CD-Rom und DVD
Telefon: (040) 3007-2485 Fax: (040) 3007-2826
E-Mail: service@spiegel.de

Abonnenten-Service
SPIEGEL-Verlag, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg
Reise/Umzug/Ersatzheft
Telefon: (040) 411488
Auskunft zum Abonnement
Telefon: (040) 3007-2700 Fax: (040) 3007-3070
E-Mail: aboservice@spiegel.de
Abonnenten-Service Schweiz:
DER SPIEGEL, Postfach, 6002 Luzern
Telefon: (0041) 41-248 44 18 Fax: (0041) 41-248 44 04
E-Mail: leserservice@spds.ch

Abonnement für Blinde
Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259
E-Mail: info@blista.de
Elektronische Version, Stiftung Blindenanstalt Frankfurt am Main
Telefon: (069) 955124-15 Fax: (069) 5976296
E-Mail: m-kirchner@t-online.de

Abonnementspreise
Inland: zwölf Monate DM 260,–
Studenten Inland: zwölf Monate DM 182,–
Schweiz: zwölf Monate sfr 260,–
Europa: zwölf Monate DM 369,20
Außerhalb Europas: zwölf Monate DM 520,–
Halbjahresaufträge und befristete Abonnements werden anteilig berechnet.
Abonnementsaufträge können ohne Begründung innerhalb von 14 Tagen ab Bestellung mit einer schriftlichen Mitteilung an den SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg, widerrufen werden. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg.
Oder per Fax: (040) 3007-3070.
Ich bestelle den SPIEGEL frei Haus für DM 5,– pro Ausgabe mit dem Recht, jederzeit zu kündigen. Zusätzlich erhalte ich den kulturSPIEGEL, das monatliche Programm-Magazin.
Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte bekomme ich zurück.
Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich möchte wie folgt bezahlen:

❑ Zahlung nach Erhalt der Jahresrechnung
❑ Ermächtigung zum Bankeinzug von 1/4-jährlich DM 65,–

Bankleitzahl Konto-Nr.

Geldinstitut

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

Widerrufsrecht
Diesen Auftrag kann ich ohne Begründung innerhalb von 14 Tagen ab Bestellung schriftlich beim SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg, widerrufen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

2. Unterschrift des neuen Abonnenten SP01-002

DER SPIEGEL

Brandstwiete 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax-2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · **SPIEGEL ONLINE** www.spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein

CHEFREDAKTEUR Stefan Aust

STELLV. CHEFREDAKTEURE Dr. Martin Doerry, Joachim Preuß

DEUTSCHE POLITIK *Leitung:* Dr. Gerhard Spörl, Michael Schmidt-Klingenberg (stellv.). *Redaktion:* Karen Andresen, Wolfram Bickerich, Stephan Burgdorff, Dr. Hans Michael Kloth, Julia Koch, Bernd Kühnl, Joachim Mohr, Hans-Ulrich Stoldt, Klaus Wiegrefe. *Autoren, Reporter*: Henryk M. Broder, Dr. Thomas Darnstädt, Hans-Joachim Noack, Hartmut Palmer; **Berliner Büro** *Leitung:* Jürgen Leinemann, Ulrich Deupmann (stellv.). *Redaktion:* Petra Bornhöft, Susanne Fischer, Martina Hildebrandt, Jürgen Hogrefe, Horand Knaup, Christoph Mestmacher, Alexander Neubacher, Dr. Gerd Rosenkranz, Dr. Rüdiger Scheidges, Alexander Szandar

DEUTSCHLAND *Leitung:* Clemens Höges, Georg Mascolo, Ulrich Schwarz. *Redaktion:* Annette Bruhns, Jürgen Dahlkamp, Christian Habbe, Carsten Holm, Ulrich Jaeger, Sebastian Knauer, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Cordula Meyer, Norbert F. Pötzl, Thilo Thielke, Andreas Ulrich. *Autoren, Reporter*: Jochen Bölsche, Klaus Brinkbäumer, Gisela Friedrichsen, Gerhard Mauz, Bruno Schrep; **Berliner Büro** *Leitung:* Heiner Schimmöller, Wolfgang Krach (stellv.). *Redaktion:* Wolfgang Bayer, Stefan Berg, Susanne Koelbl, Irina Repke, Sven Röbel, Peter Wensierski, Steffen Winter

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Gabor Steingart. *Redaktion:* Dr. Hermann Bott, Konstantin von Hammerstein, Dietmar Hawranek, Frank Hornig, Hans-Jürgen Jakobs, Alexander Jung, Klaus-Peter Kerbusk, Thomas Tuma. *Autor*: Peter Bölke; **Berliner Büro** *Leitung:* Jan Fleischhauer (stellv.). *Redaktion:* Markus Dettmer, Oliver Gehrs, Christian Reiermann, Michael Sauga, Ulrich Schäfer

AUSLAND *Leitung:* Dr. Olaf Ihlau, Fritjof Meyer, Hans Hoyng (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Dr. Carolin Emcke, Adel S. Elias, Manfred Ertel, Rüdiger Falksohn, Hans Hielscher, Joachim Hoelzgen, Siegesmund von Ilsemann, Reinhard Krumm, Dr. Christian Neef, Roland Schleicher, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Dr. Erich Follath, Carlos Widmann, Erich Wiedemann

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Johann Grolle, Olaf Stampf (stellv.); Jürgen Petermann. *Redaktion:* Philip Bethge, Jörg Blech, Manfred Dworschak, Marco Evers, Beate Lakotta, Dr. Renate Nimtz-Köster, Rainer Paul, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Katja Thimm, Gerald Traufetter, Christian Wüst. *Autoren, Reporter*: Dr. Hans Halter, Werner Harenberg

KULTUR UND GESELLSCHAFT *Leitung:* Wolfgang Höbel, Dr. Mathias Schreiber. *Redaktion:* Susanne Beyer, Anke Dürr, Nikolaus von Festenberg, Angela Gatterburg, Matthias Geyer, Hauke Goos, Lothar Gorris, Doja Hacker, Dr. Volker Hage, Dr. Jürgen Hohmeyer, Ansbert Kneip, Ulrike Knöfel, Dr. Joachim Kronsbein, Reinhard Mohr, Dr. Johannes Saltzwedel, Peter Stolle, Dr. Rainer Traub, Klaus Umbach, Claudia Voigt, Susanne Weingarten, Marianne Wellershoff, Martin Wolf. *Autoren, Reporter*: Ariane Barth, Uwe Buse, Urs Jenny, Dirk Kurbjuweit, Dr. Jürgen Neffe, Cordt Schnibben, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Alfred Weinzierl. *Redaktion:* Maik Großekathöfer, Jörg Kramer, Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger

SONDERTHEMEN Dr. Rolf Rietzler; Dr. Walter Knips, Kirsten Wiedner, Peter Zobel

SONDERTHEMEN GESTALTUNG Manfred Schniedenharn

PERSONALIEN Dr. Manfred Weber; Petra Kleinau, Katharina Stegelmann

CHEF VOM DIENST Horst Beckmann, Thomas Schäfer, Karl-Heinz Körner (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Reinhold Bussmann, Dieter Gellrich, Hermann Harms, Bianca Hunekuhl, Anke Jensen, Rolf Jochum, Maika Kunze, Katharina Lüken, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred Petersen, Gero Richter-Rethwisch, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Josef Csallos, Christiane Gehner, Michael König, Matthias Krug; Peter Hendricks, Andrea Huss, Elisabeth Kolb, Peer Peters, Monika Rick, Sabine Sauer, Karin Weinberg, Anke Wellnitz. *E-Mail*: bildred@spiegel.de

GRAFIK Martin Brinker, Ludger Bollen; Cornelia Baumermann, Renata Biendarra, Tiina Hurme, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Rainer Sennewald, Ralf Geilhufe, Sebastian Raulf; Christel Basilon-Pooch, Katrin Bollmann, Regine Braun, Volker Fensky, Petra Gronau, Ria Henning, Barbara Rödiger, Doris Wilhelm, Reinhilde Wurst

PRODUKTION Wolfgang Küster, Sabine Bodenhagen, Frank Schumann, Christiane Stauder, Petra Thormann, Michael Weiland

TITELBILD Stefan Kiefer; Iris Kuhlmann, Monika Zucht

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Friedrichstraße 79, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 203875-00, Fax 203875-23; Deutschland, Kultur und Gesellschaft Tel. (030) 203874-00, Fax 203874-12

BONN Combahnstraße 24, 53225 Bonn, Tel. (0228) 26703-0, Fax 26703-20

DRESDEN Andreas Wassermann, Königsbrücker Straße 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Georg Bönisch, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalenbach, Andrea Stuppe, Karlplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

ERFURT Almut Hielscher, Löberwallgraben 8, 99096 Erfurt, Tel. (0361) 37470-0, Fax 37470-20

FRANKFURT AM MAIN Dietmar Pieper; Felix Kurz, Wolfgang Johannes Reuter, Wilfried Voigt, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

HANNOVER Hans-Jörg Vehlewald, Osterstraße 3, 30159 Hannover, Tel. (0511) 36726-0, Fax 3672620

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Heiko Martens, Bettina Musall, Conny Neumann, Stuntzstraße 16, 81677 München, Tel. (089) 4180040, Fax 41800425

STUTTGART Tel. (0711) 3509343, Fax 3509341

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BELGRAD Renate Flottau, Teodora Drajzera 36, 11000 Belgrad, Tel. (0038111) 669987, Fax 3670356

BRÜSSEL Dirk Koch; Winfried Didzoleit, Sylvia Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

ISTANBUL Bernhard Zand, Beşaret Sokak No. 19/4, Ayazpaşa, 80040 Istanbul, Tel. (0090212) 2455185, Fax 2455211

JERUSALEM Annette Großbongardt, P.O. Box 2799, Shamei St., Jerusalem 91027, Tel. (009722) 6224538-9, Fax 6224540

JOHANNESBURG Birgit Schwarz, P. O. Box 2585, 44a, 7th Avenue, Parktown North, SA-Johannesburg 2193, Tel. (002711) 8806429, Fax 8806484

KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 7604944, Fax 7607655

LONDON Michael Sontheimer, Christoph Pauly, 6 Henrietta Street, London WC2E 8PU, Tel. (004420) 75206940, Fax 73798599

LOS ANGELES Helmut Sorge, 1134 Cory Avenue, Los Angeles, CA 90069, Tel. 001-310-2741333, Fax 2741308

MOSKAU Jörg R. Mettke, Uwe Klußmann, 3. Choroschewskij Projesd 3 W, Haus 1, 123007 Moskau, Tel. (007095) 9400502-04, Fax 9400506

NEW DELHI Padma Rao, 101, Golf Links, New Delhi 110003, Tel. (009111) 4652118, Fax 4652739

NEW YORK Thomas Hüetlin, Alexander Osang, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N Y 10036, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Dr. Romain Leick, 1, rue de Berri, 75008 Paris, Tel. (00331) 42561211, Fax 42561972

PEKING Andreas Lorenz, Ta Yuan Wai Jiao Ren Yuan Gong Yu 2-2-92, Peking 100600, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

PRAG Jilská 8, 11000 Prag, Tel. (004202) 24221524, Fax 24220138

RIO DE JANEIRO Matthias Matussek, Jens Glüsing, Avenida São Sebastião 157, Urca, 22291-070 Rio de Janeiro (RJ), Tel. (005521) 2751204, Fax 5426583

ROM Hans-Jürgen Schlamp, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Rafaela von Bredow, 3782 Cesar Chavez Street, San Francisco, CA 94110, Tel. (001415) 6437550, Fax 6437530

SINGAPUR Jürgen Kremb, 15, Fifth Avenue, Singapur 268779, Tel. (0065) 4677120, Fax 4675012

TOKIO Dr. Wieland Wagner, Chigasaki-Minami 1-3-5, Tsuzuki-ku, Yokohama 224, Tel. (008145) 941-7200, Fax 941-8957

WARSCHAU Claus Christian Malzahn, ul. Chopina 5 b m. 24, 00-559 Warszawa, Tel. (004822) 6216158, Fax 6218672

WASHINGTON Dr. Stefan Simons, Michaela Schießl, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20 045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

WIEN Walter Mayr, Herrengasse 6-8/81, 1010 Wien, Tel. (00431) 5331732, Fax 5331732-10

ZÜRICH Jan Dirk Herbermann, Postfach 3108, 8021 Zürich, Tel. (0041) 792869961, Fax 227333316

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen; Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Dr. Helmut Bott, Dr. Britta Bugiel, Lisa Busch, Heiko Buschke, Heinz Egleder, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Cordelia Freiwald, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Dr. Dieter Gessner, Dr. Sabine Giehle, Thorsten Hapke, Hartmut Heidler, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Gesa Höppner, Stephanie Hoffmann, Christa von Holtzapfel, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Jürgens, Ulrich Klötzer, Angela Köllisch, Anna Kovac, Sonny Krauspe, Peter Kühn, Peter Lakemeier, Hannes Lamp, Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Ulrich Meier, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Bernd Musa, Werner Nielsen, Margret Nitsche, Thorsten Oltmer, Andreas M. Peets, Anna Petersen, Peter Philipp, Axel Pult, Thomas Riedel, Beate Rieple, Constanze Sanders, Petra Santos, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Mario Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Dr. Iris Timpke-Hamel, Hans-Jürgen Vogt, Carsten Voigt, Peter Wahle, Ursula Wamser, Peter Wetter, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt

BÜRO DES HERAUSGEBERS Irma Nelles

INFORMATION Heinz P. Lohfeldt

KOORDINATION Katrin Klocke

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Christian Schlottau
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 1. Januar 2001
Postbank AG Hamburg Nr. 7137-200 BLZ 200 100 20
Verantwortlich für Vertrieb: Lars-Henning Patzke
Druck: Gruner Druck, Itzehoe

KOMMUNIKATION Matthias Schmolz

MARKETING Christian Schlottau

VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck

GESCHÄFTSFÜHRUNG Rudolf Augstein, Karl Dietrich Seikel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is $310 per annum.
K.O.P.: German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Telephone: 1-800-457-4443. E-mail: info@glpnews.com. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and at additional mailing offices. Postmaster:
Send address changes to: DER SPIEGEL, German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631.

SAMSTAG, 20. 1.

AMTSEINFÜHRUNG Als 43. Präsident der Vereinigten Staaten wird George W. Bush in Washington vereidigt. Er wolle „ohne Arroganz zielbewusst“ sein, versprach der Republikaner.

TRUPPENBESUCH Verteidigungsminister Rudolf Scharping besucht deutsche Soldaten auf dem Balkan und versichert erneut, dass zu keiner Zeit gesundheitliche Gefahr durch uranhaltige Munition bestanden habe.

SONNTAG, 21. 1.

VORWURF Der Sohn des 1977 von Terroristen ermordeten Generalbundesanwalts Siegfried Buback, Michael Buback, wirft Bundesumweltminister Jürgen Trittin im Fernsehen vor, er habe sich bis heute nicht von einem umstrittenen Nachruf auf seinen Vater distanziert. In dem unter dem Pseudonym „Mescalero“ veröffentlichten Text war „klammheimliche Freude“ über den Mord geäußert worden.

MONTAG, 22. 1.

MAHLZEIT Außenminister Joseph Fischer schließt nicht mehr aus, dass die Terroristin Margrit Schiller 1973 kurzfristig in demselben Haus wie er gewohnt habe. Es könne sein, dass man gemeinsam gefrühstückt habe.

MEHRHEIT Mit 212 zu 92 Stimmen beschließt das britische Oberhaus eine Gesetzesänderung, die in Großbritannien das Klonen von Embryonen für therapeutische Zwecke erlaubt.

DIENSTAG, 23. 1.

ZONEN-WORT Zum „Unwort des Jahres 2000“ küren Sprachwissenschaftler „National befreite Zone“. Der Begriff beschreibe auf zynische Weise rechtsextremistisch terrorisierte Gebiete in den neuen Bundesländern.

MITTWOCH, 24. 1.

PLAKAT-PLEITE Die CDU zieht nach nur einem Tag und heftigen Protesten, auch aus den eigenen Reihen, ein Werbemotiv zurück, auf dem Kanzler Gerhard Schröder als Krimineller dargestellt und im Text der Renten-Lüge bezichtigt wird.

BADEUNFALL Ein gerichtsmedizinisches Gutachten im Auftrag der Dresdner Staatsanwaltschaft bestätigt, dass der damals sechsjährige Joseph Abdulla 1997 nach einem Herzanfall im Freibad der Stadt Sebnitz gestorben ist.

NACHFOLGERIN Christa Stewens wird Bayerns neue Sozialministerin, nachdem Barbara Stamm der BSE-Krise und eines Schweinemastskandals wegen ihren Rücktritt erklärt hatte.

DONNERSTAG, 25. 1.

ANWÜRFE Bei seiner dritten Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestags zur CDU-Spendenaffäre verweigert Ex-Kanzler Helmut Kohl erneut weitgehend die Aussage und bezeichnet das Gremium als „Kampfinstrument der rot-grünen Koalition“.

FREITAG, 26. 1.

ABSTIMMUNG Nach heftiger Debatte verabschiedet der Bundestag mit den Stimmen der Koalition die Rentenreform.

KATASTROPHE Beim stärksten Erdbeben in Indien seit 51 Jahren sterben im Westen des Landes mehrere tausend Menschen.

Hell erleuchtet verlässt das Kreuzfahrtschiff „Radiance of the Seas“ die Meyer-Werft in Papenburg und steuert auf der Ems Richtung Nordsee.

DPA

SPIEGEL TV

MONTAG
23.15 – 23.45 UHR SAT.1

SPIEGEL TV REPORTAGE

Essen, Notruf 112 – eine Feuerwache im Ruhrgebiet

SPIEGEL TV

Feuerwehreinsatz

Sie bekämpfen Großbrände, bergen Schwerverletzte aus Autowracks, befreien eingeklemmte Kinder aus Treppengeländern, setzen Straßenbahnen wieder aufs Gleis: die Männer von der Hauptfeuerwache Essen. In 24-Stunden-Schichten arbeiten sie in einem der am dichtesten besiedelten Reviere Deutschlands.

DONNERSTAG
22.05 – 23.00 UHR VOX

SPIEGEL TV EXTRA

Von Katzen und Kampfhunden – mit Tierfängern und Tierschützern im Einsatz
Sie treten in Aktion, wenn aggressive Pitbulls spielende Kinder bedrohen, werden gerufen, wenn Nachbarn verwahrloste Haustiere melden: die Tierfänger und Tierschutzinspektoren von Berlin-Lankwitz, dem größten Tierheim Europas. Doch die Männer werden nicht nur mit tierischem Elend konfrontiert; häufig verbirgt sich hinter dem Schicksal der Vierbeiner eine menschliche Tragödie.

SAMSTAG
21.55 – 23.00 UHR VOX

SPIEGEL TV SPECIAL

Schluck um Schluck in die Sucht – wenn Alkohol krank macht
Eine Dokumentation über den Kampf mit dem Alkohol und über Menschen, die der Sucht entfliehen konnten.

SONNTAG
22.10 – 23.00 UHR RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Dem Wahnsinn auf der Spur – Lebensmittelkontrolleure im BSE-Einsatz; Von der Luxusyacht auf die Anklagebank? – Aufstieg und Fall des EM.TV-Gründers Thomas Haffa; Blitzkrieg auf deutschen Straßen – warum Radarfallen manche Autofahrer rasend machen.

Register

GESTORBEN

Virginia O'Brien, 79. In den „Goldenen Jahren" Hollywoods, in Musical-Filmen und Bühnen-Shows, war sie ein Star, den sehr seltsame Etiketten auszeichneten. Als „Miss Gefrorenes Gesicht", als „Miss Gletscher", gar als „Diva Ausdruckslos" wurde sie verehrt. Im Jahre 1939, mit 18 Jahren, hatte sie sich in Los Angeles einem illustren Publikum als Sängerin präsentiert, paralysiert vor Angst, mit starrem Gesicht und weit aufgerissenen Augen. Das vermeintliche Debakel wurde zum Durchbruch, denn das Publikum fand die Starr-Nummer unheimlich komisch, und der Hollywood-Tycoon Louis Mayer, einer der Gäste, öffnete ihr das Tor zum Metro-Goldwyn-Mayer-Paradies. An der Seite von Red Skelton, den Marx-Brothers und Gene Kelly wurde sie mit ihrem Debüt-Stil zum Heiterkeitsgaranten, „Lady Be Good" und „Ziegfeld Follies" eroberten die Kino-Welt, und als sie 1949 aus der Zeitung erfuhr, Metro-Goldwyn brauche sie nicht mehr, setzte sie erfolgreich auf Bühne und Fernsehen. Virginia O'Brien starb am 16. Januar bei Los Angeles.

RONALD GRANT ARCHIVE

Maria Rimkus, auch bekannt als **Maria Nickel,** 90. Die Frömmigkeit ihres jüdischen Chefs hatte bei der Berliner Katholikin so nachhaltige Sympathien für das Judentum geweckt, dass sie dem Morden der Nazis nicht tatenlos zusehen mochte. Im Winter 1942 sprach Nickel auf der Straße die hochschwangere Zwangsarbeiterin Ruth Abraham an und offerierte Hilfe. Als Abraham und ihre Familie kurz darauf in den Untergrund abtauchten, versorgte Nickel sie mit Lebensmitteln und Ausweispapieren. Von den vielen Deutschen, die den Abrahams das Überleben ermöglichten, war sie die Einzige, die nie eine Gegenleistung verlangte. Jad Waschem ehrte Nickel als eine „Gerechte unter den Völkern". Maria Rimkus starb am 21. Januar in Berlin.

M. URBAN

Gregory Corso, 70. „Beat Generation" nannten sie sich, die jungen Männer, die Mitte der fünfziger Jahre dem piefigen Amerika den Hintern zeigten, wilde Texte schrieben, Jazz, Jux und Drogen liebten und die Haare wachsen ließen. Corso

A. RENAULT / GLOBE PHOTOS

gehörte, mit Allen Ginsberg und Jack Kerouac, zum Trio imperial der Bürgerschrecktruppe. Seine italienische Teenie-Mutter hatte ihn in einem New Yorker Waisenhaus deponiert, als kleiner Räuber musste er mit 16 für drei Jahre ins Gefängnis, aber hinter Gittern öffnete sich eine neue Welt, die Literatur. Er verschlang die englischen Romantiker Keats und Shelley, noch in der Zelle schrieb er seine ersten Gedichte, 1950 traf er in einer New Yorker Kneipe den Bruder im Geist, Ginsberg, die Beat Generation formierte sich. Anarchistische Wanderjahre folgten, ein Dutzend anarchistischer Gedichtbände entstand. Gregory Corso starb am 17. Januar in Robbinsdale (Minnesota).

John Ryder, 83. Büchern galt seine Leidenschaft, und leidenschaftlich waren seine Plädoyers für die ästhetische Umsetzung von Texten. Denn er liebte schöne Bücher nicht um ihrer selbst willen, sondern war überzeugt, dass eine ansprechende Form dem Verständnis förderlich ist. Als Angestellter in einer Buchhandlung entdeckte er mit gerade 20 Jahren seine Affinität zur Literatur, nach dem Zweiten Weltkrieg begann er in dem Verlag Phoenix House in London als Buchgestalter zu arbeiten. Sein erstes Buch „Printing for Pleasure" avancierte für Amateurdrucker zur Bibel. James Joyce' „Ulysses" in der englischen Ausgabe von 1960 trägt ebenso Ryders Handschrift wie einige Erstausgaben von Graham Greene. Dabei war der Buch-Künstler ein ausgesprochener Purist: „Die Kunst des Typografen sollte stets unsichtbar sein, eine Hand, die nach Perfektion strebt, aber niemals bemerkt wird." John Ryder starb am 18. Januar.

F. GODWIN / NETWORK / AGENTUR FOCUS

EHRUNG

Alexander Kluge, 68, Schriftsteller und Filmemacher, erhielt am letzten Freitag für sein neuestes Werk „Chronik der Gefühle" den mit 30 000 Mark dotierten Bremer Literaturpreis. In den zwei Bänden, die vergangenen Herbst bei Suhrkamp erschienen, habe Kluge mit „physiognomischer Blickgenauigkeit" Lebensläufe unbeachteter Menschen entfaltet, heißt es in der Jury-Begründung. Bereits 1979 erhielt Kluge den Preis und ist damit der erste Autor, der diese Auszeichnung zweimal bekam.

Werbeseite

Werbeseite

H. SCHEFFEN / BILD ZEITUNG

Gabriel

Sigmar Gabriel, 41, Ministerpräsident in Niedersachsen, bekam Nachhilfe in Sachen Selbsterkenntnis. Die Buxtehuder Künstlerin Ute Vorndamme stellte vergangene Woche „Farbpsychogramme“ von niedersächsischen Politikern im hannoverschen Landtag aus. Gabriels Charakterbild erschien dabei als seltsam strenge Komposition aus Blau, Gelb und ein wenig Grün. Vorndamme hatte ihre lebenden Objekte zuvor anhand öffentlicher Reden und in persönlichen Interviews erkundet. Dem Landesvater attestierte sie immerhin „eigene Ideen, klare Ziele, ein gutes Gedächtnis“ und eine scharfe Beobachtungsgabe. Einziger Schwachpunkt: ein hohes „Aggressionspotenzial“, das der niedersächsische Ministerpräsident jedoch zu kontrollieren verstehe.

Antonio Todde, 112, italienischer Rentner, kam an seinem Geburtstag, vorigen Montag, nicht an den lästigen Fragen nach dem Geheimnis seines langen Lebens vorbei. Die Antwort des ältesten Mannes auf Erden – „lange arbeiten, frische Luft, täglich Rotwein, keine Zigaretten“ – überzeugte Freunde, Verwandte und Journalisten aus aller Welt, aber nicht die Wissenschaftler etlicher Universitäten, die sich neuerdings in der Heimat von „Onkel Antonio“ umtun. Sie sind über dessen persönliches Rekordalter auf ein seltsames Massenphänomen gestoßen: Während normalerweise auf einen über hundertjährigen Mann statistisch vier Frauen dieser Altersgruppe kommen, ist dieses Verhältnis rund um Antonios Dorf Nuoro, im Herzen Sardiniens, ausgeglichen. Und auch in den anderen Regionen der Mittelmeerinsel werden mehr Männer älter als irgendwo sonst in der Welt: Je zwei Greisinnen steht, statistisch gesehen, immerhin ein Methusalem gegenüber.

Doris Schröder-Köpf, 37, hat die erste Futterrate für die Kanzler-Gans Doretta überwiesen. 70 Mark verfuttert das Federvieh im Jahr, die Kanzlerfrau fand es erfreulich billig. Die Gans aus dem brandenburgischen Lenzen sollte eigentlich den Weihnachtsbraten der Schröders abgeben, doch Tochter Klara bat um Gnade. Die soll allerdings nicht für Nachkommen Dorettas gelten, für die derzeit nach einem Ganter Ausschau gehalten wird. Bis zu 50 Eier legt eine Gans im Jahr und kann selbst auch noch über 30 Jahre alt werden.

Janica Kostelić, 19, kroatische Slalom-Weltcupsiegerin, seit neun Rennen ungeschlagen, avanciert in ihrer Heimat zur Nationalheldin. Nachdem Tennisprofi Goran Ivanišević abgehalftert und der Ruhm der Fußball-Nationalelf (WM-Dritter 1998) verwelkt ist, gehören der Skiläuferin aus Zagreb die Titelseiten der Zeitungen. Bevor sich Kostelić Mittwoch nächster Woche bei den Weltmeisterschaften in St. Anton als Favoritin in den Slalomhang stürzt, wird das Tiroler Skidorf eine kroatische Invasion erleben. Mit Sonderzügen werden die Fans herangekarrt. Jana Kostelić dient den Kroaten längst auch als Symbol für den

BULLS PRESS

Bundchen

Gisele Bundchen, 20, brasilianisches Supermodel, hat in ihrer Heimat eine kleine Kulturrevolution ausgelöst. Bis vor kurzem galt in dem südamerikanischen Land ein möglichst großer Po als sexy. Das hat sich relativiert seit dem internationalen Aufstieg der wohlproportionierten Schönheit. Brasilianerinnen präferieren nun auch den möglichst großen Busen als Dekor. Es gibt bereits Nachschubprobleme bei extra großen Implantaten, Schönheitschirurgen machen Überstunden, und Frauen kaufen den „Playboy“ – als Katalog für Plastische Chirurgie. Der Karneval naht, und viele Frauen wollen mit neuem Dekolleté zur Sambaparade. „Wir haben hier nie dem amerikanischen Schönheitsideal nachgeeifert“, sagt die Chefredakteurin des „Playboy“, Cynthia de Almeida, „aber die Tatsache, dass Gisele Bundchen große Brüste hat, hat hier wirklich nachgeholfen.“

AFP / DPA

Sambaparade

AFP / DPA

Kostelić

Aufstieg ihrer Nation. Denn begonnen hat die Karriere in Armut: Aus Geldmangel übernachtete die Städterin im Auto oder im Biwak, wenn sie auf Österreichs Gletschern übte. Die Härte wirkt nach. „Viele Konkurrentinnen“, so hat die Sportlerin beobachtet, nähmen ihren Beruf nicht sonderlich ernst: „Beim Training quatschen, lachen, trinken die.“ Kostelić setzt da lieber auf Prinzipientreue: „Wenn trainiert wird, wird trainiert, und sonst nichts.“

Jim Carrey, 39, kanadischer Komiker und Hollywood-Schauspieler („The Mask“, „Cable Guy – Die Nervensäge“), der sich kürzlich einen 41 Millionen Dollar teuren Gulfstream-Jet kaufte, vergaß nach dem Erfolg seines Films „The Grinch“ auch seine Vertrauten nicht. Seinem Agenten sowie den zwei Managern spendierte er jeweils einen Porsche. Carrey kann es sich leisten – für seinen Kinohit erhielt er 20 Millionen Dollar Gage plus Prozente am Umsatz, bisher mehr als 322 Millionen Dollar.

SHOOTING STAR / INTER-TOPICS

Carrey

Iemitsu Arai, 43, Bürgermeister der nördlich von Tokio gelegenen Stadt Fukaya, wurde bei einer altehrwürdigen Zeremonie empfindlich vom Zeitgeist gestört. Wie alljährlich sollte die Generation der 20-Jährigen mit feierlichem Pomp ins Erwachsenenalter entlassen werden. Doch die Rede des Bürgermeisters wurde übertönt vom Geschnatter junger Frauen, die unentwegt per Handy Gespräche führten. Schließlich gab der Bürgermeister entnervt auf. „Wenn sie nicht einmal für eine halbe Stunde ruhig sein können“, zürnte Arai, „dann sind sie auch nicht als Erwachsene qualifiziert.“ Ähnliche Störungen meldeten viele der Orte, in denen die insgesamt 1,5 Millionen Japaner und Japanerinnen von kommunalen Würdenträgern feierlich in den Kreis der Erwachsenen aufgenommen wurden. Nur die Stadt Shiki blieb verschont: Der Bürgermeister hatte die Handy-Nummern aller Teilnehmer notieren lassen und versprochen, eine der Nummern würde ausgelost und angeklingelt, der Gewinner erhalte einen Preis. Die Handys blieben auf Empfang, die Initiationsfeier verlief friedlich.

AP

Japanerin mit Handy

Nick Brown, 50, britischer Landwirtschaftsminister, macht sich um die Steuerzahler der Insel verdient. Der Labour-Politiker, der bereits vor einem Jahr mit einer Schokoladentorte beworfen worden war, musste vor 14 Tagen eine noch üblere Attacke über sich ergehen lassen. Unterstützer der von der Regierung Blair inzwischen verbotenen britischen Art der Fuchsjagd übergossen ihn mit Schweinegülle. Die sorgenvolle Anfrage der „Times“, wer denn wohl für die diversen Kleiderreinigungen aufkomme, beschied der Minister mit Unerhörtem: „Der Steuerzahler sollte nicht die Rechnung begleichen müssen, ich zahle selbst.“

Jaako Rytsola, 27, finnischer Internet-Unternehmer, erfuhr auf nächtlicher Straße im hohen Norden einen schweren finanziellen Aderlass. Nicht, dass Technologiewerte eingebrochen wären. Rytsola fuhr 70 Kilometer in der Stunde, wo 40 erlaubt sind. Er wurde von der Polizei erwischt. Strafe: 77 112 Euro, mehr als 150 000 Mark. Die Schrecken erregende Zahl war überaus korrekt. Die Höhe des Bußgeldes richtet sich in Finnland nicht nur nach der Höhe der Geschwindigkeitsüberschreitung, auch das „nordische Prinzip“ spielt eine Rolle, sagt ein Sprecher des Innenministeriums: „Je mehr du verdienst, desto mehr zahlst du.“ Nur konnten bis vor kurzem Wohlhabende über ihr monatliches Einkommen selbst Auskunft geben und phantasievoll nach unten korrigieren. Heute wählt sich der Streifenpolizist mit seinem Handy in die offiziellen Steuerlisten des Finanzamtes ein. Rytsola empfiehlt darum: „Wenn du viel verdienst, solltest du dein Auto nicht mal berühren.“ Schließlich könnte eine Geschwindigkeitsüberschreitung die reichsten Finnen mehrere hunderttausend Mark kosten.

Aus der „Stuttgarter Zeitung“: „Mit betont aufrechter Haltung und vor den Armen verschränkter Brust wehrte Trittin alle Angriffe ab: Unbeugsam, unnahbar und kühl bis arrogant wirkte das.“

Aus „Bild“: „Der Architekt, er war erst wenige Tage zuvor aus der Psychiatrie entlassen worden, weil er gedroht hatte, US-Präsident Clinton zu enthaupten.“

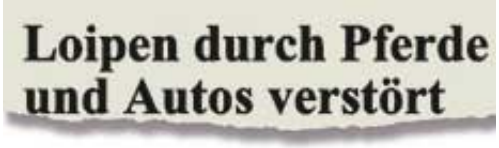
Aus einer Pressemitteilung der SPD-Politikerin Ute Vogt: „Der prominenteste Unterstützer von Ute Vogt ist Bundeskanzler Helmut Schröder.“

Aus der „Saarbrücker Zeitung“

Aus der „Welt am Sonntag“: „Wellness – sich rundum wohl fühlen – ist kein Zustand, wie Gisela Reinecke, Sprecherin des Kosmetikverbandes in Langefeld, betont. Es ist eine Lebenseinstellung, die immer mehr sich regelmäßig gönnen.“

Aus dem Luxemburger „Tageblatt“

Aus der „Berliner Morgenpost“: „Schatten werden zu Geheimnissen, die die Phantasie beflügeln, zwischen Philharmonie und Potsdamer Platz verhält es sich doch wie zwischen einem Scherenschnitt und den animierenden Mittelseiten des ‚Penthouse‘.“



Aus der „Süddeutschen Zeitung“

Aus den „Kieler Nachrichten“: „In dem Fall hatte ein 59-jähriger Produktionsarbeiter 1,150 Kilogramm Rinderschweinscheiben im Wert von sechs Mark entwendet.“

Zitate

Unter der Überschrift „Falscher Vorwurf gegen Trittin“ hatte SPIEGEL ONLINE am 22. Januar zu dem „Mescalero“-Schmähnachruf auf den von der RAF ermordeten Generalbundesanwalt Siegfried Buback in einem rund 50 Zeilen umfassenden Text unter anderem geschrieben:

Die damals mit großer Aufregung geführte Debatte über die Grenzen der Meinungsfreiheit endete schließlich in einem Freispruch für 13 niedersächsische Professoren, die gemeinsam mit 15 weiteren Kollegen aus anderen Bundesländern den Text in einer Anti-Zensur-Aktion erneut herausgegeben hatten. Einer der Anwälte der angeklagten Professoren war der damalige Juso-Vorsitzende und heutige Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Diese nachrichtliche Zeile, die längst Bekanntes mitteilt über den damaligen Anwalt Schröder, wurde vom Kanzler zu einer „Enthüllung“ von SPIEGEL ONLINE umgedeutet und dann mit heftigem Vokabular („nicht alle Tassen im Schrank“) beantwortet. Unter der Überschrift „‚Das ist eine Kampagne‘. Schröder schlägt zurück – der Kanzler im Wortlaut“ veröffentlicht die „Zeit“ Worte des Regierungschefs:

Zur „Enthüllung“ von SPIEGEL ONLINE, Schröder habe als Anwalt einen der Professoren verteidigt, die unter Berufung auf Meinungsfreiheit die Veröffentlichung des Mescalero-Aufsatzes verteidigten: Ich war damals Strafverteidiger, und ich habe einen der Professoren in Oldenburg vertreten, mit anderen Anwälten zusammen. Soll ich mich davon distanzieren? Da kann ich doch wohl nur sagen, die haben nicht alle Tassen im Schrank. Soll ich als junger Anwalt sagen, nein, ich übernehme so ein Mandat nicht? Das ist doch mein Beruf!

Der SPIEGEL berichtete ...

... in Nr. 3/2001 „Aufbau Ost – Den Reformstau auflösen“ in einem Interview mit Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Matthias Gabriel (SPD) über die Ostförderung, die nach seiner Meinung in dieser Form 2005 gestrichen werden kann:

Am vergangenen Freitag trat Gabriel nach Differenzen mit Ministerpräsident Reinhard Höppner wegen des Interviews zurück. Der Regierungschef hatte ihn mehrmals dazu bewegen wollen, seine Äußerungen über jammernde und schimpfende Ossis zurückzunehmen. Gabriel stand damit im Widerspruch zu Höppner, der weitere Hilfen fordert. Bei einer Landtagsdebatte über das umstrittene Interview hatte Gabriel seine Einschätzung nicht zurückgenommen.